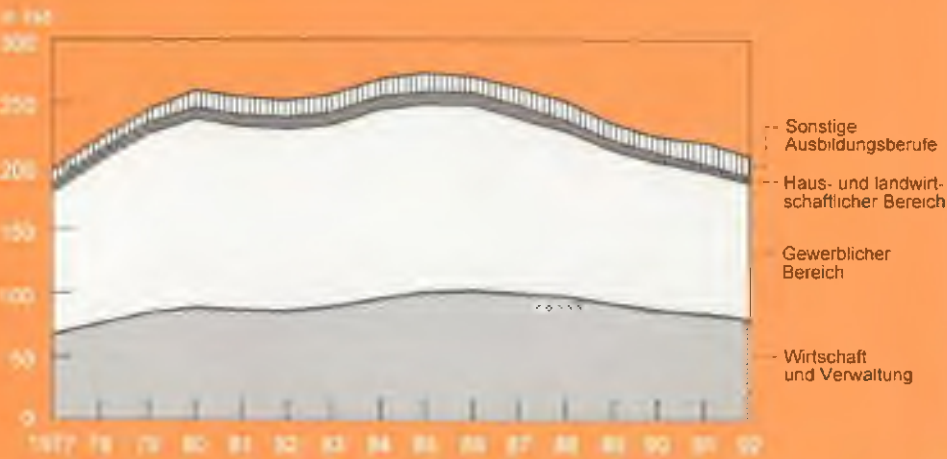


# Statistisch - prognostischer Bericht 1994

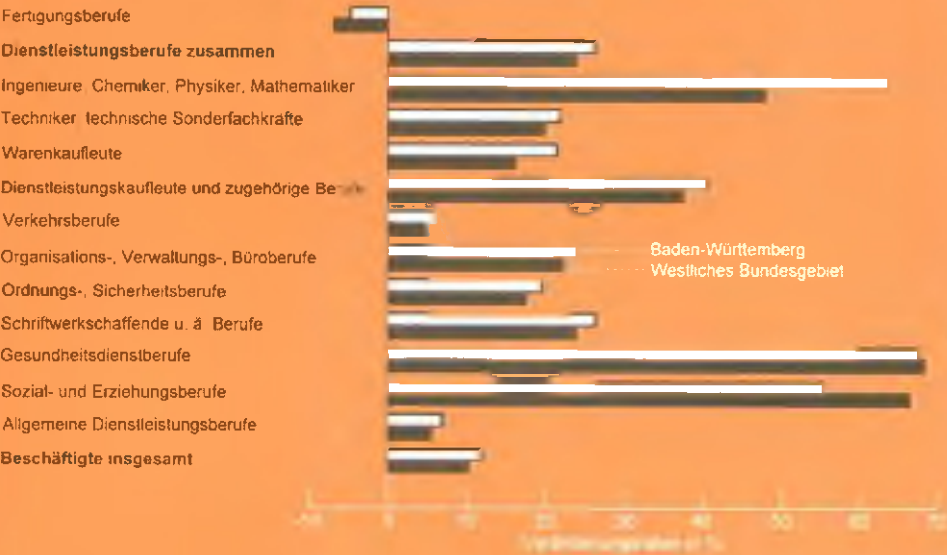
## Daten - Analysen - Perspektiven

Konjunktur  
Bevölkerung  
Arbeitsmarkt  
Berufskolleg  
Dienstleistungs-  
ökonomie  
Gesamtwirt-  
schaftliche  
Investitions-  
tätigkeit

Auszubildende in Baden-Württemberg 1977 bis 1992



Veränderung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1993 gegenüber 1980 nach ausgeübten Berufen



Heft 21

Baden-  
Württemberg



# Statistisch-prognostischer Bericht 1994

**Daten - Analysen - Perspektiven**

Herausgegeben von der Landesregierung Baden-Württemberg  
vorgelegt vom Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 94001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 70049 Stuttgart

Verlag und Vertrieb: Metzler-Poeschel Verlag,  
Kernerstraße 43, 70182 Stuttgart, Telefon (0711) 2 29 02 - 0, Fax (0711) 2 29 02 - 90

Preis DM 16,—  
zuzüglich Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet.

## **Vorwort**

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1994 legt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg den 21. Band dieser Reihe vor. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschafts- und Sozialentwicklung weist er in detaillierten Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen Entwicklungen und Tendenzen auf, welche die gegenwärtigen und künftigen Lebensverhältnisse prägen.

Dieser Bericht behandelt die Themen "Die Entwicklung der Berufskollegs im Spiegel von Ausbildungsplatzangebot und Arbeitsmarkt", "Struktur und Entwicklung des Dienstleistungssektors" und "Zur Investitionstätigkeit in den achtziger Jahren".

Die Bedeutung des Berichts liegt darin, daß der aktuelle Zustand in den untersuchten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft vertieft analysiert und absehbare Tendenzen aufgezeigt werden. Damit werden Grundlagen geschaffen, die für die Positionsfindung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft wichtig sind. Die Untersuchungen dieses Berichts dienen der Regierung und den Ministerien als datenorientierte Stütze bei politischen Entscheidungen. Sie dienen ebenso der Information der Kommunen, Verbände und Kammern, aber auch der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Das mitgelieferte Material statistischer Daten macht es möglich, sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen zu bilden.

Es ist erforderlich, sich mit den Fakten und Trends vertraut zu machen, um zu erkennen, welche Veränderungen sich vollzogen haben und welche Herausforderungen auf uns zukommen. Dies gilt für den zügig fortschreitenden Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft genauso wie für Fragen zur Investitions- bzw. Innovationsfähigkeit der Wirtschaft oder der beruflichen Qualifikation der Arbeitskräfte von morgen.

Mit bewährter Sorgfalt und großem Einsatz haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes die verfügbaren Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert. Über Expertengespräche mit Vertretern der jeweils betroffenen Ressorts wurden die statistischen Analysen um wertvolle Hintergrund- und Zusatzinformationen ergänzt. Der Statistisch-prognostische Bericht ist somit ein wesentlicher Beitrag zur Politikberatung und zur Versachlichung der öffentlichen Diskussion.

Stuttgart, im Juli 1994

Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg

Dr. Eberhard Leibing  
Präsident



## **Inhalt**

### **Seite**

#### **Vorwort**

III

#### **Teil I    Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1993/94**

VII

#### **Teil II   Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen**

1

**Die Entwicklung der Berufskollegs im Spiegel von Ausbildungs-  
platzangebot und Arbeitsmarkt**

1

**Struktur und Entwicklung des Dienstleistungssektors**

25

**Zur Investitionstätigkeit in den achtziger Jahren**

67

#### **Anhang**

103

#### **Zeichenerklärung**

119



## Wirtschafts- und Sozialentwicklung 1993/94 \*

### Zur gesamtwirtschaftlichen Lage

Die Stimmung in der deutschen und speziell auch in der südwestdeutschen Wirtschaft hat sich nach dem Tiefpunkt im Jahr 1993 bis zum Frühjahr 1994 entspannt und wieder aufgehellt. Auch unter psychologischen Aspekten ist es nicht gering zu veranschlagen, wenn nun nicht in allen, aber doch in wichtigen Branchen die Erwartung vorherrscht, daß die Talsohle bereits durchschritten wurde und die Erholungskräfte an Stärke gewinnen. Manche Beschaffungs-, Investitions- und Stellenplanungen dürften unter diesen Vorzeichen weniger restriktiv gehandhabt werden, wenn auch weiterhin die Anstrengungen noch mehr auf strukturelle Verschlinkung und Konsolidierung als auf Expansion hindeuten.

Es ist wohl kein Zufall, daß derzeit sowohl die deutsche als auch die japanische Industrie, deren Exporterfolge in den 80er Jahren Anlaß gaben für manche Besorgnis bei den Handelspartnern, besonders nachhaltig mit Krisenmanagement befaßt sind. Bei starken Währungsparitäten und unter dem Druck neuer und wiedererstarkter Wettbewerber lassen sich die hohen Marktanteile nur um den Preis einer erheblichen Umstrukturierung und verstärkten Internationalisierung von Produktion und Beschaffung verteidigen. Der traditionelle „Kündigungsschutz“ japanischer Stammbesellschaften gerät damit ebenso in Bedrängnis wie etwa das hohe Niveau der Lohnnebenkosten in traditionsreichen Industriebetrieben in Deutschland. Beide Industrieländer haben freilich aufgrund des außerordentlich hohen Reservoirs an Wissen um internationale Märkte und Technologien auch gute Chancen im künftigen Wettbewerb. Es besteht jedoch der Zwang, neben der Perfektionierung herkömmlicher Produkte und Verfahren noch intensiver in neue Technologien und Anwendungsfelder vorzustoßen. Dies erfordert Flexibilität und Kreativität, aber auch eine allgemein hohe Risikobereitschaft von Wirtschaft und Gesellschaft.

Deutschland wie Japan haben darüber hinaus weitere Strukturprobleme zu bewältigen - so kämpft Japan mit

den Folgen der spekulativen Überhitzungsphase und mit Fehlentwicklungen im engen Verzahnungsbereich zwischen Politik, Bürokratie und Wirtschaft, in deren Gefolge sich institutionell-gesellschaftliche Reformen ankündigen. Die Bundesrepublik hingegen, mit vormals schon reichlich defizitären Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden, geriet im Zuge der Vereinigung in eine gravierende Lücke zwischen öffentlichen Einnahmen (ohne Kreditaufnahme) und Ausgaben, deren mittelfristige Verminderung eine Anpassung staatlicher Aufgaben an die ökonomischen Verhältnisse voraussetzt. Das hohe Niveau des kreditfinanzierten Einigungsbooms mit konsumtiver Ausrichtung konnte nicht gehalten werden. Schon zu Beginn der 90er Jahre kühlte sich die Weltkonjunktur ab. In den Jahren 1992/93 gingen dann auch die Kosten-, Zins- und Wechselkurseffekte zu Lasten des Exports und beeinträchtigten auch massiv die Investitionen, so daß eine Abwärtsspirale von Nachfrage und Angebot, begleitet von anhaltenden Sparzwängen, Stellenstreichungen und realen Einkommensverlusten, in Gang kam. Erstmals seit 1982 konnte 1993 in Westdeutschland kein Zuwachs erwirtschaftet werden, vielmehr galt es, gesamtwirtschaftliche Einbußen und zusätzlich hohe Transferzahlungen für die neuen Bundesländer auf die gesellschaftlichen Gruppen umzulegen. Darunter hat nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die gesellschaftlich-politische Stimmungslage gelitten.

Gleichzeitig haben sich jedoch wichtige Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Erholung bereits im Laufe des Jahres 1993 verbessert: Die Zinsen gaben schrittweise nach, der Anstieg der Lohnstückkosten hat sich vermindert, die D-Mark wurde gegenüber dem US-Dollar und vor allem gegenüber dem japanischen Yen spürbar abgewertet und die Unternehmen konnten - begünstigt von der weiter anziehenden Konjunktur in den USA und dem wachsenden Bedarf in den Reformländern sowie in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern - in dem verstärkten Bemühen um die Auslandsmärkte etwa seit Jahresmitte wieder Erfolgsmeldungen verbuchen. Die Konjunktur in den für Deutschland mit Abstand wichtigsten Märkten in Europa blieb hingegen überwiegend schwach, und der Aufschwung in den neuen Bundesländern hat zwar im Bau- und Dienstleistungsgewerbe sowie nun auch durch erste Innovationserfolge in ein-

\* Redaktionsschluß: Anfang Juni 1994.



zelnen Industriesparten an Kontur gewonnen, Breite und selbsttragende Eigendynamik waren aber erst ansatzweise erkennbar.

In Westdeutschland führten die genannten Rahmenbedingungen bereits zu merklichen Entspannungen in den von der Rezession am stärksten betroffenen Investitionsgüterindustrien, andererseits sind die Aussichten in Industrie- und Dienstleistungsbranchen, deren Geschäftsverlauf in hohem Maße von der Entwicklung des privaten Inlandsverbrauchs abhängt, noch eher getrübt. Dasselbe gilt für Sparten mit hohen Anteilen öffentlicher Aufträge. Alles in allem bietet die gesamtwirtschaftliche Lage damit nicht, wie noch zum Jahreswechsel 1992/93, überwiegend abwärts gerichtete Verlaufsperspektiven, sondern durchaus einige Lichtblicke, die allerdings vorerst kaum mehr als eine gesamtwirtschaftlich zaghafte Belebung implizieren dürften. Die strukturellen Anpassungen erfordern Zeit und eine hohe Innovationsbereitschaft quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche, wobei die konsumtiven Spielräume noch bis auf weiteres gedämpft bleiben werden.

## Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse in Baden-Württemberg 1993

Baden-Württemberg erlebte 1993 den höchsten Rückgang im realen Bruttoinlandsprodukt seit Bestehen des Landes. Mit einem Minus um 2,7 % waren die Einbußen höher als 1982 (- 1,1 %), 1974/75 (- 0,5 und - 1,7 %) sowie 1967 (- 0,5 %). In nominaler Berechnung wurde ein Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 466,1 Mrd. DM erwirtschaftet. Der Südweststaat mit seiner im Bundesvergleich außerordentlich hohen Industriedichte wurde stärker als fast alle westlichen Bundesländer von der Rezession in Mitleidenschaft gezogen - nur das Saarland hatte mit - 2,8 % noch eine etwas kräftigere Abnahme zu verzeichnen. Im Übrigen zeigte sich die Breite des Abschwungs auch darin, daß kein einziges Bundesland im Westen von den rezessiven Beeinträchtigungen verschont geblieben ist. Insgesamt belief sich die gesamtwirtschaftliche Kontraktion im westlichen Bundesgebiet auf - 1,9 %, wobei der private Verbrauch gegenüber dem Vorjahr real stagnierte, Staatsverbrauch (- 1,3 %) und Bauinvestitionen (- 0,5 %) leicht rückläufig waren und die

Tabelle 1

**Entwicklung der Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet\*) 1993\*\*)**  
- Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung -

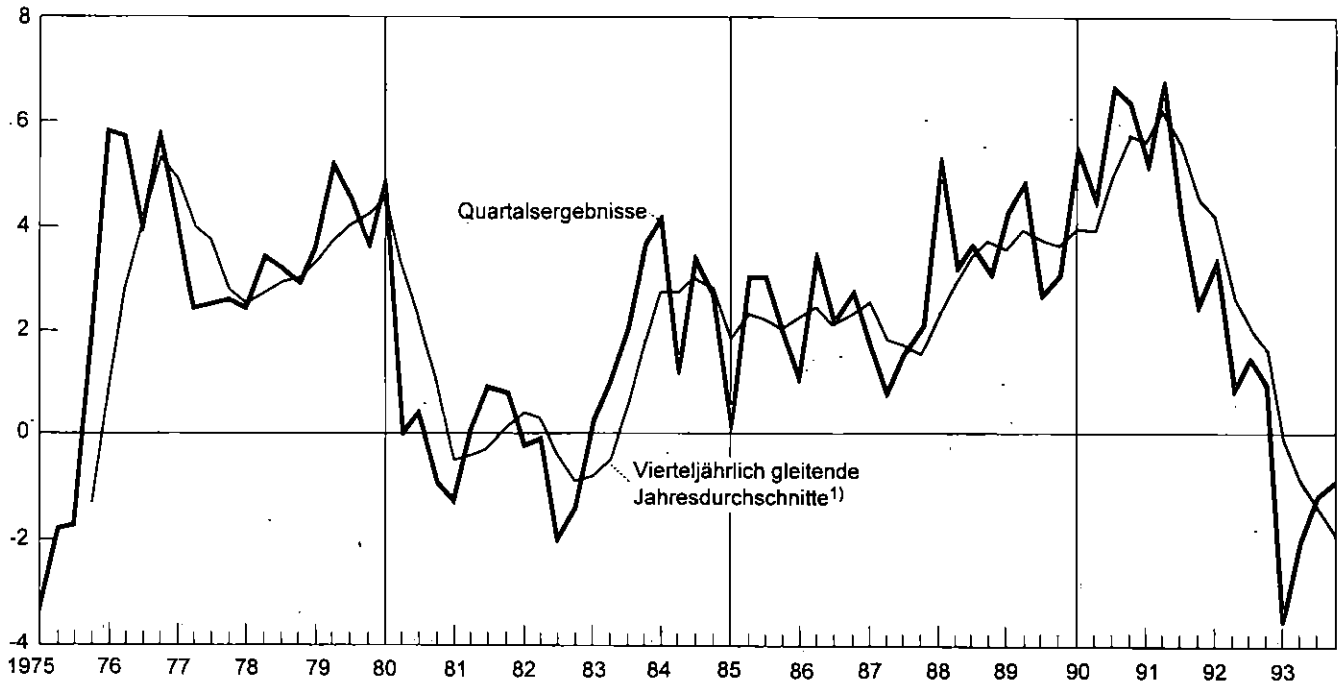
Merkmal	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1991				
	Mill. DM	Baden- Württem- berg	westliches Bundes- gebiet	Mill. DM	Baden- Württem- berg	westliches Bundes- gebiet	Struktur- anteil	Anteil am westlichen Bundes- gebiet
		Veränderung 1993/92			Veränderung 1993/92			
		%			%			
Bruttoinlandsprodukt <sup>1)</sup>	466 095	+ 0,5	+ 1,4	432 094	- 2,7	- 1,9	-	16,5
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	451 791	+ 0,4	+ 1,3	419 087	- 2,6	- 1,7	100	16,5
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 461	- 12,8	- 11,2	5 417	- 2,6	- 1,5	1,3	15,1
Energie- und Wasserver- sorgung, Bergbau	8 962	0,0	- 2,9	8 675	- 0,5	- 3,4	2,1	12,2
Verarbeitendes Gewerbe	156 064	- 6,6	- 6,1	148 460	- 8,1	- 7,4	35,4	20,6
Baugewerbe	29 257	- 0,1	+ 3,4	25 678	- 5,2	- 1,7	6,1	17,3
Handel	31 967	- 2,0	- 1,7	30 851	- 2,7	- 2,3	7,4	13,8
Verkehr, Nachrichtenüber- mittlung	20 247	+ 2,6	+ 2,4	19 246	- 0,2	- 0,1	4,6	13,0
Kreditinstitute, Ver- sicherungsunternehmen	24 542	+10,0	+ 9,8	21 358	+ 3,3	+ 3,1	5,1	14,5
Wohnungsvermietung	34 501	+11,6	+11,2	30 427	+ 4,6	+ 4,0	7,3	15,4
Sonstige Dienstleistungen	87 825	+ 6,5	+ 6,6	78 950	+ 1,7	+ 1,9	18,8	15,7
Staat	43 376	+ 4,5	+ 3,3	40 253	+ 1,8	+ 0,7	9,6	14,5
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	10 591	+ 5,6	+ 5,8	9 771	+ 2,6	+ 2,7	2,3	14,2

\*) Hier wie im folgenden: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990. - \*\*) Vorläufiges Ergebnis. - 1) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung /J. unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen + Einfuhrabgaben + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

Schaubild 1

## Bruttoinlandsprodukt des westlichen Bundesgebiets seit 1975 in Preisen von 1991

Veränderung gegen  
Vorjahr in %



¹Jeweils die letzten 4 Quartale gegenüber den vorangegangenen 4 Quartalen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

215 94

Ausrüstungsinvestitionen mit - 15,0 % gravierend schrumpften. Nur der Außenbeitrag tendierte bereits nach oben, da die Einfuhren stärker nachließen als die Exporte.

In Baden-Württemberg wie im westlichen Bundesgebiet leisteten die Dienstleistungsunternehmen (ohne Handel und Verkehr) sowie die Wertschöpfungsbereiche Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck positive, allerdings gegenüber 1992 merklich abgeschwächte Wachstumsbeiträge. So verringerte sich der Zuwachs an realer Bruttowertschöpfung (BWS) bei den Dienstleistungsunternehmen des Landes von 4,8 auf 2,7 % (Bund: 2,6%). Diesen Impulsen standen massive BWS-Rückgänge im Produzierenden Gewerbe, so um - 7,3 % im Land und - 6,2 % im westlichen Bundesgebiet, gegenüber. Darüber hinaus sanken auch die preisbereinigten BWS-Resultate der Handels- und Verkehrsunternehmen sowie in der Land- und Forstwirtschaft. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Land insgesamt um 1,9 % auf 4,838 Mill. ab (Bund: - 1,6 %). Baden-Württemberg hatte somit 1993, strukturell bedingt, überdurchschnittliche Rezessionsfolgen in Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu tragen. Andererseits wurde jedoch schon im späteren Jahresverlauf deutlich, daß der Südwesten, umgekehrt, wiederum relativ früh und mehr als andere Bundesländer von einer anziehenden Auslandsnachfrage profitieren kann. Die weitreichenden Vereinbarungen

im Rahmen der Uruguay-Runde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) geben dabei ebenso Anlaß für vorsichtigen Optimismus wie die alles in allem signifikanten Aufhellungen im internationalen Konjunktur- und Investitionsklima.

### Arbeitsmarkt

Die konjunkturelle Schwächephase in Baden-Württemberg ging mit einem spürbaren Abbau des Arbeitsplatzangebots einher. Ende September 1993 waren mit 3 863 700 sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern fast 3 % weniger beschäftigt als ein Jahr zuvor. Im Januar 1994 lag der Beschäftigungsstand nochmals um rund 2,5 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Damit wurden vom Höchststand der Beschäftigung im September 1992 bis Januar 1994 insgesamt 214 000 Arbeitsplätze abgebaut.

Vor allem im für Baden-Württemberg so bedeutenden Verarbeitenden Gewerbe war ein im Bundesvergleich weit überdurchschnittlich starker Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen. Auch im Dienstleistungsbereich, wo zu Beginn des Jahres 1993 die Situation noch relativ stabil erschien, ist im Laufe des vergangenen Jahres ebenfalls eine Verschlechterung eingetreten. Allerdings deutet sich

Tabelle 2

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet am 30.9.1993**

Wirtschaftsabteilungen	Baden-Württemberg			Westliches Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
<b>Wirtschaftsabteilungen insgesamt</b>	<b>3 863,7</b>	<b>-115,6</b>	<b>- 2,9</b>	<b>23 288,4</b>	<b>- 474,2</b>	<b>- 2,0</b>
davon						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32,7	- 0,3	- 1,0	220,4	- 2,2	- 1,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	36,7	- 0,2	- 0,5	415,6	- 12,7	- 3,0
Verarbeitendes Gewerbe	1 635,7	-132,4	- 7,5	8 057,5	- 579,9	- 6,7
Baugewerbe	267,7	+ 2,5	+ 0,9	1 640,0	+ 34,6	+ 2,2
Handel	486,7	- 1,5	- 0,3	3 344,0	- 23,9	- 0,7
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	149,9	- 3,1	- 2,0	1 190,1	- 21,8	- 1,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	154,2	+ 2,2	+ 1,4	982,4	+ 11,7	+ 1,2
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	808,4	+ 18,5	+ 2,3	5 397,1	+ 124,7	+ 2,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	76,1	+ 2,0	+ 2,7	572,0	+ 12,4	+ 2,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	215,6	- 3,3	- 1,5	1 468,4	- 17,5	- 1,2

in diesem Bereich bereits wieder eine Umkehrung der Entwicklung an. Die gegenwärtig zu beobachtende Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wirkt sich aber noch nicht unmittelbar auf den Arbeitsmarkt insgesamt aus. Mit der beginnenden wirtschaftlichen Erholung werden zuerst freie Kapazitäten und die hohen Produktivitätsreserven ausgelastet, bevor die Belegschaften aufgestockt werden.

### *Noch immer hohe Arbeitslosigkeit*

Im Zuge der saisonalen Entwicklung hat die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg anders als sonst üblich in diesem Frühjahr kaum abgenommen. Ende April 1994 lag ihr Niveau mit 338 500 Arbeitslosen zwar um 10 000 Personen unter dem Januarwert, gegenüber dem Vorjahr aber doch um über 25 % höher. Die Arbeitslosenquote reduzierte sich gleichzeitig leicht von 7,8 % im Januar 1994 auf 7,6 % im März und April. Obwohl die Entwicklung auf dem baden-württembergischen Arbeitsmarkt aufgrund der gegebenen Wirtschaftsstruktur im Vergleich zu den anderen Bundesländern insgesamt sehr viel ungünstiger verlief, stellt sich das Arbeitslosigkeitsniveau im Bundesdurchschnitt immer noch relativ gut dar. Allein Bayern weist seit Mitte des letzten Jahres permanent eine geringere Arbeitslosenquote auf als Baden-Württemberg; alle anderen Bundesländer hatten dagegen weit höhere Quoten.

Erstes Anzeichen für eine Konsolidierung der Entwicklung auch auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr ist der Rückgang der Zahl der Kurzarbeiter im Lande um fast

185 500 Personen in den vergangenen zwölf Monaten auf nunmehr unter 94 000 Kurzarbeiter. Dieser bislang einzige arbeitsmarktpolitische Lichtblick betraf alle drei großen Branchen des Landes; im Bereich Maschinenbau arbeiten nunmehr gut 24 000 Arbeitnehmer kurz, während es im Straßenfahrzeugbau fast 16 000 und in der Elektrotechnik 11 600 Personen sind.

Der Abbau von Kurzarbeit ging aber noch nicht mit mehr gemeldeten Stellen einher. Zwar konnte die konjunkturbedingte Reduzierung der offenen Stellen im Jahr 1993 zu Beginn dieses Jahres gebremst werden, aber ihr Bestand lag Ende April 1994 immer noch um 5 % unter dem des Vorjahres. Die Unternehmer werden im Zuge einer konjunkturellen Erholung zunächst die Beschäftigungsreserven besser auslasten, bevor sie zusätzlichen Arbeitskräftebedarf anmelden. Da gegenwärtig zudem mit einem weiteren - vor allem zuwanderungsbedingten - Ansteigen des Erwerbspersonenpotentials zu rechnen ist, wird bis Ende des Jahres 1994 die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg insgesamt wohl noch nicht nennenswert abgebaut sein können.

### *Weniger Lehrstellen*

Die ausgeprägt rezessive Entwicklung der Vorjahre wirkte sich auch auf dem baden-württembergischen Ausbildungsstellenmarkt aus. Zwischen Oktober 1993 und März 1994 offerierten die Betriebe mit rund 93 000 Ausbildungsplätzen knapp ein Viertel weniger Lehrstellen als ein Jahr zuvor. Dennoch sind die aktuellen Chancen für die Schulabgänger auf einen Lehrvertrag nicht schlecht;

Tabelle 3

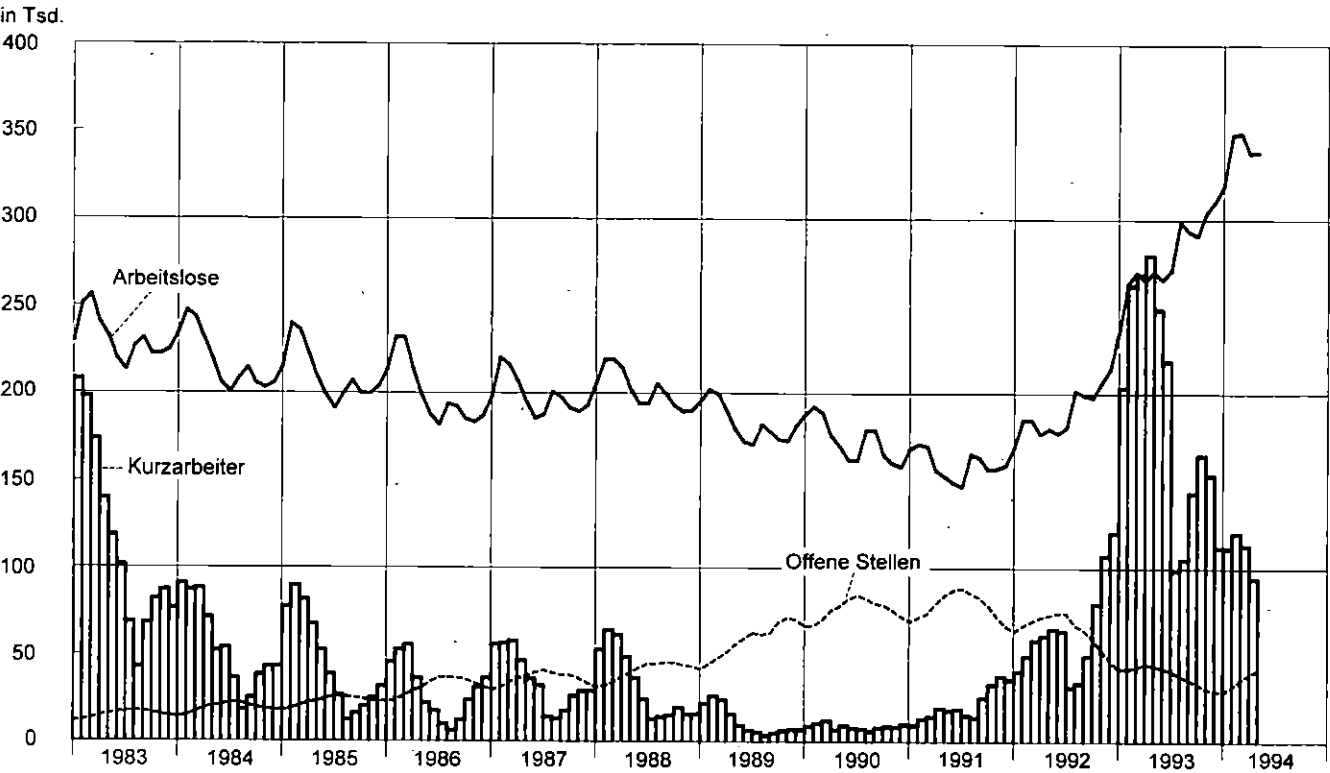
Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet  
1993 und 1994

Nachweis	Einheit	1993				1994	
		Januar bis April		Jahresdurchschnitt		Januar bis April	
		Baden-Württemberg	westliches Bundesgebiet	Baden-Württemberg	westliches Bundesgebiet	Baden-Württemberg	westliches Bundesgebiet
Arbeitslose	Anzahl	266 947	2 241 275	281 496	2 270 349	343 479	2 677 123
	Veränderung zum Vorjahr in %	+47,1	+23,6	+46,6	+25,6	+28,7	+19,4
Arbeitslosenquote <sup>1)</sup>	%	6,0 <sup>2)</sup>	7,9 <sup>2)</sup>	6,3	8,2	7,6 <sup>2)</sup>	9,3 <sup>2)</sup>
Kurzarbeiter	Anzahl	253 305	1 000 721	187 986	766 935	109 636	467 648
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 387,8	+ 310,0	+ 198,4	+ 171,0	- 56,7	- 53,3
Offene Stellen	Anzahl	42 948	258 069	37 952	243 282	36 681	233 795
	Veränderung zum Vorjahr in %	- 38,5	- 24,3	- 40,8	-24,8	-14,6	- 9,4

1) Bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Ende April.  
Quellen: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit.

Schaubild 2

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1983



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

rein rechnerisch kommen auf zwei Jugendliche drei Lehrstellen. Bei der Beurteilung dieses Verhältnisses ist allerdings zu berücksichtigen, daß es sich bei den den Arbeitsämtern gemeldeten Stellen und Bewerbern nur um einen Teil des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage auf dem Ausbildungsstellenmarkt handelt.

Nach Angaben des Landesarbeitsamtes konnten bis Ende März dieses Jahres 29 380 Lehrstellenbewerber noch nicht vermittelt werden; das ist fast ein Viertel mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig waren allerdings noch 41 600 Ausbildungsplätze unbesetzt, was einem Rückgang um fast 30 % entspricht. Weiterhin gute Möglichkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden, gibt es bei den Metallberufen, im Baugewerbe, aber auch im Hotel- und Gaststättenbereich. Schwieriger wird die Suche nach einer Lehrstelle dagegen bei den sehr begehrten Dienstleistungsberufen der Verwaltungen und Versicherungen.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen in Baden-Württemberg sind nach wie vor ganz gut. Zwar stieg ihre Arbeitslosigkeit im letzten Jahr kräftig an, doch ging diese Entwicklung von einem relativ niedrigen Niveau aus und lag zudem deutlich unter der Zunahme der Arbeitslosigkeit insgesamt. Bis Ende April 1994 hat sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen auf rund 10 000 Personen eingependelt, d.h. 3,0 % aller Arbeitslosen sind unter 20 Jahre; in den vergangenen Monaten lag dieser Anteil immer höher.

Deutlich angespannter als für die Jugendlichen auf dem beruflichen Ausbildungsstellenmarkt stellt sich derzeit die Situation der Jungakademiker dar. Im letzten Jahr ist die Arbeitslosigkeit von Akademikern um mehr als ein Drittel gestiegen. Allein in Baden-Württemberg sind gegenwärtig ungefähr 21 000 Akademiker arbeitslos. Vor allem die

Berufsanfänger unter den Universitäts- und Fachhochschulabsolventen haben große Probleme einen adäquaten Berufseinstieg zu finden. Vor diesem Hintergrund wurde in den vergangenen Monaten von Großunternehmen in Baden-Württemberg eine Initiative gestartet, um einerseits den wissenschaftlichen Nachwuchs zu sichern sowie andererseits zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Berufsanfänger zu schaffen. Im Rahmen von befristeten Arbeitsverträgen bzw. als Praktikanten soll eine möglichst große Zahl von akademischen Berufsanfängern bei untertariflicher Bezahlung Berufserfahrung sammeln können.

### Ausländische Arbeitnehmer stark betroffen

Die konjunkturbedingte Freisetzung von Arbeitskräften hat besonders stark die ausländischen Beschäftigten getroffen. Nachdem bereits im Laufe des Jahres 1992 die Zahl der arbeitslosen Ausländer im Lande mit + 40 % überdurchschnittlich zugenommen hatte, wurden in der ersten Jahreshälfte 1993 sogar Steigerungsraten von über 60 % erreicht. Im Anschluß daran und vor allem in diesem Jahr gingen dann die Zuwächse deutlich zurück. Ende April 1994 waren rund 79 400 Ausländer arbeitslos, das waren nochmals 27 % mehr als im Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote der ausländischen Mitbürger lag damit im April 1994 mit 14,3 % nochmals zwei Prozentpunkte über dem Vorjahreswert.

Für die Aussiedler in Baden-Württemberg entspannte sich demgegenüber die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter. In erster Linie dürfte dies auf das Abebben ihres Zuwanderungsstroms sowie ihre mit Hilfe von Qualifizierungsmaßnahmen erfolgreiche Integration in das Arbeitsleben zurückzuführen sein. Im April 1993 lag die Arbeitslosigkeit der Aussiedler um rund 27 % über dem entsprechenden

Tabelle 4  
Arbeitslose in Baden-Württemberg 1993

Merkmal	Anzahl	Veränderung	Arbeitslosen-	Anteil an den
		zum Vorjahr	quote	Arbeitslosen
			%	
<b>Arbeitslose insgesamt</b>	<b>281 496</b>	<b>+ 46,6</b>	<b>6,3</b>	<b>-</b>
und zwar				
Frauen	124 713	+ 36,5	6,5	44,3
Ausländer	63 192	+ 57,3	12,5	22,4
Aussiedler	26 194	+ 29,2	.	9,3
Jugendliche unter 20 Jahren	9 796	+ 38,8	5,5	3,5
Schwerbehinderte	13 948	+ 28,8	.	5,0
Langzeitarbeitslose <sup>1)</sup>	57 083	+ 53,5	.	20,3

1) Ein Jahr und länger arbeitslos; Stand Ende September.

Vorjahresniveau; in diesem Jahr beträgt die Zuwachsrate nur noch rund 8 %. Während im Durchschnitt des Jahres 1993 knapp über 9 % aller Arbeitslosen Aussiedler waren, ging ihr Anteil im Laufe dieses Jahres bereits auf unter 8 % zurück.

Die nun im Frühjahr 1994 gebremste Talfahrt auf dem Arbeitsmarkt begünstigte die Frauen häufiger als die Männer. Im letzten Jahr lag ihre Arbeitslosenquote immer über der Quote der Männer; seit Beginn dieses Jahres hat sich dieses Verhältnis generell umgekehrt. Die Arbeitnehmerinnen sind derzeit weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als ihre männlichen Kollegen. Ende April 1994 waren 144 800 Frauen arbeitslos, das sind 21,1 % mehr als im Vorjahr; bei den Männern nahm dagegen die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum um 28,8 % auf 193 700 Personen zu und ist damit deutlich stärker gestiegen.

## Bevölkerung

Obwohl Baden-Württemberg vom konjunkturellen Abschwung stark getroffen wurde, nahm seine Einwohnerzahl - vor allem aufgrund immer noch hoher Zuwanderungen - weiter zu. Nachdem zum Ende des Jahres 1991 die 10-Millionen-Einwohner-Marke überschritten worden war, lebten Ende 1992 schon 10,149 Mill. Menschen im Lande. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1993 stieg die Bevölkerungszahl nochmals um 73 800 Personen und wird sich wohl bis zum Jahresende 1993 auf knapp 10,25 Mill. erhöht haben. Dieses Bevölkerungswachstum setzt sich aller Wahrscheinlichkeit nach mit abnehmender Dynamik auch im laufenden Jahr fort.

## Abnehmender Wanderungsgewinn

Die Bevölkerungszunahme im vergangenen Jahr ist wie in den Vorjahren auf einen immer noch hohen Wanderungsgewinn zurückzuführen. Die abnehmende Dynamik der Entwicklung ergab sich dabei weitgehend aus einer geringeren Zahl von Zuzügen, während die Fortzüge nahezu auf gleichem Niveau blieben. Die rückläufigen Zuwanderungen betrafen vor allem die Ausländer, aber auch bei der deutschen Bevölkerung war eine fortgesetzte Abnahme der Zuzüge zu verzeichnen.

In den Jahren 1989 und 1990 gab es, insbesondere gegenüber den neuen Bundesländern, hohe Wanderungsgewinne. Bereits 1991 und 1992 nahm dann der Zustrom ab. Die bislang vorliegenden Ergebnisse für 1993 zeigen, daß sich diese Tendenzen fortgesetzt haben. Im ersten Halbjahr 1993 ging der Wanderungsgewinn gegenüber den neuen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahr sogar um etwas mehr als die Hälfte zurück. Es gibt begründeten Anlaß zur Vermutung, daß auch über das ganze Jahr 1993 betrachtet eine Halbierung dieses Wanderungssaldos eingetreten ist.

Zusätzlich vermindert hat sich der Wanderungsgewinn bei der deutschen Bevölkerung aufgrund weiterhin leicht abnehmender Zuwanderungen von Deutschen aus Osteuropa. Im Laufe des Jahres 1993 wurden mit rund 26 300 Aussiedlern 9 % weniger Zugänge im Lande verzeichnet als ein Jahr zuvor. Im ersten Quartal dieses Jahres haben sich hier allerdings die rückläufigen Tendenzen nicht mehr fortgesetzt. Bei den Asylanträgen zeigte sich dagegen seit dem im letzten Jahr geänderten Asylverfahren laufend ein deutlicher Rückgang

Tabelle 5  
Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg 1992 und 1993

Merkmal	1992			1.-3. Quartal					
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
Anzahl									
Lebendgeborene	117 559	98 951	18 608	87 752	74 342	13 410	88 640	74 342	14 298
Sterbefälle	95 977	93 950	2 027	71 258	69 791	1 467	72 656	71 086	1 570
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 21 582	+ 5 001	+ 16 581	+ 16 494	+ 4 551	+ 11 943	+ 15 984	+ 3 256	+12 728
Zuzüge über die Landesgrenze	401 620	151 316	250 304	307 355	113 032	194 323	261 362	102 542	158 820
Fortzüge über die Landesgrenze	276 334	114 918	161 416	204 578	85 455	119 123	203 586	83 093	120 493
Wanderungssaldo	+125 286	+36 398	+ 88 888	+102 777	+27 577	+ 75 200	+ 57 776	+19 449	+38 327
Ein- bzw. Ausbürgerung	-	+ 2 672	- 2672	-	+ 1 787	- 1787	-	+ 2 867	- 2867
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+146 868	+44 071	+102 797	+119 271	+32 128	+ 87 143	+73 760	+25 572	+48 188
<b>Bevölkerungsstand</b> (am Jahresende bzw. am Ende des 3. Quartals)	<b>10 148 708</b>	<b>8 891 370</b>	<b>1 257 338</b>	<b>10 121 111</b>	<b>8 881 214</b>	<b>1 239 897</b>	<b>10 222 468</b>	<b>8 916 942</b>	<b>1 305 526</b>

Tabelle 6

### Zugänge an Aussiedlern und Asylbewerbern in Baden-Württemberg 1993 und 1994

Jahr/Zeitraum		Aussiedler		Asylbewerber	
		Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %	Anzahl	Veränderung zum Vorjahr in %
1993	1. Quartal	5 510	- 14,2	13 649	+ 30,6
	2. Quartal	5 377	- 4,6	13 873	+ 19,2
	3. Quartal	7 366	+ 4,9	5 590	- 65,3
	4. Quartal	8 024	- 18,1	5 409	- 59,7
	Jahr	26 277	- 9,0	38 521	- 25,4
1994	1. Quartal	5 602	+ 1,7	3 337	- 75,6

der Bewerberzahlen. Diese Entwicklung erlaubte es der Landesregierung die von den Gemeinden zu erfüllenden Aufnahmequoten für Asylbewerber in diesem Jahr bereits mehrmals zu senken.

#### Steigender Ausländeranteil

Das Bevölkerungswachstum in Baden-Württemberg beruhte in jüngster Vergangenheit insbesondere auf einer Zunahme der ausländischen Bevölkerung. Die Zahl der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen erhöhte sich im Jahr 1992 um fast 103 000 Personen und stieg in den ersten drei Quartalen des Jahres 1993 nochmals um über 48 000 Personen an; im September 1993 lebten 1,306 Mill. Ausländer im Land. Die deutsche Bevölkerung nahm demgegenüber im gleichen Zeitraum nur um etwa 69 600 Personen auf 8,917 Mill. zu. In Folge dieser Entwicklung stieg der Ausländeranteil in Baden-Württemberg von 11,5 % Ende 1991 auf 12,8 % Ende September 1993 und wird auch im laufenden Jahr weiter zunehmen. Fast ein Drittel der Ausländer kam aus EG-Mitgliedstaaten; von den Nicht-EG-Angehörigen waren die Türkei mit einem Anteil von insgesamt rund 30 % und das ehemalige Jugoslawien mit fast 20 % die häufigsten Herkunftsgebiete der in Baden-Württemberg lebenden ausländischen Mitbürger.

#### Auch in Zukunft Bevölkerungswachstum

Nach den Annahmen der aktuellsten Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes ist zu erwarten, daß die Bevölkerung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2005 um etwa 7 % (gegenüber Stand 1992) auf 10,87 Mill. Einwohner zunehmen wird. Gemäß einer unteren Variante mit einem geringeren Wanderungsansatz wurde eine mögliche Einwohnerzahl von 10,75 Mill. veranschlagt. Die Weiterrechnung bis zum Jahr 2040 geht von nochmals abgeschwächten Zuwanderungsüberschüssen aus. Demnach würde ein zunächst allmähli-

cher Bevölkerungsrückgang einsetzen, der sich längerfristig - etwa nach dem Jahr 2020 - verstärkt fortsetzen könnte.

In Verbindung mit dieser Bevölkerungsentwicklung geht eine Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung einher. Es ist absehbar, daß selbst bei relativ hohen Zuwanderungen meist jüngerer Menschen über mehrere Jahrzehnte hinweg ein fortschreitender demographischer Alterungsprozeß nicht aufzuhalten sein wird. Bereits mittelfristig könnte sich der Anteil 60jähriger und älterer Menschen von heute knapp einem Fünftel auf rund ein Viertel erhöhen; auf längere Sicht wäre sogar mit einem Anstieg ihres Bevölkerungsanteils auf etwas mehr als ein Drittel zu rechnen. Innerhalb der Gruppe der Älteren dürfte insbesondere die Zahl der Hochbetagten - der 85jährigen und älteren - überproportional stark ansteigen. Um die Jahre 2030/40 könnte ihre Zahl mit weit über 300 000 Personen mehr als doppelt so hoch liegen wie heute.

### Schulwesen

Gegenwärtig werden 1,11 Mill. Schüler und Schülerinnen an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg unterrichtet. Damit hat sich seit dem Tiefstand im Herbst 1988 die Zahl der Schüler bereits im fünften Jahr hintereinander erhöht. Der Gesamtanstieg der Schülerzahlen (+ 2,7 %) erstreckte sich auf alle Schularten des allgemeinbildenden Schulwesens, wobei er wie in den Jahren zuvor mit + 3,4 % besonders stark an den Realschulen ausgeprägt war; jeder sechste Schüler im Lande besucht zur Zeit eine Realschule. Bei den Grundschulen gab es demgegenüber nur eine unterdurchschnittliche Zunahme (+ 2,4 %), obwohl aufgrund demographischer Einflüsse in den letzten beiden Jahren deutlich mehr Erstklässler eingeschult worden sind als zuvor. In den kommenden Jahren wird dies automatisch auf die Situation im Grundschulbereich insgesamt durchschlagen.

Anders als bei den allgemeinbildenden Schulen ist im sehr heterogenen Bereich der beruflichen Schulen bislang eine Trendumkehr der insgesamt rückläufigen Schülerzahlen noch nicht festzustellen. Erwartungsgemäß hat auch im laufenden Schuljahr die Zahl der Berufsschüler abgenommen. Zur Zeit besuchen gut 330 000 Schüler und Schülerinnen die öffentlichen beruflichen Schulen. Die schwach besetzten Geburtsjahrgänge aus der Mitte der siebziger Jahre dürften auch im nächsten Schuljahr noch für einen weiteren Rückgang sorgen, bevor dann wieder stärkere Jahrgänge in die beruflichen Schulen eintreten werden.

Die seit einigen Jahren ansteigenden Schülerzahlen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die durchschnittlichen Klassenstärken, da der Ausbau des Lehrkörpers mit dieser Entwicklung nicht ganz Schritt gehalten hat. Während im

Tabelle 7

**Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden  
Schulen in Baden-Württemberg seit 1990/91**

Schulart	1990/91	1991/92	1992/93	1993/94
<b>Öffentliche allgemein- bildende Schulen insgesamt</b>	<b>995 092</b>	<b>1 015 404</b>	<b>1 042 185</b>	<b>1 070 259</b>
darunter				
Grundschulen	402 088	408 741	417 704	427 750
Hauptschulen	177 209	181 244	186 472	192 278
Sonderschulen	34 947	35 926	37 230	38 182
Realschulen	166 090	169 349	175 161	181 149
Gymnasien	210 146	214 756	220 533	225 802

Schuljahr 1989/90 in den Grundschulen durchschnittlich 20,9 Schüler in einer Klasse unterrichtet wurden, sind es im laufenden Schuljahr 21,7 Kinder. Besonders deutlich war diese Verschiebung bei den Realschulen, wo gegenwärtig 25,3 Schüler in einer Klasse sind; an den Gymnasien ist die Relation mit 24,8 Schüler je Klasse etwas günstiger.

Mit diesen Veränderungen der Betreuungsrelationen ist eine Alterung des Lehrkörpers verbunden. Fast drei Viertel aller zur Zeit in Baden-Württemberg unterrichtenden Lehrer haben bereits das 40. Lebensjahr vollendet. Nur 10 % sind jünger als 35 Jahre; vor zehn Jahren waren es noch über 40 %. Die Anhebung des Durchschnittsalters der Lehrerschaft, wo in manchen Kollegien der „jüngste“ fast 50 Jahre alt ist, wurde einerseits durch die expansive Bildungspolitik der sechziger und siebziger Jahre sowie andererseits durch die sich daran anschließende Zurückhaltung bei der Einstellung junger Lehrer aufgrund zunächst sinkender Schülerzahlen und dann sich abzeichnender Sparmaßnahmen hervorgerufen.

## Verarbeitendes Gewerbe

Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Talsohle des etwa seit Jahresmitte 1991 laufenden Abschwungs im Verarbeitenden Gewerbe des Landes bereits durchschritten wurde und in eine - wenn auch noch eher zaghafte - Belebung einmündete. Noch offen ist allerdings die Frage, ob die Impulse aus der Auslandsnachfrage schon in den kommenden Monaten einen „kritischen“ Umfang erreichen werden, um sodann auch ein spürbares Anspringen der inländischen Investitionskonjunktur bewirken zu können. Denn es wird erforderlich sein, die durch verbreitete Sparmaßnahmen, Realeinkommenseinbußen und massive Arbeitsplatzverluste an sich noch anhaltende Schwäche der Inlandsnachfrage zu überwinden.

Erkennbar ist das verstärkte Bemühen der Unternehmen, um verlorenes Terrain auf den angestammten Absatzmärkten in Europa und in den USA wieder zu gewinnen und in neue Wachstumsmärkte - wie in Ost- und Südostasien - vorzustoßen.

Der Wettbewerb ist heute jedoch wesentlich intensiver als noch in den 70er und frühen 80er Jahren, als es mit Hilfe der Exportlokomotive und einer stärker tendierenden Inlandsnachfrage gelang, ebenfalls kritische Rezessions- und Schwächephase zu überwinden. Im Zuge internationaler Aufholprozesse in Produktivität und Qualität und neuen Anbietern auch aus dem bisherigen Kreis der Schwellen- und Entwicklungsländer wird es unter den Bedingungen eines Hochlohnstandortes immer schwieriger, Absatz und Marktanteile in den herkömmlichen Produktsegmenten zu behaupten oder gar zu steigern. Darüber hinaus besteht nicht in allen, aber doch in wichtigen Bereichen der Spitzentechnologie ein Rückstand gegenüber Japan und den USA. Das Verarbeitende Gewerbe befindet sich insofern in einem gravierenden Umstrukturierungsprozeß, der auf Effizienzsteigerung, intensivere Markt- und Kundenorientierung sowie auf die Erschließung neuer Expansionsfelder abzielt. Dieser Prozeß wird in den kommenden Monaten und Jahren anhalten und mit einer noch stärkeren Internationalisierung von Beschaffung und Produktion verbunden sein. Die Markterfolge der Unternehmen werden damit nicht ohne weiteres oder nur teilweise den inländischen Standorten zugute kommen, so daß sich die Beschäftigungsperspektiven auch bei einer nach und nach kräftigeren Konjunkturbelebung eher zögerlich aufhellen dürften.

### Schmerzliche Einbußen im Jahresergebnis 1993

Produktion und Auftragseingang der Industriebetriebe in Baden-Württemberg wurden im Laufe der seit Bestehen des Landes schärfsten Abschwungphase um Jahre zurückgeworfen. So bewegten sich das 1993 eingegangene Auftragsvolumen und die Produktion in etwa auf dem Niveau von 1988. Noch höhere Rückschritte wurden in der Beschäftigung verzeichnet. Die nunmehr eingetretenen Erholungsimpulse müssen auch vor diesem Hintergrund gesehen und relativiert werden. Bereits im Jahresverlauf 1993 hat sich die Talfahrt zunächst verlangsamt bis schließlich die Stabilisierungskräfte immer deutlicher wurden. Während die realen Auftragseingänge in der ersten Jahreshälfte noch um 13 % unter dem entsprechenden Vorjahresniveau lagen, betrug die Minusrate im 2. Halbjahr nur noch gut 2 %. Im Jahresergebnis sanken die Ordereingänge damit um 8 %, wobei die Inlandsnachfrage um 10, die Auslandsbestellungen hingegen nur um 3 % nachließen. In der zweiten Jahreshälfte war bereits ein Anziehen der Auslandsaufträge erkennbar.

Die im Land dominierenden Investitionsgüterbranchen wurden insgesamt am stärksten von der Rezession betroffen. Mit einem Minus im Auftragseingang von annähernd 10 % war das Ergebnis im Jahresdurchschnitt 1993



Tabelle 8

**Nachfrageentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1993 und im 1. Quartal 1994**

Wirtschaftsbereich  Wirtschaftsgruppe	Auftragseingang (1985=100) Volumenindex		Umsatz		
	Veränderung		1993 insgesamt  Mrd. DM	Veränderung	
	1993	1. Quartal 1994		1993	1. Quartal 1994
	gegen 1992	gegen 1. Quartal 1993		gegen 1992	gegen 1. Quartal 1993
	%			%	
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>	- 7,8	+ 8,4	327,5	- 7,7	+ 1,3
Inland	- 10,3	+ 2,1	231,0	- 8,6	- 1,3
Ausland	- 3,0	+ 19,6	96,5	- 5,6	+ 7,5
<b>Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe</b>	- 3,9	+ 7,9	54,8	- 4,8	+ 3,3
Inland	- 4,9	+ 5,6	42,6	- 5,1	+ 2,5
Ausland	- 1,6	+ 12,5	12,2	- 3,6	+ 6,2
<b>Chemische Industrie</b>	- 4,0	+ 4,1	22,6	- 3,1	+ 5,2
Inland	- 5,5	+ 2,8	14,9	- 4,5	+ 5,1
Ausland	- 1,3	+ 6,3	7,7	- 0,3	+ 5,5
<b>Investitionsgüter produzierendes Gewerbe</b>	- 9,6	+ 11,1	197,0	- 9,9	+ 1,6
Inland	- 13,7	+ 2,6	124,1	- 12,0	- 2,5
Ausland	- 2,9	+ 23,2	72,9	- 5,9	+ 8,6
<b>Maschinenbau</b>	- 9,1	+ 8,3	53,9	- 8,7	- 6,6
Inland	- 13,1	+ 0,7	31,8	- 11,6	- 11,4
Ausland	- 3,7	+ 18,6	22,2	- 4,1	+ 0,6
<b>Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.</b>	- 10,6	+ 44,6	48,6	- 15,5	+ 14,8
Inland	- 24,5	+ 33,5	28,4	- 17,1	+ 8,2
Ausland	+ 2,5	+ 51,8	20,2	- 13,0	+ 24,1
<b>Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten</b>	- 9,7	+ 3,0	52,7	- 7,0	- 1,8
Inland	- 11,9	- 3,4	36,1	- 9,7	- 2,6
Ausland	- 4,6	+ 17,0	16,5	- 0,5	0,0
<b>Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren</b>	- 16,5	- 3,4	9,1	- 12,8	- 15,0
Inland	- 21,1	- 6,3	5,3	- 15,0	- 21,3
Ausland	- 9,4	+ 0,8	3,8	- 9,4	- 6,1
<b>Herstellung von EBM-Waren<sup>1)</sup></b>	- 10,3	+ 0,7	13,6	- 10,7	+ 0,2
Inland	- 10,4	- 0,6	10,4	- 11,3	- 1,5
Ausland	- 10,3	+ 4,7	3,2	- 8,7	+ 5,8
<b>Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe</b>	- 4,9	- 0,2	52,4	- 4,7	- 1,4
Inland	- 4,6	- 1,7	42,9	- 4,0	- 2,4
Ausland	- 6,2	+ 5,5	9,5	- 7,4	+ 3,1
<b>Herstellung von Kunststoffwaren</b>	- 3,0	+ 3,6	11,5	- 2,9	+ 0,8
Inland	- 3,3	+ 1,2	9,3	- 3,1	- 0,5
Ausland	- 2,1	+ 12,2	2,3	- 1,8	+ 6,0
<b>Textilgewerbe</b>	- 7,6	- 5,9	9,8	- 8,3	- 3,8
Inland	- 6,1	- 6,8	7,4	- 7,0	- 4,6
Ausland	- 11,6	- 3,4	2,3	- 12,2	- 1,5
<b>Nahrungs- und Genussmittelgewerbe</b>	-	-	23,2	- 2,1	+ 0,1
Inland	-	-	21,4	- 2,6	0,0
Ausland	-	-	1,9	+ 4,5	+ 1,3
<b>Nachrichtlich westliches Bundesgebiet:</b>					
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>	- 7,6	+ 5,1	1794,1	- 6,9	+ 0,3
Inland	- 9,8	+ 0,9	1305,8	- 7,1	- 1,9
Ausland	- 3,1	+ 13,1	488,3	- 6,5	+ 6,4

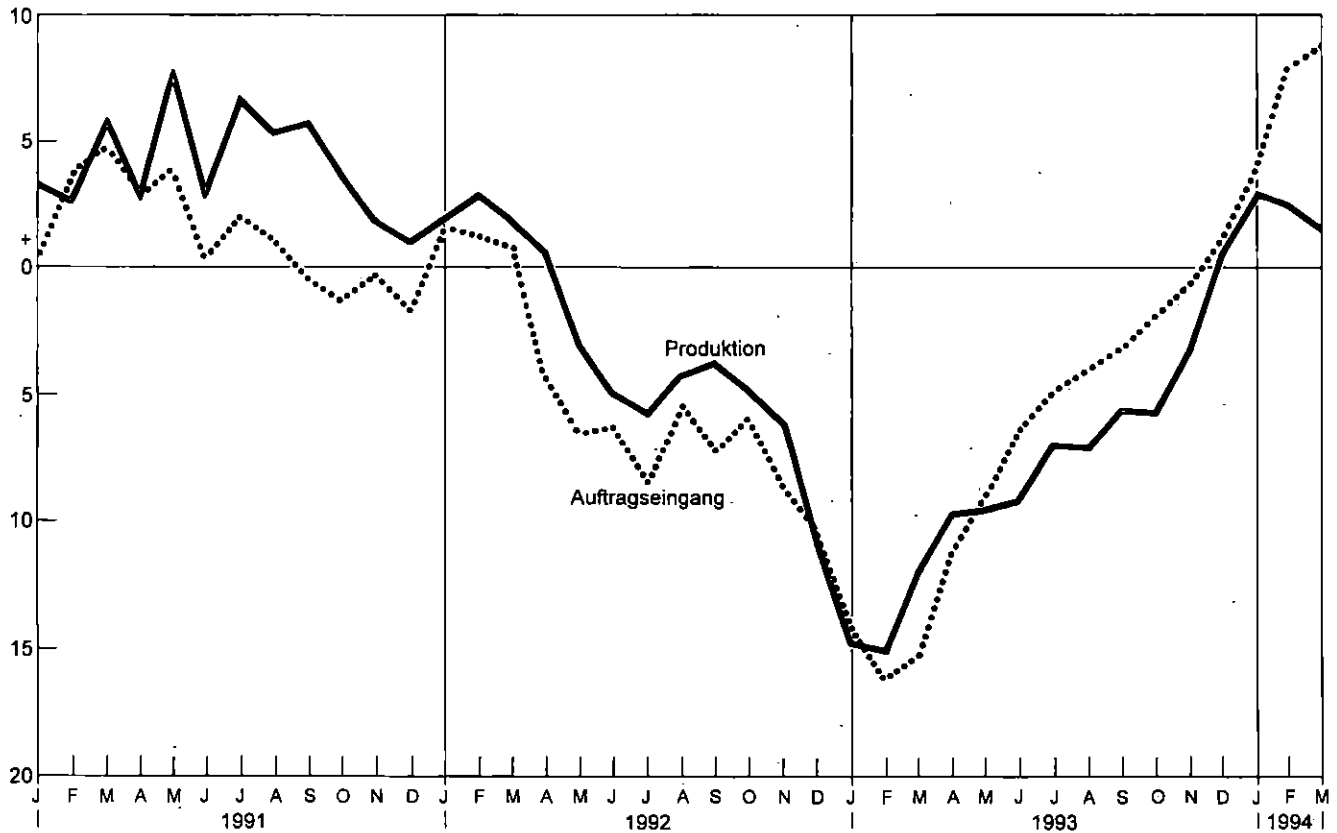
1) Eisen-, Blech- und Metallwaren.

Schaubild 3

**Produktion und Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs seit 1991**

Gleitender 3- Monats-Durchschnitt

Veränderung gegen Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

236 94

auch erheblich ungünstiger als im Grundstoff- und Produktionsgüter- (- 4 %) sowie im Verbrauchsgütergewerbe (- 5 %). Besonders drastisch sind seit der letzten Hochphase die Auftragseingänge im Fahrzeugbau geschrumpft (1993: - 11 %), die hier im 2. Halbjahr vorwiegend vom Ausland induzierte Aufwärtsentwicklung hat allerdings einen wesentlichen Teil der im Investitionsgüterbereich und im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt zu beobachtenden Stabilisierungstendenz getragen. Im ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogenen Maschinenbau hat sich die Auftragslage, nach anfangs noch kräftigen Einbußen, im weiteren Jahresverlauf auf niedrigem Niveau immerhin gefestigt (1993: - 9 %). In der Elektrotechnik (1993: - 10 %) sowie in der Herstellung von EBM-Waren (- 10 %) und Feinmechanik/Optik (- 17 %) wurden hingegen auch von Juli bis Dezember noch deutliche, wenn auch abgeschwächte Minusraten gegenüber dem Vorjahr ermittelt.

Ähnliche Entwicklungslinien, wie im realen Auftragseingang, waren 1993 auch in der Produktion zu verzeichnen. So reduzierte sich der jeweilige Abstand zu den Produktionsergebnissen des Vorjahres von - 12 % im 1. Halbjahr auf - 5 % in der zweiten Jahreshälfte. Aufgrund des

typischerweise zeitlich verzögerten Verlaufs haben sich hier die Stabilisierungsansätze weniger signifikant als in der Auftragslage manifestiert. Im Jahresdurchschnitt verringerte sich damit die Produktion um 9 %, wobei die Einschränkungen im Investitionsgütersektor (- 11 %) wesentlich kräftiger ausfielen als im Grundstoff- und Produktionsgüter- (- 4 %) sowie im Verbrauchsgütergewerbe (- 5 %). Mit lediglich - 1 % konnte sich das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe noch am ehesten behaupten. Die großen Investitionsgüterbranchen wiesen hingegen fast durchweg, mit Ausnahme der Elektrotechnik (- 7 %), zweistellige Abnahmeraten auf - so der Fahrzeugbau (- 16 %), der Maschinenbau (- 13 %), ebenso der Bereich EBM-Waren (- 11 %) und die Feinmechanik/Optik (- 13 %). Während sich etwa im Maschinenbau der Rückgang im Jahresverlauf kaum abschwächte, zeichnete sich speziell im Fahrzeugbau gegen Jahresende schon eine günstigere Entwicklung ab.

**Massiver Stellenabbau**

Das Zusammentreffen von konjunktureller Rezession und struktureller Schwächen im internationalen Wettbewerb

Tabelle 9

**Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1993 und im 1. Quartal 1994**

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			Arbeiterstunden			Produktion			Exportquote	
	1993 ins- gesamt	Veränderung		1993 ins- gesamt	Veränderung		1993 ins- gesamt	Veränderung		1993	1992
		1993 gegen 1992	1. Quartal		1993 gegen 1992	1. Quartal		1993 gegen 1992	1. Quartal		
			1. Quartal 1993			1. Quartal 1993			1. Quartal 1993		
1000	%		Mill.	%		1985=100	%				
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1388,6	- 8,0	- 7,6	1314,7	- 12,3	- 6,5	108,2	- 8,8	+ 2,4	29,3	28,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	159,7	- 5,9	- 6,8	151,4	- 9,9	- 5,9	116,9	- 3,7	- 0,3	23,4	22,0
Chemische Industrie	69,3	- 4,7	- 6,3	49,3	- 8,9	- 8,0	117,1	- 3,5	+ 2,1	34,7	33,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	903,8	- 8,8	- 9,0	822,8	- 14,2	- 6,9	106,9	- 11,4	+ 4,6	36,8	35,4
Maschinenbau	264,3	- 6,9	- 9,6	230,4	- 13,2	- 8,6	104,0	- 13,2	- 5,8	39,8	39,2
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	206,9	- 10,5	- 9,1	218,4	- 16,6	- 4,0	93,3	- 15,9	+21,2	41,8	40,5
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	243,0	- 6,9	- 8,1	197,2	- 12,9	- 7,1	119,9	- 6,5	+ 1,5	32,0	29,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	45,4	- 12,1	- 11,6	40,3	- 15,7	- 11,8	99,2	- 12,7	- 0,4	41,0	40,0
Herstellung von EBM-Waren <sup>1)</sup>	66,7	- 11,2	- 8,2	67,0	- 15,5	- 7,0	120,4	- 11,3	+ 0,8	23,7	23,0
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	262,3	- 7,2	- 6,9	274,1	- 9,5	- 6,6	106,7	- 5,1	- 2,7	18,9	18,6
Herstellung von Kunststoffwaren	58,1	- 5,6	- 6,1	61,4	- 9,8	- 4,4	144,8	- 2,8	+ 1,9	20,7	19,4
Textilgewerbe	49,2	- 11,9	- 11,1	51,7	- 13,4	- 12,2	73,8	- 11,8	- 7,3	24,3	25,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	62,8	- 2,9	- 2,7	66,5	- 5,2	- 2,8	100,8	- 1,4	+ 0,8	8,1	7,6
Nachrichtlich westliches Bundesgebiet:											
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6662,4	- 7,2	- 7,1	6625,2	- 11,4	- 6,3	111,8	- 7,6	+ 0,4	27,2	27,1

1) Eisen-, Blech- und Metallwaren.

führte zu einem in diesem Umfang seit Jahrzehnten beispiellosen Verlust an industriellen Arbeitsplätzen. Kosten- und nicht zuletzt Wechselkursaspekte haben hierzu ebenso beigetragen wie manche Innovationsdefizite, so die unzureichende Erschließung neuer Produkt- und Marktfelder. Es wurden 1993 im Jahresdurchschnitt rund 120 000 Personen weniger als noch im Vorjahr im Verarbeitenden Gewerbe des Landes beschäftigt (- 8 %). Allein im Investitionsgütergewerbe wurden gut 87 000 Arbeitsplätze abgebaut, davon entfielen 24 000 auf den Fahrzeugbau - hier wurde mehr als jede zehnte Stelle gestrichen -, über 19 000 auf den Maschinenbau und knapp 18 000 auf die Elektrotechnik. Die Stelleneinsparungen betrafen wohl nahezu sämtliche Funktionssparten der Unternehmen, wenngleich der Schwerpunkt doch eindeutig im Bereich der Fertigung und somit bei den Arbeitern lag.

Das für die Beschäftigungslage wichtige Verhältnis zwischen Produktivitäts- und Lohnentwicklung hat sich 1993, vor allem aufgrund höherer Produktivitätswerte, in der Tendenz verbessert; bewirkte aber noch keine grund-

gende Entspannung für die vielfach kritische Ertrags-situation. Der Anstieg der Lohnstückkosten um etwa 2,5 % hat sich zwar gegenüber 1992 halbiert, war damit jedoch im langfristigen Zeitvergleich durchaus nicht auffallend gering, was angesichts der gravierenden Arbeitsmarktp Probleme an sich erforderlich wäre. Im Zuge der niedrigen Tarifabschlüsse und einer allmählich günstigeren Produktionsperspektive dürfte sich für 1994 indes- sen eine reale Verbesserung der Kosten- und Ertrags- situation durch einen Rückgang der Lohnstückkosten abzeichnen.

**1. Quartal 1994: Rückenwind vom Ausland**

Nachdem sich bereits im späteren Jahresverlauf 1993 die Lage im Verarbeitenden Gewerbe auf niedrigem Niveau stabilisierte, konnten nun im 1. Quartal 1994 partiell durchaus signifikante Belebungsimpulse verzeichnet werden. So lagen die realen Bestellungen von Januar bis März um gut 8 % über dem Vorjahresstand. Allerdings: nur die Auslandsnachfrage hat mit annähernd

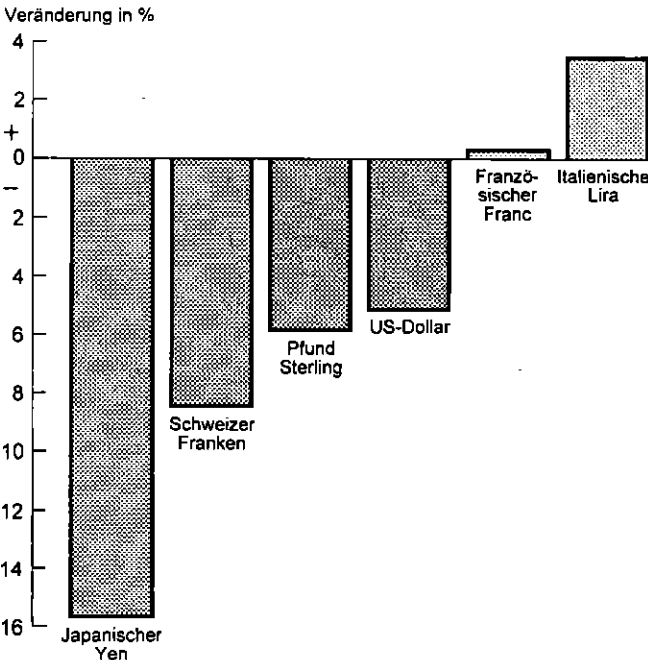
+ 20 % insgesamt kräftig und auch in der Breite der Branchengliederung angezogen. Die seit Anfang 1993 mitunter spürbaren Abwertungen der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner gaben dabei eine sicherlich nicht unwesentliche Hilfestellung. Ein übriges resultierte aus der weiteren Aufhellung im internationalen Konjunkturklima. Kennzeichnend für den derzeit noch nicht grundlegend gefestigten Konjunkturverlauf ist andererseits das mit 2 % nur mäßige Plus der Inlandsnachfrage, das zudem in erster Linie - bei außerordentlich niedrigem Vorjahresniveau - von der Steigerung im Fahrzeugbau (+ 34 %) getragen wurde. In nicht wenigen Branchen haben die Inlandsbestellungen stagniert oder gar weiter nachgelassen.

Das besonders exportintensive Investitionsgütergewerbe konnte, nach seinen zuvor hohen Rezessionseinbußen, in den ersten Monaten 1994 den stärksten Gesamtzuwachs im realen Auftragseingang verbuchen (+ 11 %). Sollte diese Entwicklung anhalten, dann dürfte sich die Wachstumsposition Baden-Württembergs im Bundesvergleich entscheidend verbessern. Die weiterhin rückläufigen Inlandsbestellungen etwa in der Elektrotechnik (- 3 %) und Feinmechanik/Optik (- 6 %) wie auch die nur geringfügig erhöhten Inlandsaufträge im Maschinenbau (+ 1 %) lassen indessen noch kein Anspringen der inländischen Investitionstätigkeit erkennen, so daß die insgesamt merkliche Belebung im Investitionsgütergewerbe bislang fast ausschließlich auf der Auslandsnachfrage basiert. Im Maschinenbau (Ausland: + 19 %) und in der Elektrotechnik (Ausland: + 17 %) mehrten sich die positiven Signale, die Hauptimpulse kamen jedoch vom Fahrzeugbau (Ausland: + 52 %). Erholungstendenzen sind darüber hinaus für die Sparten des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes zu konstatieren (+ 8 %); hier haben neben den Auslandsaufträgen (+ 13 %) auch die Inlandsbestellungen (+ 6 %) zugenommen. Demgegenüber stagnierten die Ordereingänge im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, das mit 19 % eine relativ geringe Exportquote aufweist, auf dem Stand des entsprechenden Vorjahresquartals. Die um 2 % rückläufige Inlandsnachfrage nach baden-württembergischen Verbrauchsgütern konnte durch das Plus um knapp 6 % bei den Auslandsbestellungen nur in etwa ausgeglichen werden.

### Noch schleppende Produktionsentwicklung bei weiteren Stellenverlusten

Die insgesamt verbesserte Auftragslage hat sich im 1. Quartal 1994 lediglich ansatzweise schon in Produktionsausweitungen niedergeschlagen. Eine zeitliche Reaktionsverschiebung der Produktion ist zwar ohnehin zu erwarten, doch könnten sich darin auch die überwiegend noch vorsichtigen Einschätzungen der Industriebetriebe bezüglich der weiteren Geschäftsentwicklung widerspiegeln. Mit einer Zunahme um gut 2 % im Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes - gegenüber dem schwachen Vor-

Schaubild 4  
**Außenwert der D-Mark gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner**  
 1. Quartal 1994 gegenüber 1. Quartal 1993<sup>\*)</sup>



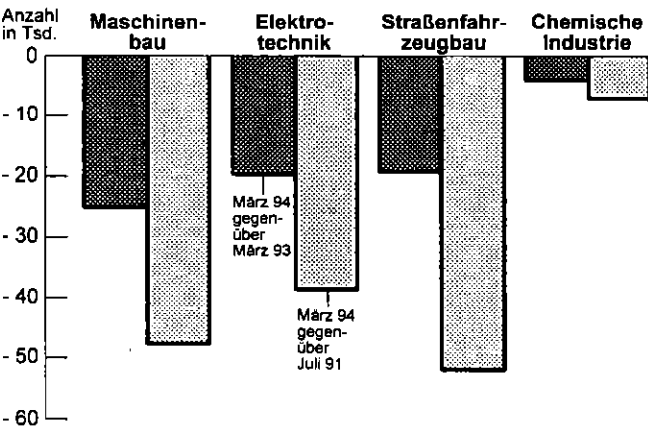
<sup>\*)</sup> Jeweils Monatsdurchschnitte.  
 Quelle: Deutsche Bundesbank.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

272 94

Schaubild 5  
**Stellenabbau in den größten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg**

Veränderung der Beschäftigtenzahl März 1994 gegenüber März 1993 und gegenüber Juli 1991



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

219 94

jahresresultat - ist bislang weder ein insgesamt nachhaltiger noch ein in der Breite angelegter Produktionsanstieg festzustellen. Während der Ausstoß im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe in etwa stagnierte und im Verbrauchsgütersektor um annähernd 3 % gedrosselt wurde, konnte das Investitionsgütergewerbe durchschnittlich um knapp 5 % zulegen. Die größeren Impulse beschränkten sich aber hauptsächlich auf den Fahrzeugbau (+ 21 %), der sich damit von dem letztjährigen Tiefpunkt bereits deutlich erholen konnte und im folgenden eine wichtige Stütz- und Antriebsfunktion für die Konjunktur speziell in Baden-Württemberg übernehmen dürfte. In anderen Investitionsgüterbranchen, so im Maschinenbau (- 6 %), war die Produktion weiter abwärts gerichtet oder hat sich, wie in der Elektrotechnik (+ 2 %), erst zögerlich nach oben orientiert.

Für die angespannte Stellsituation brachte der alles in allem flauere Produktionsverlauf noch keine Entlastung. Es wurden, im Gegenteil, von Dezember 1993 bis März 1994 weitere 33 000 Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe des Landes abgebaut. Ob die nahezu konstante Stellenentwicklung von Februar auf März (- 900) schon als Indiz einer sich anbahnenden Stabilisierung oder nur als vorübergehende Trendabschwächung zu werten ist, bleibt vorerst noch offen. Nimmt man den personellen Höchststand vom Juli 1991, so wurden seither 251 000 Stellen in der südwestdeutschen Industrie gestrichen (- 16 %). Dies entspricht - zum Vergleich - mehr als der gesamten Beschäftigtenzahl des Fahrzeugbaus zum

damaligen Zeitpunkt oder mehr als der gegenwärtigen Beschäftigtenzahl der Industrie im Regierungsbezirk Freiburg. Allein im Fahrzeugbau des Landes ist seit Juli 1991 gut jeder fünfte Arbeitsplatz weggefallen (- 21 %), im Maschinenbau (- 16 %) und in der Elektrotechnik (- 15 %) betrafen die konjunkturellen und strukturellen Anpassungen jede sechste bis siebte und in der chemischen Industrie (- 10 %) immerhin jede zehnte Stelle.

## Baugewerbe

Die Baukonjunktur war 1993 durch einen gespaltenen Verlauf gekennzeichnet. Während im Zeichen günstiger Hypothekenzinsen und Renditeaussichten sowie flankiert von staatlichen Fördermaßnahmen der Wohnungsbau seine Aufwärtsentwicklung gegenüber 1992 sogar beschleunigt fortsetzen konnte, gerieten die Bereiche gewerblich-industrieller und öffentlicher Bauten verstärkt in den Sog der gesamtwirtschaftlichen Rezession. Das Konjunkturbild hat sich damit insgesamt eingetrübt, wenn auch die Auftragslage im 2. Halbjahr alles in allem wieder stabilere Tendenzen als in der ersten Jahreshälfte aufwies. Im Jahresergebnis blieb der nominale Auftragszugang im Bauhauptgewerbe des Landes um 5 % unter dem Vorjahresniveau; die reale Rohbauproduktion ging jahresdurchschnittlich um 8 % zurück, wobei speziell zum hohen Minus im 4. Quartal (- 12 %) auch die vergleichsweise ungünstigen Witterungsverhältnisse Ende 1993 beigetragen haben.

Tabelle 10

### Wertindex der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe Baden-Württembergs 1993 und im 1. Quartal 1994

- Veränderung gegen Vorjahr in % -

Jahr/Zeitraum	Bau- haupt- gewerbe	Hochbau				Tiefbau			
		zu- sammen	darunter			zu- sammen	darunter		
			Wohnungs- bau	gewerblicher und industri- eller Bau	Öffentlicher Bau <sup>1)</sup>		Straßen- bau	gewerblicher und industri- eller Bau	sonstiger öffentlicher Bau <sup>1)</sup>
1993 1. Quartal	- 11,5	- 8,7	+ 5,7	- 25,1	- 11,5	- 17,1	- 17,1	+ 1,1	- 18,4
2. Quartal	- 11,2	- 5,9	+ 11,6	- 18,2	- 32,2	- 20,5	- 27,1	- 8,6	- 18,8
1. Halbjahr	- 11,4	- 7,2	+ 8,8	- 21,5	- 24,3	- 19,0	- 23,5	- 4,3	- 18,6
3. Quartal	- 2,1	+ 3,5	+ 12,9	- 7,0	+ 3,4	- 12,5	- 5,7	- 28,9	- 6,7
4. Quartal	+ 4,6	+ 9,5	+ 21,2	+ 0,7	- 17,6	- 6,0	- 16,5	- 0,1	+ 5,5
2. Halbjahr	+ 1,0	+ 6,4	+ 17,0	- 3,5	- 7,1	- 9,6	- 10,7	- 17,5	- 1,3
Jahr	- 5,4	- 0,6	+ 13,0	- 13,0	- 16,5	- 14,6	- 17,6	- 11,6	- 11,0
1994 1. Quartal	+ 15,1	+ 16,3	+ 32,5	- 0,6	+ 5,3	+ 12,3	+ 15,1	- 8,9	+ 18,0
Nachrichtlich: westliches Bundesgebiet									
1993 Jahr	+ 1,8	+ 4,7	+ 20,2	- 4,5	- 1,1	- 2,9	- 10,3	- 6,8	+ 8,0
1994 1. Quartal	+ 8,5	+ 18,6	+ 31,9	+ 12,5	+ 2,2	- 8,5	+ 4,5	- 21,3	- 8,5

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

Der insgesamt zu verzeichnende Rückgang der Auftrags-eingänge resultierte aus einer, gegenüber dem Vorjahr, relativ gefestigten Entwicklung im Hochbau (- 1 %) und einer kräftigen Abnahme im Tiefbaubereich (- 15 %). Innerhalb des Hochbaus konnten damit die deutlichen Einbußen in den gewerblich-industriellen und öffentlichen Sparten von dem anhaltenden Zuwachs im Wohnungsbau weitgehend kompensiert werden. Eine derartige Ausgleichsfunktion konnte hingegen keine der drei Tiefbausparten - Straßenbau, sonstiger öffentlicher Tiefbau und Wirtschaftstiefbau - übernehmen, die durchweg zweistellige Minusraten im nominalen Ordereingang zu verbuchen hatten. Infolge der stagnierenden und teilweise sogar leicht nachgebenden Rohbaupreise waren die nominalen und realen (preisbereinigten) Verläufe der Auftrags-eingänge 1993 nahezu identisch.

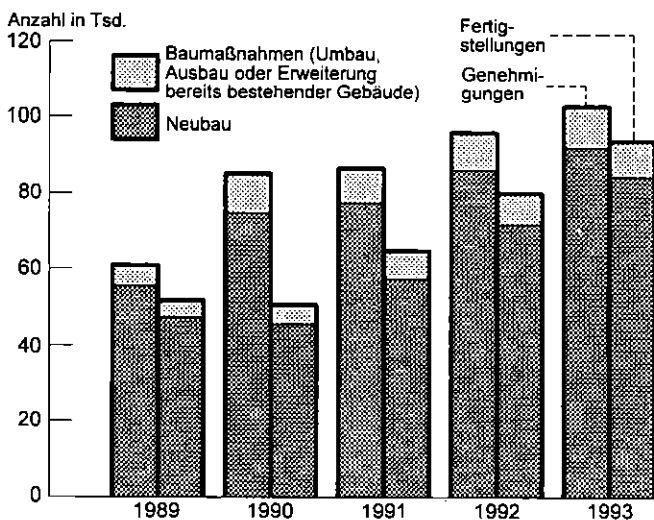
Die Einschränkungen der realen und von Kalender-unregelmäßigkeiten bereinigten Rohbauleistung beliefen sich 1993 auf nahezu - 7 % im Hochbau und annähernd - 12 % im Tiefbau. Diese Produktionsentwicklungen führten in Verbindung mit den beschriebenen Auftragseingängen bis Jahresende im Hochbau zu um gut 1 % höheren Auftragsbeständen gegenüber dem entsprechenden Vorjahresstichtag, während gleichzeitig im Tiefbau die realen Auftragsreserven um rund 20 % schrumpften. Nach vier Jahren mit wachsender Beschäftigung im Bauhauptgewerbe wurden 1993 erstmals wieder Arbeitsplätze abgebaut, wenngleich der Stellenabbau um jahres-durchschnittlich knapp - 1 % nur geringfügig zu Buche schlug. Auch darin spiegelt sich jedoch der Umstand wider, daß der Bausektor nicht mehr im Ausmaß wie noch 1992 Konjunktur und Arbeitsmarkt stützen konnte. Immerhin ergab die Totalerhebung im Bauhauptgewerbe Ende Juni 1993 eine positive Entwicklung bei den Auszubildenden (+ 5 %). Das Verhältnis zwischen der Anzahl der Lehrlinge und der Facharbeiter (1 zu 16) ist indessen nach wie vor wesentlich unausgewogener als in früheren Jahren (1984: 1 zu 8).

### Genehmigungsrekord im Wohnungsbau

Mit rund 89 300 zum Neubau freigegebenen Wohnungen in Wohngebäuden wurde 1993 das schon sehr hohe Vorjahresergebnis nochmals deutlich übertroffen (+ 7 %). Die mit Abstand stärkste Sparte und gleichzeitig das ergiebigste Zuwachsfeld bildete wiederum der Geschloßwohnungsbau. So wurden allein in Mehrfamilienhäusern 61 500 und damit um gut 11 % mehr Wohneinheiten als 1992 genehmigt. Darüber hinaus ist auch die Zahl der genehmigten Wohnungen im Zweifamilienhausbau um 9 % auf 12 800 gestiegen. Die Zahl der zum Neubau freigegebenen Einfamilienhäuser blieb hingegen mit 13 500 um nahezu 3 % unter dem Vorjahresstand. Unter Hinzunahme der genehmigten Wohnungen in Neubauten, die nicht schwerpunktmäßig für Wohnzwecke dienen, sowie unter Berücksichtigung der zusätzlich geplanten

Schaubild 6

### Genehmigte und fertiggestellte Wohnungen in Baden-Württemberg seit 1989



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

223 94

Wohnungen durch Baumaßnahmen im vorhandenen Gebäudebestand wurden 1993 insgesamt 103 100 Wohnungen in Baden-Württemberg zum Bau freigegeben (+ 7 %).

Die bereits gegen Ende der 80er Jahre sprunghaft gestiegene und seither ununterbrochen positive Genehmigungstendenz schlug sich 1993 in nochmals kräftig vermehrten Fertigstellungen nieder. Insgesamt, also durch den Neubau von Wohn- und Nichtwohngebäuden sowie durch Baumaßnahmen im Bestand, wurden 1993 rund 94 300 Wohnungen neu bezugsfertig (+ 17 %). Davon entfielen - mit einer Steigerungsrate um 24 % - 54 600 fertiggestellte Neubauwohnungen auf den Mehrfamilienhausbau. Mit gut jeder zweiten in Wohngebäuden fertiggestellten Neubauwohnung waren die Wohnungsunternehmen, deren hauptsächliches Betätigungsfeld im Geschloßwohnungsbau liegt, wiederum die wichtigste Bauherrengruppe. Die privaten Haushalte traten bei 43 % der bezugsfertig gewordenen Neubauwohnungen als Bauherren auf; die restlichen 6 % entfielen auf die übrigen Bauherren, wie öffentliche Bauherren, Organisationen ohne Erwerbszweck und sonstige Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen). Die anhaltende Dynamik im Wohnungsbau wird auch anhand des jeweils zum Jahreswechsel ermittelten Bauüberhangs ersichtlich. So lagen Ende 1993 für 127 900 genehmigte Neubauwohnungen in Wohngebäuden noch keine Fertigstellungsmeldungen vor. Knapp zwei Drittel dieser Wohnungen befanden sich zum Stichtag bereits im Bau. Einschließlich der Wohnungen in neuen Wohnheimen und Nichtwohngebäuden sowie der Baumaßnahmen im Gebäude-

bestand belief sich der Bauüberhang Ende 1993 auf 153 400 genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Wohnungen. Das waren 5 % mehr als zum Jahreswechsel 1992/93.

### *Positive Signale im 1. Quartal*

Die aufsteigende Genehmigungstendenz im Wohnungsbau hat sich im 1. Quartal 1994 nahtlos fortgesetzt. So wurden für Neubauten und Baumaßnahmen im Gebäudebestand um insgesamt 12 % mehr Wohnungen genehmigt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Tragende Impulse kamen wiederum vom Geschloßwohnungsbau, mit einer um 12 % gestiegenen Anzahl an freigegebenen Wohnungen. Daneben wurde jedoch auch eine weitere Zunahme bei den genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern (+ 9 %) sowie eine Steigerung im Einfamilienhausbau (+ 11 %) ermittelt. Die Wohnungsbau nachfrage hat damit einen ausgesprochen hohen Stand erreicht. Noch offen ist freilich, ob der Auftriebschwung im weiteren Jahresverlauf ungeschmälert anhält.

Wie im Verarbeitenden Gewerbe, so waren von Januar bis März 1994 auch im Bauhauptgewerbe positive Veränderungsdaten im Auftragseingang zu verbuchen. Der Wert der fest akzeptierten Aufträge lag insgesamt um 15 % über dem allerdings relativ schwachen Vorjahresergebnis, wobei sich der nominale Zuwachs auf 16 % im Hochbau und 12 % im Tiefbau belief. Damit konnte im Hochbaubereich das geringfügige Minus der gewerblich-industriellen und die merkliche Abnahme der öffentlichen Bauaufträge durch die sogar beschleunigt kräftige Aufwärtsentwicklung der Auftragsvergaben im Wohnungsbau deutlich mehr als ausgeglichen werden. Das Plus im Tiefbau, auf wesentlich niedrigerem Ausgangsniveau basierend, wurde von anziehenden Ordereingängen im Straßenbau und im sonstigen öffentlichen Tiefbau bewirkt. Diese Ergebnisse wurden indessen maßgeblich von Großaufträgen beeinflusst. Die Auftragseingänge für gewerblich-industrielle Tiefbauten haben hingegen signifikant nachgelassen.

Die reale Rohbauleistung des Bauhauptgewerbes blieb im 1. Quartal 1994 um 3 % unter dem entsprechenden Vorjahresvolumen. Während sich die Produktion im Hochbaubereich mit - 2 % nur leicht verminderte, wurde im Tiefbau mit - 6 % ein merklicher Rückgang verzeichnet. Offensichtlich haben die Firmen zur Verstetigung ihrer Leistungen eher zurückhaltend operiert. Die positive Entwicklung der Auftragseingänge führte jedenfalls in Verbindung mit dieser gedrosselten Produktion gegenüber dem Vorquartal zu deutlich wachsenden Auftragsbeständen. Ende März lagen somit die realen Auftragsreserven im Hochbau um 10 % über dem Niveau des Vorjahresstichtags; im Tiefbau wurde hingegen trotz ansteigender Tendenz der Vorjahreswert um 11 % unterschritten. Analog zum Produktionsverlauf wurden in den Betrieben des

Bauhauptgewerbes auch um nahezu 3 % weniger Beschäftigte als im 1. Quartal 1993 geführt.

## **Einzelhandel**

Die nun schon 2 1/2 Jahre währende Durststrecke im Einzelhandel Baden-Württembergs hält weiter an, und ein Ende ist noch nicht abzusehen. Nachdem die Umsätze schon im Vorjahr mager ausgefallen waren, fielen sie in den ersten beiden Monaten 1994 -preisbereinigt- nochmals unter das Vorjahresniveau zurück. Bemerkenswert dabei war, daß höhere Umsatzverluste der Handel mit Einrichtungsgegenständen und damit gerade diejenige Sparte meldete, die bislang entgegen dem allgemeinen Trend durch eine günstige Entwicklung aufgefallen war. Andererseits verzeichnete etwa die Kfz-Sparte nunmehr ein leichtes Plus. Im März konnten die Einzelhandelsbetriebe zwar insgesamt um knapp 3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresumsatz zulegen - dieser Zuwachs ist jedoch insofern nur bedingt aussagekräftig, als die Ostereinkäufe in diesem Jahr 14 Tage früher getätigt wurden. Er sollte deshalb nicht als Indikator für bessere Geschäftsaussichten gewertet werden.

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß parallel zur konjunkturellen Entwicklung nun schon seit Mitte 1993 auch die Talfahrt der realen Einzelhandelsumsätze abgeebbt ist. Nach - 5 % im letzten Quartal 1993 lag ihr Niveau im Januar und Februar nur noch gut 1 % unter dem jeweiligen Vorjahreswert. Bei der Berechnung ist allerdings ein Basiseffekt zu berücksichtigen, weil die Ergebnisse im Frühjahr 1993 auf ein sehr niedriges Niveau zurückgingen. Einer spürbaren Belebung steht insbesondere entgegen, daß nach der Erhöhung von Mineralölsteuer und Rentenversicherungsbeiträgen wichtige Kaufkraft abgeschöpft wird und damit für den privaten Konsum nicht mehr zur Verfügung steht. Hinzu kommt, daß die Tarifabschlüsse zuletzt sehr moderat ausgefallen sind und auch die Beschäftigung saisonbereinigt weiter rückläufig ist. Von daher wird das trotz allem noch leichte Plus bei den verfügbaren Einkommen nicht ausreichen, um die Wirkungen der Inflationsrate auszugleichen. Wie insgesamt der private Verbrauch, so wird auch speziell die weitere Entwicklung im Einzelhandel also entscheidend davon abhängen, wie stark die Konsumenten auf ihre Ersparnisse zurückgreifen. Nachdem die Sparquote seit 1990 rückläufig ist und auf dem Arbeitsmarkt eine durchgreifende Erholung nicht in Sichtweite ist, sollte es nicht überraschen, wenn die Bereitschaft dazu wieder abnimmt und deshalb die allgemeine Kaufzurückhaltung anhält.

## **Außenhandel**

Die Außenhandelsstatistik hat sich mit der Einführung des EG-Binnenmarktes zum 1. Januar 1993 grundlegend verändert, da der Warenverkehr mit den EU-Mitgliedsstaaten (Intrahandel) seither getrennt vom Handelsver-

Tabelle 11

**Ausfuhr Baden-Württembergs 1993\*) nach Handelspartnern**

Handelspartner	Ausfuhr ( Spezialhandel )		
	Mill.DM	Anteile in %	Veränderung gegen Januar bis November 1992 in %
Europa	63 688,6	66,8	- 12,9
davon			
EU-Länder	38 544,6	40,5	- 20,6
davon			
Belgien-Luxemburg	3 954,6	4,2	- 17,9
Dänemark	1 205,7	1,3	- 15,6
Frankreich	10 844,5	11,4	- 18,7
Griechenland	945,1	1,0	- 4,6
Großbritannien	5 886,0	6,2	- 10,0
Irland	292,5	0,3	- 16,4
Italien	7 057,6	7,4	- 31,5
Niederlande	4 622,0	4,9	- 18,7
Portugal	904,7	0,9	- 8,3
Spanien	2 831,9	3,0	- 30,9
EFTA-Länder <sup>1)</sup>	17 987,4	18,9	- 4,6
Reformländer <sup>2)</sup>	4 778,6	5,0	+ 28,6
Übriges Europa	2 377,9	2,5	+ 19,0
Afrika	2 502,5	2,6	+ 11,8
Amerika	13 206,2	13,9	+ 10,3
darunter			
Vereinigte Staaten	9 985,5	10,5	+ 10,4
Asien	14 940,4	15,7	0,0
darunter			
Japan	3 433,0	3,6	- 12,9
Asiatische Schwellenländer <sup>3)</sup>	2 717,7	2,9	+ 12,7
Australien und Ozeanien	871,7	0,9	+ 11,3
<b>Insgesamt</b>	<b>95 279,2</b>	<b>100,0</b>	<b>- 7,6</b>
davon			
Industrialisierte westliche Länder	74 797,3	78,5	- 11,6
Entwicklungsländer	13 710,3	14,4	- 1,0
darunter			
OPEC-Länder <sup>4)</sup>	3 362,9	3,5	- 27,3
Reformländer	4 778,6	5,0	+ 28,6
Staatshandelsländer <sup>5)</sup>	1 923,3	2,0	+ 114,1

\*) Januar bis November.- 1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich.- 2) Ehemalige Sowjetunion, Polen, Tschechische Republik und Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien.- 3) ASEAN, Südkorea, Taiwan, Hongkong.- 4) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela.- 5) Vietnam, China, Mongolei und Nordkorea.

kehr mit den übrigen Ländern der Welt (Extrahandel) in einem neuen Erhebungsverfahren ermittelt wird. Dies führte zu Verzögerungen bei der Bereitstellung der Ergebnisse, aber auch zu Unschärfen insbesondere in der Anfangsphase des neuen Meldeverfahrens. Speziell die Angaben zum Intrahandel haben insofern noch vorläufigen Charakter und eignen sich nur bedingt zum Vergleich mit den Vorjahreswerten.

Im Jahr 1993 wurden Waren im Wert von 105,6 Mrd. DM aus Baden-Württemberg ins Ausland exportiert. Dies war nominal das schwächste Exportresultat seit 1988 und entsprach einem Rückgang um 6 % gegenüber dem Vorjahr. Die baden-württembergische Ausfuhr hat sich damit in geringerem Umfang als im westlichen Bundesdurchschnitt (-10 %) gegenüber 1992 vermindert. Die etwa seit Mitte 1993 anziehende Auslandsnachfrage



schlug sich offensichtlich bereits in steigenden Exportlieferungen bis zum Jahresende nieder. So reduzierte sich der Abstand zum entsprechenden Vorjahresniveau von - 8 % im 1. Halbjahr auf - 4 % in der zweiten Jahreshälfte. Der bundesweite Index der Ausfuhrpreise erhöhte sich nur geringfügig um 0,3 %, so daß auch in realer Berechnung eine jahresdurchschnittliche Einbuße um rund 6 % zu veranschlagen ist.

Die Hauptprobleme der heimischen Exporteure lagen 1993 beim Absatz in die traditionell wichtigsten Märkte der EU- und EFTA-Staaten.<sup>1</sup> Wenn auch der statistisch ermittelte Rückgang beim Export in die EU-Länder um 21 % aufgrund der Umstellung des Meldeverfahrens überzeichnet sein dürfte - der Abnahmeanteil der EU-Länder an der baden-württembergischen Ausfuhr hätte sich demnach von nahezu 47 % im Jahr 1992 auf knapp 41 % verringert -, so besteht doch kein Zweifel daran, daß der Absatz in diese Partnerländer gravierend nachließ. Des weiteren wurden die Lieferungen in die ebenfalls bedeutenden Märkte der EFTA-Staaten (Anteil: 19 %) um 5 % geschmälert. Der Absatz baden-württembergischer Erzeugnisse wurde zum einen von der überwiegend schwachen Konjunktur in Europa beeinträchtigt. Darüber hinaus fielen jedoch insbesondere auch die nachhaltigen Aufwertungen der D-Mark gegenüber den EU-Währungen (insgesamt + 10 % seit 1991) und der damit verbundene Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit erschwerend ins Gewicht. In die Länder mit stark abgewerteter Währung, so nach Italien (- 32 %) und Spanien (- 31 %), sanken die Exportlieferungen besonders drastisch. Frankreich, das um 19 % weniger Waren aus Baden-Württemberg importierte, konnte seine Position als wichtigstes Abnehmerland mit einem Anteil von gut 11 % nur noch knapp vor den USA (Anteil: 10,5 %) behaupten. An dritter Stelle folgte die Schweiz (Anteil: 9 %) vor Italien (7 %), Österreich (7 %) und Großbritannien (6 %).

### *Impulse aus den USA, den Reformländern und manchen Entwicklungs- und Schwellenländern*

Zu den erfreulichsten Aspekten des Exportverlaufs 1993 zählte der um 10 % gestiegene Absatz in die USA. Die baden-württembergischen Unternehmen konnten damit, begünstigt von anziehenden Dollar-Notierungen und indirekt auch profitierend vom kräftigen Kursanstieg des Yen, nicht nur am amerikanischen Konjunkturaufschwung partizipieren, sondern wohl auch - erstmals seit einer Reihe von Jahren - wieder leichte Marktanteilsgewinne verbuchen. Impulse in einer, auch absolut betrachtet, noch höheren Größenordnung kamen aus dem Kreis der

europäischen Reformländer (+ 29 %, Anteil: 5 %). Die wichtigsten Zielregionen lagen im Gebiet der früheren Sowjetunion (+ 71 %), in der Tschechischen Republik und Slowakei (+ 20 %) sowie in Polen (+ 22 %). Manche Reformländer nähern sich damit in ihrer Bedeutung als Absatzmärkte einigen EU-Staaten an oder haben diese bereits übertroffen. So lagen die baden-württembergischen Lieferungen etwa in die Tschechische Republik und Slowakei über denen nach Portugal und Griechenland und erreichten immerhin schon gut ein Viertel des Absatzes in die Niederlande.

Im Zuge internationaler Konjunkturunterschiede, veränderter Währungsparitäten und weltwirtschaftlicher Gewichtsverschiebungen hat die Länderstruktur der südwestdeutschen Ausfuhr 1993 durchaus erhebliche Veränderungen erfahren. Am auffälligsten war der Exportanstieg um 116 % in die Volksrepublik China, deren Importe aus Baden-Württemberg sich somit innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt haben. Die absolute Zunahme im China-Geschäft lag somit annähernd auf dem Niveau der Exportexpansion in sämtliche europäische Reformländer und über dem Wert des Zuwachses in Richtung USA. Allein das Plus im China-Export reichte aus, um beispielsweise die Einbußen bei den Lieferungen in die EFTA-Staaten mehr als kompensieren zu können, wenngleich zu berücksichtigen ist, daß die Ausfuhren generell in die europäischen Nachbarländer nach Gütern wesentlich stärker differenziert sind und insofern keineswegs eine Deckungsgleichheit zwischen den jeweils positiv und negativ betroffenen Branchen und Unternehmen besteht.

Während damit China mit Abstand die erste Position unter den Abnehmerstaaten außerhalb der Gruppe der Industrieländer einnahm, sind die Exporte in den auch für Baden-Württemberg weitaus größten Absatzmarkt Ost- und Südasiens, nämlich nach Japan, wohl vorwiegend konjunkturbedingt um 13 % geschrumpft. Der Absatz in die übrigen Schwellen- und neuen Industrieländer Ost- und Südasiens konnte überwiegend moderat bis sehr beachtlich ausgeweitet werden (insgesamt: + 13 %), ohne jedoch auf markante Anteilsgewinne in diesen dynamischen Märkten hinzudeuten. Überwiegend beachtliche Steigerungen konnten auch beim Export in die Staaten Lateinamerikas verzeichnet werden (insgesamt: + 11 %). Dem gegenüber standen indessen beträchtliche Rückgänge bei den Lieferungen in die OPEC-Staaten (- 27 %), so daß der Gesamtabsatz in die Schwellen- und Entwicklungsländer (ohne Reformländer und Staatshandelsländer, wie z.B. China) geringfügig unter dem Vorjahresniveau blieb (- 1 %).

Bei der Warenstruktur der baden-württembergischen Ausfuhr ergaben sich 1993 einzelne, aber im ganzen nicht gravierende Verschiebungen. Unter den größeren Gütergruppen konnte lediglich der Absatz chemischer Erzeugnisse um 3 % moderat gesteigert werden, so daß die chemischen Exportgüter mit 10 % einen - für baden-würt-

1 Nur für die baden-württembergische Ausfuhr insgesamt liegt bislang ein noch vorläufiges Jahresergebnis 1993 vor. Die folgenden Angaben zur Länder- und Warenstruktur der Ausfuhr beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis November 1993. Den Veränderungsraten wurde der entsprechende Vorjahreszeitraum zugrunde gelegt.

tembergische Verhältnisse - stattlichen Anteil an der Gesamtausfuhr erreichten. Die Produkte des Maschinenbaus, deren Absatz um 7 % nachließ, behaupteten ihre Stellung als wichtigste Warengruppe im Exportgeschäft (Anteil: 24 %). Es folgten wiederum die Kraftfahrzeuge (Anteil: 21 %), mit allerdings überdurchschnittlichen Einbußen (- 11 %), vor den Erzeugnissen der Elektrotechnik (Anteil: 16 %), deren Lieferwert ins Ausland sich um 5 % gegenüber dem Vorjahr reduzierte.

### Einfuhr stark rückläufig

Entsprechend dem konjunkturellen Gefälle zwischen Deutschland, das 1993 relativ hohe Rezessionsverluste zu tragen hatte, und seinen Handelspartnern, bildeten sich die Warenimporte - erwartungsgemäß - stärker zurück als die Exporte. So wurden 1993 nominal um fast 15 % weniger Waren vom Ausland ins westliche Bundesgebiet importiert. Die reale Abnahme ist, bei einem um 2 % rückläufigen Index der Einfuhrpreise, auf rund 13 % zu veranschlagen. Für Baden-Württemberg liegen bislang erst Angaben für den Zeitraum Januar bis November 1993 vor. Demnach sank hier der Wert der Auslandseinfuhren um 16 %. Analog zu den Schwerpunkten der Inlandsrezession, wiesen unter anderem die Kraftfahrzeug- (- 31 %) und Werkzeugmaschinenimporte (-42 %) besonders kräftige Minusraten auf.

## Insolvenzen

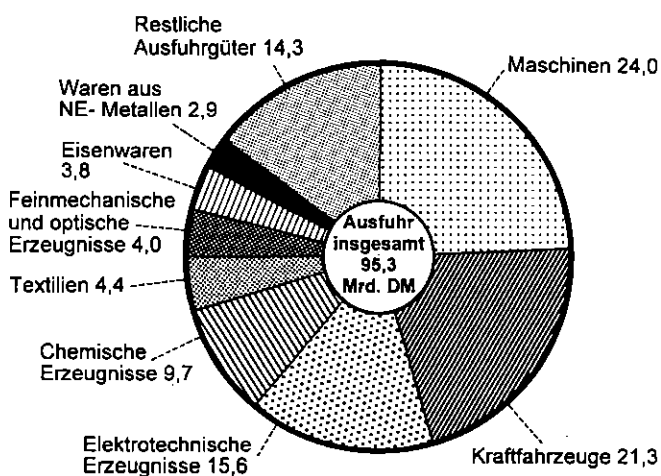
In der Insolvenzstatistik werden alle gerichtlichen Insolvenzverfahren, also beantragte Konkursverfahren und eröffnete Vergleichsverfahren, erfaßt. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß es vermutlich in einer hohen Zahl von derartigen Fällen nicht zu einem förmlichen Insolvenzverfahren kommt, weil etwa zwischen Schuldner und Gläubigern auf andere Weise ein Ausgleich erzielt wird oder aufgrund fehlender Masse der Gang zum Amtsgericht erst gar nicht unternommen wird. Die registrierten Fälle von Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung weisen in der Regel einen engen, wenngleich zeitlich verzögerten Zusammenhang mit dem Konjunkturverlauf auf.

Korrespondierend mit dem wirtschaftlichen Abschwung ist seit 1992 ein deutlicher Anstieg der Insolvenzen in Baden-Württemberg zu verzeichnen. So stieg die Zahl der registrierten Insolvenzen bereits 1992 gegenüber 1991 um knapp 300 auf 2 227 Fälle und weiter auf 2 614 Fälle im Jahr 1993. Die Gesamtentwicklung wurde dabei vom Verlauf der Unternehmensinsolvenzen geprägt, während die Insolvenzfälle bei den übrigen Gemeinschaften (private Haushalte, Nachlaßkonkurse und Organisationen ohne Erwerbszweck) - im Jahr 1993: 1 087 - nur geringfügig zunahm (+ 4 %). Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erhöhte sich hingegen 1993 um 29% auf 1 527; 1990 und 1991 wurden jeweils noch un-

Schaubild 7

### Struktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1993<sup>1)</sup>

Anteile in %



<sup>1)</sup> Januar bis November.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

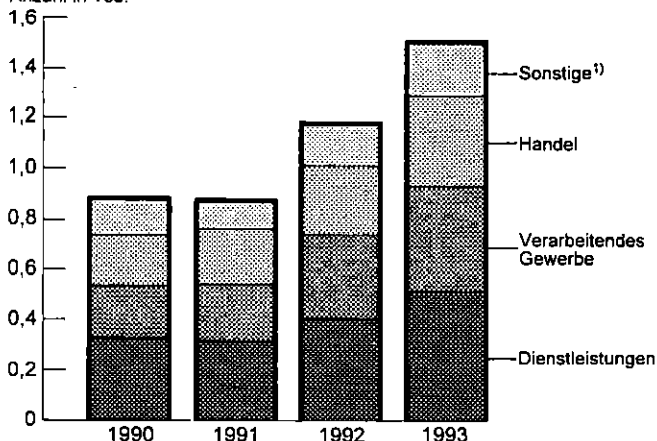
252 94

ter 900 derartiger Fälle erfaßt. Von den zahlungsunfähigen oder überschuldeten Unternehmen und freien Berufen entfielen 1993 524 auf den Bereich Dienstleistungen (+ 29 %; ohne Handel), 420 auf das Verarbeitende Gewerbe (+ 25 %), 356 auf den Handel (+ 31 %) und 208 auf das Baugewerbe (+ 33 %). Die Lage im Konkursgeschehen hat sich damit branchenübergreifend verschlechtert, wobei innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes der Anstieg auf 134 Fälle (+ 63 %) im Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, d.h. in einem technologisch hochwertigen Branchensegment, besonders auffällig war.

Schaubild 8

### Unternehmensinsolvenzen<sup>1)</sup> in Baden-Württemberg nach Wirtschaftsbereichen seit 1990

Anzahl in Tsd.



<sup>1)</sup> Ohne Anschlußkonkurse. - 1) Baugewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

216 94

Ähnliche Entwicklungslinien waren im westlichen Bundesgebiet insgesamt zu beobachten; die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm 1993 um 31 % zu. Alles in allem hat sich jedoch die Position Baden-Württembergs im Bundesländervergleich verbessert. Während der Südwesten 1992 bei den Gesamtinsolvenzen (einschließlich übrige Gemeinschuldner) unter den alten Bundesländern die dritthöchste Steigerung verzeichnen mußte, konnte 1993 mit „lediglich“ + 17 % sogar von allen Ländern das relativ beste Ergebnis verbucht werden. Wie schon in den Vorjahren, so hatte Baden-Württemberg mit 44 Konkursen je 10 000 Unternehmen wiederum die niedrigste Häufigkeit an Unternehmensinsolvenzen aller Bundesländer vorzuweisen. Trotz erheblicher konjunktureller Beeinträchtigungen zeigte sich damit die baden-württembergische Unternehmensstruktur bislang auch in Krisenzeiten als vergleichsweise robust.

Dasselbe gilt für die insgesamt mittelständisch solide Unternehmensstruktur der Bundesrepublik im internationalen Vergleich. So sind sowohl das Insolvenzniveau wie auch die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Schäden in den meisten Industrieländern höher als hierzulande, obwohl die Rezession teilweise kräftige Spuren in der Auftragslage und Produktion hinterließ. Das Statistische Bundesamt bezifferte die voraussichtlichen Konkursforderungen (Außenstände der Gläubiger) für 1993 im westlichen Bundesgebiet auf 23,5 Mrd. DM - nach rund 11 Mrd. DM im Vorjahr. Die Zahl der Insolvenzen und insbesondere auch die zu veranschlagenden Konkursverluste erhöhten sich somit beträchtlich, aber, gemessen am gesamten Unternehmensbestand bzw. am Bruttoinlandsprodukt, durchaus nicht dramatisch. Aufgrund der zeitlich nachwirkenden Rezessionsfolgen sowie der anhaltenden Effekte des Strukturwandels ist allerdings auch im laufenden Jahr und möglicherweise noch für 1995 mit recht hohen Insolvenzzahlen zu rechnen. Wie schon in der Vergangenheit, sind davon schwerpunktmäßig Gesellschaften mit beschränkter Haftung und speziell relativ junge Unternehmen betroffen.

Preise, Löhne, privater Verbrauch

1994 Preisanstieg gedämpfter

Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht mehr die Stabilitätsinsel wie früher. Eine Abflachung des Preisniveaus ist daher für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft von grundlegender Wichtigkeit. 1993 war das Preisniveau hoch. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Baden-Württembergs lag 1993 um 4,2 % über dem Vorjahresniveau. 1992 betrug die Preissteigerungsrate noch 3,8 %, 1991 waren es 3,6 % und 1990 nur 2,9 %. Höhere Preissteigerungsraten gab es nur anfang der 80er Jahre und in den 70er Jahren, während der Ölkrisen. Damals wurden die hohen Teuerungsraten aber importiert. So nahmen Mitte

der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre die Einfuhrpreise stark zu, während sie 1993 rückläufig waren. Die Teuerungsimpulse aus dem Inland waren demnach noch stärker, als dies der Preisindex für die Lebenshaltung ausdrückt. Verantwortlich für die deutlichen Preissteigerungsraten 1993 waren neben der Heraufsetzung der Mehrwertsteuer zur Jahreswende 1992/93 die hohen Wohnungsmieten sowie die Preise für Dienstleistungen.

Dagegen gingen von den vorgelagerten Handelsstufen durchweg dämpfende Einflüsse auf die inländische Preisentwicklung aus. Nachlassende Weltmarktpreise für Rohstoffe bewirkten trotz leicht erhöhter Dollarnotierungen Preisrückgänge bei den Waren aus dem Ausland. 1993 lagen die Einfuhrpreise um 2 % unter dem Vorjahreswert. Da zusätzlich konjunkturbedingt die schlechte Nachfrage die Preisentwicklung in Grenzen hielt, stagnierten die Erzeugerpreise für gewerbliche Produkte. Die günstigen Einflüsse von Einfuhrpreisen und Erzeugerpreisen von gewerblichen Produkten bewirkten, daß die Großhandelspreise 1993 um 1,1 % sanken. Im Einzelhandel war dagegen ein Preisanstieg von 2,1 % zu verzeichnen. Im Wohnungsbau war der Preisanstieg ebenfalls moderat, bei sogar fallender Tendenz. Die Preissteigerungsrate betrug im November 2,0 %, während der Index für Bauleistungen an neuen Wohngebäuden im Februar noch um 3,6 % höher lag als ein Jahr zuvor.

Im Durchschnitt der alten Bundesländer stiegen die Verbraucherpreise 1993 um ebenfalls 4,2 %. Höhere Raten unter den westlichen Industrieländern waren nur für Italien (4,5 %), Spanien (4,6 %) und Schweden (4,7 %) fest-

Schaubild 9  
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg seit 1970

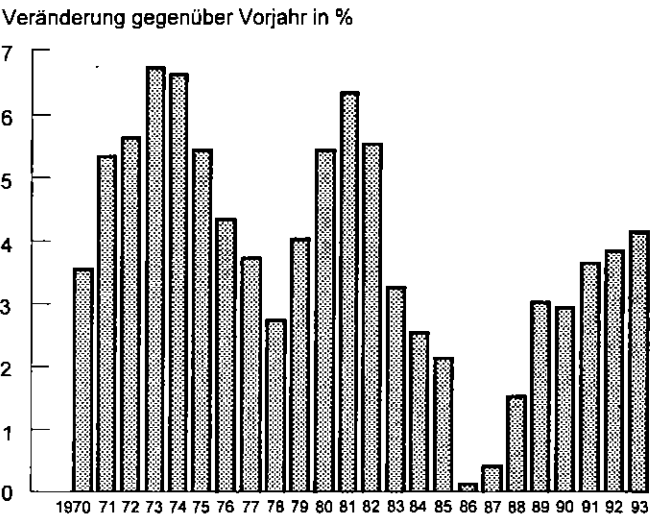


Tabelle 12

**Ausgewählte Preisindizes im westlichen Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1993 und 1994**

- Veränderung gegen Vorjahr in % -

Jahr Quartal Monat	Außenhandel		Landwirtschaft		Industrie	Handel		Wohnungs- bau	Lebens- haltung
	Einfuhr- preise	Ausfuhr- preise	Erzeuger- preise landwirt- schaft- licher Produkte	Einkaufs- preise landwirt- schaftlicher Betriebs- mittel	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte	Groß- handels- verkaufs- preise	Einzel- handels- preise	Bauleistungen an neuen Wohn- gebäuden	aller privaten Haushalte
westliches Bundesgebiet								Baden-Württemberg	
1993									
1. Quartal	- 2,5	+ 0,3	- 10,8	- 0,6	+ 0,5	- 1,6	+ 2,4	+ 3,6	+ 4,2
2. Quartal	- 3,3	0,0	- 10,4	- 1,8	- 0,2	- 2,0	+ 2,1	+ 3,0	+ 4,2
3. Quartal	- 1,1	+ 0,3	- 9,3	- 1,2	- 0,3	- 0,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 4,2
4. Quartal	- 1,4	+ 0,5	- 5,2	- 1,0	- 0,2	- 0,3	+ 1,9	+ 2,0	+ 4,1
Jahr	- 2,0	+ 0,3	- 8,8	- 1,2	0,0	- 1,1	+ 2,1	+ 2,7	+ 4,2
1994									
Januar	- 0,4	+ 0,9	- 2,7	+ 0,5	0,0	0,0	+ 1,3		+ 3,6
Februar	- 0,4	+ 1,0	- 2,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,4
März	- 0,6	+ 0,8	- 2,5	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,1		+ 3,1
1. Quartal	- 0,4	+ 0,9	- 2,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 3,3
April	+ 0,3	+ 0,9	- 1,6	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,5	+ 1,0		+ 3,1

zustellen. Deutschland als ehemalige Stabilitätsinsel liegt damit nicht mehr in der Spitzengruppe, sondern an vierter Stelle unter den westlichen Industrieländern.

Abgesehen von der Mineralölsteuererhöhung hat sich der Preisauftrieb in Westdeutschland aber bereits im Winterhalbjahr 1993 abgeflacht. So nahm der Preisindex für die Lebenshaltung im ersten Quartal 1994 lediglich um 3,3 % sowohl in Baden-Württemberg als auch im früheren Bundesgebiet zu. Gleichzeitig stagnierten die Einfuhrpreise (- 0,4 %), während die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte sogar um 3,1 % sanken. Demzufolge stagnierten die Großhandelspreise (+ 0,2 %) und die Einzelhandelspreise stiegen nur leicht (+ 1,3 %). Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Preisentwicklung sogar noch weiter abflachen. Dafür spricht die noch immer schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage sowie gemäßigte Tarifabschlüsse. Gegenläufig wirken allerdings die starke Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und die stark anziehenden Gebühren für Wasser, Abwasserbeseitigung und Müllabfuhr. So nehmen die Forschungsinstitute im Frühjahrsgutachten an, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt des Jahres 1994 knapp 3 % betragen wird, wobei der Preisauftrieb im zweiten Halbjahr nachlassen wird.

### *Moderate Lohnentwicklung - Kein Wachstum beim privaten Verbrauch*

Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer stiegen im früheren Bundesgebiet 1991 um 6 % und 1992 um 5,5 %. Im Jahr 1993 lag der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter mit 2,8 % niedriger. Für Baden-Württemberg liegen aktuelle Werte nicht vor, 1992 lag der Lohnanstieg mit 4,8 % etwas unter dem Bundesdurchschnitt. In den Bruttolöhnen und -gehältern sind sowohl die Lohnsteuer als auch die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung enthalten. Weil sich die Abzugsbeträge überproportional entwickelten, stiegen im früheren Bundesgebiet die Nettolöhne und -gehälter 1993 lediglich um 2,8 %, 1992 um 4,1 % und 1991 um 2,9 %. Berücksichtigt man die Preissteigerungsraten in Form des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, so ergibt sich für 1991 ein Rückgang der realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer um 0,6 % und für 1992 ein unmerklicher Anstieg um 0,4 %. Für 1993 kann aber ein deutlicher Rückgang um 1,4 % festgestellt werden. Aber auch im Laufe der 80er Jahre stiegen die realen Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nicht wesentlich. Reale Lohn- und Gehaltssteigerungen konnten praktisch nur in

den Jahren 1986 bis 1988 und 1990 registriert werden, in den übrigen Jahren waren die realen Nettolöhne und -gehälter rückläufig, so daß sich für das Jahrzehnt seit 1980 eine durchschnittliche jährliche Zunahme der realen Nettolöhne und -gehälter von lediglich 0,5 % ergibt.

Auskunft über die Entwicklung der Löhne und Gehälter in Baden-Württemberg für das Jahr 1993 gibt die Verdiensterhebung in Industrie und Handel vom Januar 1994. Die Bruttomonatsverdienste aller Angestellten betrugen im Januar 1994 im Durchschnitt 5 395 DM. Das waren 2,9 % mehr als im Vorjahr. Die beschäftigten Männer kamen im Januar 1994 im Durchschnitt auf einen Bruttoverdienst von 6 161 DM (+ 2,6 %), die Frauen auf 4 037 DM (+ 3,3 %). Die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste aller Arbeiter waren im Januar um 4,1 % höher als im Vorjahr. Die entsprechenden nominalen Bruttostundenverdienste der Männer lagen im Januar 1994 bei 26,- DM, die der Frauen bei 19,42 DM. Das waren 3,3 % bzw. 4,2 % mehr als im Vorjahr. Bei den Männern ist der Facharbeiteranteil wesentlich höher als bei den Frauen. Hier liegt einer der Gründe für die noch immer beträchtliche Differenz zwischen den durchschnittlichen Männer- und Frauenlöhnen; ursächlich ist hier aber auch die größere Verbreitung der weiblichen Arbeiter in den Industrien mit relativ niedrigem Lohnniveau. Als Bruttowochenverdienst erhielten die Männer im Januar 1994 im Durchschnitt 963,- DM (+ 1,2 %), die Frauen 717,- DM (+ 4,2 %). Diese Summen beinhalten bei den Männern 1 Mehrarbeitsstunde und bei den Frauen 0,3 Stunden.

Um festzustellen, ob die nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen angesichts der Preisentwicklung ausreichten, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet. Dieser wird über den Quotienten aus dem Wochenverdienstindex und dem Preisindex für die Lebenshaltung ermittelt. Der Reallohnindex weist von Januar 1993 bis Januar 1994 einen Rückgang von 1,1 % und somit eine Reallohnverminderung aus.

1993 wirkten sich die sinkenden Reallöhne auch auf die Private Nachfrage aus, die zudem auch durch andere Faktoren schlechter war als 1992. So nahm im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets die Zahl der Erwerbstätigen um 1,6 % ab. Aufgrund dieser schwachen Impulse lag der Private Verbrauch real in den alten Bundesländern knapp unter dem Wert des Vorjahres. 1992 ist der Private reale Verbrauch noch um 1,7 % gestiegen, in den davor liegenden Jahren gab es höhere Raten (1991: 4,5 % und 1990: 5,2 %). In den 80er Jahren stiegen die realen Konsumausgaben in Baden-Württemberg um 2,3 % durchschnittlich jährlich und im früheren Bundesgebiet um 2,1 %. Die Wachstumsraten waren für das Land also etwas höher, das trifft auch für 1990 zu (+ 5,3%). In den 70er Jahren war das Wachstum des realen Privaten Verbrauchs mit 3,6 % bzw. 3,3 % wesentlich höher.

Der Private Verbrauch dürfte sich 1994 für den Konjunkturaufschwung hemmend auswirken. So prognostizieren die Forschungsinstitute einen Rückgang der realen Konsumausgaben um 0,5 %. Dabei wird angenommen, daß die noch ausstehenden Lohnabschlüsse ähnlich niedrig sind wie 1993. Ferner dürfte die Zahl der Beschäftigten nochmals zurückgehen. Wegen hoher Sozialbeiträge und der Steuerprogression ist zudem mit einem Rückgang der Nettolöhne und -gehälter zu rechnen. Infolge von Einschränkungen bei den Sozialleistungen werden auch die Transfereinkommen langsamer steigen als bisher. Insgesamt wird so angenommen, daß das Verfügbare Einkommen lediglich um 1,5 % steigt, gegenüber 2,7 % im Jahr 1993 und 5,0 % im Jahr 1992. Infolge dieser Einschränkungen beim Einkommen werden auch die Konsumausgaben stagnieren.

## Öffentliche Finanzen

Der Haushalt des Landes schloß 1993 bei einem Ausgabenvolumen von 55,77 Milliarden DM mit einem kassenmäßigen Überschuß von 48 Millionen DM. Die Gesamteinnahmen beliefen sich auf 55,82 Milliarden DM und nahmen gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % zu, während die Ausgaben um 3,8 % zunahmen. Gegenüber dem Haushaltssoll sind die Ist-Gesamteinnahmen um 0,4 % und die Gesamtausgaben um 0,5 % niedriger. Die bereinigten Gesamtausgaben liegen um 1,3 % unter dem Haushaltssoll und betrugen rund 50 Mrd. DM. Die Steuereinnahmen deckten 1993 74,4 % der bereinigten Gesamtausgaben gegenüber 74,5 % im Vorjahr.

Die Steuereinnahmen als wichtigste Einnahmenquelle des Landes lagen 1993 mit 37,2 Milliarden DM um 2,5 % höher als im Vorjahr. Sie lagen aber um 112 Millionen DM (- 0,3 %) unter dem Haushaltsansatz. Wesentliche Einnahmesteigerungen gab es bei der Umsatzsteuer (+ 11,4 %), während die Steuern vom Einkommen konjunkturbedingt stagnierten und die Gewerbesteuerumlage deutlich sank. Die reinen Landessteuern stiegen mit 2,7 % dagegen moderat.

Im 1. Quartal 1994 gingen die kassenmäßigen Steuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg um rund 555,5 Millionen DM oder 6,0 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurück. Der Anteil des Landes an den gemeinschaftlichen Steuern beträgt 7,3 Milliarden DM (- 7,5 %); an reinen Landessteuern vereinnahmte das Land 1,4 Milliarden DM (+ 2,6 %).

Die Bruttokreditaufnahme 1993 betrug 7,3 Milliarden DM, das sind 6,2 % mehr als 1992. In der Bruttogröße für 1993 sind 311 Millionen Darlehensaufnahme für vorzeitige Schuldentilgungen in gleicher Höhe enthalten. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 5,6 Milliarden DM ergibt sich eine Nettokreditaufnahme von 1,6 Milliarden DM, das sind 16,2 % weniger als 1992. Die im Haushaltsplan vorgesehene

Nettokreditaufnahme von 2,4 Milliarden DM wird um 772 Millionen DM unterschritten. Die nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung wird in einem derzeit noch nicht absehbaren Umfang zur Deckung von Ausgabe-resten 1993 benötigt.

Die sonstigen Haushaltseinnahmen stiegen 1993 um 460 Millionen DM oder 4,2 % und erreichten eine Höhe von 11,4 Milliarden DM. Das Haushaltssoll 1993 wurde hier um 355 Millionen DM überschritten.

Den Gesamteinnahmen von rund 55,8 Milliarden DM stehen Gesamtausgaben in fast gleicher Höhe gegenüber. Gut zwei Fünftel der bereinigten Gesamtausgaben (41 %) entfielen auf Personalausgaben. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalausgaben um 5,1 % auf 20,5 Milliarden DM.

Die Sachausgaben 1993 sind im Vergleich zu 1992 um 3 % auf 35,3 Milliarden DM angestiegen. Die Sachausgaben sind um 233 Millionen DM niedriger als das Haushaltssoll.

Die Schulden des Landes beliefen sich Ende 1993 auf 47,4 Milliarden DM gegenüber 46 Milliarden DM im Jahr 1992 (+ 3,1 %). Das ergibt je Einwohner ein Betrag von 4 257 DM, gegenüber 4 167 DM im Vorjahr.

Bei den Gemeindefinanzen in Baden-Württemberg konnten 1993 steigende Einnahmen und Ausgaben festgestellt werden. So nahmen die bereinigten Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1993 gegenüber dem Vorjahr um 3,6 % auf 38,1 Milliarden DM zu; die entsprechende Ausgabensteigerung lag bei 2 % und führte zu Ausgaben in Höhe von insgesamt 39,5 Milliarden DM. Allerdings stiegen die Nettoeinnahmen aus Steuern um 1,1 % auf 14,1 Milliarden DM. Bedingt durch die gegenwärtige konjunkturelle Lage war vor allem der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer rückläufig (- 3 %). Demgegenüber nahm die Gewerbesteuer um 3,1 % zu und die Grundsteuer stieg um 9,6 %.

Auf der Ausgabenseite nahmen die sozialen Leistungen 1993 mit 12,3 % am stärksten zu. Personalausgaben nahmen um 4,1 % zu, während die Sachinvestitionen um 7,2 % sanken. Für soziale Leistungen wurden insgesamt 5,6 Milliarden DM und für Personalausgaben 9,5 Milliarden DM aufgewendet. Die Ausgaben für Sachinvestitionen lagen 1993 bei 8,6 Milliarden DM. Der größte Teil davon wurde mit 6,6 Milliarden DM für Baumaßnahmen verwendet (77,3 %), die gegenüber 1992 um 8,1 % zurückgingen. Wegen der rückläufigen Veränderung ging der Anteil der Baumaßnahmen an den bereinigten Ausgaben von 18,7 % im Jahr 1992 auf 16,8 % zurück. Für das Jahr 1991 hatte die Quote 18,8 % betragen.

Der Schuldenstand der Gemeinden betrug Ende 1993 17,1 Milliarden DM. Das waren 4,8 % mehr als 1992. Je Einwohner ergibt sich ein Anstieg gegenüber dem Vor-

jahr um 4,5 % auf 1 670 DM. Für Zinsausgaben wurden 1993 entsprechend 1 244,0 Millionen DM (+ 8,8 %) aufgewendet. Ende 1992 war der Schuldenstand 5,2 % höher als im Vorjahr. Die Zinsausgaben stiegen 1992 um 5,9 %.

## Wirtschaftliche Perspektiven 1994

Das internationale Konjunkturklima wird zunehmend freundlicher. Das weltwirtschaftliche Wachstumszentrum in Ost- und Südostasien wird nicht an Dynamik verlieren, wenn auch in Japan die Erholungskräfte nur schleppend vorankommen. Ferner dürfte sich der Aufschwung in den USA weiter festigen. Davon werden nicht zuletzt die europäischen Handelspartner profitieren, zumal sich der Dollarkurs mittelfristig - bei eher steigenden US-Zinsen - nicht unbeeindruckt von den Fundamentaldaten entwickeln dürfte. In den europäischen Reformländern sind die tiefgreifenden Umstellungsprozesse noch längst nicht abgeschlossen, so daß, bei unterschiedlichem Erfolgsgrad der einzelnen Länder, den dynamischen Teilentwicklungen anhaltende Reibungsverluste des Strukturwandels, teils auch resultierend aus fortbestehenden Unsicherheiten im ordnungspolitischen Rahmen, gegenüberstehen. Die Integration der Reformländer in das System der internationalen Arbeitsteilung wird jedoch weiter fortschreiten, so daß der Welthandel auch von dieser Seite Impulse erhält.

Die europäischen Industrieländer haben, nach den überwiegend zu verzeichnenden Minusraten des Vorjahres, offensichtlich die konjunkturelle Talsohle durchlaufen. Die Wachstumsprognosen für 1994 liegen durchweg im positiven Bereich. Gleichwohl dürften sich die endogenen Auftriebskräfte in Europa insgesamt in Grenzen halten. Das Jahr 1994 wird voraussichtlich noch mehr im Zeichen von Konsolidierung und Erholung stehen und weniger im Zeichen eines nachhaltigen Aufschwungs. Alles in allem ist davon auszugehen, daß sich die Expansion des Welthandels, nach real rund 3 % im Vorjahr, 1994 auf 5 bis 6 % beschleunigt.<sup>2</sup> Die deutschen und insbesondere auch die baden-württembergischen Exporteure dürften daran in vollem Umfang partizipieren. Die Nähe zu den Reformländern fällt hier ebenso ins Gewicht wie das verstärkte und wechselkursseitig begünstigte Bemühen um die Märkte in Asien und Amerika. Die eher bremsenden Effekte einer unterdurchschnittlichen Expansion der europäischen Hauptmärkte sollten sich auf diese Weise kompensieren lassen.

---

<sup>2</sup> Vgl. Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute, „Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1994“, in: DIW-Wochenbericht 16/17 vom 28. April 1994, S. 235. Zitierweise: Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute ...

## Auslandsimpulse versus Inlandsschwäche

Die konjunkturelle Grundkonstellation in Deutschland ist damit 1994 durch gegenläufige Wirkungskräfte gekennzeichnet. Während der langersehnte Rückenwind aus dem Exportverlauf nun spürbar einsetzt, impliziert die binnenwirtschaftliche Ausgangslage an sich eine anhaltend gedämpfte, eher zur Schwäche neigende Inlandsnachfrage. Daraus ergeben sich für die weitere Entwicklung zwei zentrale Fragen:

1. Werden die Auslandsimpulse ausreichen, um die inländische Investitionstätigkeit bereits im Jahresverlauf nachhaltig zu stimulieren?
2. Kann unterstellt werden, daß der private Verbrauch über einen deutlichen Rückgang der Sparquote stabilisiert wird?

Eine Prognose mit dem Prädikat „Aufschwung“ könnte nur unter diesen positiven Annahmen erfolgen - bislang gibt es dafür jedoch keine nachdrücklichen Hinweise.

Gegen die These einer frühzeitig anspringenden Investitionskonjunktur spricht vor allem die schwache Kapazitätsauslastung. Selbst bei einer insgesamt merklichen Nachfrageausweitung wäre angesichts des in der letz-

ten Boomphase stark ausgedehnten Kapitalstocks der Zwang zu Erweiterungsinvestitionen sehr begrenzt. Schon eher kommen Impulse aufgrund höherer Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen in Betracht. Die Finanzierungsspielräume werden sich jedenfalls signifikant verbessern. Neben günstigen Zinsen werden hierzu die vermutlich sogar nachlassenden Lohnstückkosten beitragen. Insgesamt sind damit, je nach Auftragsverlauf, stabilisierte bis leicht erhöhte Ausrüstungsinvestitionen für 1994 zu veranschlagen. Eine tragende Investitionskonjunktur dürfte sich hingegen, bei ansteigenden Gewinnen, erst nach und nach im Zuge einer stabilen Nachfrageexpansion entfalten.

Ähnliche Perspektiven gelten für die Bauinvestitionen. Hier wird es darauf ankommen, ob der Abschwung in den industriell-gewerblichen und öffentlichen Bereichen allmählich gestoppt wird oder sich zumindest weiter verlangsamt, so daß sich die anhaltenden Impulse aus dem Wohnungsbau wie bereits im 1. Quartal 1994- wieder stärker im Gesamtergebnis niederschlagen könnten. Aus heutiger Sicht dürften sich die Bauinvestitionen 1994 immerhin gut stabilisieren, ohne jedoch als gesamtwirtschaftlich nachhaltiger Antriebsfaktor fungieren zu können.

Auf den privaten Verbrauch entfallen rund 55 % des Bruttoinlandsprodukts. Als dominierendes Nachfrage-

Tabelle 13  
Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung 1993/94

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden- Württem- bergs <sup>1)</sup>	Veränderung gegen Vorjahr				Arbeits- losen- quote <sup>2)</sup>	Kurz- fristiger Zinssatz <sup>3)</sup>
		Brutto- inlands- produkt real	Ver- braucher- preise	Brutto- inlands- produkt real	Ver- braucher- preise		
1993		1994 <sup>4)</sup>		1993			
%							
Bundesrepublik Deutschland	-	- 1,2	+ 4,0	+ 1,5	+ 3,0	-	7,61
darunter							
Westdeutschland	-	- 1,9	+ 4,2	+ 1,0	+ 3,0	5,6	-
Ostdeutschland	-	+ 7,1	+ 8,8	+ 7,5	+ 4,0	-	-
Frankreich	11,4	- 0,7	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	10,8	9,20
Italien	7,4	- 0,7	+ 4,5	+ 1,5	+ 4,0	11,2	11,44
Niederlande	4,9	+ 0,3	+ 2,1	+ 1,5	+ 3,0	8,5	7,15
Belgien	4,2 <sup>5)</sup>	- 1,5	+ 2,8	+ 0,5	+ 2,5	9,4	8,26
Spanien	3,0	- 1,0	+ 4,6	+ 1,0	+ 4,5	21,5	12,51
Großbritannien	6,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,5	+ 3,0	10,5	5,35
Schweiz	8,6	- 0,6	+ 3,3	+ 1,5	+ 1,5	4,5	4,50
Österreich	6,8	- 0,3	+ 3,6	+ 1,5	+ 3,0	6,8	7,30
USA	10,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,5	+ 3,0	6,7	3,14
Japan	3,6	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,5	2,5	3,21

1) Januar bis November 1993.- 2) In % der zivilen Erwerbsbevölkerung.- 3) Überwiegend für Dreimonatsschatzwechsel; für 1993: Durchschnitt der Monate Januar bis September.- 4) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, ifo München, RWI Essen, IWH Kiel und IWH Halle (Frühjahrgutachten 1994).- 5) Einschließlich Luxemburg.

aggregat trägt der private Verbrauch damit entscheidend zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei. Die fundamentale Ausgangslage ist dabei 1994 im Zuge rückläufiger Realeinkommen denkbar ungünstig. Auch die voraussichtliche Beschäftigtenentwicklung gibt noch wenig Anlaß für positive Erwartungen. Gleichwohl ist zu berücksichtigen, daß eine derartige Konstellation am Beginn eines neuen Konjunkturzyklus nicht ungewöhnlich ist. Ebenso kennzeichnend ist für solche Situationen, daß über eine rückläufige Sparquote die Aufrechterhaltung des Konsumniveaus angestrebt wird. Die relativ niedrigen Zinsen wirken in diesem Zusammenhang positiv wie auch der Umstand, daß die Ungewißheit der Arbeitnehmer im Hinblick auf den weiteren Bestand der Arbeitsplätze allmählich abnimmt. Andererseits kann jedoch bis auf weiteres, selbst bei ansteigender Konjunktur, nicht

mit realen Einkommensverbesserungen gerechnet werden. Der ab 1995 vorgesehene Solidaritätszuschlag läßt eher das Gegenteil befürchten. Des weiteren fällt ins Gewicht, daß speziell die Summe an Nettolohn- und -gehaltseinkünften nominal um 2 % und real um zirka 5 % schrumpfen wird,<sup>3</sup> wobei die Sparquote in der Masse der Arbeitnehmerhaushalte ohnehin nicht sonderlich hoch ist. Folglich dürfte die Möglichkeit und Bereitschaft zur Reduzierung der Sparquote nicht in ausreichendem Maße zum Tragen kommen, so daß für 1994 zumindest ein leichter Rückgang des privaten Verbrauchs zu veranschlagen ist.

3 Vgl. Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute ..., S. 253.

Tabelle 14  
Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet 1994 und Ist-Werte 1993

Merkmal	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Ist	Prognosen		Ist	Prognosen	
		Jahreswirtschaftsbericht <sup>1)</sup>	Frühjahrgutachten <sup>2)</sup>		Jahreswirtschaftsbericht <sup>1)</sup>	Frühjahrgutachten <sup>2)</sup>
		1993	1994		1993	1994
Mill.						
Arbeitslose	2,27	ca. 2,7	2,6	1,149	ca. 1,2	1,22
Veränderung gegen Vorjahr in %						
	- 1,6	- ca. 1,5	- 1,5	- 3,4	- ca. 1,0	- 1,0
Entstehung des Sozialprodukts (real)						
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	- 1,9	+0,5 bis +1,0	+ 1,0	+ 7,1	+6 bis +8	+ 7,5
Verwendung des Sozialprodukts ( real )						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	- 2,4	+0,5 bis +1,0	+ 0,5	+ 6,2	+6 bis +8	+ 6,5
Privater Verbrauch	0,0	0 bis -1	- 0,5	+ 1,5	0 bis +1	+ 0,5
Staatsverbrauch	- 1,3	0 bis -1	+ 0,0	+ 2,6	-1 bis -2	0,0
Anlageinvestitionen	- 6,9	0 bis +1	+ 1,0	+ 15,6	+12 bis +14	+ 13,5
Ausrüstungen	- 15,0	0 bis +2	+ 0,5	+ 8,2	+ 8 bis +10	+ 10,0
Bauten	- 0,5	ca. 0	+ 1,0	+ 21,2	+14 bis +16	+ 16,0
Ausfuhr	- 6,1	+3 bis +4	+ 4,0	- 1,0	+6 bis +8	+ 12,0
Einfuhr	- 9,5	+1,5 bis +2,5	+ 2,0	+ 3,6	+2 bis +4	+ 3,0
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	+ 3,4	+ ca. 3	+ 3,0	+ 7,9	+4 bis +5	+ 4,0
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,3	+2 bis +2,5	+ 2,5	+ 10,2	+4 bis +6	+ 4,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	- 0,7	+2 bis +3	+ 2,5	+ 15,7		+ 11,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+ 1,3	+1 bis +1,5	+ 0,5	+ 8,4	+5 bis +7	+ 7,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	- 5,5	+4 bis +6	+ 7,5			
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,7	+ ca. 1,5	+ 1,5	+ 7,3	+4,5 bis +5,5	+ 4,5

1) Jahreswirtschaftsbericht 1994 der Bundesregierung.- 2) Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 1994 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.).



Wird ferner ein in etwa konstanter Staatsverbrauch unterstellt, so dürfte sich die reale Inlandsnachfrage 1994 am Rand der Stagnation bewegen. Eine prozentual geringfügige Abnahme ergibt sich im Saldo der sich grob abzeichnenden Entwicklungen der Teilaggregate nicht zwingend, kann aber gegenwärtig auch nicht ausgeschlossen werden. Damit sind, abgesehen von eher nachrangigen Veränderungen in der Lagerdisposition, nennenswerte Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum einzig aus dem Bereich der Außenwirtschaft zu erwarten. Diese Impulse werden aller Voraussicht nach erheblich sein, so daß das Bruttoinlandsprodukt nominal beachtlich, real immerhin leicht zunehmen dürfte.

Der gesamtwirtschaftlich zu veranschlagende Produktionsanstieg dürfte somit 1994 die Schwelle, ab der eine Entlastung des Arbeitsmarktes einsetzt, noch nicht erreichen. Auch Betriebe, die unmittelbar von der Auslandsnachfrage profitieren, werden zunächst versuchen, die zusätzlichen Aufträge mit dem vorhandenen Personal und verlängerten Arbeitszeiten zu bewältigen. Zudem sind die verschlankenden Umstrukturierungsmaßnahmen wohl noch längst nicht in allen Bereichen abgeschlossen. In verbrauchernahen Branchen sowie in Sparten mit hohen Anteilen öffentlicher Aufträge wird sich der weitere Arbeitskräftebedarf sehr in Grenzen halten, sofern nicht gar Stellen gestrichen werden. Auch ist zu berücksichtigen, daß im Zuge des Insolvenzgeschehens noch manche Arbeitsplätze gefährdet sind. Alles in allem ist dennoch davon auszugehen, daß der größte Teil des rezessionsinduzierten Stellenabbaus bereits vollzogen wurde. Insgesamt dürfte die Zahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1994 leicht abnehmen und die der Arbeitslosen - bei allenfalls mäßigem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials - leicht zunehmen. Eine grundlegende Entspannung ist erst dann zu erwarten, wenn sich in den kommenden Jahren die Wachstumskräfte zu einem möglichst nachhaltigen, von Innovationen getragenen Aufschwung verdichten und es zudem gelingt, strukturelle Verhärtungen am Arbeitsmarkt zu mildern.

### *Voraussetzungen für den Aufschwung*

Zu den erfreulichen Aspekten der diesjährigen Wirtschaftsentwicklung zählt die Abnahme der Inflationsrate, nachdem das Ziel der Preisstabilität 1993 in der Bundesrepublik mehr als in vergleichbaren Industrieländern verfehlt wurde. Weder von der Nachfrage- noch von der Kostenseite gehen derzeit nennenswerte Inflationsimpulse aus. Mit partiellen Sonderentwicklungen ist zwar weiterhin, wenn auch abgeschwächt, etwa im Bereich der Wohnungsmieten und bei einigen administrierten Preisen zu rechnen, doch wird sich nun die stabile Grundtendenz der Erzeugerpreise zunehmend stärker im Gesamtergebnis bemerkbar machen. Angesichts der sehr moderaten Tarifabschlüsse ist nun auch die Bedingung für annähernd stabile Preise bei besonders lohnintensiven Dienstleistungen erfüllt. Von Seiten der Rohstoff- und

allgemein der Importpreise sind im ganzen keine wesentlichen Auftriebsimpulse zu erwarten. Die Teuerungsrate der Lebenshaltung dürfte unter diesen Voraussetzungen im Jahresverlauf unter die 3-Prozent-Marke fallen und sich im Jahresdurchschnitt auf etwa 3 % belaufen, wobei der Effekt der Mineralölsteuererhöhung das ganze Jahr hindurch mitgetragen wird. Im Zuge der merklichen Verlangsamung des Preisanstiegs stimmen die Rahmenbedingungen für niedrige Zinsen auch im kurzfristigen Bereich und folglich für eine weitere Normalisierung der Zinsstruktur. Aus monetärer Sicht sind damit die Chancen für einen wirtschaftlichen Aufschwung gegeben.

Es ist indessen absehbar, daß die Konjunktur nach der Einführung des Solidaritätszuschlags zum Jahresanfang 1995 einen Dämpfer erhalten wird. Generell wirkt der enorme Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte, und damit im wesentlichen die Bewältigung der finanziellen Folgen der deutschen Vereinigung, belastend auf den Konjunkturverlauf, wenn auch manche Nebeneffekte, wie etwa die verstärkte Privatisierung öffentlicher Leistungen, mittelfristig durchaus stimulierenden Charakter haben können. Einer Expansion des privaten Verbrauchs sind bis auf weiteres enge Grenzen gesetzt. Gleichwohl ist kaum zu befürchten, daß ein in der monetären und außenwirtschaftlichen Grundkonstellation angelegter Aufschwung allein aufgrund der Steuererhöhung nachhaltig unterbrochen oder gar verhindert werden könnte. Für einen kräftigen, über Jahre anhaltenden Wachstums- und Innovationsschub bildet jedoch die derzeitige Staatsquote<sup>4</sup> von über 50 % ein beträchtliches Hemmnis. Die gesamte Abgabenbelastung (Steuern und Sozialbeiträge in Relation zum nominalen Bruttosozialprodukt) wird schon in diesem Jahr mit knapp 45 % einen neuen Höchststand erreichen<sup>5</sup>. Damit stellt sich die äußerst schwierige Aufgabe, einerseits die längerfristigen Wachstumspotentiale über eine tendenzielle Rückführung der Staatsquote zu stärken, andererseits aber auch den kurzfristigen Konjunkturverlauf durch Sparmaßnahmen nicht über Gebühr zu beeinträchtigen sowie die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung und eine moderne Infrastruktur sicherzustellen.

In dem Bemühen, strukturelle Verwerfungen abzubauen und über beschleunigte Innovationen die Basis für künftige Erfolge zu schaffen, sind die Unternehmen schon weiter vorangekommen als das staatliche Gemeinwesen, mit seinen systembedingt oft langwierigen Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen. In schwieriger Lage haben die Tarifpartner gesamtwirtschaftliche Verantwortung übernommen sowie problemadäquate Konsens- und Innovationsfähigkeit bewiesen - dieser traditionell positive Standortfaktor Deutschlands hat sich damit erneut

4 Anteil der Staatsausgaben am nominalen Bruttosozialprodukt.

5 Vgl. Frühjahrsgutachten der Forschungsinstitute ..., S. 245.

bewährt. Mit flexiblen Arbeitszeitregelungen wurden zusätzliche Entlassungen vermieden und Weichen für eine höhere Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestellt. Vor dem Hintergrund des dynamisch wachsenden Technologiebedarfs namentlich in den Schwellen- und Entwicklungsländern sowie des sich teilweise bereits abzeichnenden Modernisierungsschubs in den europäischen Reformländern sind die Chancen für eine nachhaltige Überwindung der Durststrecke im industriellen Bereich durchaus gegeben, sofern kontinuierliche Verbesserungen

des heimischen Produktionsstandortes nicht unterbleiben. Gerade für Baden-Württemberg bleibt dieses Standbein äußerst wichtig - auch als Fundament für eine weiterhin überdurchschnittliche Entwicklung des Dienstleistungssektors. Aufgrund vielfältiger Verflechtungen und gegenseitiger Durchdringungsprozesse zwischen Waren- und Dienstleistungsproduktion stellt sich hier nicht die Alternative des „Entweder-oder“, sondern bietet sich vielmehr die Perspektive des „Sowohl als auch“. Auf dieser Basis könnte der Südwesten wieder an frühere Wachstumsphasen anknüpfen.



### Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

#### Die Entwicklung der Berufskollegs im Spiegel von Ausbildungsplatzangebot und Arbeitsmarkt

Das Angebot an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg ist sehr vielfältig und bietet den Schülern und Schülerinnen eine breite Palette an Qualifikationsmöglichkeiten. Gleichzeitig ist dadurch auch eine weitgehende Abstimmung mit den Ausbildungsanforderungen der Wirtschaft gegeben. Am augenfälligsten dokumentiert sich diese Verzahnung im dualen System der Berufsausbildung an beruflichen Teilzeitschulen und im Ausbildungsbetrieb. Neben diesem dualen System gibt es berufliche Vollzeitschulen, die zum einen am Beginn einer beruflichen Ausbildung eine berufliche Grundbildung oder davor eine schulische berufsvorbereitende Bildung vermitteln, wie die einjährige Berufsfachschule und das Berufsvorbereitungsjahr. Zum anderen können Vollzeitschulen eine Berufsausbildung in Ausbildungsberufen bieten, die nicht durch das Berufsbildungsgesetz geregelt sind, oder nach mehrjähriger Berufstätigkeit zur weiteren Qualifikation dienen, wie beispielsweise die Meister- und Technikerschulen.

Eine Besonderheit innerhalb des beruflichen Schulwesens des Landes stellen die Berufskollegs dar, die in Baden-Württemberg konzipiert wurden. Bislang wurden sie in dieser Form und unter diesem Namen allein in Baden-Württemberg angeboten, neuerdings gibt es diese Schulform auch in Sachsen. Die Entstehung der Berufskollegs geht auf den sogenannten „Akademieplan“ zurück, dessen Konzeption Ende 1974 vom Ministerrat beschlossen wurde. Neben der Einrichtung von Berufskollegs betraf dieser die Fachschulen als Einrichtungen der beruflichen Weiterbildung und den Aufbau von Berufsakademien, die Abiturienten einen neuen, praxisverbunden Weg der beruflichen Qualifikation eröffnen sollten. Das Ziel der Berufskollegs war die Schaffung attraktiver Ausbildungsgänge für Schüler mit mittlerem Bildungsabschluß.<sup>1</sup>

#### Berufskollegs bauen im allgemeinen auf mittlerem Bildungsabschluß auf

Nun wurden die Berufskollegs Mitte der 70er Jahre aber nicht völlig neu geschaffen. Als Basis für den Aufbau der Berufskollegs boten sich die bisherigen auf einem mittleren Bildungsabschluß aufbauenden Berufsfachschulen, einschließlich der Höheren Handelsschulen, sowie die Fachschulen für Sozialpädagogik an. Durch die Umwandlung der genannten Schulgliederungen in Berufskollegs erklärt sich, daß bereits im Schuljahr 1976/77 etwa 15 000 Schüler an diesen neuen Einrichtungen gezählt werden konnten. Die Tatsache, daß als Aufnahmuvoraussetzung zumindest ein mittlerer Bildungsabschluß - also die Fachschulreife, der Realschulabschluß oder ein gleichwertiges Versetzungszeugnis eines Gymnasiums - verlangt wird, spiegelt den Anspruch des Berufskollegs wider, auf Berufe mit höheren Anforderungen an das abstrakte und logische Denken vorzubereiten. Die Absolventen sollen in der Lage sein, neue technisch-wirtschaftliche Entwicklungen aufzunehmen und umzusetzen. In diesem Zusammenhang ist besonders der enge Theorie-Praxis-Bezug von Bedeutung, der über die reine Vermittlung fachpraktischer Fertigkeiten hinausgehend die Fähigkeit vermitteln soll, berufliche Aufgaben auch theoretisch zu durchdringen.

Besonders deutlich wird diese Verbindung von Theorie und Praxis in den dualen Berufskollegs in Teilzeitform. Diese in der Regel dreijährigen Ausbildungsgänge bieten in anerkannten Ausbildungsberufen des gewerblichen und kaufmännischen Bereichs die Möglichkeit, eine qualifizierte und im schulischen Teil gegenüber dem Unterricht an einer Berufsschule fachspezifisch erweiterte Berufsausbildung zu erhalten, die eine solide Basis für eine weitere berufliche Qualifikation darstellt. Berufskollegs in Vollzeitform bereiten im allgemeinen auf Berufe vor, die keine anerkannten Ausbildungsberufe im Sinne des Berufsbildungsgesetzes sind.

Die Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife nehmen in gewisser Weise eine Sonderstellung ein, da sie nicht auf die Ergreifung eines speziellen Berufes vorbereiten, sondern die Berechtigung zum Studium an

<sup>1</sup> Schaaf, Gerhard: Quantitative Aspekte und Probleme der Bildungsplanung, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 1976, Heft 2, S. 18.

einer Fachhochschule vermitteln. Dieser Bildungsgang hatte unter anderem die Aufgabe die Vorkurse zum Erwerb der Fachhochschulreife an den Fachhochschulen zu ersetzen. Voraussetzung für die Aufnahme ist an diesem Berufskolleg neben einem mittleren Bildungsabschluß zusätzlich der Nachweis einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder einer mindestens fünfjährigen einschlägigen Berufsausübung. Seit dem Schuljahr 1986/87 wird dieser Weg zur Fachhochschulreife auch in der Form einer zweijährigen Teilzeitschule angeboten, der übliche, von der überwiegenden Mehrzahl der Schüler gewählte Weg führt jedoch nach wie vor über die einjährige Vollzeitschule.

## **Beständige Weiterentwicklung der Berufskollegs**

Durch den ständigen Wandel der Berufsanforderungen, der unter anderem durch den technischen Fortschritt und den sich in seiner Folge ändernden Arbeitsmarkt bedingt ist, kann auch eine Schulart wie das Berufskolleg, die auf eine enge Verknüpfung von Theorie und Praxis ausgelegt ist, nicht über Jahre hinweg unverändert bleiben. Neue Entwicklungen schaffen qualifizierte Arbeitsplätze in neuen Berufsfeldern, für die Personen unter anderem auch an neu geschaffenen Berufskollegs ausgebildet werden. Andere Ausbildungsgänge verlieren an Bedeutung oder werden sogar mangels Nachfrage ganz eingestellt. Inwiefern die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt oder das Ausbildungsplatzangebot diese Entwicklung beeinflußt haben mögen, wird weiter unten noch zu analysieren sein. Zunächst soll hier die dynamische Weiterentwicklung der Berufskollegs und das derzeitige Angebot mit den dazugehörigen Abschlüssen dargestellt werden.

Wie bereits angesprochen, gehörten die Fachschulen für Sozialpädagogik, die Höheren Handelsschulen sowie die übrigen ebenfalls auf dem mittleren Bildungsabschluß aufbauenden Berufsfachschulen zum ursprünglichen Kern der Berufskollegs. Letztere umfaßten das Berufskolleg für Grafik und Design, die Berufskollegs für technische Assistenten und die Berufskollegs für Ernährung und Hauswirtschaft, die damals noch die Namen Hauswirtschaftlich-sozialpädagogisches Berufskolleg bzw. Berufskolleg für Hauswirtschaft und Textilarbeit führten. Berufskollegs für technische Assistenten bilden für eine Reihe unterschiedlicher Berufe aus. Die Kultusministerkonferenz hat für diese Ausbildungsgänge eine „Rahmenvereinbarung zur Ausbildung und Prüfung von technischen Assistenten/Assistentinnen an Berufsfachschulen“ beschlossen, die einheitliche Richtlinien festlegt. Bereits eingangs wurde erwähnt, daß die Berufskollegs in Baden-Württemberg eine bundesweite Besonderheit sind. In den anderen Bundesländern findet die vergleichbare Berufsausbildung an Berufsfachschulen statt. Aus diesem Grund sind im Namen der Rahmenvereinbarung „Berufsfachschulen“ genannt. Insgesamt regelt diese Vereinbarung

die Ausbildung in 22 Berufen, vorwiegend im gewerblichen Bereich, aber auch für landwirtschaftlich-technische Assistenten. An den zweijährigen gewerblichen Berufskollegs für gewerblich-technische Assistenten wurden in Baden-Württemberg zunächst chemisch-technische, pharmazeutisch-technische, elektrotechnische, physikalisch-technische, bautechnische, textiltechnische und fototechnische Assistenten ausgebildet, wobei die absolute Mehrzahl der Schüler in den beiden erstgenannten Berufstypen zu finden war. Im Lauf der Jahre kamen dann Ausbildungsgänge für datentechnische, biologisch-technische und umwelttechnische Assistenten hinzu, andererseits wurde das Berufskolleg für bautechnische Assistenten eingestellt. Schon in diesem kleinen Ausschnitt wird deutlich, wie flexibel auf neue Entwicklungen und Berufsänderungen durch die Einrichtung - aber gegebenenfalls auch durch die Einstellung - von Berufskollegs reagiert werden kann. Als private Einrichtung ergänzt das am Max-Planck-Institut für Metallforschung in Stuttgart befindliche Berufskolleg für Metallographie seit Anfang der achtziger Jahre die Palette an Ausbildungsgängen für gewerblich-technische Assistenten, allerdings dauert diese Ausbildung drei Jahre.

Daneben gibt es weitere Vollzeit-Berufskollegs, die mehr in eine angewandt-künstlerische Berufslaufbahn einmünden. Neben das bereits bei Einrichtung der Schulart bestehende Berufskolleg für Grafik und Design traten Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre weitere öffentliche und private Berufskollegs der Richtungen Formgebung, Modgestaltung, Textiltechnik und Design. Die Ausbildungsdauer beträgt hier in der Regel zweieinhalb bis drei Jahre. Lediglich am öffentlichen Berufskolleg für Textiltechnik und Design kann bereits nach zwei Jahren der Titel eines bzw. einer staatlich geprüften Assistenten/-in für Textiltechnik und Design erworben werden. Nach einem weiteren Jahr steht dann dort die Gesellenprüfung im Weberhandwerk am Abschluß der dreijährigen Ausbildung.

## **Duale Ausbildung im Berufskolleg**

Im Rahmen der Berufskollegs bietet sich Schulabgängern auch die Möglichkeit, einen nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Ausbildungsberuf innerhalb des dualen Systems zu erlernen. Das bedeutet, daß die Schüler einen Ausbildungsvertrag mit einem Betrieb abschließen und die Ausbildung teilweise im Betrieb und teilweise am Berufskolleg stattfindet. Ursprünglich wurde diese Art einer qualifizierten Ausbildung in den Berufsfeldern Metall, Elektrotechnik, Bautechnik und Textiltechnik angeboten. Zum Schuljahresende 1992/93 wurde der Typ Textiltechnik eingestellt, dafür aber im Schuljahr 1993/94 der betrieb im dualen Berufskolleg für Farbtechnik aufgenommen. Alle genannten Berufskollegs sind nur an öffentlichen beruflichen Schulen anzutreffen und richten ihr Angebot an Schulabgänger mit mittlerem Bildungsabschluß. Nach drei Jahren steht dann die Facharbeiterprüfung vor der Industrie- und Handelskammer

an sowie eine Abschlußprüfung, deren Bestehen zur Führung des Titels eines bzw. einer staatlich geprüften Berufskollegiaten/-in berechtigt.

Mitte der achtziger Jahre tauchte dann die Frage auf, ob nicht ein vergleichbares Angebot einer hochqualifizierten dualen Berufsausbildung auch speziell für Abiturienten gemacht werden sollte. In enger Zusammenarbeit von Industriebetrieben und Kultusministerium wurde damals ein Weg gesucht, gewerblich-technische Berufe für Abiturienten interessant zu machen und eine Alternative zum Studium zu bieten. Das Ergebnis war im Schuljahr 1987/88 die Einführung des dualen Berufskollegs für Abiturienten. In den Berufsfeldern Metall und Elektrotechnik können Schulabgänger mit Hochschulreife seither an zwei Tagen pro Woche im Berufskolleg allgemeine und fachtheoretische Kenntnisse und an drei Tagen in der Woche im Ausbildungsbetrieb die anwendungsbezogenen Qualifikationen erwerben. Auch hier steht am Ende nach drei Jahren die Facharbeiterprüfung vor der Industrie- und Handelskammer. Die staatliche Prüfung am Berufskolleg dient jedoch dem Erwerb des Titels einer bzw. eines staatlich geprüften Technologiekollegiatin/-en.

Gleichzeitig wurde dem Bedarf entsprechend auch im kaufmännischen Bereich ein duales Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung eingerichtet. In ähnlicher Weise werden hier über die üblichen Ausbildungsinhalte hinausgehende Zusatzqualifikationen vermittelt. Alle genannten Berufskollegs für Abiturienten wurden bereits im letztjährigen Statistisch-prognostischen Bericht in Hinsicht auf ihre Attraktivität für Schulabgänger mit Hochschulreife untersucht.<sup>2</sup> Zu diesen zählt ebenfalls das Berufskolleg für Informatik, in dem Abiturienten in einer dreijährigen Ausbildung mit integriertem einjährigem Praktikum die Ausbildung zum staatlich geprüften Informatiker absolvieren können.

## Hoher Anteil privater Schulen im kaufmännischen Bereich

Die überwiegende Zahl der Schüler an den Berufskollegs für Fremdsprachen, Europasekretäre/-innen und internationale Direktionsassistenten/-innen besitzt ebenfalls die Hochschulreife. Dies ist in erster Linie auf die hohen Anforderungen an die Fremdsprachenkenntnisse zurückzuführen. Die Ausbildung für Europasekretäre/-innen wird seit Anfang der achtziger Jahre angeboten. Noch neuer und erst seit wenigen Jahren im Rahmen eines Berufskollegs möglich ist die Ausbildung zum bzw. zur internationalen Direktionsassistenten/-in. Übrigens sind alle diese im weiteren Sinne „Fremdsprachen-Berufskollegs“ eine Domäne privater beruflicher Schulen. An öffentlichen

Schulen ist derzeit keine vergleichbare Ausbildung zu erhalten. Lediglich am kaufmännischen Berufskolleg II ist im Wahlpflichtbereich „Fremdsprachen“ eine immerhin ähnlich gelagerte Ausbildung zu finden.

Bei den kaufmännischen Berufskollegs I und II, den früheren Höheren Handelsschulen, dominieren dagegen eindeutig die öffentlichen Schulen. Diese kaufmännischen Berufskollegs sollen in erster Linie in einer vollzeitschulischen Ausbildung zu einem kaufmännischen Beruf hinführen. Innerhalb des Berufskollegs I steht die Vermittlung kaufmännischer Grundkenntnisse im Vordergrund. Dessen Absolventen können sich für eine anschließende duale Berufsausbildung oder den Besuch des Berufskollegs II entscheiden, in dem sie den Titel eines bzw. einer staatlich geprüften Wirtschaftsassistenten/-in in den Bereichen „Sekretariat“, „Fremdsprachen“ oder „Wirtschaft und Datenverarbeitung“ erlangen können. Darüber hinaus kann durch Zusatzunterricht in den Fächern Mathematik und Physik die, in diesem Fall aber nur in Baden-Württemberg anerkannte, Fachhochschulreife erworben werden.

## „Fachschule“ für Sozialpädagogik zählt zu den Berufskollegs

Einen weiteren Schwerpunkt bilden die Fachschulen für Sozialpädagogik. Trotz ihrer im Kindergartenfachkräftegesetz festgelegten Benennung als Fachschulen zählen sie bereits seit der Einrichtung der Berufskollegs zu diesen. Mit einer Zahl von gegenwärtig knapp 5 000 werden im hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich an diesen Fachschulen mit Abstand die meisten Schüler gezählt. Dabei haben die öffentlichen und die privaten Schulen quantitativ etwa das gleiche Gewicht. Voraussetzung zum Besuch dieser Schulen ist ein einjähriges Vorpraktikum an einer sozialpädagogischen Einrichtung, an dessen Stelle auch der erfolgreiche Abschluß der zweijährigen zur Fachschulreife führenden hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Berufsfachschule oder die staatliche Anerkennung als Kinderpfleger/-in mit mittlerem Bildungsabschluß treten kann. Die starke Praxisverbundenheit dieser Ausbildung kommt auch dadurch zum Ausdruck, daß nach der zweijährigen schulischen Ausbildung noch ein einjähriges begleitetes Berufspraktikum vor der staatlichen Anerkennung als Erzieher/-in steht.

Weitere bereits seit 1976 als Berufskollegs existierende Einrichtungen im hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich sind die aufeinander aufbauenden Berufskollegs für Ernährung und Hauswirtschaft I und II. Die Umbenennung der früheren hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Berufskollegs bzw. Berufskollegs für Hauswirtschaft und Textilarbeit ist hier das äußere Zeichen für die Weiterentwicklung der Ausbildungsinhalte. Seit dem Schuljahr 1991/92 besteht die Möglichkeit, das Berufskolleg für Ernährungsberatung in Schwäbisch Gmünd zu besuchen, das mit dem Abschluß

<sup>2</sup> Statistisch-prognostischer Bericht 1992/93: Berufsqualifizierende Bildungswege für Abiturienten außerhalb des Hochschulbereichs, S. 53-59 und S. 132-134. Zitierweise: Berufsqualifizierende Bildungswege...

als staatlich geprüfte/-r Assistent/-in in der Ernährungsberatung endet. Bereits im Schuljahr 1988/89 wurde das Angebot eines Berufskollegs für Behörden- und Betriebsassistenten mit dem Schwerpunkt Umweltberatung eingeführt. Innerhalb dieser dreijährigen Ausbildung verbringen die Schüler ein einjähriges Praktikum in Behörden oder geeigneten Betrieben.

Recht hohe Schülerzahlen weisen noch die privaten Berufskollegs für Gymnastiklehrer/-innen auf, die zu Beginn des Schuljahres 1980/81 von Berufsfachschulen in Berufskollegs umgewandelt wurden. Eher eine „Orchidee“ unter den Berufskollegs ist dagegen das private Berufskolleg für darstellende Kunst, an dem angehende Schauspielerinnen und Schauspieler ausgebildet werden.

## **Das Berufskolleg als Weg zur Fachhochschulreife**

Alle bisher genannten Berufskollegs dienen in erster Linie der Ausbildung in einem bestimmten Beruf oder Berufsfeld. Zwar können die Schüler an einigen durch den Besuch von Zusatzunterricht und die Ablegung einer entsprechenden Abschlußprüfung noch die Fachhochschulreife erwerben, jedoch ist es nicht die primäre Aufgabe dieser Berufskollegs, Schülern mit mittleren Bildungsabschluß über die Fachhochschulreife eine weitere schulische Qualifikation und damit eine Studienberechtigung zu vermitteln. Dagegen sind die Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife speziell zu diesem Zweck geschaffen worden. Zunächst wurden diese nur in einer einjährigen Vollzeitform angeboten, seit 1986/87 besteht auch die Möglichkeit, diesen Abschluß im Rahmen eines zwei Jahre dauernden Teilzeitunterrichts zu erwerben. In diesem Fall können die Schüler die Fachhochschulreife anstreben, ohne gleichzeitig ihren Arbeitsplatz aufgeben zu müssen, stehen dann aber zwei Jahre lang unter der gleichzeitigen Belastung von Beruf und Weiterqualifikation. Dies dürfte mit ausschlaggebend dafür sein, daß trotz immerhin anhaltend steigender absoluter Schülerzahlen in diesem Teilzeit-Berufskolleg stets nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz der Schüler diese Belastung auf sich nimmt. Von den etwa 6 200 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 1993/94, die sich insgesamt für das Berufskolleg zur Erlangung der Fachhochschulreife entschieden haben, waren weniger als 600 an öffentlichen oder privaten Teilzeit-schulen.

Generell müssen die Bewerber an diesen Berufskollegs einen mittleren Bildungsabschluß aufweisen. Bewerber mit Hauptschulabschluß haben die Möglichkeit, einen gleichwertigen Bildungsstand aus Hauptschulabschluß und Berufsausbildung nachzuweisen, wobei das Berufsschulzeugnis ausreichende Leistungen in den Fächern Englisch und Mathematik aufweisen muß. Zusätzlich zu diesem Bildungsabschluß müssen alle Bewerber eine abgeschlossene, mindestens zweijährige Berufsausbildung

oder eine einschlägige Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren vorweisen können. Die Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife unterscheiden sich je nach Zugehörigkeit zu einem bestimmten Bereich durch ein entsprechendes berufsbezogenes Schwerpunktfach. Im gewerblichen Bereich ist dies das Fach „Technik“, im kaufmännischen Bereich das Fach „Betriebswirtschaftslehre“ und im hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich das Fach „Biologie“. Die Aufnahme in einen bestimmten Typ des Berufskollegs hängt dabei von der vorgewiesenen Berufsausbildung bzw. Berufserfahrung ab, die einen entsprechenden Einschlag haben muß.

## **Berufskollegs entwickeln sich dynamisch**

Bereits eingangs wurde behauptet, daß sich die Berufskollegs in einem ständigen Wandel und Anpassungsprozeß an die Erfordernisse der Wirtschaft und die Nachfrage der Schüler befinden. In den vorangegangenen Abschnitten wurde versucht, in kurzer Form die Inhalte quantitativ bedeutender Berufskollegs und wichtigsten Eckpunkte der Entwicklung darzustellen. Das Angebot hat sich seit dem „Start“ der Berufskollegs im Jahr 1976 demnach stark ausgeweitet, was auf die Ausbildung neuer Berufsbilder aber auch auf die fortschreitende Spezialisierung in der Arbeitswelt zurückzuführen ist. Schon aus diesen knapp gehaltenen Ausführungen ist zu erkennen, daß sich die Berufskollegs in der Tat dynamisch entwickeln und keineswegs einen statischen Block mit einem starren Ausbildungsangebot darstellen. Andererseits führt dies leicht zu einer gewissen „Unübersichtlichkeit“ des Angebots. Um dies in eine leichter überschaubare Form zu bringen, stellt die Übersicht die verschiedenen Gliederungen von Berufskollegs geordnet nach Bereichen nebeneinander. Zusätzlich enthält die Übersicht noch die jeweils zu erreichenden Abschlüsse.

Eine erste Orientierung über die quantitative Entwicklung der Berufskollegs vermittelt *Tabelle 1*, in der für ausgewählte Eckjahre die Zahl der Einrichtungen und der Schüler aufgeführt ist. Bereits in dieser Überblickstabelle lassen sich gewisse Entwicklungen erkennen. Neue Berufskollegs wurden im Zeitablauf eingerichtet und bekamen nach und nach mehr Zulauf, die Nachfrage nach bereits bestehenden unterlag zum Teil starken Schwankungen. Besonders das kaufmännische Berufskolleg I weist hier eine große Schwankungsbreite auf. Bevor der Einfluß von Ausbildungsplatzangebot und Arbeitsmarkt auf die Entwicklung der Berufskollegs näher untersucht wird, werden zunächst diese beiden Einflußfaktoren selbst kurz dargestellt.

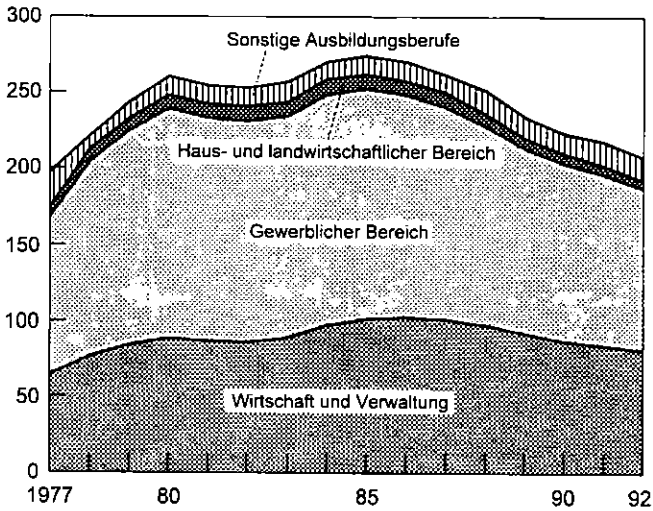
## **Ausbildungsplatzmangel am Ende der siebziger Jahre, Bewerberknappheit heute**

Entsprechend der Zielsetzung dieser Untersuchung wird hier die Entwicklung von Ausbildungsplatzangebot und

Schaubild 1

## Auszubildende in Baden-Württemberg 1977 bis 1992

in Tsd.



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

169 94

Arbeitsmarkt seit Mitte der siebziger Jahre reflektiert, also seit Einrichtung der Berufskollegs. *Schaubild 1* gibt einen Eindruck davon, welch starken Schwankungen die Zahl der Auszubildenden in Baden-Württemberg unterworfen war und welche Akzentverschiebung stattgefunden hat. Die Daten reichen zurück bis in das Jahr 1977, weiter in die Vergangenheit zurückreichend liegen keine vergleichbaren Ergebnisse vor. Da hier aber nicht punktuelle Beziehungen zwischen Ausbildungsplatzangebot und der Schülerzahl an Berufskollegs hergestellt werden sollen, ist das Fehlen des einen Jahres 1976 nicht entscheidend. In diesem Schaubild wurden die Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik in vier Bereiche zusammengefaßt, die einen Vergleich mit den Schultypen des Berufskollegs - gewerblich, kaufmännisch, hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogisch - erleichtern sollen. Im Bereich „sonstige Ausbildungsberufe“ sind die verschiedenen Arten von Arzthelfer/-innen zusammengefaßt. Diese werden in der beruflichen Schulstatistik im Berufsfeld „Gesundheit“ dem gewerblichen Typ zugeschlagen. Eine entsprechende Zuordnung hätte hier jedoch eine gewisse Verzerrung verursacht und den gewerblichen Bereich noch umfangreicher erscheinen lassen. An dieser Stelle sollte das vermieden werden, zumal außer den Berufskollegs für pharmazeutisch-technische Assistenten keine Berufskollegs für solche Berufe existieren. Der „gewerbliche Bereich“ umfaßt die gewerblichen Ausbildungsberufe des Ausbildungsbereichs Industrie und Handel, die handwerklichen und sonstigen nicht-kaufmännischen Ausbildungsberufe des Handwerks sowie die technisch orientierten Ausbildungsberufe im Öffentlichen Dienst. Zum Bereich „Wirtschaft und Verwaltung“ gehören hier die kaufmännischen Ausbildungsberufe in Industrie und Handel sowie Handwerk und die

in Richtung Verwaltung orientierten Ausbildungsberufe im Öffentlichen Dienst. Im „haus- und landwirtschaftlichen Bereich“ sind die Ausbildungsbereiche Hauswirtschaft und Landwirtschaft vereint.

*Schaubild 1* zeigt einen starken Anstieg der Ausbildungsplätze am Ende der siebziger Jahre an, der 1980 einen ersten Gipfel erreichte, als über 260 000 Auszubildende in Baden-Württemberg gezählt wurden. Nach einem leichten Rückgang der Zahlen in der konjunkturell schwierigen Zeit zu Beginn der achtziger Jahre, erreichten sie im Jahr 1985 ihren bisherigen Höchststand von knapp 275 000. Seither ist wieder ein starker Rückgang zu verzeichnen. Im Jahr 1992 wurden mit 207 000 lediglich etwa 10 000 Auszubildende mehr verzeichnet als 15 Jahre zuvor. Die absoluten Zahlen allein können jedoch kein hinreichendes Bild des Ausbildungsmarktes zeichnen. Auch wenn die Zahlen von heute mit denen von 1977 vergleichbar sind, ist die Situation doch eine völlig andere. Neben dem Ausbildungsplatzangebot muß auch die Nachfrage berücksichtigt werden. Diese ist zwar nicht exakt meßbar, einen Hinweis auf die Größenordnung gibt aber die demographische Entwicklung insbesondere der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren.<sup>3</sup> Sicher gibt es auch eine gewisse, nicht zu vernachlässigende Zahl älterer Auszubildender, für eine erste Annäherung an die Ausbildungsplatznachfrage mag die Berücksichtigung der Jugendlichen dieses Alters jedoch genügen. Am Jahresende 1977 lebten gut 749 000 Angehörige dieser Altersgruppe im Land. Ihre Zahl stieg bis 1981 noch weiter auf knapp 828 000 an. Seitdem ist ein beständiger Rückgang zu verzeichnen, so daß am Jahresende 1992 nur noch gut 532 000 Jugendliche dieses Alters in Baden-Württemberg lebten. Diese Entwicklung spiegelt in erster Linie die Geburtenzahlen des jeweils 15 bis 20 Jahre zurückliegenden Zeitraums wieder. Mitte der sechziger Jahre wurden im Land die höchsten Geburtenzahlen verzeichnet. Entsprechend hoch war Anfang der achtziger Jahre die Zahl der 15 bis unter 20jährigen - und damit auch die Ausbildungsplatznachfrage. Heute sind die Geburtsjahrgänge aus der Mitte der siebziger Jahre in diesem Alter. Diese waren die Jahrgänge mit den niedrigsten Geburtenzahlen in Baden-Württemberg. Das erklärt, warum heute gelegentlich Stimmen aus der Wirtschaft zu hören sind, die sich über einen Mangel an Ausbildungsplatzbewerbern beklagen. Einen Eindruck vom Ausmaß dieser Entwicklung kann der Quotient aus der Zahl der Auszubildenden und Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 20 Jahren vermitteln. Dieser lag im Jahr 1977 bei 0,26, stieg bis 1979 auf 0,30 an und pendelte dann bis 1983 zwischen 0,30 und 0,32. Anschließend

3 Eine andere, oft verwendete Berechnung der Ausbildungsplatznachfrage wird unter Berücksichtigung der methodischen Probleme vorgestellt in: Statistisch-prognostischer Bericht 1990/91: Strukturelle Entwicklungen im dualen System und die Ausbildungs- und Berufschancen der Mädchen, S. 89ff. Zitierweise: Strukturelle Entwicklungen ...



Tabelle 1

**Einrichtungen und Schüler an öffentlichen und privaten Berufskollegs in Baden-Württemberg seit dem**

Berufskolleg	Schuljahr								
	1976/77			1980/81			1985/86		
	Einrich- tungen	Schüler		Einrich- tungen	Schüler		Einrich- tungen	Schüler	
		insge- samt	darunter weiblich		insge- samt	darunter weiblich		insge- samt	darunter weiblich
Zur Erlangung der Fachhochschulreife, Vollzeit	-	-	-	20	724	182	77	3 195	559
Zur Erlangung der Fachhochschulreife, Teilzeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-
BK I (Höhere Handelsschule)	59	3 925	2 461	80	5 668	3 800	87	9 316	6 619
BK II (Höhere Handelsschule - Oberstufe)	19	437	191	29	853	433	36	1 511	794
Sprachen und Dolmetscher/-innen	-	-	-	1	264	251	7	974	950
Europasekretäre/-innen	-	-	-	-	-	-	3	327	327
Internationale Direktionsassistenten/-innen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Informatik	-	-	-	1	240	94	1	388	158
Für Abiturienten, kaufmännisch, Vollzeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Für Abiturienten, kaufmännisch, Teilzeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaufmännisch-hauswirtschaftlich	-	-	-	1	43	43	2	77	72
Grafik und Design	1	19	9	1	53	24	3	207	129
Mode und Design	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Textiltechnik und Design	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Modgestaltung und Bekleidung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Formgebung, Schmuck und Gerät	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Für Abiturienten, gewerblich, Teilzeit	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gewerblich, Teilzeit	-	-	-	16	1 115	162	24	1 718	164
Metallographie	-	-	-	-	-	-	1	28	26
Technische Assistenten/-innen	18	2 076	1 397	18	2 132	1 384	23	2 708	1 847
Behörden- und Betriebsassistenten/-innen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ernährung und Hauswirtschaft I <sup>1)</sup>	62	2 037	2 014	63	2 023	1 986	74	2 226	2 182
Ernährung und Hauswirtschaft II <sup>2)</sup>	11	670	670	14	903	903	14	816	813
Ernährungsberatung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Sozialpädagogik	50	5 908	5 722	50	4 505	4 360	51	4 539	4 426
Gymnastiklehrer/-innen	-	-	-	4	1 056	989	5	948	814
Darstellende Kunst	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Berufskollegs insgesamt</b>	<b>220</b>	<b>15 072</b>	<b>12 464</b>	<b>298</b>	<b>19 579</b>	<b>14 611</b>	<b>408</b>	<b>28 978</b>	<b>19 880</b>

1) Bis zum Schuljahr 1989/90 unter dem Namen "hauswirtschaftlich-sozialpädagogisches Berufskolleg, 1-jährig". - 2) Bis zum Schuljahr 1989/90

stieg er bis 1986 auf den Wert von 0,39 an und hält sich seitdem auf einem Niveau um 0,40. Damit liegt der Wert dieses Quotienten seit 1986 etwa um 50 Prozent höher als 1977. Dieser Quotient gibt übrigens nur an, welcher Anteil dieser Altersgruppe zum jeweiligen Zeitpunkt gleichzeitig ausgebildet wurde. Davon zu unterscheiden ist die Aussage, daß bis zu etwa 70 Prozent eines Altersjahrgangs im Zeitablauf das duale System durchlaufen.

Auch wenn wegen der eingangs erwähnten unscharfen Altersabgrenzung eine genaue Bestimmung des „Versorgungsgrades“ mit Ausbildungsplätzen hiermit nicht möglich ist, kann doch gefolgert werden, daß seit Mitte der achtziger Jahre die Ausbildungsplatzknappheit von einem Bewerbermangel abgelöst wurde. Auch an anderer Stelle ausgewertete Daten der Arbeitsverwaltung lassen diesen Schluß zu.<sup>4</sup> Diese globale Aussage gilt in

dieser Form allerdings nur, wenn man die Gesamtzahlen von Ausbildungsplatzbewerbern und -angebot gegenüberstellt. Bei einzelnen „Wunsch“-Ausbildungsberufen kann durchaus noch eine Engpaßsituation für die Bewerber vorliegen. Die schwierige wirtschaftliche Lage in den letzten Jahren mag zu einer Ausweitung der Zahl der Berufe beigetragen haben, in denen die Zahl der Bewerber die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze überstieg.

Aus *Schaubild 1* läßt sich über die Gesamtentwicklung hinaus noch eine spürbare Verschiebung der Anteile der einzelnen Bereiche ablesen. Der gewerbliche Bereich ist nach wie vor dominierend. Mehr als die Hälfte aller Auszubildenden erlernt einen Beruf aus diesem Bereich, im Jahr 1992 waren es 52 %. Allerdings lag der Anteil im Jahr 1980 noch wesentlich höher bei 58 % und in den Jahren davor nur um wenige Zehntel Prozentpunkte darunter. Der Bereich Wirtschaft und Verwaltung konnte dagegen seine Stellung ausbauen. Von 34 % im Jahr 1977 nahm sein Anteil an den Auszubildenden bis 1987

4 Strukturelle Entwicklungen ..., S. 89-91.

Schuljahr 1976/77

Schuljahr									Berufskolleg
1990/91			1992/93			1993/94			
Einrich- tungen	Schüler		Einrich- tungen	Schüler		Einrich- tungen	Schüler		
	insge- samt	darunter weiblich		insge- samt	darunter weiblich		insge- samt	darunter weiblich	
108	6 499	1 683	118	6 545	1 900	116	5 612	1 667	Zur Erlangung der Fachhochschulreife, Vollzeit
11	401	177	14	504	194	14	584	255	Zur Erlangung der Fachhochschulreife, Teilzeit
84	5 403	3 125	84	5 232	2 825	83	5 654	3 032	BK I (Höhere Handelsschule)
42	2 110	1 097	40	2 087	1 015	40	2 003	1 001	BK II (Höhere Handelsschule - Oberstufe)
12	828	814	16	978	930	14	852	799	Sprachen und Dolmetscher/-innen
5	585	585	9	669	667	10	622	620	Europasekretäre/-innen
-	-	-	3	144	136	2	116	115	Internationale Direktionsassistenten/-innen
1	418	149	1	402	105	1	312	75	Informatik
6	147	104	4	105	74	5	165	130	Für Abiturienten, kaufmännisch, Vollzeit
8	897	464	14	1731	885	16	1 854	988	Für Abiturienten, kaufmännisch, Teilzeit
1	37	37	1	20	20	-	-	-	Kaufmännisch-hauswirtschaftlich
4	254	170	4	255	169	4	271	181	Grafik und Design
-	-	-	1	27	26	1	54	50	Mode und Design
-	-	-	1	22	22	1	48	42	Textiltechnik und Design
-	-	-	1	211	197	1	202	187	Modgestaltung und Bekleidung
2	137	114	2	139	117	2	131	109	Formgebung, Schmuck und Gerät
3	120	15	3	119	15	4	151	15	Für Abiturienten, gewerblich, Teilzeit
24	1 565	272	23	1 370	192	22	1 155	185	Gewerblich, Teilzeit
1	19	16	1	19	13	1	17	10	Metallographie
28	2 662	1 729	27	2 569	1 624	28	2 504	1 479	Technische Assistenten/-innen
3	95	60	3	115	61	3	110	52	Behörden- und Betriebsassistenten/-innen
24	384	374	17	257	241	20	359	333	Ernährung und Hauswirtschaft I <sup>1)</sup>
14	368	363	12	188	184	8	132	131	Ernährung und Hauswirtschaft II <sup>2)</sup>
-	-	-	1	29	24	1	31	23	Erährungsberatung
52	4 482	4 397	53	4 739	4 634	54	4 896	4 744	Sozialpädagogik
5	788	628	3	757	588	4	803	605	Gymnastiklehrer/-innen
-	-	-	1	18	11	1	18	10	Darstellende Kunst
438	28 199	16 373	457	29 251	16 869	456	28 656	16 838	Berufskollegs insgesamt

unter dem Namen "Berufskolleg für Hauswirtschaft und Textilarbeit, 2-jährig".

auf 39 % zu und bleibt seitdem beständig auf diesem Niveau. Der haus- und landwirtschaftliche Bereich, dessen Anteil von gut 3 % bis Mitte der achtziger Jahre sogar auf knapp 4% angestiegen war, ist mittlerweile auf nur noch gut 2 % zurückgefallen. Die sonstigen Ausbildungsberufe aus dem Berufsfeld Gesundheit, deren Anteil bis 1987 konstant zwischen 4 und 5 % lag, konnten bis 1992 eine relative Zunahme auf 7 % verzeichnen.

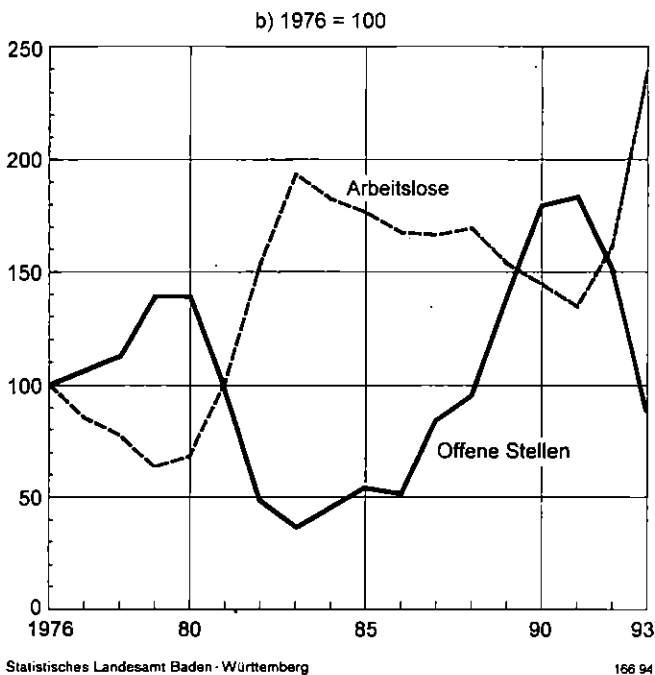
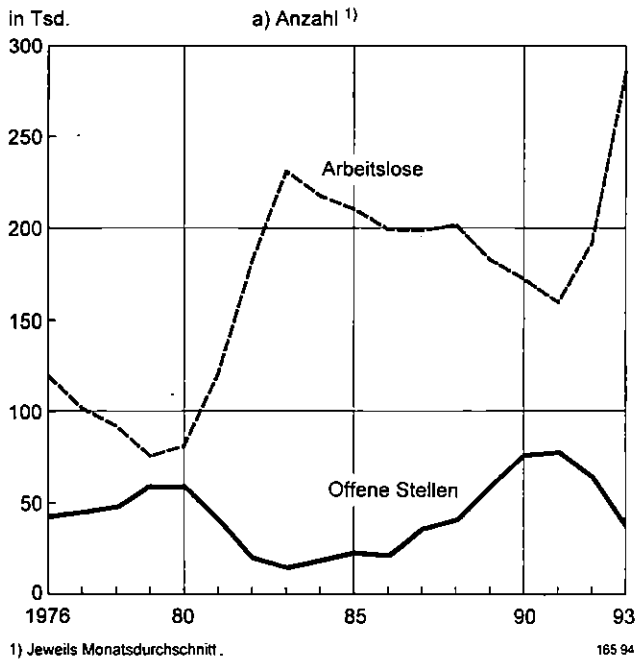
Arbeitsmarkt von großen Schwankungen gekennzeichnet

Der zweite Blickwinkel, aus dem die Entwicklung der Berufskollegs betrachtet werden soll, ist der des Arbeitsmarktes. Neben der Zahl der Beschäftigten und deren Veränderung im Zeitablauf sind hier vor allem die Angaben über Arbeitslose und offene Stellen von Interesse. Im betrachteten Zeitraum seit 1976 sind bei den Arbeitsmarktdaten entspreched der konjunkturellen

Entwicklung starke Schwankungen festzustellen. *Schaubild 2a* zeichnet die Entwicklung von Arbeitslosenzahlen und der Anzahl der der Arbeitsverwaltung gemeldeten offenen Stellen nach. Im Verlauf der zweiten Hälfte der siebziger Jahre sank die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg bis auf einen Monatsdurchschnittswert von gut 75 000 ab. Danach war in der Rezessionsphase ab 1980 ein steiler Anstieg zu verzeichnen, der im Jahr 1983 mit einem Monatsdurchschnitt von über 230 000 Arbeitslosen im Land seinen Höhepunkt erreichte. In der darauf folgenden Aufschwungphase fand nur eine vergleichsweise geringe Entspannung des Arbeitsmarktes statt. Im Jahr 1991 waren im Durchschnitt immer noch fast 160 000 Baden-Würtemberger als Arbeitslose gemeldet. Seitdem sind die Arbeitslosenzahlen wieder rapide angestiegen und liegen gegenwärtig auf einem weit höheren Niveau als 1983.

Eine nahezu exakt gegenläufige Entwicklung nahmen die offen Stellen. Dies ist deutlich in *Schaubild 2b* zu erken-

## Arbeitslose und offene Stellen in Baden-Württemberg seit 1976



nen, das beide Arbeitsmarktgrößen in bezug auf die Ausgangssituation von 1976 setzt. Fast in jedem Jahr, in dem die Zahl der Arbeitslosen zunahm, war eine Abnahme der gemeldeten offenen Stellen zu verzeichnen und umgekehrt. *Schaubild 2a* zeigt darüber hinaus, daß in je-

dem Jahr, die durchschnittliche Zahl der offenen Stellen mehr oder weniger deutlich unter der Zahl der Arbeitslosen lag.

Ein ähnliches, wenn auch nicht ganz deckungsgleiches Bild bietet die Entwicklung der Zahl an sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern in Baden-Württemberg. *Tabelle 2a* gibt die absoluten Beschäftigtenzahlen wieder, *Tabelle 2b* läßt dagegen leichter die Entwicklung im Zeitablauf beurteilen. Durch eine Änderung der Zuordnungssystematik können für die Zeit vor 1979 keine vergleichbaren Zahlen der angeführten Wirtschaftsunterabteilungen des verarbeitenden Gewerbes angegeben werden. Als Bezugsjahr wurde in *Tabelle 2b* deshalb 1980 gewählt. Die Beschäftigtenstatistik ordnet die Beschäftigten eines Betriebes nach dessen wirtschaftlichem Schwerpunkt zu. Dies bedeutet, daß beispielsweise auch die kaufmännischen Angestellten eines Elektrobetriebes im verarbeitenden Gewerbe gezählt werden. Insofern bietet die Beschäftigtenstatistik zwangsläufig eine gröbere Abgrenzung in Hinsicht auf die hier zu untersuchenden Berufskollegs und deren Zuordnung zu den drei Bereichen kaufmännischer, gewerblicher und hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogischer Typ. In der Berufsbildungsstatistik ist im Vergleich dazu aufgrund der Erfassung des einzelnen Ausbildungsberufes eine feinere Abgrenzung der Bereiche möglich. Insofern kann die Beschäftigtenstatistik nur mit gewissen Einschränkungen zur Beurteilung des Einflusses des Arbeitsmarktes auf die quantitative Entwicklung der Berufskollegs herangezogen werden.

Analog zum Rückgang der Arbeitslosenzahlen ist in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen festzustellen. Danach sinkt die Zahl der Beschäftigten bis 1984 wieder etwas ab. Ab 1985 steigt dann die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Baden-Württemberg wieder deutlich an. Die Zahlen für das Jahr 1993 liegen noch nicht vor, allerdings muß in diesem Jahr wohl erstmals wieder mit einem Rückgang gerechnet werden. Bemerkenswert ist, daß gegenüber der Entwicklung der Zahlen für die Arbeitslosen und offenen Stellen wie bereits beim Umschwung Mitte der achtziger Jahre eine gewisse Zeitverzögerung auftritt. *Tabelle 2b* kann entnommen werden, daß sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche sehr unterschiedlich entwickelt haben. So markieren das Dienstleistungsgewerbe, in dem 1992 ein Beschäftigtenzuwachs von über 50 % gegenüber 1980 notiert wurde, und das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe mit einem Beschäftigtenrückgang um fast 40 % die beiden Extreme.

Wie sehr haben nun diese Entwicklungen des Ausbildungsplatzangebots und auf dem Arbeitsmarkt die Schülerzahlen an den Berufskollegs beeinflußt? Ist überhaupt ein Zusammenhang feststellbar? Reagieren manche Berufskollegs empfindlicher auf diese Einflüsse als andere? Erschöpfende Antworten auf diese Fragen kön-

nen allein durch die Auswertung der verschiedenen Statistiken wohl kaum gewonnen werden. Jedoch können durch den Vergleich der Entwicklungslinien bei sorgfältiger Interpretation und sinnvoller Differenzierung durchaus Schlüsse gezogen werden, inwiefern Ausbildungsplatzangebot und Arbeitsmarkt die quantitative - und vielleicht auch die qualitative - Entwicklung der Berufskollegs beeinflusst haben mögen.

## **Kaufmännische Berufskollegs bei Ausbildungsplatzknappheit besonders gefragt**

Zunächst werden die Berufskollegs des kaufmännischen Schultyps näher untersucht. Die zahlenmäßig größte Bedeutung haben hier die kaufmännischen Berufskollegs I und II, die die früheren Höheren Handelsschulen fortführen. Deutlich ist in *Tabelle 3* der enorme Aufschwung zu erkennen, den besonders das Berufskolleg I in den zehn Jahren von 1976/77 bis 1985/86 genommen hatte. Gleichzeitig erhöhte sich in diesem Zeitraum der Anteil weiblicher Schüler von knapp 63 % auf über 71 %. Weibliche Schulabgänger, die einen Platz im Berufskolleg I suchten, trugen somit überdurchschnittlich zu dieser Entwicklung bei. Dagegen ist in den darauf folgenden Schuljahren bis 1992/93 ein stetiger Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen. Auch der Anteil weiblicher Schüler sinkt beständig und liegt inzwischen unter 54 %. Kann diese Entwicklung durch die Situation auf dem Lehrstellen- oder dem Arbeitsmarkt beeinflusst worden sein?

Das Berufskolleg I soll Grundkenntnisse kaufmännischer Tätigkeiten vermitteln und die Allgemeinbildung vertiefen. Nach erfolgreichem Abschluß dieser einjährigen Vollzeitschule, können die Absolventen das weiterführende Berufskolleg II besuchen, direkt eine berufliche Tätigkeit aufnehmen oder eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf antreten. *Tabelle 3* zeigt, daß trotz steigender Schülerzahlen im Berufskolleg II nur die Minderzahl der Abgänger des Berufskollegs I diesen Weg wählt. Der direkte Berufseinstieg dürfte mit den hier vermittelten Grundkenntnissen sehr schwer fallen und sicher nicht die Regel sein. Am wahrscheinlichsten ist, daß die meisten Absolventen sich für die Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf entscheiden, zumal der erfolgreiche Besuch des Berufskollegs I häufig mit einer Verkürzung der Ausbildungszeit honoriert wird. Von der Zielsetzung her unterscheidet sich das Berufskolleg I nicht wesentlich von der Grundstufe der kaufmännischen Berufsschule, jedoch steht diese berufliche Vollzeitschule Schülern ohne Ausbildungsvertrag offen. Die zehn Jahre von 1976/77 bis 1985/86, in denen die Schülerzahl so stark anstieg, waren - wie oben dargelegt wurde - geprägt von einem Mangel an Ausbildungsplätzen, gerade im kaufmännischen Bereich. Dies legt die Vermutung nahe, daß viele Schüler das Berufskolleg I als sinnvolle, berufsvorbereitende Alternative zur dualen Berufsausbildung gesehen haben und somit die Ausbildungsplatzknappheit die Nachfrage nach dem Berufskolleg I erhöht

hat. Bei fortschreitender Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt war dieser Weg zu einem kaufmännischen Ausbildungsberuf dann weniger gefragt. Ein größerer Anteil der Abgänger besuchte das weiterführende Berufskolleg II, an dem man sich zur bzw. zum staatlich geprüften Wirtschaftsassistentin/-en qualifizieren kann und gegebenenfalls auch die Möglichkeit hat, die Fachhochschulreife zu erreichen. Auch die entsprechende Änderung des Anteils weiblicher Schüler im Zeitablauf spricht für einen Einfluß des Ausbildungsplatzangebots, da die kaufmännischen Ausbildungsberufe stets überproportional von weiblichen Auszubildenden angestrebt wurden und werden.<sup>5</sup>

Abiturienten können den Abschluß als staatlich geprüfte/-r Wirtschaftsassistent/-in übrigens in einem einjährigen Vollzeit-Berufskolleg erwerben. Dies stellt eine komprimierte Form der Berufskollegs I und II dar. Allerdings entscheiden sich nur wenige Schüler hierfür, im Schuljahr 1993/94 waren es lediglich 165.

## **Bei Fremdsprachen und Informatik ist eher das Angebot entscheidend**

Bei den kaufmännischen Berufskollegs, die unter dem Oberbegriff „Fremdsprachen“-Berufskollegs zusammengefaßt werden könnten - also den Berufskollegs für Sprachen und Dolmetscher/-innen, Europasekretäre/-innen und internationale Direktionsassistenten/-innen - ist dagegen keine solch enge Bindung an Ausbildungsplatz- oder Arbeitsmarkt zu erkennen. Diese Berufskollegs werden ausschließlich an privaten Schulen angeboten. Zumindest bis Mitte der achtziger Jahre wurde die Entwicklung der Schülerzahl eher von der Kapazität dieser Schulen bestimmt als von der Nachfrage nach diesen Ausbildungen. In den letzten Jahren scheint eine gewisse Sättigung eingetreten zu sein, da die Schülerzahlen stagnierten, im Schuljahr 1993/94 gingen sie sogar etwas zurück. Diese Ausbildungsgänge bieten sich für Abiturienten mit guten Fremdsprachenkenntnissen als Alternative zu einer Berufsausbildung im dualen System an, haben einen quantitativ jedoch eher bescheidenen Umfang. Im Schuljahr 1993/94 wurden hier knapp 1 600 Schüler gezählt, wobei letztere einen Anteil von über 95 % hatten. Ein Einfluß des Arbeitsmarktes kann hier allerdings darin gesehen werden, daß die fortschreitende europäische Einigung und die zunehmende Bedeutung internationaler Geschäftsbeziehungen bei immer weitergehender Spezialisierung der Arbeitswelt neue Berufsbilder geschaffen haben, die durch neu konzipierte Berufskollegs abgedeckt wurden. Berufskollegs für Europasekretäre/-innen wurden 1982/83 erstmals in der

<sup>5</sup> Vgl. Wolf, Rainer: Berufliche Teilzeitschulen im Schuljahr 1992/93, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6/93, S. 212.

Tabelle 2

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg am 30. Juni des**

Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Wirtschaftsgliederung	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>2)</sup>
<b>a) Anzahl</b>									
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	26 991	27 947	30 776	31 937	32 216	33 577	33 943	34 985
1-3	Produzierendes Gewerbe	1 918 922	1 930 135	1 965 013	2 005 481	1 980 048	1 928 360	1 881 653	1 790 293
1	davon								
1	Energiewirtschaft, Wasser- versorgung, Bergbau	30 000	30 146	30 252	30 702	32 107	32 638	32 920	33 587
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bergbau)	1 645 678	1 653 200	1 681 031	1 711 829	1 685 669	1 637 791	1 589 103	1 498 488
	darunter								
20-1	Chemische Industrie, Mineral- öl-, Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung			133 757	136 868	115 286	133 410	131 133	132 910
24-5	Stahl-, Maschinen- und Fahr- zeugbau, ADV, Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren			972 096	994 357	975 302	961 186	935 828	849 471
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe			168 553	171 595	170 342	164 162	158 317	157 219
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe			174 364	173 015	152 771	153 021	142 997	139 277
28-9	Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe			101 592	102 921	103 126	102 118	102 333	100 653
3	Baugewerbe	243 244	246 789	253 730	262 950	262 272	257 931	259 630	258 218
4-5	Handel und Verkehr	488 392	496 478	509 649	523 820	530 500	520 786	513 441	516 180
4	davon								
4	Handel	378 737	384 038	392 587	402 225	406 046	397 816	392 598	395 464
5	Verkehr und Nachrichten- übermittlung	109 655	112 440	117 062	121 595	124 454	122 970	120 843	120 716
6-9	Sonstige Wirtschaftsbereiche	777 088	807 722	842 415	875 439	894 453	904 726	916 410	936 724
6	davon								
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	105 949	110 068	112 356	115 872	118 043	118 430	120 519	121 721
7	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	439 780	463 466	491 050	515 998	528 821	537 029	541 846	556 493
8	Organisationen ohne Erwerbs- charakter und private Haushaltungen	42 903	44 820	47 082	48 927	50 524	52 460	54 363	57 752
9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	188 456	189 368	191 927	194 642	197 065	196 807	199 682	200 758
-	Ohne Angabe	-	-	1 763	1 305	173	161	1 069	674
	<b>Insgesamt</b>	<b>3 211 393</b>	<b>3 262 282</b>	<b>3 349 616</b>	<b>3 437 982</b>	<b>3 437 390</b>	<b>3 387 610</b>	<b>3 346 516</b>	<b>3 278 856</b>

1) Systematik der Wirtschaftszweige (Fassung für die Berufszählung 1970), Kurzbezeichnungen. - 2) Aufgrund des Arbeitskampfes in der Metallindustrie ist die Vergleichbar-

Statistik erfaßt. Noch jünger sind die Berufskollegs für internationale Direktionsassistenten/-innen, die erst zu Beginn der neunziger Jahre ihren Betrieb aufnehmen.

Die 1978/79 erfolgte Einrichtung des dreijährigen Vollzeit-Berufskollegs für Informatik an der öffentlichen Akademie für Datenverarbeitung in Böblingen kann ebenfalls auf den Bedarf des Arbeitsmarktes an spezialisierten und qualifizierten Kräften zurückgeführt werden. Im Rahmen dieses Berufskollegs findet eine Kooperation zwischen

schulischer und betrieblicher Ausbildung statt, die ihren Ausdruck darin findet, daß das zweite Ausbildungsjahr nicht an der Schule, sondern in einem Betriebspraktikum verbracht wird. Nach einer Anlauf- und Aufbauphase waren dann meist um 400 Schülerinnen und Schüler an der Akademie gemeldet. Die begrenzte Kapazität ließ höhere Schülerzahlen nicht zu. Im Schuljahr 1993/94 ging die Zahl der Neueintritte recht deutlich auf rund 140 zurück, so daß in diesem Jahr insgesamt nur 312 Schüler die Schule besuchten. Dies mag ein Zeichen dafür sein,

## jeweiligen Jahres nach ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen

1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	Wirtschaftsgliederung
a) Anzahl								
34 349	34 586	33 718	33 147	32 350	33 480	33 019	32 918	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
1 905 012	1 949 520	1 967 039	1 966 080	1 992 373	2 045 069	2 087 673	2 073 756	Produzierendes Gewerbe davon
33 993	32 562	35 480	35 448	35 606	35 801	36 155	36 576	Energiewirtschaft, Wasser- versorgung, Bergbau
1 625 933	1 676 026	1 692 176	1 692 864	1 722 652	1 768 506	1 802 433	1 777 165	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bergbau)
137 519	138 674	143 867	144 876	147 843	153 084	157 246	158 059	darunter
974 137	1 018 690	1 030 152	1 034 212	1 060 843	1 094 340	1 116 500	1 097 396	Chem., Industrie, Mineralöl- Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung
155 492	157 980	158 665	158 958	161 475	167 006	172 513	173 410	Stahl-, Masch.- und Fahr- zeugb., ADV, Elektrotech.
135 968	133 248	130 242	123 848	117 485	113 273	111 213	104 323	Feinmech., EBM-Waren
102 223	102 761	103 247	103 104	102 600	103 055	105 013	105 525	Holz-, Papier- und Druckgewerbe
245 086	240 932	239 383	237 768	234 115	240 762	249 085	260 015	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
522 191	522 789	535 890	550 464	561 850	585 041	614 223	632 775	Nahrungs- und Genuß- mittelgewerbe
397 317	397 769	408 801	421 137	430 301	446 546	468 888	481 573	Baugewerbe
124 874	125 020	127 089	129 327	131 549	138 495	145 335	151 202	Handel und Verkehr davon
957 701	988 632	1 019 963	1 047 000	1 075 128	1 122 377	1 170 929	1 214 408	Handel
123 658	127 384	131 321	133 844	136 431	139 766	143 939	147 776	Verkehr und Nachrichten- übermittlung
572 639	594 355	618 291	641 731	665 033	704 674	742 766	776 246	Sonst. Wirtschaftsbereiche davon
59 682	61 130	62 243	63 150	64 400	66 716	69 858	73 245	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
201 722	205 763	208 108	208 275	209 264	211 221	214 366	217 141	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt
1 731	106	27	145	22	10	13	10	Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushaltungen
3 420 984	3 495 633	3 556 637	3 596 836	3 661 723	3 785 977	3 905 857	3 953 867	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
								Ohne Angabe
								Insgesamt

keit in einigen Wirtschaftsgliederungen des Produzierenden Gewerbes und bei Insgesamt eingeschränkt.

daß auch die EDV-Branche von der gegenwärtigen Rezession nicht verschont wird.

### Duales kaufmännisches Berufskolleg für Abiturienten attraktiv

Um Abiturienten ein adäquates Angebot einer qualifizierten dualen Ausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen und damit eine Alternative zum Hochschulstudium

zu bieten, wurden im Schuljahr 1987/88 die dualen Berufskollegs für Abiturienten eingerichtet. Unter diesen haben die kaufmännischen die zahlenmäßig größte Bedeutung.<sup>6</sup> Innerhalb von zwei bis drei Jahren erhalten die Schüler eine im schulischen Teil gegenüber dem vergleichbaren Unterricht an einer Berufsschule fachspezifisch erwei-

<sup>6</sup> Vgl. Berufsqualifizierende Bildungswege ..., S. 56 f

Noch: Tabelle 2

# **Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg am 30. Juni des**

Nr. der Systematik <sup>1)</sup>	Wirtschaftsgliederung	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984 <sup>1)</sup>
b) 1980 = 100,0									
0	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	84,5	87,5	96,4	100,0	100,9	105,1	106,3	109,5
1-3	Produzierendes Gewerbe davon	95,7	96,2	98,0	100,0	98,7	96,2	93,8	89,3
1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	97,7	98,2	98,5	100,0	104,6	106,3	107,2	109,4
2	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bergbau) darunter	96,1	96,6	98,2	100,0	98,5	95,7	92,8	87,5
20-1	Chemische Industrie, Mineralöl-, Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung			97,7	100,0	84,2	97,5	95,8	97,1
24-5	Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, ADV, Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren			97,8	100,0	98,1	96,7	94,1	85,4
26	Holz-, Papier- und Druckgewerbe			98,2	100,0	99,3	95,7	92,3	91,6
27	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe			100,8	100,0	88,3	88,4	82,7	80,5
28-9	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe			98,7	100,0	100,2	99,2	99,4	97,8
3	Baugewerbe	92,5	93,9	96,5	100,0	99,7	98,1	98,7	98,2
4-5	Handel und Verkehr davon	93,2	94,8	97,3	100,0	101,3	99,4	98,0	98,5
4	Handel	94,2	95,5	97,6	100,0	100,9	98,9	97,6	98,3
5	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	90,2	92,5	96,3	100,0	102,4	101,1	99,4	99,3
6-9	Sonstige Wirtschaftsbereiche davon	88,8	92,3	96,2	100,0	102,2	103,3	104,7	107,0
6	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	91,4	95,0	97,0	100,0	101,9	102,2	104,0	105,0
7	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	85,2	89,8	95,2	100,0	102,5	104,1	105,0	107,8
8	Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushaltungen	87,7	91,6	96,2	100,0	103,3	107,2	111,1	118,0
9	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	96,8	97,3	98,6	100,0	101,2	101,1	102,6	103,1
Insgesamt		93,4	94,9	97,4	100,0	100,0	98,5	97,3	95,4

1) Systematik der Wirtschaftszweige (Fassung für die Berufszählung 1970), Kurzbezeichnungen. - 2) Aufgrund des Arbeitskamples in der Metallindustrie ist die Vergleichbar-

terte und in den Fremdsprachen vertiefte Ausbildung. Sie führt bei erfolgreichem Abschluß zum Erwerb des Kaufmannsgehilfenbriefes. Darüber hinaus erwerben die Absolventen je nach Richtung den Titel Finanzassistent/-in, geprüfte/-r Handelsassistent/-in - Einzelhandel (IHK) oder geprüfte/-r Wirtschaftsassistent/-in - Industrie (IHK).

Tabelle 4 zeigt, daß dieses Angebot von den Schulabgängern in zunehmendem Maß nachgefragt wird. Sowohl bei den Ausbildungsbetrieben als auch bei den Schülern scheint ein ungebrochenes Interesse, an dieser Form der Berufsausbildung zu bestehen, wie die steigenden Schülerzahlen belegen. Die Zahl der Neueintritte ist trotz der konjunkturell angespannten Lage im laufenden Schuljahr nicht zurückgegangen. Zum Teil scheint das duale kaufmännische Berufskolleg für Abiturienten von den Schü-

lern als Alternative zur herkömmlichen dualen Ausbildung mit dem Besuch einer Berufsschule gesehen zu werden.

An kaufmännischen Berufsschulen gehen die Neueintritte von Schülern mit Hochschulreife seit einigen Jahren kontinuierlich zurück. Im Schuljahr 1990/91 hatten dort 19,2 Prozent der neu eingetretenen Schüler die Hochschulreife, im laufenden Schuljahr 1993/94 waren es nur noch 13,4 Prozent. Berücksichtigt man bei dieser Rechnung dagegen die dualen kaufmännischen Berufskollegs, so sank dieser Anteil weniger ausgeprägt von 20,4 auf 16,1 Prozent. Damit scheinen nicht kaufmännische Ausbildungsberufe an sich an Attraktivität für Abiturienten verloren zu haben, sondern es gibt wohl eine gewisse Umschichtung der Nachfrage hin zu den dualen Berufskollegs.

jeweiligen Jahres nach ausgewählten Wirtschaftsunterabteilungen

1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	Wirtschaftsgliederung
b) 1980 = 100,0								
107,6	108,3	105,6	103,8	101,3	104,8	103,4	103,1	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
95,0	97,2	98,1	98,0	99,3	102,0	104,1	103,4	Produzierendes Gewerbe davon
110,7	106,1	115,6	115,5	116,0	116,6	117,8	119,1	Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau
95,0	97,9	98,9	98,9	100,6	103,3	105,3	103,8	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bergbau) darunter
100,5	101,3	105,1	105,9	108,0	111,8	114,9	115,5	Chem. Industrie, Mineralöl-Kunststoff-, Gummi- und Asbestverarbeitung
98,0	102,4	103,6	104,0	106,7	110,1	112,3	110,4	Stahl-, Masch.- und Fahrzeugb., ADV, Elektrotech.
90,6	92,1	92,5	92,6	94,1	97,3	100,5	101,1	Feinmech., EBM-Waren
78,6	77,0	75,3	71,6	67,9	65,5	64,3	60,3	Holz-, Papier- und Druckgewerbe
99,3	99,8	100,3	100,2	99,7	100,1	102,0	102,5	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
93,2	91,6	91,0	90,4	89,0	91,6	94,7	98,9	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe
99,7	99,8	102,3	105,1	107,3	111,7	117,3	120,8	Baugewerbe
98,8	98,9	101,6	104,7	107,0	111,0	116,6	119,7	Handel und Verkehr davon
102,7	102,8	104,5	106,4	108,2	113,9	119,5	124,3	Handel
109,4	112,9	116,5	119,6	122,8	128,2	133,8	138,7	Verkehr und Nachrichtenübermittlung
106,7	109,9	113,3	115,5	117,7	120,6	124,2	127,5	Sonst. Wirtschaftsbereiche davon
111,0	115,2	119,8	124,4	128,9	136,6	143,9	150,4	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe
122,0	124,9	127,2	129,1	131,6	136,4	142,8	149,7	Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt
103,6	105,7	106,9	107,0	107,5	108,5	110,1	111,6	Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushaltungen
99,5	101,7	103,5	104,6	106,5	110,1	113,6	115,0	Gebietskörperschaften und Sozialversicherung
								Insgesamt

keit in einigen Wirtschaftsgliederungen des Produzierenden Gewerbes und bei Insgesamt eingeschränkt.

Duale gewerbliche Berufskollegs folgen dem allgemeinen Trend

Seit 1977/78 haben Schulabgänger mit mittlerem Bildungsabschluß die Möglichkeit, sich für eine duale, in der Regel dreijährige Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf im Rahmen eines Berufskollegs zu entscheiden. Ursprünglich war dieses Angebot auf das Berufsfeld Maschinentechnik beschränkt, wurde jedoch bald auf die Berufsfelder Elektrotechnik, Bautechnik und Textiltechnik ausgeweitet. Genau zehn Jahre nach Einführung dieser Berufskollegs wurden basierend auf den bis dahin gesammelten guten Erfahrungen spezielle duale Berufskollegs für Abiturienten in den Berufsfeldern Maschinentechnik und Elektrotechnik geschaffen. Das Berufskolleg für Textiltechnik verließ am

Ende des Schuljahres 1992/93 der letzte Abschlußjahrgang. Einen Hinweis für den Grund des Auslaufens dieses Berufskollegs können die *Tabellen 2a* und *b* liefern. Seit 1980 ging die Zahl der Beschäftigten im Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe um 40 % zurück. Entsprechend negativ dürften sich die Nachfrage nach Abgängern des Berufskollegs und deren Berufsaussichten in diesem Zeitraum entwickelt haben. Dagegen scheint im Berufsfeld Farbtechnik ein Bedarf an qualifizierten Auszubildenden entstanden zu sein. Im Schuljahr 1993/94 wurden die ersten Schüler am dualen Berufskolleg für Farbtechnik aufgenommen.

In den ersten Jahren konnten die dualen gewerblichen Berufskollegs von Jahr zu Jahr stark steigende Schülerzahlen verzeichnen, wie aus *Tabelle 6* und *Schaubild 3* zu erkennen ist. Am Ende dieser Aufbauphase wurden



Tabelle 3

**Schüler an öffentlichen und privaten kaufmännischen Berufskollegs I und II in Baden-Württemberg seit 1976/77**

Schuljahr	Berufskolleg I <sup>1)</sup>		Berufskolleg II	
	Schüler		Schüler	
	insgesamt	darunter weiblich in %	insgesamt	darunter weiblich in %
1976/77	3 925	62,7	437	43,7
1977/78	4 856	68,1	655	46,3
1978/79	5 582	68,7	877	50,4
1979/80	5 529	68,9	894	48,4
1980/81	5 711	67,3	853	50,8
1981/82	6 118	66,1	1 095	51,1
1982/83	7 199	67,5	1 187	49,5
1983/84	8 125	71,8	1 233	50,1
1984/85	8 649	72,7	1 411	53,3
1985/86	9 393	71,2	1 511	53,8
1986/87	8 852	70,7	1 648	53,4
1987/88	8 213	68,3	1 708	53,7
1988/89	7 056	64,2	1 938	54,1
1989/90	6 390	60,3	1 763	49,2
1990/91	5 440	58,1	2 110	52,0
1991/92	5 394	56,5	2 013	50,1
1992/93	5 252	54,2	2 087	48,6
1993/94	5 654	53,6	2 003	50,0

1) Einschließlich kaufmännisch-hauswirtschaftliches Berufskolleg.

im Schuljahr 1983/84 an 25 öffentlichen Einrichtungen über 1 600 Schüler unterrichtet. In den folgenden Jahren entwickelten sich die Schülerzahlen zunächst parallel zum Ausbildungsplatzangebot. In *Schaubild 3* sind die Entwicklungslinien für die dualen gewerblichen Berufskollegs und die Auszubildenden im gewerblichen Bereich einander gegenübergestellt. Um den Vergleich zu ermöglichen wurde jeweils das Jahr 1985 als Ausgangsbasis gewählt. Man sieht, daß die Linien von 1983 bis 1986

Tabelle 4

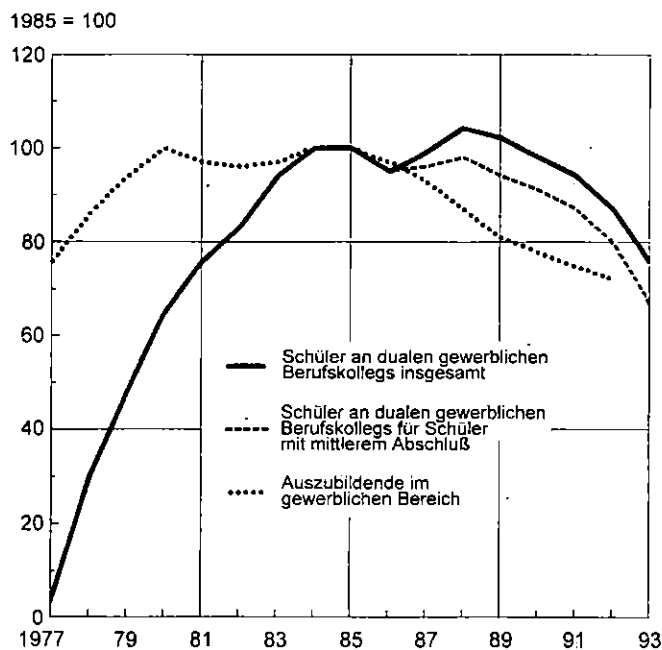
**Schüler an öffentlichen und privaten dualen kaufmännischen Berufskollegs für Abiturienten in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1987/88**

Schuljahr	Schüler	
	insgesamt	darunter weiblich
1987/88	30	24
1988/89	84	70
1989/90	311	174
1990/91	897	464
1991/92	1 416	709
1992/93	1 731	885
1993/94	1 854	988

sehr dicht beeinander liegen. In den Jahren 1987 und 1988, in denen ein Rückgang der Auszubildendenzahlen festzustellen war, stieg die Zahl der Schüler an den betrachteten Berufskollegs an. Zum Teil ist diese Abkoppelung vom allgemeinen Trend auf die Einführung der dualen Berufskollegs für Abiturienten zurückzuführen, die zusätzliche Schulabgänger für eine Ausbildung im dualen System gewinnen konnte. Aber auch wenn man nur die Entwicklung an Berufskollegs für Schüler mit mittlerem Bildungsabschluß betrachtet, ist in diesen beiden Jahren eine gegen den Gesamttrend gerichtete Entwicklung zu beobachten. In den folgenden Jahren konnten sich dann auch die dualen Berufskollegs den Auswirkungen der rückläufigen Besetzungszahlen der Schülerjahrgänge nicht mehr entziehen. Die Schülerzahlen sinken seither beständig, wobei die Abnahme in den letzten Jahren sogar noch etwas ausgeprägter erscheint als auf dem übrigen gewerblichen Lehrstellenmarkt.

Untersucht man die Entwicklung näher, so stellt man fest, daß die Schwankungen der Schülerzahl hauptsächlich durch die Berufskollegs für Maschinentechnik verursacht werden, an denen etwa zwei Drittel der Schüler anzutreffen sind. An den anderen Berufskollegs traten nur recht moderate Schwankungen auf, wenn man davon absieht, daß Mitte der achtziger Jahre die Berufskollegs für Bautechnik über 300 Schüler aufwiesen, während an ihnen davor und danach meist nur zwischen 160 und 200 Schüler gezählt wurden. Übrigens ist im Schuljahr 1993/94 hier wie im Berufsfeld Bautechnik an den Berufsschu-

Schaubild 3

**Schüler an dualen gewerblichen Berufskollegs und Auszubildende im gewerblichen Bereich in Baden-Württemberg seit 1977**


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

257 94

Tabelle 5

**Schüler an 2jährigen öffentlichen und privaten Berufskollegs für technische Assistenten/-innen in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1976/77**

Schuljahr	Berufskolleg für ...												
	Technische Assistenten/-innen zusammen	davon											
		Chemisch-technische Assistenten/-innen	Umwelt-technische Assistenten/-innen	Biologisch-technische Assistenten/-innen	Pharmazeutisch-technische Assistenten/-innen	Physikalisch-technische Assistenten/-innen	Elektro-technische Assistenten/-innen	Daten-technische Assistenten/-innen	Foto-technische Assistenten/-innen	Assistenten/-innen in der Textilwirtschaft	Bau-technische Assistenten/-innen <sup>1)</sup>	Maschinen-technische Assistenten/-innen <sup>1)</sup>	Landwirtschaftlich-technische Assistenten/-innen
Schüler insgesamt													
1976/77 <sup>2)</sup>	2 076	681	-	-	415	96	166	-	-	41	33	88	70
1977/78 <sup>2)</sup>	2 275	738	-	-	400	49	183	-	24	38	72	150	92
1978/79 <sup>2)</sup>	1 983	689	-	17	412	49	202	-	21	25	-	-	106
1979/80	1 984	768	-	35	695	104	237	-	23	-	-	-	122
1980/81	2 132	781	-	45	727	171	244	-	20	22	-	-	122
1981/82	2 283	831	-	52	772	197	261	-	23	34	-	-	113
1982/83	2 419	910	-	63	845	200	271	-	20	-	-	-	110
1983/84	2 608	942	-	80	928	208	284	-	26	36	-	-	104
1984/85	2 602	909	-	83	940	204	312	-	23	34	-	-	97
1985/86	2 708	887	-	95	935	187	232	207	23	42	-	-	100
1986/87	2 890	907	-	99	938	173	218	398	20	40	-	-	97
1987/88	2 891	854	-	94	968	168	194	460	22	37	-	-	94
1988/89	2 889	846	-	90	955	172	207	464	21	28	-	-	106
1989/90	2 792	834	-	93	912	161	164	440	24	23	-	-	141
1990/91	2 662	817	31	89	866	145	95	420	23	18	-	-	158
1991/92	2 605	824	47	93	842	142	95	365	24	11	-	-	162
1992/93	2 569	809	70	91	896	131	108	305	22	4	-	-	133
1993/94	2 504	728	99	95	913	111	107	296	24	11	-	-	120
darunter weiblich													
1976/77 <sup>2)</sup>	1 397	428	-	-	399	57	77	-	-	33	1	-	65
1977/78 <sup>2)</sup>	1 456	492	-	-	383	21	66	-	12	31	1	-	86
1978/79 <sup>2)</sup>	1 407	466	-	14	400	15	60	-	12	21	-	-	91
1979/80	1 394	499	-	28	665	33	52	-	12	-	-	-	105
1980/81	1 384	428	-	39	706	45	45	-	11	8	-	-	102
1981/82	1 469	460	-	47	756	54	36	-	7	14	-	-	95
1982/83	1 644	562	-	49	833	53	45	-	4	-	-	-	98
1983/84	1 850	648	-	65	906	54	55	-	14	14	-	-	94
1984/85	1 845	607	-	66	923	85	49	-	13	14	-	-	88
1985/86	1 847	572	-	82	913	59	40	57	11	28	-	-	85
1986/87	1 851	606	-	76	856	52	38	101	10	29	-	-	83
1987/88	1 891	585	-	73	936	46	32	109	10	22	-	-	78
1988/89	1 855	568	-	74	928	46	31	94	10	18	-	-	86
1989/90	1 780	568	-	81	871	44	19	64	8	16	-	-	109
1990/91	1 729	555	13	74	838	35	11	64	8	17	-	-	114
1991/92	1 678	523	29	72	820	30	15	62	7	8	-	-	112
1992/93	1 624	483	36	68	868	28	15	29	7	3	-	-	87
1993/94	1 479	384	49	68	834	18	9	28	12	4	-	-	73

1) Die zunächst als Berufskollegs für bautechnische bzw. maschinen-technische Assistenten/-innen geführten Einrichtungen wurden 1978/79 den dualen gewerblichen Berufskollegs zugeordnet. - 2) In den Schuljahren 1976/77, 1977/78 und 1979/80 konnten 486 Schüler (darunter 337 weibliche), 529 Schüler (darunter 364 weibliche) bzw. 463 Schüler (darunter 328 weibliche) an Berufskollegs für chemisch-technische, pharmazeutisch-technische bzw. physikalisch-technische Assistenten/-innen nicht den einzelnen Gliederungen zugeordnet werden.

len entgegen dem Trend rückläufiger Auszubildendenzahlen ein relativ deutlicher Zuwachs zu verzeichnen gewesen. Der Rückgang der Schülerzahlen an den Berufskollegs für Maschinentechnik dürfte sich zumindest in den kommenden ein bis zwei Jahren weiter fortsetzen, da im Schuljahr 1993/94 lediglich rund 200 Neueintritte registriert wurden. Drei Jahre zuvor lag diese Zahl noch doppelt so hoch. Zusätzlich zu den insgesamt rückläufigen Geburtsjahrgangsstärken dürfte hier die Schwäche im Maschinenbau zu Buche schlagen. In Zeiten, in denen viele Betriebe ihre Belegschaft abbauen müssen, sinkt auch die Bereitschaft, Ausbildungsplätze anzubieten. Das hohe Gewicht der Maschinentechnik bei den dualen gewerblichen Berufskollegs mag den überproportionalen Rückgang der Auszubildendenzahlen in dieser Form des dualen Systems erklären.

### Assistentenausbildung sehr gefragt

Wie eingangs erwähnt wurde, findet in den Berufskollegs für technische Assistenten/-innen eine Ausbildung in Berufen statt, die nicht im Berufsbildungsgesetz enthalten sind. In der Regel dauert diese vollzeitschulische Ausbildung zwei Jahre. Technischen Assistenten und Assistentinnen steht je nach Fachrichtung ein breites berufli-

ches Einsatzspektrum in der Industrie oder in wissenschaftlichen Einrichtungen, aber beispielsweise als pharmazeutisch-technische Assistenten/-innen auch in Apotheken offen. Aus *Tabelle 5* ist abzulesen, daß die Assistentenausbildung zahlenmäßig von einiger Bedeutung ist. In dieser *Tabelle* sind nur die zweijährigen Berufskollegs für technische Assistenten berücksichtigt, die Schüler des dreijährigen Berufskollegs für Metallographie am Max-Planck-Institut für Metallforschung sind hierin nicht enthalten. Ihre Zahl schwankte bisher nur zwischen 17 und 29, durch diese Nichtberücksichtigung tritt also keine Verzerrung auf. Dagegen sind neben den gewerblich-technischen Berufskollegs hier auch die landwirtschaftlich-technischen enthalten. Bis zum Schuljahr 1988/89 wurden dort in jedem Jahr etwa 100 Schülerinnen und Schüler gezählt, in den darauf folgenden Jahren fand ein gewisser Ausbau der Kapazitäten statt, so daß dann jeweils zwischen 130 und 160 Schüler unterrichtet wurden. Bezogen auf die Gesamtzahl der technischen Assistenten/-innen hat der landwirtschaftliche Bereich nur einen sehr geringen Umfang; über 95 % der Schüler sind an gewerblichen Berufskollegs. Daher bieten sich für eine Prüfung eventueller Einflüsse von Ausbildungsplatzangebot und Arbeitsmarkt die entsprechenden Zahlen für den gewerblichen Bereich an.

Tabelle 6

### Schüler an öffentlichen gewerblichen dualen Berufskollegs in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1977/78

Schuljahr	Berufskollegs zusammen		Davon Berufskolleg für ...									
			Maschinentechnik <sup>1)</sup>		Elektrotechnik <sup>2)</sup>		Bautechnik		Textiltechnik		Farbtechnik	
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich
1977/78	73	11	73	11	-	-	-	-	-	-	-	-
1978/79	516	60	396	30	-	-	104	14	16	16	-	-
1979/80	826	111	511	75	16	-	266	3	33	33	-	-
1980/81	1 115	162	823	103	34	1	201	3	57	55	-	-
1981/82	1 299	165	889	104	89	3	264	4	57	54	-	-
1982/83	1 433	153	939	97	152	7	292	3	50	46	-	-
1983/84	1 601	153	979	103	212	12	373	3	37	35	-	-
1984/85	1 724	170	1 039	111	259	14	386	7	40	38	-	-
1985/86	1 718	164	1 062	107	294	14	324	5	38	38	-	-
1986/87	1 637	181	1 071	123	324	13	203	6	39	39	-	-
1987/88	1 705	209	1 184	144	344	14	137	11	40	40	-	-
1988/89	1 747	248	1 222	184	400	23	88	5	37	36	-	-
1989/90	1 756	278	1 244	208	320	18	163	24	29	28	-	-
1990/91	1 685	287	1 171	214	299	16	188	31	27	26	-	-
1991/92	1 617	253	1 107	193	303	14	191	30	16	16	-	-
1992/93	1 489	207	979	161	340	17	160	19	10	10	-	-
1993/94	1 306	200	793	154	317	14	173	24	-	-	23	8

1) Ab dem Schuljahr 1987/88 einschließlich dualen Berufskolleg für Abiturienten. - 2) Ab dem Schuljahr 1991/92 einschließlich dualen Berufskolleg für Abiturienten.

**Tabelle 5 und Schaubild 4** zeigen den Anstieg der Schülerzahlen, den die Berufskollegs für technische Assistenten im Verlauf der achtziger Jahre verzeichnen konnten. Erst Ende der achtziger Jahre wurde ein gewisser Rückgang spürbar. Im Vergleich mit der Entwicklung der oben genannten dualen gewerblichen Berufskollegs oder der Gesamtzahl der Auszubildenden im gewerblichen Bereich fiel dieser Rückgang jedoch sehr moderat aus. Während bei den Auszubildenden seit 1985 die Zahlen recht deutlich zurückgehen, war bei den technischen Assistenten/-innen bis 1987/88 noch ein Anstieg erkennbar. Jedoch ist bei dieser Entwicklung zu berücksichtigen, daß Mitte der achtziger Jahre neue Berufskollegs eingerichtet wurden, die für einen zusätzlichen Zulauf an diese Institutionen führten. Diese neuen Berufskollegs sind quantitativ nicht unbedeutend, so werden seitdem pro Jahr etwa 100 biologisch-technische Assistenten/-innen gezählt. Noch bedeutender ist hier der Einfluß der datentechnischen Assistenten/-innen. Von etwa 200 stieg ihre Zahl bis 1990/91 auf über 400 an und sank dann wieder auf etwa 300 ab. Diese rückläufige Entwicklung in den vergangenen drei Jahren erinnert an die ähnliche Entwicklung am kaufmännischen Berufskolleg für Informatik. Auch wenn man diese Neueinrichtungen von zusätzlichen Berufskollegs berücksichtigt, ist die Entwicklung der Schülerzahlen für technische Assistenten/-innen stabiler als die der Auszubildendenzahlen im gesamten gewerblichen Bereich. Seit dem Schuljahr 1989/90 ist zwar in diesem Bereich ein tendenziell mit dem Ausbildungsplatzangebot parallel laufendes Absinken der Schülerzahlen festzustellen, jedoch verläuft dieser Rückgang etwas flacher, wie **Schaubild 4** zeigt.

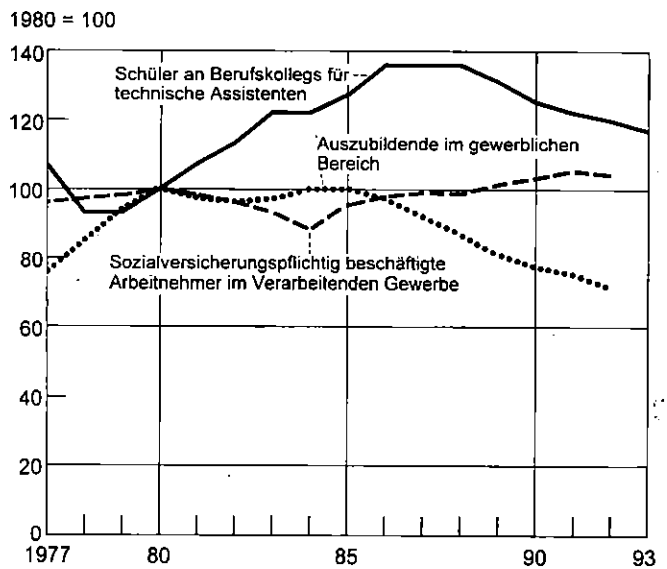
Aus dieser Entwicklung kann geschlossen werden, daß sich die Berufskollegs für technische Assistenten/-innen einer vergleichsweise hohen Attraktivität erfreuen. Der Rückgang der Besetzungszahlen der Geburtsjahrgänge wirkt sich bei ihnen nicht so stark aus, wie in anderen Ausbildungsgängen des gewerblichen Bereichs. Neben der interessanten naturwissenschaftlich ausgerichteten Ausbildung dürfte auch die Orientierung der Schülerinnen und Schüler am Arbeitsmarkt hierbei eine Rolle spielen.

### Beschränkte Kapazitäten bei Grafik, Design und Mode

Die übrigen Vollzeit-Berufskollegs im gewerblichen Bereich sind im angewandt-künstlerischen Bereich angesiedelt. Ihre Schwerpunkte liegen auf den Gebieten Grafik, Design und Modegestaltung. In der **Übersicht** sind die einzelnen Angebote mit den möglichen Abschlüssen aufgeführt. Zum Teil sind bei diesen Berufskollegs spezielle Aufnahmeprüfungen vorgesehen, um die Eignung der Bewerber hinsichtlich ihrer kreativen Fähigkeiten festzustellen. Mit Ausnahme des Berufskollegs für Grafik und Design, das bereits 1976/77 existierte, sind diese Schulgliederungen erst in den letzten fünf Jahren einge-

Schaubild 4

### Schüler an Berufskollegs für technische Assistenten sowie Auszubildende und Beschäftigte im gewerblichen Bereich in Baden-Württemberg seit 1977



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

176 94

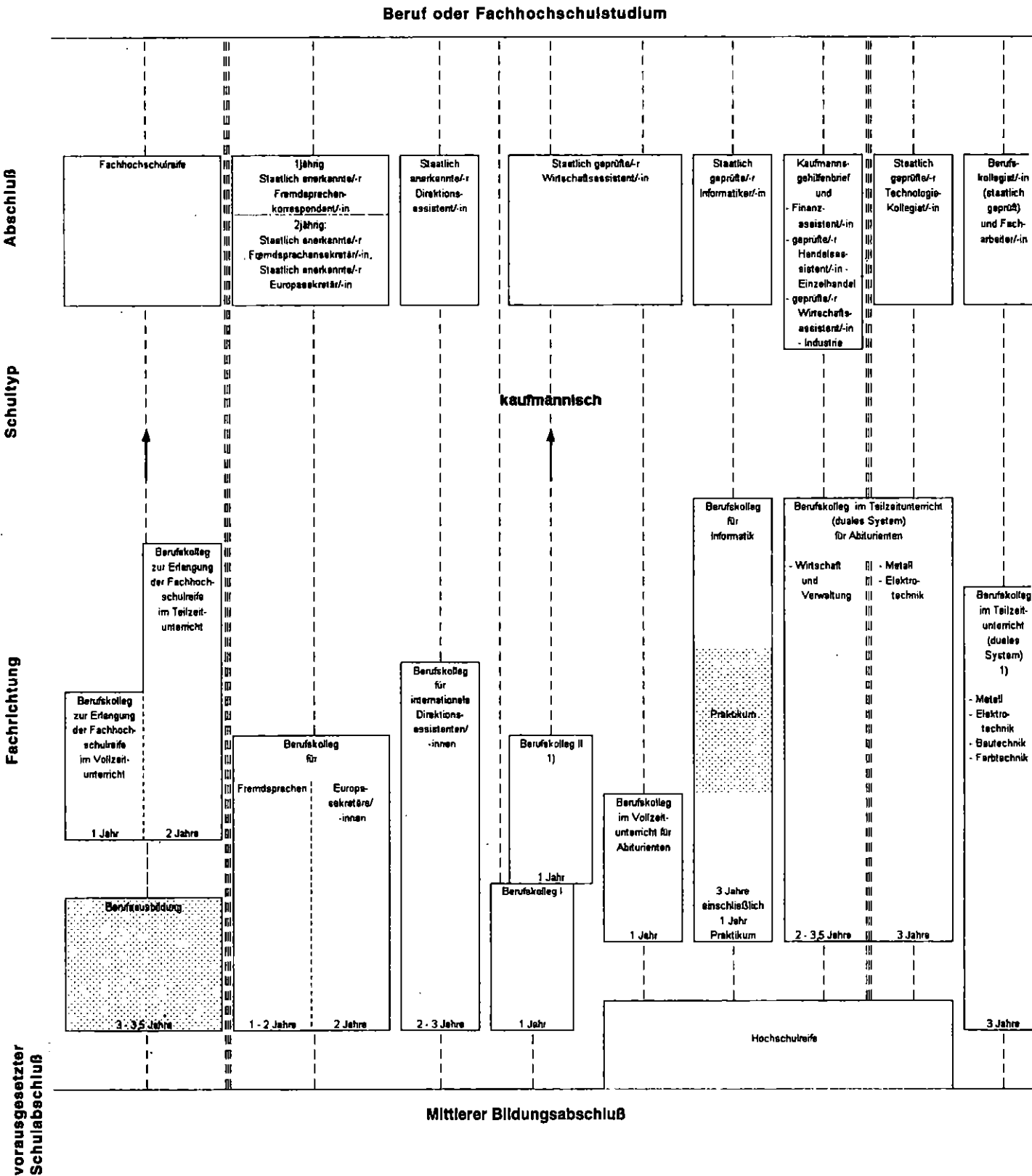
richtet beziehungsweise staatlich anerkannt worden. Die Attraktivität dieser Ausbildungsgänge scheint nach wie vor sehr hoch zu sein. Die Schülerzahlen sind auf konstantem Niveau und durch das Angebot an Plätzen durch die Schulen beschränkt.

### Steigende Kinderzahlen erhöhen Bedarf an Erzieherinnen

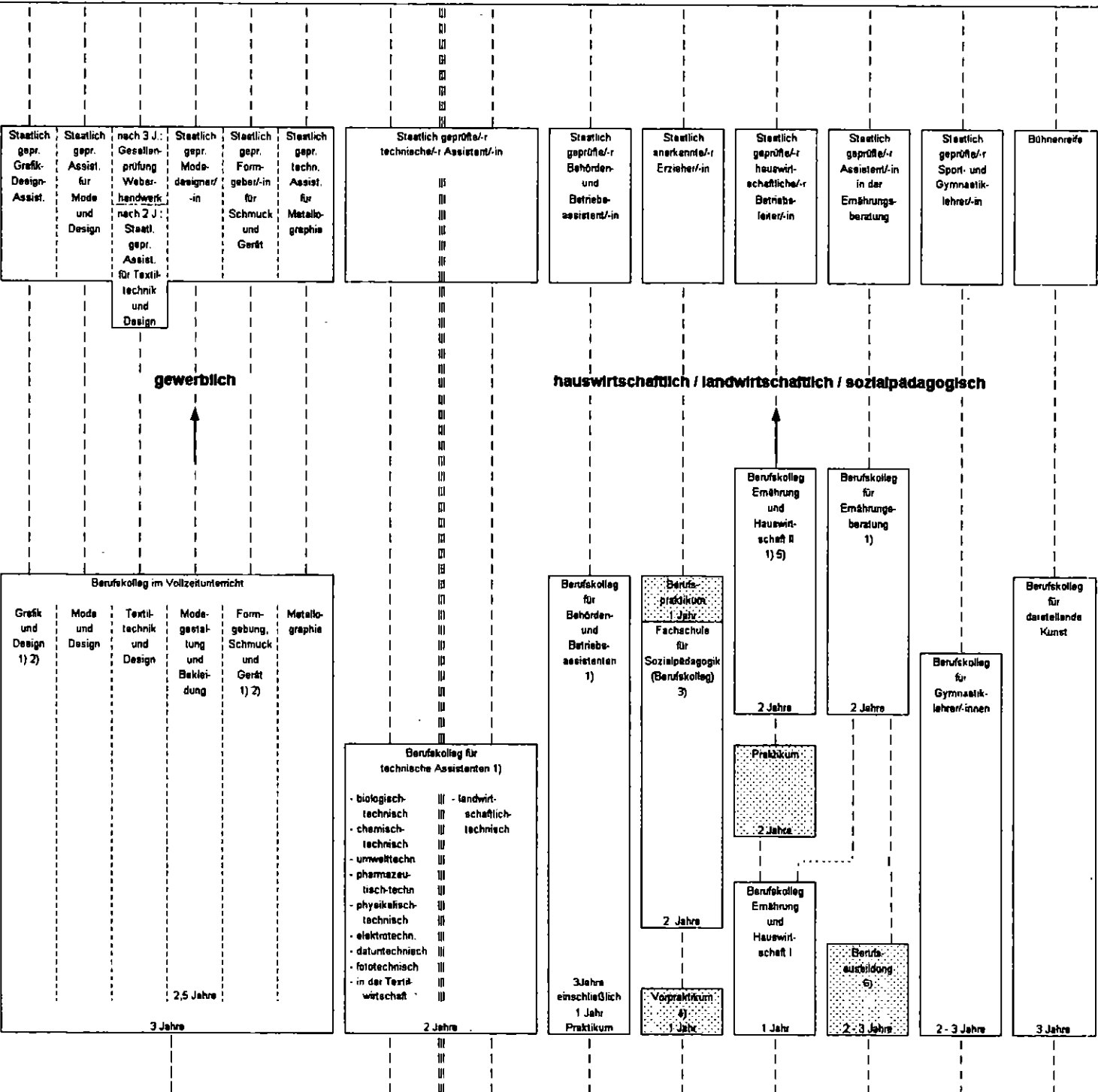
Im hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich ist die weit überwiegende Mehrzahl der Schüler weiblichen Geschlechts. **Tabelle 7** gibt einen Überblick über die zahlenmäßig bedeutendsten Berufskollegs in diesem Bereich. Unter diesen weisen die Fachschulen (Berufskollegs) für Sozialpädagogik mit Abstand die höchsten Schülerzahlen auf. Bereits im Schuljahr 1976/77 wurden diese Fachschulen den Berufskollegs zugeordnet, ohne jedoch ihren Namen zu ändern. An Fachschulen für Sozialpädagogik werden Erzieherinnen ausgebildet, die ihren Arbeitsplatz vor allem in Kindergärten aber beispielsweise auch in Kinderheimen und Jugenddörfern finden. Bei dieser vollzeitschulischen Ausbildung tritt weder eine komplementäre noch eine Konkurrenzsituation zu dualen Ausbildungsberufen auf, da innerhalb des dualen Systems keine vergleichbaren Berufe angeboten werden. Dagegen hat die Arbeitsmarktsituation für die Zahl der angebotenen und nachgefragten Plätze in Fachschulen für Sozialpädagogik wahrscheinlich schon eine gewisse Bedeutung. Genaue Arbeitsmarktdaten für Erzieherinnen liegen zwar nicht vor, indirekt lassen sich aber Schlüsse über den Bedarf aus

Übersicht

Berufskollegs in Baden-Württemberg



## Beruf oder Fachhochschulstudium



## Mittlerer Bildungsabschluß

3) Ab 1993/94 auch in Teilzeitform mit verlängerter Ausbildungszeit möglich. - 4) Ersatzweise auch 2jährige zur Fachschulreife führende Hauswirtschaftlich-sozialpädagogische Berufsfachschule oder 6) Oder erfolgreicher Besuch der Jahrgangsstufe 12 eines Ernährungswissenschaftlichen Gymnasiums.

Tabelle 7

**Schüler an öffentlichen und privaten hauswirtschaftlich/landwirtschaftlich/sozialpädagogischen Berufskollegs in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1976/77**

Schuljahr	Schüler an Berufskollegs ...							
	Fachschulen für Sozialpädagogik (BK)		für Ernährung und Hauswirtschaft I <sup>1)</sup>		für Ernährung und Hauswirtschaft II <sup>2)</sup>		für Gymnastik-lehrer/-innen <sup>3)</sup>	
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich
1976/77	5 908	5 722	2 037	2 014	670	670	-	-
1977/78	5 129	4 903	1 956	1 930	706	706	-	-
1978/79	4 918	4 679	2 230	2 204	821	820	-	-
1979/80	4 722	4 527	2 095	2 065	875	874	-	-
1980/81	4 505	4 417	2 023	1 986	903	903	1 056	989
1981/82	4 565	4 389	2 326	2 271	904	904	1 113	1 034
1982/83	4 665	4 482	2 848	2 798	858	856	1 156	1 054
1983/84	4 640	4 475	3 151	3 086	848	846	1 139	1 026
1984/85	4 626	4 489	2 637	2 582	870	870	1 105	988
1985/86	4 539	4 426	2 226	2 182	816	813	948	814
1986/87	4 442	4 339	1 734	1 704	751	747	869	735
1987/88	4 322	4 235	1 254	1 230	679	676	802	668
1988/89	4 286	4 212	921	900	578	575	807	672
1989/90	4 322	4 246	606	589	489	485	775	634
1990/91	4 482	4 397	384	374	368	363	788	628
1991/92	4 703	4 622	294	285	280	271	744	596
1992/93	4 739	4 634	257	241	188	184	757	588
1993/94	4 896	4 744	359	333	132	131	803	605

1) Bis zum Schuljahr 1989/90 unter dem Namen "hauswirtschaftlich-sozialpädagogisches Berufskolleg" geführt. - 2) Bis zum Schuljahr 1989/90 unter dem Namen "Berufskolleg für Hauswirtschaft und Textilarbeit" geführt. - 3) Bis einschließlich 1979/80 als Berufsfachschulen geführt.

anderen Zahlen ableiten. Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß bei steigende Kinderzahlen eine wachsende Zahl von Erzieherinnen benötigt wird und umgekehrt. In *Schaubild 5* sind die Entwicklung der Schülerzahl an Fachschulen für Sozialpädagogik und die Entwicklung der Zahl von Einwohnern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren eingetragen. Es ist zu erkennen, daß mit einer gewissen Zeitverzögerung die Kurve der Schüler der Kurve der Kinderzahlen folgt, wobei der Anstieg in den letzten Jahren im Vergleich zur Entwicklung der Zahl der Kinder flacher ausfällt. Nur in der ersten Hälfte der achtziger Jahre entwickeln sich die beiden Kurven gegenläufig. Wenn man bedenkt, daß der größte Bedarf für Erzieherinnen in Kindergärten und -tagesstätten auftritt, ist der Zusammenhang von Kinderzahl und Erzieherinnen in Ausbildung plausibel.

Daneben darf aber auch die Arbeitsmarktlage nicht außer Acht gelassen werden. Gerade im hauswirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich und in Pflegeberufen ist festzustellen, daß in wirtschaftlich guten Zeiten die Nachfrage nach entsprechenden Ausbildungsgängen nachläßt. Hier ist wohl die Konkurrenz besser bezahlter und oft auch weniger belastender Berufe im gewerbli-

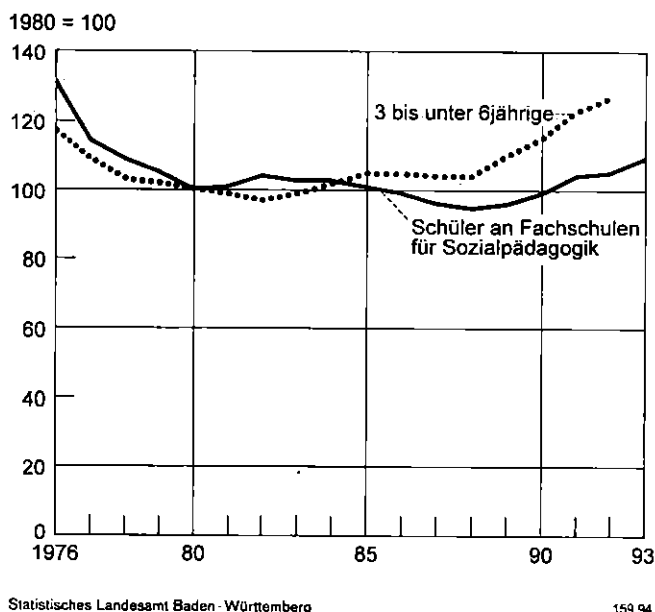
chen und im Dienstleistungsbereich zu spüren. Umgekehrt steigt die Nachfrage bei einer ungünstigen Arbeitsmarktlage. Auf den *Schaubildern 2a* und *b* ist zu erkennen, daß zu Beginn der achtziger Jahre hohe Arbeitslosenzahlen und wenige offene Stellen registriert wurden. Im weiteren Verlauf der achtziger Jahre verbesserten sich die Arbeitsmarktdaten. Diese Gegebenheiten dürften eine Erklärung für den gegenläufigen Trend der Kurven von 1980 bis 1985 sein, da sie die Nachfragewirkung der Entwicklung der Kinderzahlen überlagerten. Für die zukünftige Entwicklung der Arbeitsmarktsituation von Erzieherinnen ist die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ab 1996 und der dadurch bedingte Fachkräftebedarf von Bedeutung.

### Berufskollegs für Ernährung und Hauswirtschaft haben an Bedeutung verloren

Bei Einrichtung der Berufskollegs im Schuljahr 1976/77 hatten die heute als Berufskolleg für Ernährung und Hauswirtschaft I und II firmierenden Berufskollegs zusammen 2 700 Schüler und waren damit zahlenmäßig von beachtlichem Gewicht. *Tabelle 7* und noch eindrucksvol-

Schaubild 5

**Schüler an Fachschulen für Sozialpädagogik und Bevölkerung im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Baden-Württemberg seit 1976**



Eine andere Ursache mag die ausgeprägte Reagibilität auf konjunkturelle Schwankungen sein, die bereits oben bei den Ausführungen zu den Fachschulen für Sozialpädagogik erläutert wurde. In dieses Bild paßt auch der deutliche Anstieg der Schülerzahlen am einjährigen Berufskolleg im laufenden Schuljahr um etwa 40 %. Vergleicht man die Entwicklung der Schülerzahlen an diesen Berufskollegs mit der Entwicklung der Zahl von Auszubildenden im haus- und landwirtschaftlichen Bereich, stellt man fest, daß alle Entwicklungslinien seit Anfang bis Mitte der achtziger Jahre - also in Jahren einer wirtschaftlichen Erholung - recht deutlich nach unten zeigen. Dabei liegen die Linien der Berufskollegs noch weit unter der der Auszubildenden. Die Zahl der Auszubildenden in haus- und landwirtschaftlichen Berufen ist im Vergleich zur Gesamtzahl der Auszubildenden überproportional zurückgegangen, wie bereits *Schaubild 1* zeigte. Die Ursachen für den starken Rückgang der Schülerzahlen an diesen Berufskollegs sind sehr vielschichtig. Unter anderem besuchen Schüler das Berufskolleg I, um anschließend über das Berufskolleg II die Ausbildung als staatlich geprüfte hauswirtschaftliche Betriebsleiter bzw. -leiterinnen zu absolvieren. Wegen der Konkurrenz von für die Betriebe „billigeren“ Hilfskräften sind die Berufsaussichten für diese Absolventen schlechter geworden.

ler *Schaubild 6* zeigen, daß sich dies heute geändert hat: Im Schuljahr 1993/94 besuchen nur noch weniger als 500 Schüler diese Berufskollegs. Besonders extrem verlief die Entwicklung des einjährigen Berufskollegs I. Von 1980/81 bis 1983/84 war ein rapider Anstieg von 2 000 auf mehr als 3 000 Schüler zu verzeichnen, anschließend fielen die Schülerzahlen bis 1992/93 beständig auf nur noch 250. Im laufenden Schuljahr stieg die Schülerzahl dagegen wieder um etwa 100 Schüler an. Im weiterführenden zweijährigen Berufskolleg II gab es keinen solch starken Ausschlag nach oben, bis 1981/82 wurde nur eine leichte Steigerung der Schülerzahlen registriert. Von da an gingen die Schülerzahlen fast konstant zurück.

Diese außerordentlich starken Schwankungen können auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Ein Grund für den hohen Zulauf des Berufskollegs I in der ersten Hälfte der achtziger Jahre dürfte die Anerkennung dieses Berufskollegs als Ersatz für ein sonst erforderliches Vorpraktikum in verschiedenen erzieherischen und pflegerischen Ausbildungsgängen sein. Dies war beispielsweise an den Fachschulen für Sozialpädagogik und den Schulen für Krankenpflege der Fall. Nach Änderung der Ausbildungsordnungen Mitte der achtziger Jahre wurde diese Möglichkeit nicht mehr zugelassen, entsprechend dürfte das Interesse am einjährigen Berufskolleg nachgelassen haben.

Schaubild 6

**Schüler an Berufskollegs für Ernährung und Hauswirtschaft I und II sowie Auszubildende im haus- und landwirtschaftlichen Bereich in Baden-Württemberg seit 1977**

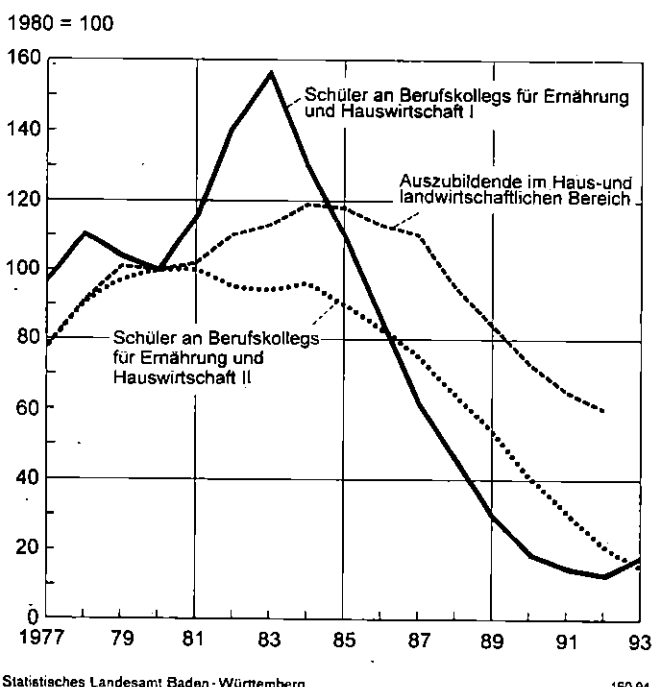
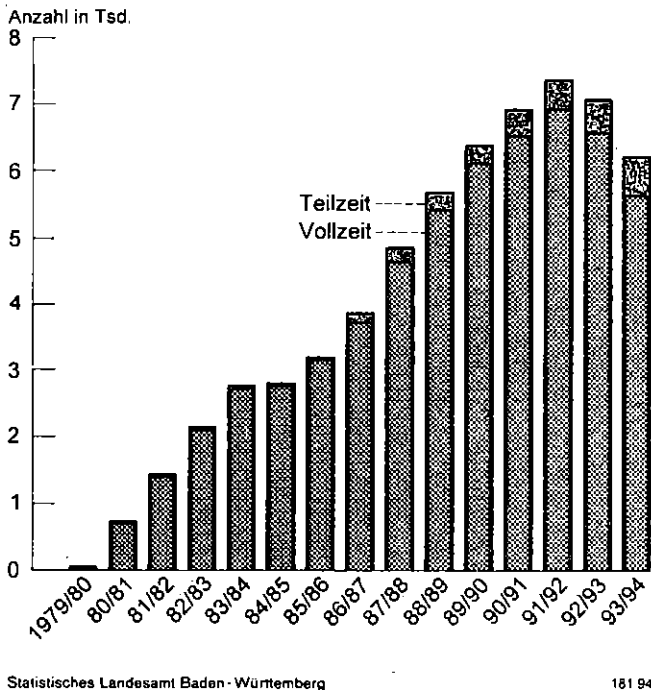




Schaubild 7

### Schüler an Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife in Baden-Württemberg seit dem Schuljahr 1979/80



### Konstante Schülerzahlen an Gymnastikschulen

Die Ausbildung zum Gymnastiklehrer bzw. zur Gymnastiklehrerin findet in den letzten Jahren stets einen vergleichbaren Anklang. Etwa 800 Schülerinnen und Schüler wurden an den privaten Berufskollegs für Gymnastiklehrer/-innen unterrichtet. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre lag ihre Zahl beständig um 1 100, was für eine damals etwas höhere Kapazität der Schulen spricht. Möglicherweise haben diese privaten Schulen ihr Angebot einer etwas gesunkenen Nachfrage angepaßt. Vor 1980 zählten diese Schulen noch zu den Berufsfachschulen.

Die übrigen Berufskollegs wie das für Behörden- und Betriebsassistenten mit Schwerpunkt Umweltberatung oder Umweltschutz und Landschaftspflege sowie das Berufskolleg für Ernährungsberatung oder auch das private Berufskolleg für Darstellende Kunst sind relativ neue Einrichtungen. Über deren Reaktion auf Einflüsse von Ausbildungsplatzangebot und Arbeitsmarkt kann daher noch nichts gesagt werden. Zudem werden an ihnen nur relativ wenige Schüler unterrichtet, wie aus *Tabelle 1* hervorgeht.

### Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife im konjunkturellen Abwärtstrend?

Berufskollegs bereiten in der Regel auf einen Berufseinstieg vor, sofern sie nicht als Vorstufe für ein weiterführendes Berufskolleg wie im kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Bereich konzipiert sind. Eine Ausnahme bilden die Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife. An ihnen können Schüler die Berechtigung zum Studium an einer Fachhochschule erwerben. Damit sind diese Berufskollegs eine Zwischenstation auf dem Weg einer beruflichen Weiterqualifikation. In den meisten Fällen dürfte das Ziel, nach einem erfolgreichen Fachhochschulstudium eine verantwortungsvollere und besser dotierte Stellung im Beruf zu erlangen, die Schüler zum Besuch eines solchen Berufskollegs bewegen. Die Bewerber um einen Platz am Berufskolleg müssen bereits eine abgeschlossene Berufsausbildung oder entsprechende Berufserfahrung vorweisen. Das heißt, daß sie beim Besuch der einjährigen Vollzeit-Schule ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen, sofern ihr Arbeitgeber sie nicht für dieses Jahr freistellt oder zumindest eine Rückkehrmöglichkeit offenhält. In wirtschaftlich schlechten Zeiten ist mit der Aufgabe eines womöglich „sicheren“ Arbeitsplatzes ein höheres Risiko verbunden, da die Chance, nach Beendigung eines Fachhochschulstudiums einen entsprechend qualifizierten Arbeitsplatz zu finden, geringer ist als in einer konjunkturellen Hochphase. Immerhin ist auch zu bedenken, daß in dieser Zeit der Weiterqualifikation das bisherige Arbeitseinkommen entfällt. Bei Besuch einer zweijährigen Teilzeit-Schule, was seit dem Schuljahr 1986/87 möglich ist, schlagen diese Nachteile zumindest während der zwei Jahre am Berufskolleg nicht so sehr zu Buche. Dafür stehen die Schüler dann unter dem Druck, in Beruf und Schule nebeneinander den Anforderungen gerecht zu werden.

Das Angebot an Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife wurde seit ihrer Einführung im Schuljahr 1979/80 konsequent ausgebaut. Aus *Schaubild 7* ist zu erkennen, daß dieses Weiterbildungsangebot von den Interessenten mit mittlerem Bildungsabschluß auch rege in Anspruch genommen wurde. Im Schuljahr 1991/92 wurden knapp 7 300 Schülerinnen und Schüler an Voll- und Teilzeiteinrichtungen gezählt. In den folgenden beiden Schuljahren kehrte sich der Trend jedoch um. Waren im Schuljahr 1992/93 immerhin noch gut 7 000 Schülerinnen und Schüler gemeldet, so sank ihre Zahl im laufenden Schuljahr auf nur noch 6 200. Eine Erklärung dieser gesunkenen Nachfrage mag in der konjunkturellen Entwicklung in den letzten beiden Jahren zu sehen sein. Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen und der Rückgang der Zahl offener Stellen, der aus den *Schaubildern 2a* und *b* ersichtlich wird, mag gegenwärtig manchen davon abhalten, diesen Weg der Weiterbildung zu beschreiten. In einer eventuellen wirtschaftlichen Aufschwungphase kann der Wunsch, beruflich vorwärts zu kommen, dann zu einem Nachholeffekt und damit wieder zu einer ver-

stärkten Nachfrage nach Plätzen im Berufskolleg zur Fachhochschulreife führen. Daneben ist zu bedenken, daß die Zahl der Schulabgänger mit mittlerem Bildungsabschluß seit ihrem Höchststand von über 67 000 im Jahr 1984 kontinuierlich zurückging, was die Zahl der potentiellen Interessenten für dieses Berufskolleg verringert. Möglicherweise besteht auch ein Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Schülern, die über das Zusatzprogramm in anderen Berufskollegs die Fachhochschulreife erworben haben. Die relativ hohe Arbeitslosigkeit zu Beginn der achtziger Jahre konnte sich dagegen noch nicht in solchem Maße auf die Schülerzahlen auswirken, da sich die Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife in dieser Zeit noch in einer Aufbauphase befanden und die Nachfrage trotz wirtschaftlicher schwieriger Zeiten das damals noch sehr knappe Angebot übertraf. Interessanterweise sind bisher an den Teilzeit-Berufskollegs die Schülerzahlen nicht zurückgegangen sondern noch etwas angestiegen. Knapp 600 Schüler nehmen gegenwärtig diese Doppelbelastung auf sich.

## Zusammenfassung

- Berufskollegs sind eine Besonderheit des beruflichen Schulwesens in Baden-Württemberg. Diese Schulform wurde im Schuljahr 1976/77 eingeführt und bietet Schülerinnen und Schülern mit mittlerem Bildungsabschluß als Vollzeit-Schule attraktive Ausbildungsgänge in nicht nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannten Ausbildungsberufen.
- Duale Berufskollegs ergänzen das Angebot in anerkannten Ausbildungsberufen für Schüler mit mindestens mittlerem Bildungsabschluß. An ihnen erhalten die Auszubildenden eine im schulischen Teil über das Niveau des Unterrichts an Berufsschulen hinausgehende Berufsausbildung mit zusätzlichen Ausbildungsabschlüssen einschließlich der Möglichkeit des Erwerbs der Fachhochschulreife.
- Die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis in der Ausbildung am Berufskolleg führt dazu, daß gewandelte Anforderungen aus der Arbeitswelt und neue Berufsbilder die inhaltliche Weiterentwicklung bestehender und die Einführung neuer Berufskollegs zur Folge hatten.
- Das Berufskolleg zur Erlangung der Fachhochschulreife bietet Schülerinnen und Schülern mit mittlerem Bildungsabschluß und in der Regel abgeschlossener Berufsausbildung auf dem zweiten Bildungsweg die Möglichkeit einer Weiterqualifikation. Die Schüler können zwischen einer einjährigen Vollzeit- und einer zweijährigen Teilzeit-Schule wählen.
- Seit Bestehen der Berufskollegs waren deutliche Schwankungen des Ausbildungsplatzangebots und der -nachfrage, der Beschäftigung sowie der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Bei der Beurteilung des Lehrstellenmarktes darf dabei die demographische Komponente nicht vernachlässigt werden. Die Auswirkungen dieser Entwicklungen spiegelten sich in den einzelnen Berufskollegs unterschiedlich wider.
- Das kaufmännische Berufskolleg I war besonders in Zeiten knapper Ausbildungsplätze sehr gefragt. Nach erfolgter Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt sank das Interesse an dieser Schulgliederung. Dies spricht dafür, daß das kaufmännische Berufskolleg I von den Schülern als Alternative zu einem gegenwärtig nicht erfüllbaren Ausbildungswunsch im kaufmännischen Bereich gesehen wird.
- Das duale kaufmännische Berufskolleg für Abiturienten erfreut sich nach wie vor einer regen Nachfrage. Entgegen dem Trend sind hier noch steigende Auszubildendenzahlen zu verzeichnen.
- Die dualen gewerblichen Berufskollegs können sich dem allgemeinen Trend sinkender Auszubildendenzahlen dagegen nicht entziehen. Die Einführung spezieller dualer Berufskollegs für Abiturienten sorgte Mitte der achtziger Jahre zwar durch die Erschließung einer neuen Zielgruppe noch für einen Anstieg der Schülerzahlen, in den letzten Jahren fiel der Rückgang in diesem Bereich jedoch noch stärker aus als bei den gewerblichen Ausbildungsberufen insgesamt. Hier mag das starke Gewicht der dualen Berufskollegs für Maschinentechnik eine Rolle spielen, wenn man die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Maschinenbau bedenkt.
- Die Ausbildung zu technischen Assistenten/-innen ist weiterhin attraktiv. Die Schülerzahlen gehen zwar etwas zurück, jedoch im Vergleich zu den gewerblichen Ausbildungsberufen insgesamt weniger stark.
- Die Schwankungen in der Schülerzahl der Fachschulen für Sozialpädagogik, an denen Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet werden und die trotz ihres Namens zu den Berufskollegs zählen, entsprechen in etwa den Schwankungen der Kinderzahl mit einem leichten Anstieg in den letzten Jahren. Wahrscheinlich wird der Ausbau der Kindergärten, Horte und Schulkindergärten für einen weiteren Anstieg sorgen.
- Die Berufskollegs für Ernährung und Hauswirtschaft haben stark an Bedeutung verloren. Zum einen liegt dies an der Änderung von Ausbildungsordnungen im pflegerischen und erzieherischen Bereich, die den Besuch des Berufskollegs für Ernährung und Hauswirtschaft I nicht mehr als Ersatz für ein Vorpraktikum akzeptierten und somit die Attraktivität dieses Berufskollegs verringerten. Zum anderen ist festzustellen,

daß in wirtschaftlich guten Zeiten die Nachfrage nach Ausbildungsgängen im hauswirtschaftlich/sozialpädagogischen Bereich nachläßt. Umgekehrt ist der im laufenden Schuljahr registrierte Wiederanstieg mit der schlechter gewordenen Arbeitsmarktsituation in Verbindung zu bringen.

- Die Berufskollegs zur Erlangung der Fachhochschulreife konnten in den achtziger Jahren einen starken Anstieg der Schülerzahlen verzeichnen. Dieser Weg

der Weiterqualifikation wurde von den Schülern in hohem Maße angenommen. Die gegenwärtig schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt dämpfen allerdings die Nachfrage, die Schülerzahlen gingen in den letzten zwei Schuljahren entsprechend deutlich zurück. Die Unsicherheit, nach einem Fachhochschulstudium wieder einen qualifizierten Arbeitsplatz zu finden mag manche Interessenten für diesen zweiten Bildungsweg zur Zeit davon abhalten, ihn auch wirklich zu betreten.

# Struktur und Entwicklung des Dienstleistungssektors

Die zurückliegende Zeitspanne, etwa seit Jahresmitte 1992, stand im Zeichen der stärksten Industrierezession in Deutschland und speziell auch in Baden-Württemberg seit den Jahren des Wiederaufbaus. Es wurde wiederum deutlich, in welchem hohem Maße das hochindustrialisierte Bundesland Baden-Württemberg mit den konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen der nationalen und internationalen Industrielandschaft verflochten ist. Meldungen über Absatzrückgänge, Produktionseinbußen und gravierende Stellenstreichungen im industriellen Bereich standen im Vordergrund und prägten die öffentliche Diskussion. Weshalb soll gerade auch in Anbetracht dieser Umstände eine empirisch-analytische Betrachtung dienstleistender Wirtschaftstätigkeiten im folgenden vorgenommen werden?

Die Verhältnisse aller führenden Industrieländer stimmen darin überein, daß die Dienstleistungen - in welcher Abgrenzung auch immer - an die erste Stelle gesamtwirtschaftlicher Produktion und Beschäftigung gerückt sind. Dieser Trend hat sich im Zuge der internationalen Industrierezession der letzten Jahre verstärkt. Doch auch während der allgemeinen Wachstumsphase in den 80er Jahren wurden die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsraten ganz wesentlich vom Aufwärtstrend der Dienstleistungen beeinflusst - so auch das damals vielzitierte „amerikanische Beschäftigungswunder“. <sup>1</sup> Die Kennzeichnung dieser Entwicklung als Weg in die „post-industrielle Gesellschaft“ oder in die „Dienstleistungs- und Informationsökonomie“ ist dabei inhaltlich differenzierter, aber zugleich auch umfassender als ursprünglich <sup>2</sup> zu interpretieren. Differenzierter, weil im Hinblick auf langfristige Wachstums- und Beschäftigungspfade sowohl im Produzierenden Gewerbe (sekundärer Sektor) als auch im Dienstleistungsbereich (tertiärer Sektor) branchenspezifisch erhebliche Unterschiede zu konstatieren sind, und umfassender, weil im Zuge des technischen Fortschritts und der wachsenden internationalen Arbeitsteilung die gegenseitige Verflechtung und Durchdringung von industrieller Warenproduktion und Dienstleistungen stark zunimmt und damit die komplementären Beziehungen mehr und mehr hervortreten. <sup>3</sup>

Auf die kurze Formel „Dienstleistungen statt Waren“ lassen sich diese Zusammenhänge keineswegs reduzieren.

Der Aspekt eines gegenüber der Warenproduktion insgesamt überproportional zunehmenden Outputs an marktbestimmten und öffentlichen Dienstleistungen ist zwar ein wichtiger Gegenstand dieser Betrachtungsweise. Darüber hinaus ist jedoch insbesondere auch den Fragen nachzugehen, welche Bedeutung den Dienstleistungen als Inputfaktoren zukommt und -noch umfassender - inwieweit die Tertiarisierung der gesamten Arbeitswelt, also auch der Beschäftigung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes, bereits fortgeschritten ist. Das externe Dienstleistungsangebot wie auch die internen Dienstleistungsfunktionen haben heute mehr denn je einen maßgeblichen Einfluß auf die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

## Institutionelle und funktionale Abgrenzung

Der Dienstleistungssektor ist äußerst heterogen; entsprechend wird seine Gesamtentwicklung von sehr unterschiedlichen Nachfragekomponenten, deren Umfang und Veränderung von diversen wirtschaftlich-sozialen Rahmenbedingungen abhängen, bestimmt. <sup>4</sup> Zu unterscheiden sind die haushalts- und unternehmensorientierten Dienstleistungen sowie die Humandienstleistungen und die öffentlichen Dienstleistungen/Verwaltung. Während die haushaltsorientierten Dienstleistungen von den privaten Haushalten sowohl nachgefragt als auch in der Regel selbst finanziert werden, werden die Humandienstleistungen zwar ebenfalls von den privaten Haushalten in Anspruch genommen, aber überwiegend öffentlich oder durch Beiträge finanziert. Entscheidend ist bei diesem Ansatz die Nachfragestruktur, unabhängig von den anbietenden Institutionen. So können prinzipiell auch staatliche Stellen unternehmensorientierte Dienstleistungen erbringen. Aufgrund der vorwiegend angebotsseitigen Erfassung der Dienstleistungen sind diesem Ansatz jedoch Grenzen gesetzt. Dies gilt um so mehr, als gegenwärtig keine Totalerhebung - wie die Arbeitsstättenzählung 1987 - mit aktuellen Angaben in hoher Gliederungstiefe vorliegt. Als durchgängiges Gliederungsschema hat sich dieser Ansatz somit für den vorliegenden Beitrag als nicht praktikabel erwiesen.

Die folgende Untersuchung läßt sich hingegen in Abschnitte mit institutioneller und mit funktionaler Abgrenzung des Dienstleistungssektors untergliedern. Bei der institutionellen Abgrenzung werden die Unternehmen nach dem Schwerpunkt ihrer Tätigkeit zugeordnet. Grund-

<sup>1</sup> Vgl. Scharpf, Fritz W.: Strukturen der post-industriellen Gesellschaft, oder: Verschwindet die Massenarbeitslosigkeit in der Dienstleistungs- und Informationsökonomie?, discussion papers zur Arbeitsmarktpolitik, Hrsg.: Internationales Institut für Management und Verwaltung, Wissenschaftszentrum Berlin, 1985, S.4. Zitierweise: Post-industrielle Strukturen...

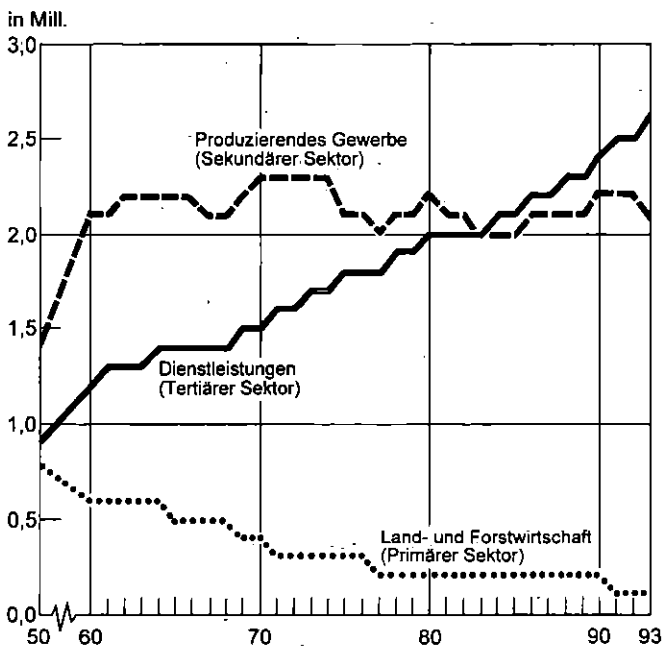
<sup>2</sup> Vgl. Fourastié, Jean: Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts, Köln 1954.

<sup>3</sup> Vgl. Klodt, Henning; Schmidt, Klaus-Dieter u.a.: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel und Standortwettbewerb - Die deutsche Wirtschaft auf dem Prüfstand, Kieler Studien, Band 228, Hrsg.: Horst Siebert, Tübingen 1989, S. 46ff. Zitierweise: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel...

<sup>4</sup> Vgl. Handlungskonzept Dienstleistungen, Teil 2, Gesamtanalyse einer Arbeitsgruppe beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1991, S.3. Zitierweise: Handlungskonzept Dienstleistungen...

Schaubild 1

## Erwerbstätige in Baden-Württemberg nach Wirtschaftssektoren 1950 und 1960 bis 1993



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Volkszählung (1950).

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

225 94

lage ist das traditionelle Sektorenschema, bestehend aus Land- und Forstwirtschaft, Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungssektor (einschließlich Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck). Unschärfen liegen darin begründet, daß bekanntlich Unternehmen des Produzierenden Gewerbes in durchaus nennenswertem Umfang marktbestimmte Dienstleistungen anbieten. Umgekehrt dürfte beispielsweise auch das eine oder andere Handelsunternehmen eigene Fertigungsstätten betreiben. Darüber hinaus bleiben hier sämtliche interne Dienstleistungsfunktionen in Unternehmen des Produzierenden Gewerbes wie auch Dienstleistungen, die in Verknüpfung mit Waren am Markt abgesetzt werden (Systeme), bei der Betrachtung des Dienstleistungssektors unberücksichtigt. Mit Hilfe der Input-Output-Rechnung ist es jedoch möglich, den Anteil von extern, das heißt hauptsächlich von anderen Unternehmen bezogenen Dienstleistungen am Produktionswert in den Branchen des Produzierenden Gewerbes zu bestimmen. Beim funktionalen Ansatz wird demgegenüber der Dienstleistungssektor quer durch alle Wirtschaftszweige nach ausgeübten Berufen und Tätigkeiten abgegrenzt. Als Untersuchungsgegenstand steht hier die allgemeine Tertiarisierung der Beschäftigungsstruktur und insbesondere die Durchdringung des industriellen Bereichs mit dienstleistenden Funktionen im Vordergrund. Was offenbleibt, ist der Aspekt der Wertschöpfungsbeiträge sowie die Frage nach dem Input- oder Outputcharakter der jeweiligen Funktionen innerhalb des Unternehmens.

## Erhebliche Lücken in der statistischen Erfassung

Die folgenden Analysen werden anhand der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (einschließlich Input-Output-Rechnung), der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (kurz: Beschäftigtenstatistik) sowie des Mikrozensus (Repräsentativumfrage bei 1 % der Bevölkerung) durchgeführt. Maßgeblich bei der Auswahl der statistischen Quellen war die Eignung zur konsistenten Abbildung sämtlicher Dienstleistungsbranchen und -tätigkeiten im Rahmen der Gesamtwirtschaft.

Das damit doch recht umfassende und differenzierte Datenspektrum sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade bezogen auf den Dienstleistungssektor erhebliche Lücken in der statistischen Erfassung bestehen. So gibt es kein Erhebungssystem, wie in der Landwirtschaft und im Produzierenden Gewerbe, das regelmäßig konsistente Angaben für sämtliche Dienstleistungsbranchen liefert. Die Konsistenz wird erst durch die Operationen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen näherungsweise hergestellt, wobei die Güte der einfließenden Einzelreihen sehr unterschiedlich zu bewerten ist. Beträchtliche Defizite bestehen vor allem in der Erfassung der modernen, vorwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen. Die Zuordnung dieser Sparten zur heterogenen „Restposition“ der sonstigen Dienstleistungen ist deshalb nicht zufällig. Des weiteren stellt der funktionale Ansatz über die Beschäftigtenstatistik und den Mikrozensus nur eine Behelfslösung dar. So können aus dem Mikrozensus aufgrund der geringen Stichprobenauswahl keine aussagefähigen Angaben in ausreichend tiefer Untergliederung entnommen werden; in der Beschäftigtenstatistik wird die Erwerbstätigkeit zwar differenziert und umfassend abgebildet - allerdings ohne die gerade im Dienstleistungssektor wichtigen Gruppen der Selbständigen und Beamten. Wertschöpfungsaspekte bleiben hier gänzlich ausgeklammert. Aus funktionaler Sicht fehlen insbesondere zuverlässige Daten über marktbestimmte und komplementär zum Warenabsatz erstellte Dienstleistungen im Produzierenden Gewerbe sowie Informationen über die Entwicklung und das Verhältnis von Eigenproduktion und Fremdbezug von Dienstleistungen, einschließlich der Ausgliederung von Dienstleistungssparten in rechtlich selbständige Einheiten.

## Dienstleistungen im internationalen Vergleich

Die Bundesrepublik Deutschland und Japan weisen unter den führenden Industrieländern die mit Abstand höchsten Anteile des Produzierenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit auf (Tabelle 1). Wenn auch sowohl in Deutschland wie in Japan der Dienstleistungssektor mit Anteilen

von jeweils annähernd 60 % bereits dominierend ist, so liegen die USA mit einem tertiären Anteil von rund 70 % doch deutlich darüber. Dazwischen angesiedelt sind die europäischen Partnerländer Großbritannien, Frankreich, Italien sowie die Benelux-Staaten, die skandinavischen Länder und die Schweiz.

Im großen und ganzen sind strukturell gleichgerichtete Entwicklungslinien in den ausgewählten Industrieländern zu erkennen - schrumpfende Anteile von Land- und Forstwirtschaft sowie des Produzierenden Gewerbes, denen zunehmende Anteile des tertiären Sektors gegenüberstehen. Während die Veränderungsraten der Beschäftigung im primären und im tertiären Sektor zwar im Ausmaß unterschiedlich, aber doch im Vorzeichen fast ausnahmslos identisch sind, nämlich in der Land- und Forstwirtschaft überwiegend stark negativ<sup>5</sup> und im Dienstleistungssektor durchweg positiv, so ergibt sich im Produzierenden Gewerbe ein differenzierteres Bild, das auf Gewinne und Verluste an internationaler Wettbewerbsfähigkeit hinweist. So ist die Erwerbstätigenzahl im Produzierenden Gewerbe in Japan von 1980 bis 1991 um 12 % gestiegen, in den USA blieb sie nahezu konstant. In der Europäischen Union war indessen ein durchschnittlicher Rückgang um 9 % zu verzeichnen, wobei sich Westdeutschland bis 1991 noch relativ gut behaupten konnte (- 1 %); inzwischen hat sich freilich auch hier die industrielle Beschäftigungssituation gravierend verschlechtert. Das Tempo des strukturellen Wandels in Richtung Dienstleistungssektor war in der Bundesrepublik von 1980 bis 1991 zwar nicht außergewöhnlich hoch, wie etwa in Italien, wo der tertiäre BWS-Anteil<sup>6</sup> von 52 auf 64 % zunahm, aber auch nicht schwächer als im Durchschnitt der Industrieländer. In einigen Staaten, so beispielsweise in Dänemark und den Niederlanden, die schon 1980 einen sehr hohen Dienstleistungsanteil aufwiesen, waren die weiteren Zugewinne des tertiären Sektors auffallend gering. Dies könnte ein Indiz dafür sein, daß ab einer gewissen Größenordnung der Tertiarisierungsprozeß - jedenfalls institutionell betrachtet - allmählich abflacht.

## Hat die Bundesrepublik einen generellen Rückstand in der Tertiarisierung?

Die Frage, ob Deutschland als eine der führenden Industrie- und Exportnationen andererseits - wie auch Japan - im internationalen Trend in Richtung Dienstleistungsökonomie hinterherläuft, läßt sich anhand weniger Zahlen nicht abschließend beantworten. Gleichwohl gibt es Anhaltspunkte dafür, daß der Rückstand, sofern denn grundlegend überhaupt einer bestehen sollte, jedenfalls

nicht allzu gravierend ist. Ausgangspunkt ist die Einschätzung, daß sich die neuen Formen der Verknüpfung von Waren- und Dienstleistungsproduktion innerhalb der gesamtwirtschaftlichen und intra-industriellen Arbeitsteilung in den institutionellen Daten nur unzureichend widerspiegeln. Es besteht freilich kein Zweifel daran, daß die deutsche Volkswirtschaft - wie die japanische - in ihrer Kernstruktur in besonders hohem Maße von der traditionellen Stärke im Produzierenden Gewerbe getragen wird und von der internationalen Wettbewerbsposition dieses Sektors abhängt. Der unterdurchschnittliche Anteil des Dienstleistungsbereichs ist auch schlicht die Kehrseite der Leistungsfähigkeit und damit starken Präsenz vorwiegend technologie- und exportintensiver Industrien. Der Bedarf und Einsatz komplementärer Dienstleistungen, wie Forschung und Entwicklung, Service, Software u.a., ist jedoch gerade in diesen Industriezweigen besonders hoch.<sup>7</sup> In diesem Zusammenhang wäre etwa eingehend zu untersuchen, ob die deutschen Industrieunternehmen bislang stärker als ihre ausländischen Konkurrenten die Eigenerstellung derartiger Dienstleistungen präferieren, was sich zu Lasten des institutionellen Dienstleistungssektors auswirken würde. Grobe Untersuchungen über den Tertiarisierungsgrad der Gesamtwirtschaft und speziell des Verarbeitenden Gewerbes im Ländervergleich weisen jedenfalls darauf hin, daß - bei funktionaler Betrachtung - die Bundesrepublik nur gegenüber einzelnen Ländern, wie den USA und den Niederlanden, einen signifikanten Rückstand aufweist.<sup>8</sup>

Die intensivierte Verflechtung von Waren- und Dienstleistungsproduktion ist allerdings nur einer von zahlreichen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Faktoren, die auf den Strukturwandel und seine tertiäre Ausrichtung beschleunigend oder mitunter auch hemmend einwirken. In technologischer Hinsicht denke man nur an die modernen Informations- und Kommunikationstechniken, die nicht nur im industriellen Bereich, sondern gerade auch im Dienstleistungssektor die Basis für neue Produkte und Märkte schufen. Durch die Weiterentwicklung der Verarbeitungs-, Speicher- und Übertragungsmedien eröffnen sich enorme Rationalisierungsspielräume sowohl bei der Erzeugung als auch bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen; das für manche Dienstleistungen bislang typische (und hinderliche) Un-actu-Prinzip, die Erfordernis der gleichzeitigen Anwesenheit von Produzent und Konsument, wird dadurch mehr und mehr aufgehoben. Der Weg in die Informationsgesellschaft ist damit ein wesentlicher, wenn nicht zentraler Aspekt der zu beobachtenden Tertiarisierung.

<sup>5</sup> Mit Ausnahme der Niederlande.

<sup>6</sup> Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Bruttowertschöpfung.

<sup>7</sup> Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Ökonomische Herausforderungen für Baden-Württemberg in den neunziger Jahren, Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg, Essen 1992, S.157. Zitierweise: Ökonomische Herausforderungen...

<sup>8</sup> Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Die Bedeutung des internationalen Dienstleistungshandels für die Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zur Strukturforchung, Heft 145, Berlin 1993, S.116ff. Zitierweise: Internationaler Dienstleistungshandel...

Tabelle 1

**Erwerbstätige und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Industrieländern 1980 und 1991**

Ländergruppe/ Land	Zivile Erwerbstätige						Brutto-
	Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen		Land- und Forst-
	Anteil	Veränderung gegen	Anteil	Veränderung gegen	Anteil	Veränderung gegen	Anteil
	1991	1980	1991	1980	1991	1980	1991
%							
Europäische Union	6,2	- 31,5	31,8	- 9,0	62,0	+ 29,0	
Deutschland							1,3
darunter							
Westdeutschland	3,4	- 37,0	39,2	- 1,2	57,4	+ 31,9	1,3
Belgien	2,7	- 12,5	28,5	- 19,5	68,8	+ 8,7	2,0
Dänemark	5,5	- 30,1 <sup>2)</sup>	26,4	+ 4,7 <sup>2)</sup>	68,1	+ 13,3 <sup>2)</sup>	3,9
Frankreich	5,4	- 36,1	29,5	- 14,0	65,1	+ 22,9	3,2
Griechenland	21,6	- 22,6	28,6	+ 2,7	49,8	+ 36,9	16,3
Großbritannien	2,2	- 12,6	27,5	- 23,7	70,4	+ 25,1	1,7
Irland	13,8	- 30,0	28,9	- 13,4	57,1	+ 14,4	8,6
Italien	8,5	- 37,7	32,3	- 11,0	59,2	+ 28,3	3,3
Luxemburg	3,1	- 40,0	29,6	- 4,9	67,3	+ 50,0	1,4
Niederlande	4,5	+ 27,4	25,5	+ 3,7	69,9	+ 43,6	4,5 <sup>3)</sup>
Portugal	17,5	- 24,3	33,7	+ 15,4	48,7	+ 70,0	6,3
Spanien	10,7	- 36,6	33,1	+ 2,7	56,3	+ 39,8	4,3
Österreich	7,4	- 20,4	36,9	+ 3,6	55,7	+ 27,8	3,3
Schweden	3,2	- 39,7	28,2	- 8,2	68,4	+ 15,2	2,8
Schweiz	5,5	- 9,6	34,4	+ 3,0	60,1	+ 33,2	
Japan	6,7	- 23,3	34,4	+ 12,1	58,9	+ 24,8	2,2
USA	2,9	- 2,3	25,3	- 0,7	71,8	+ 31,0	2,2 <sup>4)</sup>

1) Dänemark, Großbritannien, Portugal und Spanien 1981.- 2) Veränderung gegen 1981.- 3) 1990.- 4) 1989.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

Doch noch weitere Einflußfaktoren sind wichtig. Im Rahmen eines internationalen Vergleichs ist insbesondere auch die Besteuerung und Abgabenbelastung zu berücksichtigen.<sup>9</sup> So ist unmittelbar ersichtlich, daß eine hohe Steuer- und Abgabenquote die Entfaltung von arbeitsintensiven, vorwiegend haushaltsorientierten Dienstleistungen mit geringen Rationalisierungsmöglichkeiten behindert. Dies gilt um so mehr, wenn, wie in der Bundesrepublik, ein beträchtlicher Teil der staatlichen Einnahmen nicht für öffentlich erstellte Dienstleistungen, sondern für Transferzahlungen (Umverteilung) verwendet wird. Des weiteren ist zu vermuten, daß letztlich auch die Einkommensverteilung die Entwicklung der haushaltsorientierten Dienstleistungen beeinflusst. Während bei stärkerer Ein-

kommensnivellierung eher die Tendenz zur „Selbstbedienung“ und zum „Selbermachen“ überwiegt, kommt bei großen Einkommensunterschieden zum Tragen, daß Haushalte mit hohem Einkommen überproportionale Anteile für den Konsum von Dienstleistungen ausgeben. Beides, sowohl die niedrige Steuer- und Abgabenquote als auch die relativ hohe Einkommensdifferenzierung, dürfte für den außerordentlich hohen Dienstleistungsanteil in den USA maßgeblich sein.

Was den vergleichsweise geringen Anteil der institutionellen Dienstleistungen in Japan anbelangt, so gelten wohl ähnliche Zusammenhänge wie für die Bundesrepublik; funktional betrachtet, dürfte sich einiges relativieren. Dennoch sind Unterschiede zu veranschlagen. So ist die japanische Gesellschaft noch immer in hohem Maße unternehmens- und produktionsorientiert, wenngleich sich derzeit gesellschaftliche Veränderungen ankündigen.

9 Scharpf, F.W.: Post-industrielle Strukturen..., S.9ff.

## nach Wirtschaftssektoren

wertschöpfung				
wirtschaft	Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungen	
Anteil				
1980 <sup>1)</sup>	1991	1980 <sup>1)</sup>	1991	1980 <sup>1)</sup>
	38,7		60,0	
2,1	39,0	44,7	59,7	53,2
2,1	32,9	36,2	65,0	61,7
5,4	26,4	25,6	69,6	68,9
4,3	29,9	37,8	66,9	57,9
17,4	27,4	31,3	56,3	51,3
1,7	31,7	40,7	66,6	57,6
10,3	35,7	38,0	55,7	51,7
6,3	32,6	42,1	64,0	51,7
2,3	33,0	35,2	65,7	63,4
3,7	33,4 <sup>3)</sup>	34,6	62,1 <sup>3)</sup>	61,7
8,2	39,9	37,7	53,8	54,1
6,3	36,0	36,4	59,8	57,3
4,6	37,5	41,7	59,3	53,7
3,5	32,3	35,8	64,9	60,7
3,6	39,8	41,2	58,0	55,2
2,8	28,0	33,8	69,8	63,5

Lange Arbeitszeiten gehen in Verbindung mit einer außerordentlich hohen Sparquote zu Lasten einer stärkeren Ausweitung des privaten Verbrauchs und dabei auch der haushalts- und insbesondere freizeitorientierten Dienstleistungen.

## Der institutionelle Dienstleistungssektor in Baden-Württemberg

Im langfristigen Zeitvergleich wird das Ausmaß des strukturellen Wandels in Baden-Württemberg erkennbar (Tabelle 2). So ist der Anteil des primären Sektors an den Erwerbstätigen insgesamt von 27 % im Jahr 1950 auf mittlerweile knapp 3 % zurückgegangen. Der Erwerbstätigenanteil des Produzierenden Gewerbes ist hingegen in den 50er Jahren kräftig und in den 60er Jahren noch leicht angestiegen, bis etwa nach der ersten

Ölkrise in den 70er Jahren der Umschwung einsetzte. Seither ist ein in der Tendenz ungebrochener Anteilsrückgang zu beobachten, der sich im Zuge der Industrierezession 1992/93 beschleunigte. Der Anteil des sekundären Sektors ist damit wieder unter das Niveau von 1950 (45 %) gesunken. Demgegenüber hat das Gewicht des Dienstleistungssektors, ausgehend von 28 % im Jahr 1950, kontinuierlich auf mittlerweile 54 % zugenommen. Ein besonders kräftiger Sprung war in den 70er Jahren zu verzeichnen, während sich in den 80er Jahren das Produzierende Gewerbe streckenweise, hierbei wohl vorwiegend gestützt auf außenwirtschaftliche Erfolge (steigende USA-Exporte, wachsender EG-Handel), nahezu behaupten konnte.

Der sektorale Strukturwandel Baden-Württembergs verlief in der Grundtendenz parallel zur Entwicklung im Bundesgebiet, wenngleich bundesweit schon in den 50er und 60er Jahren die tertiären Akzente stärker ins Gewicht fielen. Das Produzierende Gewerbe hatte bundesweit nicht die ausgeprägte Dominanz, wie in Baden-Württemberg bis zu Beginn der 70er Jahre, erreicht. Im Jahr 1980, als in Baden-Württemberg das Produzierende Gewerbe noch annähernd die Hälfte aller Erwerbstätigen umfaßte, hatte bundesweit der Dienstleistungssektor schon einen deutlichen Vorsprung. Noch heute gilt, daß sich die baden-württembergische Wirtschaft auf einen relativ hohen institutionellen Kernanteil des Produzierenden Gewerbes und dabei insbesondere der technologie- und exportintensiven Investitionsgüterindustrien stützt. Was eingangs für die Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik insgesamt im Vergleich mit anderen Industrieländern festgestellt wurde, läßt sich folglich auf die strukturelle Position Baden-Württembergs innerhalb des Bundesgebiets übertragen. Bezogen auf die längerfristigen Wachstumsperspektiven braucht dies kein grundlegendes Defizit darzustellen; damit verbunden ist jedoch eine eher überdurchschnittliche konjunkturelle Empfindlichkeit und eine starke Einbindung in den internationalen Technologie-, Kosten- und Standortwettbewerb.

Zur beträchtlichen Ausweitung der Erwerbstätigkeit im tertiären Sektor, von 1980 bis 1993 in Baden-Württemberg um insgesamt 31 %, haben die einzelnen Dienstleistungszweige in unterschiedlichem Umfang beigetragen (Tabelle 3). Während die Zahl der Erwerbstätigen etwa in Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 8 % nur moderat zunahm, belief sich der Anstieg im heterogenen Bereich der sonstigen Dienstleistungsunternehmen, der sowohl unternehmens- als auch haushaltsorientierte und Humandienstleistungen umfaßt, auf 59 %. Der gesamtwirtschaftliche Erwerbstätigenanteil der sonstigen Dienstleistungsunternehmen hat sich somit seit 1970 auf mittlerweile knapp 16 % verdoppelt. Auffallend ist, daß der Staat als Antriebsfaktor tertiärer Beschäftigung, mit + 45 % von 1970 bis 1980, in den 80er und zu Beginn der 90er Jahre erheblich an Bedeutung einbüßte, wenngleich der öffentliche Dienst auch von 1980 bis 1993 durchaus stattlich expandierte (+ 19 %). Im Land-Bund-Vergleich



Tabelle 2

**Erwerbstätige in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet\*) 1950 bis 1993 nach Wirtschaftszweigen**

- Anteile in % -

Jahr	Baden-Württemberg						Westliches Bundesgebiet					
	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	davon			Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen	davon		
				Handel und Verkehr	Sonstige Dienstleistungen <sup>1)</sup>	Staat <sup>2)</sup>				Handel und Verkehr	Sonstige Dienstleistungen <sup>1)</sup>	Staat <sup>2)</sup>
1950	26,8	44,9	28,3	12,8	15,5		23,3	43,3	33,4	14,1	19,3	
1960	16,2	52,7	31,1	14,7	7,8	8,6	13,7	47,9	38,4	18,3	9,1	11,0
1970	9,0	54,9	36,1	14,8	9,9	11,4	8,5	48,9	42,5	17,9	11,0	13,6
1980	4,9	49,7	45,4	15,8	13,5	16,1	5,2	43,4	51,4	18,7	14,7	18,0
1990	3,2	45,9	50,9	16,2	17,0	17,7	3,5	39,7	56,8	18,7	18,6	19,5
1993	2,7	43,6	53,7	16,7	18,7	18,3	3,0	37,3	59,6	19,3	20,6	19,8

\*) Hier wie in den folgenden Tabellen und Schaubildern: Gebietsstand vor dem 3. Oktober 1990.- 1) Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, und sonstige Dienstleistungsunternehmen.- 2) Einschließlich private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und Volkszählung (1950).

Tabelle 3

**Entwicklung der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet seit 1970 nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	Baden-Württemberg						Westliches Bundesgebiet		
	Veränderung		Struktur <sup>1)</sup>			Anteil am Bund 1993	Veränderung		Struktur <sup>1)</sup> 1993
	1980 gegen 1970	1993 gegen 1980	1970	1980	1993		1980 gegen 1970	1993 gegen 1980	
	%								
Land-u. Forstwirtschaft, Fischerei	-43,8	-38,2	9,0	4,9	2,7	14,9	-38,0	-37,3	3,0
Produzierendes Gewerbe	- 6,8	- 3,4	54,9	49,7	43,6	19,2	- 9,7	- 7,7	37,3
Energie-u. Wasserversorgung, Bergbau	0,0	+14,7	0,8	0,8	0,8	8,8	-10,5	-10,5	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	- 6,4	- 3,5	45,5	41,3	36,1	20,5	-10,1	- 7,6	29,0
Baugewerbe	- 9,1	- 4,8	8,7	7,7	6,6	15,9	- 8,0	- 7,3	6,8
Dienstleistungssektor	+29,5	+30,5	36,1	45,4	53,7	14,8	+22,5	+24,8	59,6
Handel	+ 8,8	+19,7	10,6	11,2	12,1	14,6	+ 4,9	+12,7	13,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+13,5	+ 8,4	4,2	4,7	4,6	13,4	+ 8,0	+ 7,3	5,6
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	+28,9	+28,4	2,1	2,7	3,1	15,7	+26,5	+25,4	3,3
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	+43,3	+59,1	7,8	10,8	15,6	14,8	+37,6	+56,1	17,3
Staat	+44,6	+18,7	9,3	13,1	14,1	15,6	+31,9	+10,0	14,9
Private Haushalte, Priv. Org. o. Erwerbszweck	+49,4	+56,7	2,0	2,9	4,2	14,1	+43,4	+52,8	4,9
Insgesamt	+ 3,0	+10,3	100,0	100,0	100,0	16,4	+ 1,6	+ 7,4	100,0

1) Anteile an der Erwerbstätigkeit insgesamt.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

wird deutlich, daß sämtliche Dienstleistungssparten, in der hier zunächst groben Untergliederung, auf Landesebene höhere Zuwachsraten in der Beschäftigung aufwiesen als im Bundesgebiet - und zwar in beiden betrachteten Zeiträumen. In den Größenverhältnissen der sektoralen Strukturanteile hätte dies zu einer größeren Angleichung geführt, wenn Baden-Württemberg nicht

gleichzeitig auch im Produzierenden Gewerbe günstigere Veränderungsdaten (geringere Verluste) als das Bundesgebiet insgesamt verzeichnet hätte.

Im Gegensatz zu den 70er Jahren, als die Zahl der Selbständigen (einschließlich mithelfende Familienangehörige) in Baden-Württemberg um 30 % schrumpfte, war der

Zeitraum von 1980 bis 1993 in weiten Teilen der Wirtschaft von einer spürbaren bis kräftigen Zunahme an selbständiger Erwerbstätigkeit gekennzeichnet (*Tabelle 4*). Dies galt insbesondere für den Dienstleistungssektor, wo die Zahl der Selbständigen mit knapp 30 % fast ebenso stark expandierte wie die Anzahl der Arbeitnehmer (+ 31 %). Gegenüber dieser tertiären Gründungsdynamik entwickelte sich die Zahl der Selbständigen im Produzierenden Gewerbe mit + 5 % zwar vergleichsweise moderat, aber auch hier eindeutig positiv, so daß der anhaltend kräftige Rückgang im primären Sektor nahezu ausgeglichen werden konnte. Der gesamtwirtschaftliche Anteil der Selbständigen an der Erwerbstätigkeit lag damit 1993 (10 %) nur leicht unter dem Niveau von 1980. Der sektoral unterschiedliche Stellenwert der selbständigen Erwerbstätigkeit wird daran ersichtlich, daß in der Landwirtschaft gut drei Viertel aller Erwerbstätigen als Selbständige arbeiten; im Dienstleistungssektor trifft dies für jeden zehnten, im Produzierenden Gewerbe hingegen nur für jeden zwanzigsten Erwerbstätigen zu.

**Geringe Präsenz überregionaler Dienstleistungen**

Die Ursachen der, trotz überdurchschnittlicher Entwicklung in den 70er und 80er Jahren, nach wie vor unterproportionalen Strukturanteile der Dienstleistungssparten in Baden-Württemberg lassen sich historisch bis in die Anfänge der Industrialisierung zurückverfolgen. Offensichtlich bot der kleinräumig, dezentral strukturierte Südwesten mit seinen stark kleingewerblich-handwerklichen

Traditionen zwar günstige Voraussetzungen für die Entwicklung mittelständisch hochspezialisierter Industriebetriebe, aus denen auch die bekannten Technologiekonzerne hervorgingen, jedoch nur mäßige Entfaltungschancen für große Dienstleistungsunternehmen. Das Fehlen einer überragenden Metropole, mit ihren kulturellen, politischen, allgemein wirtschaftlichen und insbesondere finanzwirtschaftlichen Zentrumsfunktionen, hat hierbei sicherlich eine wesentliche Rolle gespielt. Die südwestdeutsche Wirtschaft hätte freilich nicht ohne ein vielfältiges und breites Spektrum an Dienstleistungen funktionieren und den auch im internationalen Maßstab hohen Entwicklungsstand erreichen können; eine generelle Unterversorgung ist derzeit nicht und war wohl auch in früheren Zeiten kaum zu konstatieren. Kennzeichnend ist jedoch, daß sich die Dienstleistungsaktivitäten hierzulande vorwiegend auf das regionale Umfeld beschränken, wobei die komplementären Beziehungen zum Verarbeitenden Gewerbe, als dem Kernbereich der südwestdeutschen Wirtschaft, besonders ausgeprägt sind. Der insgesamt unterproportionale Strukturanteil des tertiären Sektors ist somit größtenteils auf die geringe Präsenz überregionaler, nationaler und internationaler Dienstleistungsfunktionen zurückzuführen.<sup>10</sup> Ob die bundesweit großen Verkehrsunternehmen, Handelshäuser,

10 Vgl. Battelle-Institut: Die zukünftige Entwicklung des Dienstleistungsbereichs in Baden-Württemberg, Bericht für die Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg (LEG), Frankfurt 1987, S. 5-1 ff.

Tabelle 4  
**Selbständige\*) und beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg seit 1970 nach Wirtschaftssektoren**

Wirtschaftssektor	Selbständige					Arbeitnehmer	
	Veränderung		Anteil an den Erwerbstätigen			Veränderung	
	1980	1993	1970	1980	1993	1980	1993
	gegen 1970	gegen 1980				gegen 1970	gegen 1980
	%						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	- 46,0	- 42,5	85,8	82,5	77,0	- 31,5	- 18,8
Produzierendes Gewerbe	- 25,0	+ 5,2	6,1	4,9	5,3	- 5,6	- 3,9
Dienstleistungssektor	- 12,6	+ 29,5	15,7	10,6	10,5	+ 37,3	+ 30,7
Insgesamt	- 30,4	- 1,6	16,7	11,3	10,1	+ 9,7	+ 11,8

\*) Einschließlich mithelfende Familienangehörige.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Banken, Versicherungsunternehmen, Behörden und Verbände bis hin zu den Medienkonzernen und Rundfunkanstalten - sie alle sind mit mehr oder weniger zahlreichen Niederlassungen in Baden-Württemberg vertreten, ihren Sitz mit Hauptverwaltung haben sie jedoch zumeist in anderen Bundesländern. Eine Ausnahme bilden allerdings die großen Bausparkassen.<sup>11</sup> Auch Mentalitätsfaktoren mögen im Südwesten etwa in den Gründerjahren oder auch noch nach 1945 die Entfaltung „weicher“ Dienstleistungen eher behindert und statt dessen eine schwerpunktmäßige Ausrichtung auf Technik und „handfeste“ Warenproduktion begünstigt haben, heutzutage dürften sie jedoch keinesfalls einer stärkeren Ansiedlung von überregionalen Dienstleistungen im Wege stehen.

Die Bedeutung überregionaler Dienstleistungen läßt sich insbesondere im Falle Hessens mit seiner Metropole Frankfurt, als Finanzzentrum von internationaler Ausstrahlung, ersehen. Mit gut 63 % hat hier der Dienstleistungssektor schon gemessen an der Erwerbstätigkeit ein auffallend hohes Gewicht (*Anhangtabelle 1*). Anhand der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich jedoch mit 70 % sogar noch ein wesentlich höherer Anteil, der sich vor allem aus den außerordentlich hohen Wertschöpfungsbeiträgen der überregionalen Dienstleistungsfunktionen erklärt. In Baden-Württemberg ist hingegen der BWS-Anteil des tertiären Sektors (55 %) nur geringfügig höher als der tertiäre Anteil an den Erwerbstätigen. In Nordrhein-Westfalen gibt es keine nennenswerte Abweichung zwischen den tertiären Anteilen an der BWS und an der Erwerbstätigkeit (60 %), in Niedersachsen ist der Dienstleistungsanteil bei den Erwerbstätigen (62 %) sogar etwas höher als bei der BWS (61 %). Diese Vergleichsländer liegen damit hinsichtlich der institutionellen Dienstleistungsanteile im Bereich des Bundesdurchschnitts und übertreffen Baden-Württemberg deutlich. Was das Nachbarland Bayern anbelangt, so weist dort die sektorale Erwerbstätigenstruktur mit der Baden-Württembergs ziemlich weitgehende Übereinstimmungen auf. Auch in Bayern stützt sich die Wirtschaft in relativ hohem Maße auf einen starken industriellen Kern mit Schwerpunkten in den höherwertigen und Spitzentechnologien.<sup>12</sup> Der Beschäftigtenanteil des Produzierenden Gewerbes ist zwar um einige Prozentpunkte geringer als in Baden-Württemberg, dafür hat in Bayern der primäre Sektor ein höheres Gewicht. Die tertiären Anteile sind somit gemessen an der Erwerbstätigkeit in den beiden südlichen Bundesländern nahezu identisch. Betrachtet man dagegen die Wertschöpfungsstruktur, so kommt der Dienstleistungssektor in Bayern auf 61 %. Hier tritt also derselbe Effekt wie bei Hessen zutage, vorwie-

gend zurückzuführen auf die Metropole München mit ihren überregionalen Funktionen in Wissenschaft, Kultur und Finanzwirtschaft (insbesondere im Versicherungsgewerbe). Daneben profitiert Bayern freilich auch von der Gunst seiner Voraussetzungen im Tourismusgeschäft.

Mit Blick auf die Wachstumsraten des Dienstleistungssektors ist für Baden-Württemberg eine auffallend günstige Entwicklung zu konstatieren. Dies galt in den 70er Jahren schon für die tertiäre Erwerbstätigkeit und hat sich in der folgenden Zeitspanne auch auf die Bruttowertschöpfung ausgedehnt. Von 1980 bis 1993 wurde die Entwicklung des baden-württembergischen Dienstleistungssektors in der Erwerbstätigkeit (unter den hier herangezogenen Flächenstaaten) nur knapp von Bayern und in der realen BWS nur von Hessen übertroffen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen blieben deutlich hinter den Expansionsraten der beiden südlichen Bundesländer sowie Hessens zurück. Anhand der tertiären Erwerbstätigendichte, das heißt bei den Erwerbstätigen des Dienstleistungssektors bezogen auf die Einwohnerzahl, lassen sich demgegenüber mit Ausnahme Hessens, das merklich nach oben abweicht, keine gravierenden Unterschiede unter den ausgewählten Flächenstaaten erkennen. Dies spricht unter Versorgungsaspekten für eine nach Ländern ausgewogene Verteilung der Dienstleistungstätigkeiten, wobei sich der Bundesdurchschnitt durch die Einflüsse der herausragenden Dienstleistungszentren, wie Hessen und Hamburg, nur bedingt als Bezugsmaßstab eignet.

## Dienstleistungen sind insgesamt nicht weniger produktiv

Gegen das Konzept zur Darstellung von Arbeitsproduktivitäten (reale BWS je Erwerbstätigen) lassen sich durchaus methodische Einwände erheben.<sup>13</sup> So ist es grundsätzlich nicht unproblematisch, den Produktionsoutput, der durch den kombinierten Einsatz von Arbeitskraft und von Kapitalgütern zustandekommt, nur auf den Faktor Arbeit zu beziehen (partiell Produktivitätsmaß). Des weiteren bestehen gerade im Dienstleistungssektor erhebliche Schwierigkeiten bei der Outputmessung an sich. Die Produktionsergebnisse von Handelsfirmen, Banken, Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, Steuerberatern usw. sind nicht ohne weiteres mit der Herstellung von Industriewaren oder Gebäuden vergleichbar; sie sind wesentlich schwieriger „faßbar“ und quantifizierbar. Bei den staatlichen Dienstleistungen bemißt sich die BWS im wesentlichen an den Personalkosten, so daß hier Produktivitätsfortschritte schon aufgrund der statistischen Erfassung kaum zu beobachten sind.

11 Daneben sind beispielsweise auch bedeutende Verlage in Baden-Württemberg ansässig.

12 Vgl. Statistisch-prognostischer Bericht 1992/93: Forschungsintensive Industriezweige in Baden-Württemberg, Hrsg.: Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, Stuttgart 1993, S.23ff.

13 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Strukturverschiebungen zwischen sekundärem und tertiärem Sektor, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 107, Berlin 1988, S. 119 ff. Zitiertweise: Strukturverschiebungen...

**Tabelle 5**  
**Kennziffern zur Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet**  
**1980 und 1993 nach Wirtschaftsbereichen**

Wirtschaftsbereich	Baden-Württemberg					Westliches Bundesgebiet		
	BWS <sup>1)</sup> je Erwerbstätigen 1993			Erwerbstätigendichte <sup>2)</sup>		BWS <sup>1)</sup> je Erwerbstätigen 1993		Erwerbs- tätigen- dichte <sup>2)</sup>
	1980 = 100	Bund = 100	Insgesamt =100	1980	1993	1980 = 100	Insgesamt =100	1993
Land- u. Forstwirtsch., Fischerei	217	102	47	23	13	195	46	13
Produzierendes Gewerbe	118	101	100	233	204	118	99	165
Energie- u. Wasservers., Bergbau	116	138	253	4	4	124	184	7
Verarbeitendes Gewerbe	118	101	98	193	169	119	98	128
Baugewerbe	113	109	93	36	31	115	85	30
Dienstleistungssektor	124	99	103	212	251	121	104	264
Handel	110	91	61	52	57	118	67	60
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	154	97	100	22	21	142	104	25
Kreditinstitute, Versicherungsuntern.	134	92	163	13	15	129	177	14
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	124	105	167	51	73	113	159	77
Staat	103	93	68	61	66	106	73	66
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	100	101	56	14	20	100	56	22
<b>Insgesamt</b>	<b>124</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>468</b>	<b>467</b>	<b>122</b>	<b>100</b>	<b>442</b>

1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991.- 2) Erwerbstätige je 1000 Einwohner.  
 Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß die Erwerbstätigen als Bezugsmaßstab die tatsächlich geleistete Arbeit (im Sinne von Arbeitsstunden) nur unscharf abbilden.<sup>14</sup> In Wirtschaftszweigen mit geringer Wochenarbeitszeit oder mit hohem Anteil von Teilzeitbeschäftigten wird damit die Arbeitsproduktivität unterzeichnet. Die Teilzeitbeschäftigung ist, wie im folgenden noch zu zeigen sein wird, gerade in manchen Dienstleistungsbranchen weit überdurchschnittlich verbreitet. Die vorliegenden Angaben (*Tabelle 5* und *Anhang-tabelle 1*) sind somit unter den genannten Vorbehalten zu interpretieren.

Als Hauptergebnis kann vorangestellt werden, daß die Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor (mit dem Wert 103, gemessen an der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität = 100) keineswegs geringer ist als im

Produzierenden (100) und speziell auch im Verarbeitenden Gewerbe (98), sondern eher etwas höher zu veranschlagen ist. Dies resultiert allerdings aus sehr unterschiedlichen Produktivitätsziffern der einzelnen Dienstleistungsbranchen. Während die Arbeitsproduktivität etwa im Handel vergleichsweise niedrig ist, erreicht sie bei den sonstigen Dienstleistungen und bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen Werte, die weit über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen. Der Bereich sonstiger Dienstleistungen ist jedoch seinerseits sehr heterogen; das Spektrum reicht hier von Sparten mit auffallend geringer (z.B. Gastgewerbe) bis zu Branchen mit außerordentlich hoher Produktivität (so die übrigen Dienstleistungen, also Rechts- und Wirtschaftsberatung, technische Planung, Werbung u.a.). Ohne die Aussagefähigkeit der statistischen Kennziffern übermäßig zu strapazieren, kann folgende Aussage zweifellos getroffen werden: Die Arbeitsproduktivität ist bei den vorwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen relativ hoch, während sie vor allem bei den eher traditionellen Haushalts- und Humandienstleistungen unterdurchschnittliche Werte aufweist. Arbeitsintensive Dienst-

<sup>14</sup> Durch die Ergebnisse der gegenwärtig laufenden Berechnungen des Arbeitsvolumens beim Statistischen Landesamt werden künftig exaktere Angaben zur Analyse der Arbeitsproduktivitäten zur Verfügung stehen.

leistungen, wie etwa Bildung und Gesundheitswesen, können gleichwohl einen äußerst wichtigen Faktor für Staat und Gesellschaft, aber auch insbesondere für die Wirtschaft und deren Gesamtproduktivität darstellen. Die effiziente Erbringung dieser Humandienstleistungen selbst liegt freilich ebenso im Interesse gesamtwirtschaftlicher Produktivität.

Der Dienstleistungssektor erreicht nicht nur im ganzen ein erstaunlich hohes Produktivitätsniveau, auch die erzielten Fortschritte in der Arbeitsproduktivität von 1980 bis 1993 waren insgesamt mit + 24 % höher als im Produzierenden und speziell auch im Verarbeitenden Gewerbe (jeweils + 18 %). Hervorzuheben ist neben den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen vor allem der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Es wurde oben bereits angedeutet, welche Rationalisierungspotentiale durch den Einsatz moderner Techniken sich gerade auch im Dienstleistungsbereich und dabei insbesondere in den unternehmensorientierten Sparten, aber durchaus auch bei einigen Haushalts- und Humandienstleistungen eröffnen. Die Beziehungen zwischen Produktivität, Nachfrage, Produktion und Beschäftigung sind sehr komplex und lassen sich nicht auf eine kurze, allgemeingültige Formel bringen. So müssen hohe Produktivitätssteigerungen, wie am Beispiel der Landwirtschaft ersichtlich, nicht zwangsläufig zu ebenso drastischen Produktionsausweitungen führen, wenn gleichzeitig der Nachfrageentwicklung „natürliche“ oder auch wirtschaftliche Grenzen im internationalen Wettbewerb gesetzt sind. Ein Beschäftigungszuwachs tritt erst ein, wenn Nachfrage und Produktion über den Rationalisierungsgewinn hinaus zunehmen. Soviel kann indessen festgehalten werden, daß Produktivitätsfortschritte und damit verbundene Preiseffekte an sich stimulierend auf Nachfrage und Produktion wirken. Branchen mit besonders hohen Produktivitätssteigerungen können nicht immer, aber doch in der Regel auch überdurchschnittliche Outputerhöhungen verzeichnen. Die Beschäftigungseffekte sind dabei nicht zwingend positiv, sie sind jedoch günstiger als im Falle unterlassener oder aus technischen Gründen nicht realisierbarer Rationalisierungen.

Die für hochentwickelte Volkswirtschaften typische Nachfrage- und arbeitsteilige Produktionsverschiebung zugunsten der Dienstleistungen führt - wie gezeigt - nicht zu einer Verminderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität. Vielmehr sind es die im tertiären Sektor erzielten Produktivitätsfortschritte ihrerseits, die den Prozeß der Tertiarisierung weiter beschleunigen. Der Einsatz moderner Dienstleistungen trägt nicht zuletzt auch maßgeblich zum Produktivitätsfortschritt innerhalb des Produzierenden Gewerbes bei. Das im Zuge dieser Entwicklung zusätzlich aktivierbare Nachfragevolumen der Haushalte und insbesondere auch der Unternehmen stimuliert das gesamtwirtschaftliche Wachstum und fördert letztlich auch die Beschäftigung. Daß allein der fortschreitende Tertiarisierungsprozeß die gravierenden Arbeitsmarkt-

probleme in Deutschland wie auch in anderen Industrieländern auf mittlere Sicht lösen könnte, ist indessen eher unwahrscheinlich. Er dürfte jedoch einen Beitrag zur Milderung der Unterbeschäftigung leisten.

## **Wachstumsanalyse im Ländervergleich mit dem Shift-Verfahren**

Die Shift-Analyse ist ein Verfahren, das Wachstumsdifferenzen in Teilregionen, hier in den ausgewählten Bundesländern, aufzeigt und mathematisch leicht nachvollziehbar in zwei Einflußfaktoren zerlegt. Bezugsmaßstab ist die räumliche Gesamtheit, also hier das westliche Bundesgebiet (= 100). Zunächst werden die Regionalfaktoren berechnet, aus denen hervorgeht, ob das jeweilige Bundesland insgesamt ein im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittliches ( $> 100$ ), durchschnittliches (= 100) oder unterdurchschnittliches ( $< 100$ ) Wachstum im betreffenden Untersuchungszeitraum erzielt hat. Sodann werden die Regionalfaktoren jeweils in einen sogenannten Strukturfaktor und einen sogenannten Standortfaktor zerlegt, deren Produkt wiederum den Regionalfaktor ergibt. Der Strukturfaktor als fiktive Größe gibt an, wie hoch die Wachstumsrelation insgesamt ausgefallen wäre, wenn sich sämtliche Branchen des jeweiligen Landes mit den gleichen Veränderungsraten, wie sie auf Bundesebene tatsächlich eingetreten sind, entwickelt hätten. Somit verweist ein Strukturfaktor von größer als 100 auf eine unter Wachstumsgesichtspunkten günstige, einer von kleiner als 100 auf eine relativ ungünstige Ausgangsstruktur der Wirtschaft des jeweiligen Landes. Aus dem Standortfaktor als Restgröße, die den rechnerischen Zusammenhang mit dem Regionalfaktor exakt herstellt, geht hervor, ob die einzelnen Branchen des Landes summa summarum - allerdings ungeachtet der strukturellen Gewichte - überdurchschnittliche ( $> 100$ ), durchschnittliche (= 100) oder unterdurchschnittliche ( $< 100$ ) Entwicklungsraten verzeichnen konnten. Der Standortfaktor ist insoweit als Gesamtausdruck der vielfältigen Standorteinflüsse zu interpretieren, als hier nicht übersehen wird, daß auch die Wirtschaftsstruktur an sich einen regionalspezifischen Standortaspekt, mit Einfluß auf die Wachstumschancen der einzelnen Wirtschaftszweige, darstellt. Der Standortfaktor ist folglich nicht als eine vom Strukturfaktor völlig unabhängige Größe zu betrachten.

Die Shift-Analyse kann die Frage nach den Ursachen unterschiedlicher Wachstumsraten der untersuchten Gebietseinheiten nicht abschließend und erschöpfend beantworten. Sie ermöglicht jedoch immerhin eine mathematisch konsistente Strukturierung der Problemstellung in zwei Faktorenbündel, die allerdings nicht isoliert voneinander, sondern im Zusammenhang zu interpretieren sind. Der Standortfaktor, als Restgröße, gibt eine wichtige Auskunft über die relative, d.h. im Vergleich zum

Bundesgebiet zu verzeichnende Entwicklungsdynamik der Branchengesamtheit, unabhängig von der strukturellen Gewichtung. Was offenbleibt, ist die empirisch-quantitativ freilich kaum zu beantwortende Frage, welche konkreten Standortaspekte in welchem Umfang auf die statistisch ermittelten Ergebnisse ursächlich eingewirkt haben.<sup>15</sup>

Die Berechnungen der Shift-Analyse wurden mit der realen Bruttowertschöpfung als Wachstumsindikator durchgeführt. Eingeflossen sind die Einzelergebnisse von 35 Branchen (VGR-3-Steller), mit denen die gesamte Wirtschaft abgebildet wird (*Übersicht 1*). Zwei Untersuchungszeiträume, von 1970 bis 1980 und von 1980 bis 1991, wurden dabei getrennt betrachtet. Die Shift-Analyse wurde für die Wirtschaft insgesamt (sämtliche Branchen) sowie speziell für den Dienstleistungssektor (17 Branchen) und speziell für das Produzierende Gewerbe (16 Branchen) vorgenommen.

## Standorteinflüsse prägen die positive Wachstumsdifferenz zum Bundesgebiet

Die Shift-Analyse ergibt für Baden-Württemberg von 1970 bis 1980 ein überdurchschnittliches Gesamtwachstum, das aus einem in etwa ausgeglichenen Strukturfaktor und einem positiven<sup>16</sup> Standortfaktor resultierte (*Tabelle 6*). Bayern und Hessen konnten jedoch merklich höhere Wachstumsraten erzielen, wobei Bayern in erster Linie von den Standorteinflüssen, Hessen dagegen - mit geringerem Standortfaktor als Bayern - auch wesentlich von der strukturellen Ausgangslage im Jahr 1970 profitierte. Niedersachsen lag leicht über dem Bundesdurchschnitt, während Nordrhein-Westfalen durchweg negative Werte aufwies.

Im Zeitraum 1980 bis 1991 konnte Baden-Württemberg seinen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesgebiet ausbauen, wobei der Standortfaktor gegenüber den 70er Jahren spürbar, der Strukturfaktor hingegen nur marginal zunahm. Im Hinblick auf die strukturell „neutrale“ Ausgangsposition Baden-Württembergs (Strukturfaktor von rund 100) hat sich damit keine wesentliche Veränderung ergeben. Hessen konnte seinen strukturellen Vorteil mehr als behaupten, daneben ist auch der Strukturfaktor Bayerns leicht gestiegen. Die relative Position Baden-Württembergs hat sich aber aufgrund der Standorteinflüsse verbessert; hier konnte Baden-Württemberg die Abstände gegenüber Hessen und insbesondere gegenüber Bayern verringern. Beim Regionalfaktor,

Tabelle 6

### Regional-, Struktur- und Standortfaktoren für die Wirtschaft insgesamt 1970 bis 1980 und 1980 bis 1991 nach ausgewählten Ländern\*)

- Ergebnisse der Shift-Analyse -

Land	1970 bis 1980			1980 bis 1991		
	Regionalfaktor	Strukturfaktor	Standortfaktor	Regionalfaktor	Strukturfaktor	Standortfaktor
Baden-Württemberg	102,4	99,9	102,5	105,2	100,1	105,1
Bayern	107,6	100,7	106,8	107,7	101,1	106,6
Hessen	107,0	103,3	103,6	110,3	103,8	106,3
Niedersachsen	101,7	100,2	101,5	97,1	98,4	98,7
Nordrhein-Westfalen	94,5	97,5	97,0	92,2	99,0	93,2

\*) Bundesgebiet = 100.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

also im Gesamtwachstum, lag Hessen nun eindeutig in Führung vor Bayern, dessen Vorsprung vor Baden-Württemberg schrumpfte. Niedersachsen sank mit nachlassendem Struktur- wie auch Standortfaktor nun unter den Bundesdurchschnitt; Nordrhein-Westfalen konnte sich strukturell den Bundesverhältnissen annähern, fiel indes insgesamt aufgrund negativer Standorteinflüsse weiter zurück.

Im Ländervergleich gilt vor allem für den Zeitraum von 1980 bis 1991, daß die Standortfaktoren eine größere Schwankungsbreite als die Strukturfaktoren aufweisen. Die regionalen Wachstumsunterschiede wurden folglich stärker von Standorteinflüssen als von strukturellen Abweichungen bestimmt, wobei sich der Einfluß des Standortfaktors etwa im Falle Baden-Württembergs auffallend positiv, im Falle Nordrhein-Westfalens hingegen besonders negativ auswirkte. Im ganzen gesehen gilt, daß Länder, die schon mehr oder weniger über strukturelle Vorteile verfügen, auch noch zusätzlich in erheblichem Umfang von positiven Standorteinflüssen profitieren. Länder mit ohnehin günstiger Ausgangsstruktur fällt es offensichtlich wesentlich leichter, überdurchschnittliche Branchenverläufe im einzelnen zu erzielen, während Länder mit ungünstiger Ausgangsstruktur in der Regel auch in den einzelnen Branchen unterdurchschnittliche Entwicklungen verzeichnen. Vor dem ökonomischen Hintergrund ist damit der Einfluß des Strukturfaktors auf den Standortfaktor unverkennbar, gleichwohl ist die Intensität des Zusammenhangs durchaus nicht einheitlich ausgeprägt. So war die strukturelle Ausgangsposition Baden-Württembergs zu Beginn der 80er Jahre zwar leicht, aber kaum gravierend günstiger als diejenige Nordrhein-Westfalens oder auch Niedersachsens; die Abstände bei den Standortfaktoren fielen demgegenüber weit höher zugunsten Baden-Württembergs aus.

<sup>15</sup> Ausführliche methodische Erläuterungen zur Shift-Analyse und ihrer Interpretation stehen im Anhangteil des Berichts.

<sup>16</sup> Hier wie im folgenden zu verstehen: Negativ als <100 und positiv als >100.

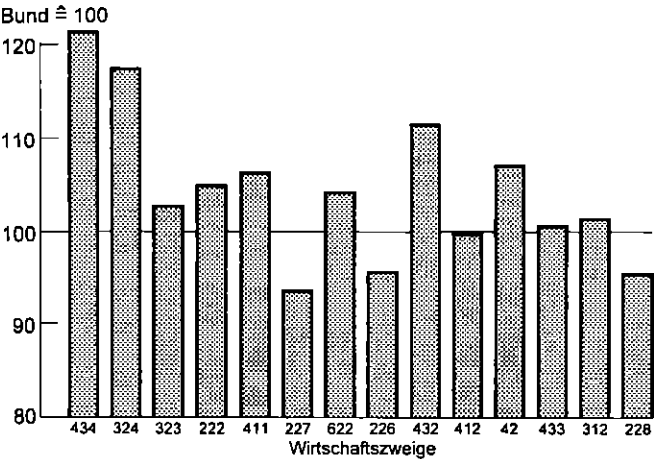
**Wirtschaftszweige der Shift - Analyse nach der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Systematik- Nr.	Bezeichnung
<b>Land- und Forstwirtschaft; Fischerei</b>	
111	Landwirtschaft
112	Gewerbliche Gärtnerei und gewerbliche Tierhaltung
<b>Produzierendes Gewerbe</b>	
211	Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung
212	Bergbau
221	Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung usw.
222	Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren
223	Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe
224	Eisen- und NE- Metallerzeugung und -bearbeitung
225	Stahl- und Maschinenbau
226	Fahrzeugbau
227	Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren
228	Herstellung von EBM-Waren, Spielwaren, Musikinstrumenten usw.
229	Holzbearbeitung und -verarbeitung
230	Zellstoff-, Papier-, Pappeerzeugung und -verarbeitung
231	Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe
232	Ernährungsgewerbe, Getränkeherstellung, Tabakverarbeitung
241	Bauhauptgewerbe
242	Ausbaugewerbe
<b>Dienstleistungssektor</b>	
311	Großhandel, Handelsvermittlung
312	Einzelhandel
321	Eisenbahnen
322	Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen
323	Deutsche Bundespost
324	Übriger Verkehr <sup>1)</sup>
411	Kreditinstitute
412	Versicherungsunternehmen
42	Wohnungsvermietung
431	Gastgewerbe, Heime
432	Bildung, Wissenschaft, Kultur, Verlagsgewerbe usw.
433	Gesundheits- und Veterinärwesen
434	Übrige Dienstleistungen <sup>2)</sup>
611	Gebietskörperschaften
612	Sozialversicherung
621	Private Haushalte
622	Private Organisationen ohne Erwerbszweck <sup>3)</sup>

1) Straßenverkehr, Parkplätze und -häuser; Luftfahrt, Flugplätze; Transport in Rohrleitungen; Spedition, Lagerei, Verkehrsvermittlung. -2) Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten; Wäscherei, Körperpflege, Fotoateliers; Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung; Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung; Organisationen ohne Erwerbszweck, für Unternehmen tätig. - 3) Nicht für Unternehmen tätig.

Schaubild 2

**Regionalfaktoren für die Wirtschaft Baden-Württembergs insgesamt 1980 bis 1991 nach Wirtschaftszweigen\*)**  
Ergebnisse der Shift-Analyse



\*) Reihenfolge entsprechend den Veränderungen der realen Bruttowertschöpfung im westlichen Bundesgebiet; Wachstumsraten von links nach rechts abnehmend.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

224 94

**Dienstleistungen - Wachstumsmotor im Land mit hohem Standortfaktor**

Von den 14 Branchen mit bundesweit überdurchschnittlichem Wachstum von 1980 bis 1991 zählten 10 zum Dienstleistungssektor (Schaubild 2 und Anhangtabelle 2).

Tabelle 7

**Regional-, Struktur- und Standortfaktoren für den Dienstleistungssektor 1970 bis 1980 und 1980 bis 1991 nach ausgewählten Ländern\*)**  
- Ergebnisse der Shift-Analyse -

Land	1970 bis 1980			1980 bis 1991		
	Regional-faktor	Struktur-faktor	Standort-faktor	Regional-faktor	Struktur-faktor	Standort-faktor
Baden-Württemberg	99,7	100,1	99,5	107,9	99,7	108,2
Bayern	108,3	99,9	108,3	105,8	101,0	104,8
Hessen	106,6	101,5	105,1	112,2	103,1	108,9
Niedersachsen	98,9	99,7	99,3	96,8	97,0	99,6
Nordrhein-Westfalen	98,3	100,0	98,3	92,3	100,5	91,9

\*) Bundesgebiet ≈ 100.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

In diesen Dienstleistungsbranchen erzielte Baden-Württemberg fast durchweg durchschnittliche bis weit überdurchschnittliche Entwicklungsraten. Neun dieser Regionalfaktoren waren positiv, der zehnte nur geringfügig kleiner als 100. Daraus wird ersichtlich, daß der hohe Standortfaktor Baden-Württembergs hauptsächlich aus der überdurchschnittlichen Dynamik der auch bundesweit wachstumsträchtigen Dienstleistungssparten resultierte. Im Gegensatz zu den Industriezweigen mit bundesweit überdurchschnittlichen Zuwachsraten (4 der insgesamt 14 Branchen) ist jedoch keine dieser Dienstleistungssparten auffallend stark im Land vertreten. Die betreffenden Strukturanteile waren gemessen an der BWS auch 1991 noch durchweg niedriger als auf Bundesebene, wenngleich in einigen Sparten nur mit minimaler Abweichung. Somit erklärt sich der insgesamt nur in etwa „neutrale“ Strukturfaktor Baden-Württembergs.

Noch deutlicher treten die diversen Einflußkomponenten hervor, wenn die Shift-Analyse einerseits speziell für den Dienstleistungssektor und andererseits speziell für das Produzierende Gewerbe vorgenommen wird. Während der Dienstleistungssektor Baden-Württembergs von 1970 bis 1980 eine geringfügig unterdurchschnittliche BWS-Entwicklung aufwies, mit leicht negativem Standort- und Regionalfaktor, machten beide Faktoren von 1980 bis 1991 einen kräftigen Sprung nach vorne, so daß die Werte Bayerns merklich übertroffen wurden und speziell beim Standortfaktor sogar Anschluß an die Entwicklung im strukturell begünstigten Hessen gefunden wurde (Tabelle 7). Baden-Württemberg hatte nur in zwei von insgesamt 17 Dienstleistungsbranchen unterdurchschnittliche Verläufe zu verzeichnen.<sup>17</sup> Signifikant höhere Wachstumsraten als im Bundesgebiet erzielten unter anderem die übrigen Dienstleistungen, das übrige Verkehrswesen, der Bereich Bildung, Wissenschaft, Kultur und Verlagsgewerbe wie auch das Gastgewerbe, der Großhandel und die Kreditinstitute (Schaubild 3). Von herausragender Bedeutung sind hierbei die vorwiegend unternehmensorientierten übrigen Dienstleistungen. Sie sind nicht nur die mit Abstand größte aller 35 Wirtschaftsbranchen, mit einer höheren BWS als beispielsweise der Stahl- und Maschinenbau oder etwa der Fahrzeugbau, sondern konnten auch landes- wie bundesweit das bei weitem stärkste Wachstum unter sämtlichen Branchen verbuchen. Der positive Standortfaktor (und Regionalfaktor) Baden-Württembergs im Dienstleistungssektor ist zu einem wesentlichen Teil auf den außerordentlich günstigen Verlauf bei den übrigen Dienstleistungen zurückzuführen, wenngleich hierzu, wie gesehen, nahezu sämtliche Dienstleistungssparten, so auch eher haushaltsorientierte und Humandienstleistungen, beigetragen haben.

17 Neben den Versicherungsunternehmen (412), mit allerdings nur geringfügig unterdurchschnittlichem Wachstum, galt dies für die privaten Haushalte (621), die jedoch strukturell nur marginale Bedeutung haben.



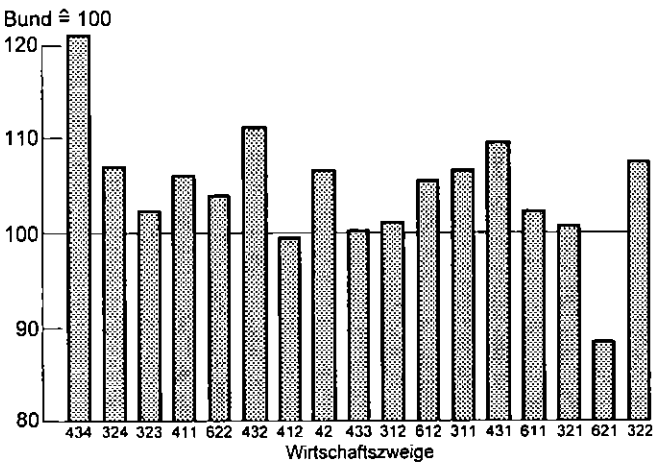
Im Produzierenden Gewerbe:  
Günstige Ausgangsstruktur bei nachlassendem Standortfaktor

Die Ergebnisse der Shift-Analyse für das Produzierende Gewerbe lassen sich wie folgt zusammenfassen: Baden-Württemberg hatte im Zeitraum 1980 bis 1991 unter den ausgewählten Bundesländern die günstigste Ausgangsstruktur, also eine Struktur mit besonders hohen Anteilen der wachstumsstarken Branchen (Tabelle 8). Beim Standortfaktor hingegen, von 1980 bis 1991 zwar immer noch positiv, aber deutlich geringer als von 1970 bis 1980, wurde Baden-Württemberg von Bayern weit überflügelt, so daß im Gesamtwachstum (Regionalfaktor) die Spitzenposition nun von Bayern übernommen wurde. Der Vorsprung Baden-Württembergs vor den übrigen drei Bundesländern konnte indessen behauptet werden. Im ganzen ist auffällig, daß Länder mit überdurchschnittlicher Entwicklung im Produzierenden Gewerbe auch bei den Dienstleistungen günstige Veränderungsrate aufweisen. Der komplementäre Zusammenhang ist, in positiver Weise, bei Bayern und Baden-Württemberg ebenso ersichtlich wie, in negativer Richtung, im Falle Niedersachsens und vor allem Nordrhein-Westfalens. Bei Hessen, mit nur noch mäßig überdurchschnittlichem Regionalfaktor von 1980 bis 1991 im Produzierenden Gewerbe, ist der Komplementaritätsbezug allerdings weniger auffällig; hier dominiert offensichtlich die starke Eigendynamik der überregionalen Dienstleistungsfunktionen.

Die Darstellung der Regionalfaktoren Baden-Württembergs für die einzelnen Branchen des Produzierenden Gewerbes ergibt ein differenzierteres Bild als bei den Dienstleistungssparten (Schaubild 4). Nur in einem der fünf bundesweit wachstumskräftigsten Zweige konnte Baden-Württemberg einen positiven Regionalfaktor, also ein überdurchschnittliches Wachstum verbuchen - nämlich in der Herstellung von Kunststoffwaren. Dies hat sich negativ auf den Standortfaktor ausgewirkt. Branchen mit bundesweit hohen Wachstumsraten von 1980 bis 1991, wie die Elektrotechnik (einschließlich Feinmechanik/Optik), der Fahrzeugbau und die Herstellung von EBM-Waren,<sup>18</sup> expandierten zwar auf Landesebene unterdurchschnittlich, sind aber hierzulande außerordentlich stark vertreten (siehe Anteilswerte am Bundesgebiet). Letzteres war für den positiven Strukturfaktor maßgeblich. Ferner ist zu berücksichtigen, daß Baden-Württemberg doch in immerhin 9 von insgesamt 16 Branchen des Produzierenden Gewerbes überdurchschnittliche Veränderungsrate aufwies. Unter den größeren Branchen mit positiven Regionalfaktoren sind der Stahl- und Maschinenbau sowie die chemische Industrie des Landes hervorzuheben.

18 Eisen-, Blech- und Metallwaren sowie Spielwaren, Musikinstrumente u.a.

Schaubild 3  
Regionalfaktoren für den Dienstleistungssektor  
Baden-Württembergs 1980 bis 1991  
nach Wirtschaftszweigen\*)  
Ergebnisse der Shift-Analyse



\*) Reihenfolge entsprechend den Veränderungen der realen Bruttowertschöpfung im westlichen Bundesgebiet; Wachstumsraten von links nach rechts abnehmend.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.  
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 226 94

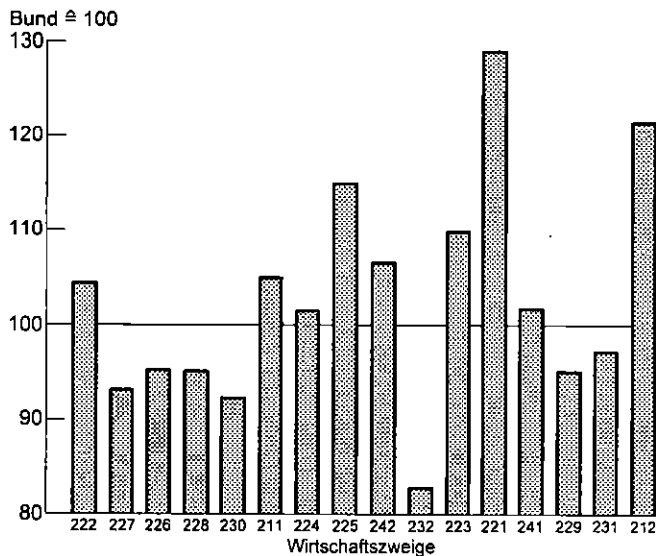
Die Zahlen der Shift-Analyse verdeutlichen damit den vergleichsweise intensiven Strukturwandel der baden-württembergischen Wirtschaft. Das Land konnte seine starke Position im Produzierenden Gewerbe insgesamt behaupten, allerdings mit deutlich geringeren Wachstumsraten als im Nachbarland Bayern. Insbesondere die Investitionsgüterbranchen bilden nach wie vor den Kern der südwestdeutschen Wirtschaft. Im Zuge des nationalen und internationalen Strukturwandels übernahmen jedoch die Dienstleistungszweige als gesamtwirtschaftliche Wachstumsträger in Baden-Württemberg eine ent-

Tabelle 8  
Regional-, Struktur- und Standortfaktoren für das  
Produzierende Gewerbe 1970 bis 1980 und 1980  
bis 1991 nach ausgewählten Ländern\*)  
- Ergebnisse der Shift-Analyse -

Land	1970 bis 1980			1980 bis 1991		
	Regional- faktor	Struktur- faktor	Standort- faktor	Regional- faktor	Struktur- faktor	Standort- faktor
Baden-Württemberg	107,6	101,9	105,6	105,9	103,9	101,9
Bayern	106,9	101,7	105,1	111,2	100,9	110,2
Hessen	104,7	102,8	101,9	102,2	101,0	101,2
Niedersachsen	103,7	100,7	103,0	97,1	100,5	96,7
Nordrhein-Westfalen	91,7	96,1	95,5	92,5	97,6	94,8

\*) Bundesgebiet = 100.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

**Regionalfaktoren für das Produzierende Gewerbe  
Baden-Württembergs 1980 bis 1991  
nach Wirtschaftszweigen<sup>\*)</sup>**  
Ergebnisse der Shift-Analyse



<sup>\*)</sup> Reihenfolge entsprechend den Veränderungen der realen Bruttowertschöpfung im westlichen Bundesgebiet; Wachstumsraten von links nach rechts abnehmend.  
Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

228 94

scheidende Funktion; sie trugen von 1980 bis 1991 mit überdurchschnittlichen Expansionsraten maßgeblich dazu bei, daß Baden-Württemberg ein höheres Gesamtwachstum als das Bundesgebiet erzielen konnte. Strukturelle Nachteile bestehen gleichwohl im Vergleich zu Bayern und vor allem gegenüber Hessen. Dies heißt konkret: Baden-Württemberg benötigt alles in allem erheblich günstigere Branchenverläufe, um mit dem Wirtschaftswachstum in Hessen auch nur gleichziehen zu können. Dasselbe gilt in abgeschwächter Form für die Wachstumsrelation zu Bayern.

## Dienstleistungen als Inputgüter

Die Bedeutung der Dienstleistungen als Inputfaktoren läßt sich mit Hilfe der Input-Output-Rechnungen quantitativ bestimmen. Sämtliche Wirtschaftsbereiche beziehen Dienstleistungen, die als „Vorprodukte“ in den Produktionsprozeß einfließen oder komplementär zu den internen Wertschöpfungsfunktionen zum Erreichen der Unternehmensziele beitragen - und dies in erheblichem Umfang. So ergibt die regionale Verflechtungstabelle Baden-Württembergs für das Jahr 1988, daß - gemessen am Produktionswert - 40 % der im Land erstellten Dienstleistungen als Vorleistungen von Unternehmen und anderen Institutionen in Baden-Württemberg bezogen

worden sind.<sup>19</sup> Mit dieser Größenangabe werden indes noch nicht sämtliche unternehmensorientierte Dienstleistungen im weiteren Sinne, also einschließlich der tertiären Vorleistungen für staatliche Stellen und private Organisationen ohne Erwerbszweck, berücksichtigt. Denn weitere 2 % der Dienstleistungen wurden 1988 in Verbindung mit Anlageinvestitionen erbracht, und weitere 6 % der Dienstleistungen, ebenfalls mit unternehmensorientierten Bestandteilen, wurden ins Ausland oder in andere Bundesländer „exportiert“. In den privaten Verbrauch sind 31 % der Dienstleistungen geflossen, die restlichen 21 % wurden als Staatsverbrauch verbucht (öffentliche Verwaltung, Bildungswesen, Justiz u.a.).

Die nach Nachfrageaggregaten untergliederte Struktur des baden-württembergischen Dienstleistungssektors stimmt damit in etwa mit den Größenordnungen auf Bundesebene überein.<sup>20</sup> Unter der realistischen Annahme, daß das Gewicht der unternehmensorientierten Dienste seit 1988 weiter zugenommen hat, ist davon auszugehen, daß derzeit wohl grob die Hälfte aller im Land erstellten Dienstleistungen für Unternehmen und andere Institutionen erbracht werden. Das überdurchschnittliche tertiäre Wachstum der letzten Jahre ist vor allem auf die relativ günstige Entwicklung dieser auch bundesweit wachstumsträchtigen Sparten zurückzuführen.

## Dynamik bei den unternehmensorientierten Dienstleistungen

Die stark wachsende Bedeutung der unternehmensorientierten Dienstleistungen resultiert aus vielfältigen Faktoren.<sup>21</sup> Zu nennen sind unter anderem die Internationalisierung der Unternehmensaktivitäten, die anhaltende Kapitalintensivierung mit steigendem Finanzbedarf und höheren Unternehmensrisiken, die Komplexität der rechtlichen Rahmenbedingungen (Umweltrecht, Steuerrecht usw.), partielle Sättigungstendenzen im Konsumgüterbereich mit erhöhten Anforderungen an das Marketing, die generelle Entwicklung hin zu technologisch anspruchsvollen Produkten und Produktionsverfahren mit kürzeren Lebenszyklen sowie die hohen Maßstäbe, die vor allem von fernöstlichen Konkurrenten mit flexiblen

<sup>19</sup> Vgl. Münzenmaier, Werner: Input-Output-Tabellen für Baden-Württemberg 1978 bis 1988, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, Band 1992, Sonderdruck, Hrsg.: Statistisches Landesamt. Die Erstellung der nächst aktuellsten Input-Output-Tabellen für das Jahr 1990 hat sich aufgrund der auf Bundesebene notwendigen Einbeziehung der neuen Bundesländer in das System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Input-Output-Rechnungen verzögert. Die Verflechtungstabellen für Baden-Württemberg 1990 dürften noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

<sup>20</sup> Im Bundesgebiet belief sich 1988 der Anteil der unternehmensorientierten Vorleistungen einschließlich der den Anlageinvestitionen zugeordneten Dienstleistungen an der gesamten Dienstleistungsproduktion auf 44 %. Die weiteren Anteile: 31 % für den privaten Verbrauch, 21 % für den Staatsverbrauch und 4 % für den Export.

<sup>21</sup> Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Ökonomische Herausforderungen..., S. 153 ff.

und schlanken Organisationsstrukturen gesetzt wurden. Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß die zunehmende Komplexität sämtlicher Unternehmensaufgaben in Verbindung mit dem intensivierten Wettbewerb im nationalen und internationalen Rahmen ein weites Feld für den Einsatz hochspezialisierter Dienstleistungen und hierbei auch speziell für die Anwendung wissenschaftlicher Methoden schafft. Die Umsetzung moderner Verfahren und neuen Wissens in praktische Unternehmenspolitik ist dabei von zentraler Bedeutung, wobei sich diese Entwicklung, mit einem entsprechenden Bedarf an (externen oder internen) Dienstleistungen, auf sämtliche Unternehmensfunktionen erstreckt.<sup>22</sup> Es sind diese neuen Formen der Arbeitsteilung zwischen Warenproduktion und Dienstleistungen, die den derzeitigen Strukturwandel vor allem der hochentwickelten Volkswirtschaften prägen. Aus der Effizienz des kombinierten Zusammenwirkens sekundärer und tertiärer Funktionen bestimmt sich maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und ihrer einzelnen Unternehmen; die Verknüpfung von Forschung und Produktion ist dafür ein markantes Beispiel. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität der unternehmensorientierten Dienste bemißt sich aufgrund dieser Zusammenhänge insbesondere anhand der Spill-over-Effekte, die in Form höherer Wertschöpfung und von Kosteneinsparungen in den Anwenderbereichen erzielt werden.

Durch die strukturellen Probleme in den dominierenden Industriebranchen Deutschlands wie auch Baden-Württembergs - zu umreißen mit den Stichworten: Kostenkrise, Innovationskrise, ineffiziente Organisations- und Lieferstrukturen, zu schwache Präsenz auf außereuropäischen Wachstumsmärkten - wird der Bedarf an hochspezialisierten komplementären Dienstleistungen eher noch zusätzlich stimuliert als gedämpft. Alle Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsposition bedürfen letztlich dienstleistender Funktionen von der Planung bis zu Umsetzung. Der Trend zum stärkeren Fremdbezug anstelle der internen Dienstleistungserstellung dürfte sich dabei weiter fortsetzen (Externalisierung), wobei hier auch Zwischenlösungen, wie die Ausgliederung von Dienstleistungssparten als Tochtergesellschaften oder als mehr oder weniger selbständige Konzernteile, nicht selten zu beobachten sind. Die Dienstleistungsfunktionen werden derzeit ebenso wie die Fertigungsbereiche einer kritischen Überprüfung nach strengen Effizienzkriterien unterzogen; die Verschlinkung der Unternehmensstruktur und Konzentration auf unternehmensspezifische Kernaufgaben werden häufig als Zielsetzungen angestrebt. Die Externalisierung bietet offensichtlich für zahlreiche Firmen erhebliche Vorteile - so etwa durch Kosteneinspa-

rungen und Gewinne an Flexibilität und Professionalität. Dem mögen freilich mitunter auch Nachteile durch die Auflösung des internen Fühlungsverbandes gegenüberstehen, so daß letztlich das einzelwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkül jeweils den Ausschlag geben wird. Unter gesamtwirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten spricht die Vermutung eher zugunsten der Spezialisierung und damit der Externalisierung. Nur die auf freien Märkten sich äußernde Nachfrage führt zu einer qualitativen und quantitativen Erweiterung des Angebots spezialisierter Dienstleistungsfirmen, von dem vor allem auch kleine und mittlere Unternehmen, die im allgemeinen stärker auf externe Leistungen angewiesen sind, profitieren können.

Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung haben ergeben, daß speziell technische Dienstleistungen um so stärker von Industrieunternehmen genutzt werden, je höher die Forschungs- und Entwicklungsintensität, je höher die Humankapitalintensität (Anteil der besonders qualifizierten Mitarbeiter) und je moderner der Kapitalbestand der Branche sind.<sup>23</sup> Der Einsatz und Bedarf an technischen Dienstleistungen ist demnach auch positiv korreliert mit der Wachstums- und Beschäftigtenentwicklung der jeweiligen Branchen. Die besonders technologie- und exportorientierten Investitionsgüterindustrien weisen zwar eine insgesamt hohe Dienstleistungsintensität auf, ihre Bereitschaft zur Inanspruchnahme externer Anbieter ist dabei jedoch eher unterdurchschnittlich, jedenfalls geringer ausgeprägt als im Konsumgüterbereich.<sup>24</sup> Dies mag darauf hindeuten, daß die Vor- und Nachteile der internen Dienstleistungserstellung branchenspezifisch unterschiedlich zu gewichten sind, es könnte indessen mitunter auch darauf zurückzuführen sein, daß manche Vorbehalte gegenüber externen „Abhängigkeiten“ erst mit wachsendem Konkurrenz- und Rationalisierungsdruck abnehmen.

## Tertiäre Vorleistungen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs

In den Input-Output-Tabellen werden nur jene Vorleistungen dargestellt, die von anderen Unternehmen und Institutionen, so auch von ausgegliederten Firmen im eigenen Konzernverbund, bezogen werden. Der Tertiärisierungsgrad wird damit in seiner externen Komponente auf zweifache Weise abgebildet. Zunächst werden in der *technologischen* Verflechtungstabelle die Inputstrukturen der baden-württembergischen Produktionsbereiche insgesamt betrachtet. Enthalten sind sämtliche Vorleistungen, unabhängig davon, ob sie aus Baden-Württemberg, aus dem übrigen Bundesgebiet oder aus dem Ausland stammen. Sodann wird der Blick in der *regionalen*

22 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg: Handlungskonzept Dienstleistungen..., S. 19 ff. Im einzelnen werden behandelt: Unternehmensmanagement, Informationsmanagement, Innovations- und Technologie-management, Personal- und Sozialmanagement, Aus- und Weiterbildung, Produktionsmanagement, Logistikmanagement, Marketing, neue Finanzdienstleistungen sowie Umweltschutzmanagement.

23 Vgl. Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung: Ökonomische Herausforderungen..., S. 157/58.

24 Vgl. hierzu auch: Klotz, H.; Schmidt, K.-D. u.a.: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel..., S. 58.

Verflechtungstabelle speziell auf die Lieferbeziehungen innerhalb der baden-württembergischen Volkswirtschaft gerichtet. Hier werden ausschließlich die im Land erstellten Vorleistungen bei der Verflechtung der Produktionsbereiche berücksichtigt.

Die Vorleistungsquote, also der Anteil sämtlicher Vorleistungsbezüge am Bruttoproduktionswert, ist im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs von 1978 bis 1988 um 2 Prozentpunkte auf knapp 60 % gestiegen (Tabelle 9). Die Fertigungstiefe wurde folglich im Durchschnitt der Industriezweige etwas verringert, in einzelnen Produktionsbereichen, wie beispielsweise im Fahrzeugbau (Anstieg der Vorleistungsquote von 61 auf 67 %), war die Tendenz zum stärkeren Fremdbezug durchaus beträchtlich. Die Struktur der Vorleistungsbezüge hat sich dabei durchweg deutlich zugunsten der Dienstleistungen verschoben. Während 1978 die Dienstleistungen mit 19 % an den Vorleistungsbezügen des Verarbeitenden Gewerbes beteiligt waren, betrug der entsprechende Anteil im Jahr 1988 bereits 27 %. Diese Gewichtszunahme resultierte zum weit überwiegenden Teil aus der Dynamik bei der Inputgruppe der sonstigen Dienstleistungen. Hier enthalten sind unter anderem die modernen Beratungsdienste, Ingenieurleistungen, Datenverarbeitung, Werbung und das Leasinggeschäft. Die sonstigen Dienstleistungen haben damit den Handel als 1978 noch wichtigste tertiäre Inputgruppe weit überflügelt. Ihr Anteil an den gesamten Vorleistungen hat sich mehr als verdoppelt (1988: 13 %), so daß 1988 schon nahezu die Hälfte aller tertiären Vorleistungen im Verarbeitenden Gewerbe auf die sonstigen Dienstleistungen entfielen. Der Anteil der Handelsleistungen am Gesamtinput ist hingegen von knapp 7 % im Jahr 1978 auf 5 % im Jahr 1988 geschrumpft. Die übrigen Dienstleistungsanbieter, wie Verkehrsbetriebe, Kreditinstitute, Immobilienvermietung, Wissenschaft, Bildung usw., konnten jeweils Anteilsgewinne verbuchen, blieben jedoch quantitativ eher von nachrangiger Bedeutung; lediglich der Verkehrsbereich konnte im Gesamtanteil die 3-Prozent-Marke überschreiten.

Die Dienstleistungsanteile an den Vorleistungsbezügen der einzelnen Industriebranchen lassen nur bedingt einen Zusammenhang mit der technologischen Wertigkeit, also etwa der Forschungs- und Entwicklungsintensität, erkennen. Zwar lag die Elektrotechnik - erwartungsgemäß - mit einem tertiären Inputanteil von 34 % an der Spitze, doch andererseits rangierte der Textilbereich mit knapp 26 % vor der chemischen Industrie und dem Fahrzeugbau. Das im vorangegangenen Abschnitt aus anderen Untersuchungen zitierte Ergebnis einer positiven Beziehung zwischen Technologie-/Wachstumsintensität und Tertiärisierungsgrad braucht daraufhin nicht korrigiert zu werden. Es dürfte sich vielmehr bestätigen, was ebenfalls bereits mit dem Hinweis auf andere Studien formuliert wurde, daß nämlich die bedeutenden Technologie- und Exportbranchen relativ große Teile der spezialisierten Dienstleistungen intern erstellen, wenngleich auch

hier die Zahlen auf eine zunehmende Externalisierung hinweisen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß mehr und mehr Industrieunternehmen ihrerseits nicht nur interne Dienstleistungsfunktionen ausführen, sondern darüber hinaus Dienstleistungen komplementär zum Warenabsatz oder auch unabhängig davon für Dritte am Markt erbringen (Dienstleistungen als Output). Die Angebotspalette erstreckt sich auf technische Beratung, Forschung und Entwicklung, Wartung und Inspektion, Schulung von Personal, Software, Datendienste, Werbung, Design, Leasing, Transportleistungen bis hin zur Lagerhaltung.<sup>25</sup> Gerade die technologieintensiven Investitionsgüterzweige stehen bei dieser Entwicklung an erster Stelle.<sup>26</sup>

Was die technologische Verflechtung auf Bundesebene anbelangt, so ergeben sich durchaus einzelne Abweichungen gegenüber den Landeswerten, im ganzen sind jedoch keine gravierenden Unterschiede bei den Vorleistungsstrukturen im Land-Bund-Vergleich zu konstatieren. Die Vorleistungsbezüge des Verarbeitenden Gewerbes bestanden 1988 auch im Bundesgebiet zu 27 % aus Dienstleistungen, wobei der Handel mit gut 6 % etwas stärker, die sonstigen Dienstleistungen mit 12 % dagegen etwas schwächer vertreten waren als in Baden-Württemberg (Anhangtabelle 3).

„Lediglich“ etwas mehr als die Hälfte (1988 : 53 %) aller Vorleistungsbezüge des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg stammt von anderen Unternehmen und Institutionen im Land (Tabelle 10). Gegenüber 1978 blieb dieser Anteilswert nahezu unverändert. Während Rohstoffe und Energieträger größtenteils, aber auch industrielle Vorprodukte in erheblichem Umfang aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland geliefert werden, so trifft dies für die tertiären Inputfaktoren nur in weit geringerem Maße zu. So betrug der Anteil der Dienstleistungen an den regionalen Vorleistungsbezügen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 1978 28 %; bis 1988 ist er auf 41 % gestiegen. Allein 22 % (1978 erst 9 %) der gesamten regionalen Vorleistungen entfielen 1988 auf die sonstigen Dienstleistungen, knapp 7 % auf den Handel und weitere 4 % auf das Verkehrswesen. Die regionale Inputstruktur großer Industriezweige, wie der Elektrotechnik und des Stahl- und Maschinenbaus,<sup>27</sup> wies bereits 1988 einen Dienstleistungsanteil von annähernd 50 % auf. Aus diesen Angaben wird ersichtlich, daß enorme Impulse von den industriellen Kernbranchen auf die Dienstleistungsunternehmen im regionalen Umfeld ausstrahlen - oder mit anderen Worten: welch zentrale Be-

25 Vgl. März, Ulrike: Dienstleistungen im Produzierenden Gewerbe - Auswertung der Testerhebung 1988, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Hrsg: Statistisches Landesamt, Heft 4/1989, S. 184 ff.

26 Vgl. Klodt, H.: Schmidl, K.-D. u.a.: Weltwirtschaftlicher Strukturwandel..., S. 55/56.

27 Einschließlich Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.

Tabelle 9

# Vorleistungsstruktur ausgewählter Bereiche des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1978 und 1988

-Technologische Verflechtung -

Input-Gütergruppen	Verarbeitendes Gewerbe	Darunter						Bau-gewerbe
		Elektro-technik <sup>1)</sup>	Stahl-, Ma-schinenbau, ADV 2)	Fahrzeuge	Chemie, Mineralöl	Nahrungs-mittel, Tabak	Leder, Textilien, Bekleidung	
		%						
1978								
Landwirtschaft, Energie, Bergbau	12,4	1,6	1,2	1,8	29,1	46,6	7,4	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	68,5	72,9	79,8	80,4	54,3	39,5	75,4	68,6
Baugewerbe	0,4	0,2	0,6	0,5	0,2	0,2	0,3	4,0
Dienstleistungen	18,7	25,4	18,5	17,4	16,4	13,6	16,9	26,9
davon								
-Handel	6,5	8,1	4,3	8,4	4,6	5,1	6,7	8,8
-Verkehr	2,8	2,6	2,0	1,9	3,5	3,5	1,7	4,6
-Post, Kreditinstitute, Ver-sicherungen	1,2	1,9	1,6	0,6	1,1	0,6	1,4	2,4
-Immobilienvermietung, Gastgewerbe	1,2	2,6	1,9	0,4	0,7	0,4	1,2	0,5
-Wissenschaft, Bildung, Verlage, Gesundheitswesen <sup>3)</sup>	0,5	0,7	0,7	0,4	0,3	0,4	0,6	0,4
-Sonstige Dienst-leistungen <sup>4)</sup>	5,7	8,6	7,2	5,1	5,2	3,0	4,9	9,4
-Staat, private Organisa-tionen o.E.	0,7	0,8	0,8	0,6	1,0	0,7	0,4	0,8
Vorleistungen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Vorleistungsquote <sup>5)</sup>	58,0	43,9	56,1	61,1	65,0	70,0	59,1	46,2
1988								
Landwirtschaft, Energie, Bergbau	9,4	2,4	1,5	1,8	21,6	39,6	7,9	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	63,4	63,7	68,9	73,8	53,6	38,9	66,1	62,8
Baugewerbe	0,6	0,2	0,8	0,6	0,4	0,4	0,5	3,1
Dienstleistungen	26,6	33,8	28,8	23,8	24,4	21,1	25,5	33,6
davon								
-Handel	5,2	5,6	3,8	6,2	4,1	4,2	5,5	6,6
-Verkehr	3,4	2,9	2,5	1,9	4,3	5,5	2,3	4,0
-Post, Kreditinstitute, Ver-sicherungen	1,5	2,1	2,0	0,9	1,3	0,8	2,0	2,9
-Immobilienvermietung, Gastgewerbe	1,9	3,2	2,8	1,1	1,0	0,9	2,3	0,9
-Wissenschaft, Bildung, Verlage, Gesundheitswesen <sup>3)</sup>	0,7	0,8	0,8	0,7	0,4	0,6	1,0	0,5
-Sonstige Dienst-leistungen <sup>4)</sup>	13,1	18,3	15,9	12,2	11,9	8,1	11,8	17,8
-Staat, private Organisa-tionen o.E.	0,9	0,9	1,0	0,8	1,3	1,0	0,6	0,9
Vorleistungen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Vorleistungsquote <sup>5)</sup>	59,8	46,0	58,3	67,2	58,9	73,6	61,8	48,4

1) Einschließlich Feinmechanik/Optik, Herst. v. Uhren.- 2) Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.- 3) Angegebene Dienstleistungsbereiche, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.- 4) Unter anderem: Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, technische Beratung, Datenverarbeitung, Werbung, Effektenbörsen und Vermittlung von Bank- und Versicherungsgeschäften, Vermögensverwaltung, Vermietung beweglicher Sachen, Wirtschaftsverbände, Wäscherei und Reinigung.- 5) Anteil der Vorleistungsbezüge am Bruttoproduktionswert.

Quelle: Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg.

Tabelle 10

**Vorleistungsstruktur ausgewählter Bereiche des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1978 und 1988**

- Regionale\*) Verflechtung -

Input-Gütergruppen	Verarbeitendes Gewerbe	Darunter						Bau- gewerbe
		Elektro- technik <sup>1)</sup>	Stahl-, Ma- schinenbau, ADV <sup>2)</sup>	Fahrzeuge	Chemie, Mineralöl	Nahrungs- mittel, Tabak	Leder, Textilien, Bekleidung	
		%						
1978								
Landwirtschaft, Energie, Bergbau	11,6	1,7	1,4	2,0	4,0	45,7	4,4	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	59,5	60,5	68,2	68,6	70,3	37,3	66,9	60,6
Baugewerbe	0,8	0,3	1,1	0,9	0,3	0,4	0,7	4,9
Dienstleistungen	28,2	37,5	29,3	28,4	25,4	16,6	28,6	34,0
davon:								
-Handel	9,6	12,4	6,4	14,9	7,0	6,5	11,1	11,4
-Verkehr	3,3	2,4	3,1	1,6	4,9	3,0	1,4	4,2
-Post, Kreditinstitute, Ver- sicherungen	2,1	3,3	3,0	1,2	2,0	0,8	1,4	3,4
-Immobilienvermietung, Gastgewerbe	1,9	3,9	3,2	0,7	1,1	0,6	2,2	0,6
-Wissenschaft, Bildung, Verlage, Gesundheitswesen <sup>3)</sup>	0,8	1,2	0,9	0,7	0,5	0,5	0,9	0,5
-Sonstige Dienst- leistungen <sup>4)</sup>	9,0	12,9	11,2	8,1	7,9	4,2	8,8	12,7
-Staat, private Organisa- tionen o.E.	1,3	1,5	1,6	1,2	1,9	1,0	0,8	1,2
Vorleistungen aus Baden- Württemberg	100	100	100	100	100	100	101	100
Anteil an Vorleistungen insgesamt	52,6	56,0	50,0	48,8	51,2	67,2	47,1	69,5
1988								
Landwirtschaft, Energie, Bergbau	9,3	3,0	2,3	2,4	6,8	38,0	7,1	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	48,6	48,0	47,0	61,0	58,3	34,1	43,7	50,1
Baugewerbe	1,1	0,3	1,6	1,2	0,6	0,6	1,1	4,4
Dienstleistungen	41,1	48,6	49,2	35,4	34,2	27,2	49,1	44,8
davon:								
-Handel	6,5	6,6	5,3	8,6	3,2	5,0	9,3	8,3
-Verkehr	4,1	2,8	4,3	1,2	5,8	5,3	2,4	4,1
-Post, Kreditinstitute, Ver- sicherungen	2,6	3,4	3,7	1,6	2,2	1,2	4,3	4,1
-Immobilienvermietung, Gastgewerbe	3,2	4,9	4,9	1,9	1,6	1,2	4,6	1,2
-Wissenschaft, Bildung, Verlage, Gesundheitswesen <sup>3)</sup>	1,1	1,2	1,3	1,2	0,6	0,9	1,8	0,7
-Sonstige Dienst- leistungen <sup>4)</sup>	21,9	28,2	27,7	19,6	18,4	12,0	24,2	25,0
-Staat, private Organisa- tionen o.E.	1,7	1,5	2,0	1,4	2,3	1,6	1,3	1,4
Vorleistungen aus Baden- Württemberg	100	100	100	100	100	100	101	100
Anteil an Vorleistungen insgesamt	53,2	58,6	50,2	53,3	56,1	64,3	44,1	68,4

\*) Vorleistungsbezüge aus baden-württembergischer Produktion. - 1) Einschließlich Feinmechanik/Optik, Herst. v. Uhren. - 2) Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen. - 3) Angegebene Dienstleistungsbereiche, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht. - 4) Unter anderem: Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, technische Beratung, Datenverarbeitung, Werbung, Effektenbörsen und Vermittlung von Bank- und Versicherungsgeschäften, Vermögensverwaltung, Vermietung beweglicher Sachen, Wirtschaftsverbände, Wäscherei und Reinigung.

Quelle: Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg.

deutung der zunehmenden Verflechtung zwischen Waren- und Dienstleistungsproduktion für die Entwicklung des Dienstleistungssektors in Baden-Württemberg beizumessen ist. Dabei spielt eine wesentliche Rolle, daß Dienstleistungen zwar grundsätzlich auch überregional und international nachgefragt und bezogen werden können, die vorteilhafte Nähe zwischen Anbieter und Nachfrager aber in der Regel doch den Ausschlag für die Auftragsvergabe an Firmen in regionaler Reichweite gibt.

## Exkurs: Internationaler Handel mit Dienstleistungen

Der Aspekt des internationalen Handels mit Dienstleistungen soll an dieser Stelle nur mit einigen Erläuterungengestreift werden. Etwa 3 % der baden-württembergischen Dienstleistungsproduktion entfallen unmittelbar auf den Auslandsexport von Diensten. Eine nach Dienstleistungsarten untergliederte Gesamtauswertung der tertiären Exporte Baden-Württembergs anhand der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank würde gründlicher Vorarbeiten bedürfen und kann möglicherweise im Rahmen weiterer Untersuchungen vorgenommen werden.

Der internationale Dienstleistungshandel<sup>28</sup> beläuft sich im Wert auf knapp ein Viertel der globalen Warenexporte.<sup>29</sup> Das Wachstum der Dienstleistungsexporte lag in den 80er Jahren leicht, aber nicht gravierend über der Entwicklung des weltweiten Warenaustauschs. Die Bundesrepublik Deutschland war dabei 1990 mit einem Weltmarktanteil von über 8 % der drittgrößte Exporteur von Dienstleistungen (USA: 15 %, Frankreich: 10 %); auf der Importseite stand Deutschland mit einem Anteil von 10 % ebenfalls auf Rang 3 (USA: 13 %, Japan: gut 10 %). Wie Japan, so weist auch die Bundesrepublik, allerdings in geringerem Umfang, traditionell eine defizitäre Dienstleistungsbilanz auf. Die betreffenden Ausgaben sind also höher als die Einnahmen - bei einer „Deckungsquote“ von zirka 80 % (Japan: 50 %). Die längerfristig günstigen Außenwirtschaftspositionen Deutschlands und Japans basieren folglich auf den ausgeprägten Stärken im Warenhandel, wobei die Dienstleistungen an der gesamten Güterausfuhr (Waren und Dienste) unterproportional beteiligt sind im Vergleich mit anderen Industrieländern.

Die Unternehmensstruktur der Bundesrepublik hat im Hinblick auf internationale Dienstleistungsaktivitäten - ob von Beratungsfirmen, Kreditinstituten, Versicherungen über Werbung und Design bis hin zu den Medien-

konzernen und zur Filmkunst - sicherlich nicht das markante Profil wie im Bereich der weltweit tätigen Industrieunternehmen. Dennoch ist die internationale Stellung Deutschlands als Dienstleistungsstandort besser, als dies in den zuvor zitierten Angaben zum Ausdruck kommt - kennzeichnend ist jedoch die enge Verknüpfung mit dem Produzierenden Gewerbe. So lassen sich die Erfolge insbesondere bei den technologieintensiven Warenexporten nur durch den Einsatz qualifizierter und zum Teil hochspezialisierter Dienste, sei es komplementär oder als Vorleistungen, erzielen. In den Ergebnissen der Warenausfuhr sind insofern indirekte Dienstleistungsexporte in erheblichem Umfang enthalten. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß deutsche Exportunternehmen komplementäre Dienstleistungen, wie Service und Beratung, vor Ort in den jeweiligen Absatzmärkten durch spezielle Tochterfirmen und Niederlassungen erbringen. Auch Dienstleistungen etwa von heimischen Banken und Versicherungen werden häufig ortsgebunden im Ausland erstellt und sind somit nicht im Dienstleistungshandel erfaßt.

Die Internationalisierung der Wirtschaftsaktivitäten wurde in den 80er Jahren weltweit durch forcierte Direktinvestitionen vorangetrieben. Diese Entwicklung manifestiert sich nun vor allem auch in wichtigen Dienstleistungssparten. Dabei schlägt zu Buche, daß dem Export von Dienstleistungen durch räumliche Entfernungen, Reglementierungen sowie durch sprachliche und kulturelle Barrieren häufig engere Grenzen gesetzt sind als der Ausfuhr von Waren. Gleichwohl sind insbesondere mit Unterstützung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken beträchtliche Schübe im internationalen Handel mit Dienstleistungen zu erwarten. Die spezielle Behandlung der Dienstleistungen im Rahmen des neuen GATT-Abkommens verweist einerseits auf den Nachholbedarf bei der diesbezüglichen Liberalisierung, zeigt aber andererseits auch, welche Bedeutung dem internationalen Dienstleistungshandel schon jetzt und verstärkt für die Zukunft beigemessen wird. Die internationale Arbeitsteilung wird sich jedenfalls zunehmend in Richtung Dienstleistungen erweitern und vertiefen. So lassen sich nicht nur einfache Dienstleistungstätigkeiten, wie Schreibarbeiten und Dateneingabe, bei entsprechend großem Umfang kostengünstig in Niedriglohnländer verlagern. Auch anspruchsvolle Dienste, beispielsweise Softwareerstellung, Konstruktions- und Planungsarbeiten, werden vermehrt in Schwellen- und Entwicklungsländern mit ausreichend verfügbaren und gut ausgebildeten Fachkräften (wie etwa Indien) angesiedelt.<sup>30</sup> Damit deutet sich bereits an, daß auch manche Dienstleistungen, soweit räumlich transferierbar, unter den Druck der Kostenkonkurrenz geraten, der die Hochlohnstandorte

<sup>28</sup> Einschließlich Reiseverkehr, ohne grenzüberschreitende Faktoreinkommen (z.B. Kapitalerträge).

<sup>29</sup> Zu dieser und den folgenden Angaben: Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Internationaler Dienstleistungshandel..., S.73 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Schnitzler, Lothar: Globale Dienstleistungen-Made in Irgendwo. in: Wirtschaftswoche, Nr. 1/2 vom 07.01.1994, S.54 ff.

zu verstärkten Innovationen und Rationalisierungen und mitunter auch zu partiellen Verlagerungen mit anschließend günstigerem Kostenmix zwingt.

## **Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im institutionellen Dienstleistungssektor**

Die Beschäftigtenstatistik erfaßt rund 80 % der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg. Ausgenommen sind die Selbständigen und die Beamten. Die folgenden Aussagen beziehen sich damit nur auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die Ausklammerung der Selbständigen und Beamten hat mehr als nur marginale Folgen für die festzustellenden Absolut- und Strukturwerte. Das Gewicht der öffentlichen Aktivitäten wird hier ebenso unterzeichnet wie das Gewicht einiger haushalts-, human- und insbesondere auch unternehmensorientierter Dienstleistungen, deren Tätigkeitsstruktur stark von den Selbständigen geprägt wird. Die Bedeutung des Dienstleistungssektors wird insofern nicht in vollem Umfang wiedergegeben. So ergibt die institutionelle Abgrenzung für Baden-Württemberg im Jahr 1993 nach der Beschäftigtenstatistik noch immer ein leichtes Übergewicht des Produzierenden Gewerbes (Anteil: 51 %) gegenüber dem tertiären Sektor (*Tabelle 11*). Im gesamten westlichen Bundesgebiet dominierte hingegen der Dienstleistungssektor bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 55 %. Bei den sektoralen Anteilen des Landes an den Beschäftigten im westlichen Bundesgebiet werden wiederum dieselben Größenordnungen wie zuvor bei der Erwerbstätigkeit insgesamt ersichtlich. Während fast ein Fünftel der Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe auf Baden-Württemberg entfiel, waren es 1993 im Durchschnitt der Dienstleistungsbranchen lediglich knapp 15 %.

Was die Veränderungsraten anbelangt, so führt die Nichtberücksichtigung der Selbständigen und Beamten nicht zu einer wesentlichen Verzerrung der Ergebnisse. Die Dynamik der Dienstleistungssparten schlägt sich - wie schon gezeigt - ebenso in wachsender Tätigkeit von Selbständigen als auch in wachsenden Arbeitnehmerzahlen nieder. Entsprechend günstig waren die Wirkungen für den Arbeitsmarkt in der hier betrachteten Zeitspanne seit 1980. Die Dienstleistungszweige waren mit durchschnittlich + 33 % die Träger der Beschäftigtenzunahme, während im Produzierenden Gewerbe in Baden-Württemberg (- 3 %) - und noch stärker im westlichen Bundesgebiet (- 7 %) - 1993 weniger Personen als 1980 beschäftigt waren. Überwiegend unternehmensorientierte Branchen, wie die sonstigen Dienstleistungen mit + 115 %, die Handelsvermittlung mit + 131 % und die Rechts- und Wirtschaftsberatung (einschließlich Ingenieurbüros, Werbung u.a.) mit + 96 %, hatten dabei die mit Abstand höchsten Zuwachsraten in der Beschäftigung. Andererseits zeigt der

Anstieg der Arbeitnehmerzahl bei den Gaststätten und Beherbergungsbetrieben sowie im Gesundheits- und Veterinärwesen um jeweils mehr als die Hälfte, daß mitunter auch die eher haushalts- und humanbezogenen Dienstleistungen erhebliche Beiträge zum tertiären Beschäftigungswachstum leisteten. Die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen haben ihre Belegschaften um 31 bzw. 28 % erhöht.

## **Konjunkturelle Beeinträchtigungen am aktuellen Rand**

Die Dienstleistungsbranchen sind insgesamt in aller Regel geringeren Konjunkturschwankungen unterworfen als das Produzierende Gewerbe. Bei der Heterogenität des Dienstleistungssektors ist jedoch auch der Aspekt der konjunkturellen Empfindlichkeit durchaus differenziert zu beurteilen. Manche Sparten, wie etwa das Bildungs- oder Gesundheitswesen, sind weitgehend konjunkturreisistent, einzelne - nicht nur die Arbeitsämter, sondern auch spezielle Dienste der Unternehmensberatung - werden gar in Krisenzeiten eher verstärkt in Anspruch genommen. Die Geschäftssituation anderer Branchen, etwa des Einzel- und Großhandels und mancher unternehmens- wie auch haushaltsorientierter Dienste, ist hingegen eng mit der allgemeinen Wirtschaftslage verknüpft. Die Betroffenheit des Dienstleistungssektors insgesamt und seiner einzelnen Bereiche steht dabei in Abhängigkeit von den auslösenden und verstärkenden Einflußfaktoren des konjunkturellen Abschwungs und von der damit verbundenen zeitlichen Abfolge der sektoralen Rezessions-schwerpunkte bis hin zur einsetzenden Erholungsphase. So nahm die im wesentlichen ölpreisinduzierte Rezession der frühen 80er Jahre (mit unmittelbarem Kaufkraftentzug) einen teilweise anderen Verlauf als die konjunkturelle Talfahrt zu Beginn der 90er Jahre, die von nachlassenden Investitionen und Exporten eingeleitet wurde. Der Konjunkturabschwung am Anfang der 90er Jahre konzentrierte sich zunächst fast ausschließlich auf das Verarbeitende Gewerbe und darunter insbesondere auf die tragenden Investitionsgüterbranchen; die Beeinträchtigungen waren hier wesentlich stärker als in den Jahren 1980 bis 1982. Erst mit zunehmender Dauer und Intensität des industriellen Abschwungs und im Zuge gravierender Arbeitsplatzverluste und realer Einkommenseinbußen griffen die konjunkturellen Effekte auf den Dienstleistungssektor über. Aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte und der vorgenommenen Anhebungen von Steuern, Gebühren und Abgaben haben sich diese Effekte verstärkt. Andere Reaktionen, wie die Tendenz zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, werden zwar kurzfristig eher Beschäftigungseinbußen zur Folge haben, lassen aber auf längere Sicht nicht unerhebliche Zusatzimpulse für den Dienstleistungssektor erwarten. Effizienzsteigerungen und eine Stärkung des Wettbewerbs werden sich letztlich auch positiv für die Beschäftigung auswirken.



Tabelle 11

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1980 bis 1993\*) nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschaftszweig	Baden-Württemberg				Westliches Bundesgebiet		
	Beschäftigte 1993	Struktur <sup>1)</sup>	Veränderung gegen 1980	Anteil am Bund	Beschäftigte 1993	Struktur <sup>1)</sup>	Veränderung gegen 1980
	1000	%			1000	%	
Land- und Forstwirtschaft	33	0,9	2,5	14,9	219	0,9	-0,7
Produzierendes Gewerbe	1951	50,7	-2,7	19,3	10112	43,7	-6,5
davon							
Energiewirtschaft, Wasserversorgung,							
Bergbau	37	0,9	18,9	8,7	417	1,8	-12,7
Verarbeitendes Gewerbe	1652	42,9	-3,5	20,4	8105	35,1	-6,1
Baugewerbe	262	6,8	-0,5	16,5	1590	6,9	-6,3
Dienstleistungssektor	1865	48,5	33,3	14,6	12790	55,3	29,0
Handel	482	12,5	19,9	14,6	3308	14,3	13,6
davon							
Großhandel	161	4,2	7,7	14,3	1125	4,9	9,6
Handelsvermittlung	59	1,5	130,9	22,0	266	1,1	66,6
Einzelhandel	263	6,8	15,5	13,7	1917	8,3	11,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	149	3,9	22,4	12,6	1180	5,1	18,2
Kreditinstitute	112	2,9	30,9	16,5	681	2,9	26,5
Versicherungsgewerbe	38	1,0	27,5	13,5	284	1,2	26,7
Gaststätten und Beherbergung	140	3,6	53,1	15,1	928	4,0	53,4
Reinigung und Körperpflege	50	1,3	27,5	13,0	390	1,7	29,8
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	154	4,0	23,7	15,4	997	4,3	24,0
Gesundheits- und Veterinärwesen	232	6,0	52,5	15,6	1488	6,4	49,2
Rechts- und Wirtschaftsberatung usw. <sup>2)</sup>	65	1,7	95,9	15,6	1052	4,6	81,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	153	4,0	115,1	11,8	452	2,0	78,4
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte	76	2,0	54,8	13,3	568	2,5	58,8
darunter							
Kirchen, religiöse u. weltanschauliche Vereinigungen	24	0,6	54,7	15,5	156	0,7	54,2
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige	46	1,2	76,2	12,2	377	1,6	78,6
Gebietskörperschaften	186	4,8	7,6	14,8	1251	5,4	5,7
Sozialversicherung	29	0,7	28,8	13,5	212	0,9	32,9
<b>Beschäftigte Insgesamt <sup>4)</sup></b>	<b>3848</b>	<b>100</b>	<b>11,9</b>	<b>16,6</b>	<b>23123</b>	<b>100</b>	<b>10,3</b>

\*) Stand jeweils 30. Juni. - 1) Anteile an den Beschäftigten insgesamt. - 2) Einschließlich Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute, Wirtschaftswerbung, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Vermögensverwaltung. - 3) Ausstellungs- und Messwesen, Schaustellung, Wett- und Lotteriewesen, Leihhäuser und Versteigerungsgewerbe, Vermietung beweglicher Sachen, Bewachung, Aufbewahrung, Botendienste, Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellen- und Ehevermittlung, fotografisches Gewerbe, Abfüll- und Verpackungsgewerbe sowie hygienische Einrichtungen. - 4) Einschließlich Beschäftigte ohne Angabe des Wirtschaftszweigs.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Die Beschäftigtenzahlen belegen, daß sich noch 1992, als im Verarbeitenden Gewerbe die rezessive Schwelle bereits unterschritten wurde, die konjunkturellen Beeinträchtigungen im Dienstleistungsbereich sehr in Grenzen hielten (Tabelle 12). Die Beschäftigung war insgesamt wie auch durchweg in den einzelnen Branchen noch spür-

bar aufwärts gerichtet. Im gesamtwirtschaftlichen Rezessionsjahr 1993 änderte sich demgegenüber die Verlaufsrichtung in einigen Sparten. So wurden nun im Groß- und Einzelhandel, in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Reinigung und Körperpflege, bei den sonstigen Dienstleistungen und schließlich auch

Tabelle 12

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1991 bis 1993<sup>\*)</sup>**

- Veränderungsraten in % -

Wirtschaftszweig	Baden-Württemberg			Westliches Bundesgebiet		
	1993 gegen 1992	1992 gegen 1991	1993 gegen 1991	1993 gegen 1992	1992 gegen 1991	1993 gegen 1991
Land- und Forstwirtschaft	-0,6	-0,2	-0,8	-1,4	-0,8	-2,2
Produzierendes Gewerbe	-5,9	-0,7	-6,6	-4,8	-0,7	-5,5
davon						
Energiewirtschaft, Wasserversorgung,						
Bergbau	-0,2	1,1	0,9	-2,2	-2,2	-4,4
Verarbeitendes Gewerbe	-7,0	-1,4	-8,3	-6,1	-1,2	-7,3
Baugewerbe	0,7	4,4	5,1	1,7	2,8	4,5
Dienstleistungssektor	1,0	3,5	4,5	0,9	3,5	4,4
Handel	0,1	2,7	2,8	-0,3	2,9	2,6
davon						
Großhandel	-1,9	2,1	0,1	-1,0	3,1	2,0
Handelsvermittlung	11,0	7,4	19,3	5,6	6,2	12,2
Einzelhandel	-0,8	2,2	1,4	-0,7	2,4	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-1,6	4,1	2,4	-1,6	2,9	1,3
Kreditinstitute	2,2	2,7	4,9	2,0	2,6	4,6
Versicherungsgewerbe	1,4	2,6	4,0	1,5	4,2	5,7
Gaststätten und Beherbergung	3,5	4,2	7,8	3,0	4,2	7,4
Reinigung und Körperpflege	-1,5	2,7	1,2	0,1	4,1	4,2
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	1,4	2,5	3,9	1,4	2,9	4,3
Gesundheits- und Veterinärwesen	2,3	4,9	7,2	2,7	5,0	7,8
Rechts- und Wirtschaftsberatung usw. <sup>1)</sup>	5,4	6,2	11,9	5,5	7,4	13,3
Sonstige Dienstleistungen <sup>2)</sup>	-3,9	6,5	2,4	-1,8	5,5	3,6
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte	3,4	4,8	8,4	2,5	4,7	7,3
darunter						
Kirchen, religiöse u. weltanschauliche Vereinigungen	4,5	2,0	6,7	3,4	4,2	7,8
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige	3,3	7,3	10,8	2,5	5,5	8,2
Gebietskörperschaften	-1,8	1,0	-0,8	-1,6	0,0	-1,6
Sozialversicherung	1,4	3,2	4,7	1,3	5,2	6,6
<b>Beschäftigte insgesamt<sup>3)</sup></b>	<b>-2,7</b>	<b>1,2</b>	<b>-1,5</b>	<b>-1,7</b>	<b>1,5</b>	<b>-0,2</b>

<sup>\*)</sup> Stand jeweils 30. Juni. - 1) Einschließlich Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute, Wirtschaftswerbung, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Vermögensverwaltung. - 2) Ausstellungs- und Messewesen, Schaustellung, Wett- und Lotteriewesen, Leihhäuser und Versteigerungsgewerbe, Vermietung beweglicher Sachen, Bewachung, Aufbewahrung, Botendienste, Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellen- und Ehevermittlung, fotografische Gewerbe, Abfüll- und Verpackungsgewerbe sowie hygienische Einrichtungen. -

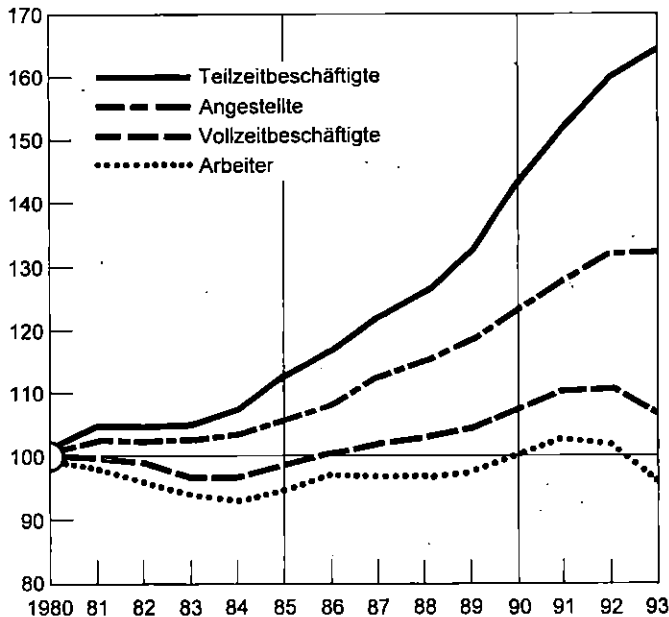
3) Einschließlich Beschäftigte ohne Angabe des Wirtschaftszweigs.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Schaubild 5

### Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg seit 1980 nach Arbeitern und Angestellten sowie nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten

1980 = 100



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

218 94

bei den Gebietskörperschaften in Baden-Württemberg Stellen abgebaut (Datenstand: 30. Juni 1993). Kräftige Stellenerweiterungen waren nur noch vereinzelt, wie in der Handelsvermittlung und in der Rechts- und Wirtschaftsberatung, zu verzeichnen, so daß sich die Arbeitsplatzzugewinne im tertiären Sektor insgesamt deutlich abschwächten (+ 1 %). Die alles in allem gedämpfte Entwicklung, möglicherweise mit leichten Einbußen in einzelnen unternehmensorientierten, aber wohl vorwiegend in verbrauchernahen Sparten, dürfte sich 1994 zunächst fortsetzen. Der Dienstleistungssektor wurde erst mit erheblicher Verzögerung von den konjunkturellen Beeinträchtigungen erfaßt - so jedenfalls in beachtlichen Teilen -, er dürfte nun auch eher verspätet von den Impulsen einer in erster Linie export- und allmählich auch investitions gestützten Belebung profitieren und sodann auf seinen längerfristigen Wachstumspfad zurückkehren.

### Hoher Frauenanteil und zunehmende Teilzeitbeschäftigung

Mit dem sektoralen und funktionalen Strukturwandel verändern sich die Inhalte und Strukturen der Arbeitswelt. Ein Kennzeichen dieser Entwicklung ist der wachsende

Anteil der Angestellten. Von 1980 bis 1993 stieg in Baden-Württemberg die Zahl der Angestellten insgesamt um 33 %, während 1993 die Zahl der Arbeiter um 4 % unter dem Stand von 1980 lag (Schaubild 5). Der Anteil der Angestellten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhöhte sich damit von 43 auf 50 % (Anhangtabelle 4). Im Produzierenden Gewerbe kletterte der Angestelltenanteil von 28 auf 34 % - der Expansion im Angestelltenbereich um 16 % von 1980 bis 1993 stand eine um 10 % abnehmende Stellenzahl bei den Arbeitern gegenüber.

Die deutliche Mehrheit der Angestellten arbeitet jedoch im Dienstleistungssektor; hier ist im betrachteten Zeitraum der Angestelltenanteil von 65 auf 70 % gestiegen. Das Personal einiger Branchen, wie des Versicherungsgewerbes, der Kreditinstitute und der Rechts- und Wirtschaftsberatung, besteht zu über 90 % aus Angestellten. In anderen Sparten, so in der Reinigung und Körperpflege sowie in den Bereichen Verkehr/Nachrichtenübermittlung und Gaststätten/Beherbergung, dominiert hingegen die Tätigkeit von Arbeitern. Die Beschäftigtenzunahme im Dienstleistungssektor entfiel zwar überwiegend, aber nicht ausschließlich auf die Angestellten (+ 43 %). Es wurden gegenüber 1980 auch um 16 % mehr Arbeiter in den tertiären Sparten beschäftigt. Damit konnten die Verluste an Arbeitsplätzen von Arbeitern im Produzierenden Gewerbe rein quantitativ immerhin teilweise ausgeglichen werden. In qualitativer Hinsicht sind freilich auch die unterschiedlichen Tätigkeitsprofile von Arbeitern in Dienstleistungs- und Industriebranchen zu berücksichtigen. Gleichwohl zeigt diese Entwicklung, daß sich im Zuge der tertiären Dynamik mitunter auch zusätzliche Beschäftigungschancen für Arbeiter eröffnen. Insgesamt zielt der Strukturwandel aber eindeutig in Richtung eines wachsenden Anteils von Angestellten-tätigkeiten.

Mit einem Anteil von 12 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war der Umfang an Teilzeitbeschäftigung in Baden-Württemberg auch im Jahr 1993 noch recht bescheiden (Anhangtabelle 4). Die Stellenentwicklung seit 1980 gibt allerdings einen deutlichen Trend zugunsten vermehrter Teilzeitbeschäftigung zu erkennen (Anteil 1980: 8 %). Während die Zahl der Vollzeit-arbeitsplätze im Jahr 1993 das Niveau von 1980 um 7 % übertraf, wurden gleichzeitig um 64 % mehr Teilzeitstellen ermittelt. Die Stellen mit geringerer als der üblichen Wochenarbeitszeit wurden dabei überwiegend im Dienstleistungssektor geschaffen - im Produzierenden Gewerbe stieg der Anteil der Teilzeitbeschäftigten lediglich von 4 auf mittlerweile 5 %. Im Dienstleistungsbereich arbeiteten hingegen 1993 bereits gut 19 % und damit etwa ein Fünftel aller Beschäftigten mit Teilzeitverträgen. Anteile von teilweise weit über 20 % an Teilzeitbeschäftigten waren in der Wissenschaft, Kunst und Publizistik, bei den Organisationen ohne Erwerbszweck, im Einzelhandel, bei den Gebietskörperschaften, in der Reinigung und Körperpflege sowie im Gesundheits- und Veterinärwesen zu verzeichnen. Der Tertiarisierungsprozeß schafft zweifel-

los erweiterte Spielräume für eine insgesamt noch wesentlich stärkere Realisierung von Teilzeitbeschäftigung - auch zur Milderung der Probleme am Arbeitsmarkt. Größere Schritte in dieser Richtung können jedoch allgemein und speziell auch in den Dienstleistungszweigen nur erfolgen, wenn vermehrt auch Tätigkeiten mit höheren und hohen Qualifikationsanforderungen in den Kreis der Teilzeitbeschäftigung einbezogen werden. Nach wie vor werden über 90 % der Teilzeitarbeitsplätze, und zwar sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor, von Frauen wahrgenommen.

Mit dem strukturellen Vormarsch der Dienstleistungsbranchen verbessern sich tendenziell die Erwerbschancen der Frauen. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf Teilzeitarbeit. Während von 1980 bis 1993 der Frauenanteil im Produzierenden Gewerbe von 29 auf 27 % zurückging, ist er im Dienstleistungssektor von stattlichen 56 weiter auf 59 % gestiegen (*Anhangtabelle 4*). Damit ergab sich auch bei den sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten insgesamt ein von 40 auf knapp 43 % erhöhter Anteil der Frauen. Die entsprechenden Anteile sind jedoch in den einzelnen tertiären Branchen sehr unterschiedlich. So reicht die Spanne von 32 % im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung bis zu 82 % im Gesundheits- und Veterinärwesen. Es zeigt sich noch immer übereinstimmend mit dem hergebrachten Rollenverständnis, daß der Frauenanteil bei den traditionellen Haushalts- und Humandienstleistungen signifikant höher ist als in den stärker unternehmensorientierten Sparten oder auch im öffentlichen Dienst. Dennoch: Mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze etwa von Kreditinstituten wie auch der Rechts- und Wirtschaftsberatung werden von Frauen besetzt.

### Der Dienstleistungssektor in funktionaler Abgrenzung

Im Unterschied zu den bisherigen Darstellungen wird der tertiäre Sektor nun nicht mehr nach Branchen (Unter-

Tabelle 13  
**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1993\*) nach Berufen\*\*) und nach Geschlecht**

Beruf	Baden-Württemberg				Westliches Bundesgebiet		
	Beschäftigte	Struktur <sup>1)</sup>	Frauenanteil	Anteil am Bund	Beschäftigte	Struktur <sup>1)</sup>	Frauenanteil
	1000	%			1000	%	
Fertigungsberufe <sup>2)</sup>	1462	38,0	21,2	17,9	8145	35,2	18,1
Dienstleistungsberufe <sup>3)</sup>	2378	61,8	56,0	15,9	14931	64,6	55,5
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	116	3,0	6,1	20,5	563	2,4	6,8
Techniker, technische Sonderfachkräfte	203	5,3	20,6	18,2	1114	4,8	19,5
Warenkaufleute	290	7,5	63,4	15,5	1872	8,1	64,8
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe <sup>4)</sup>	149	3,9	50,7	15,3	972	4,2	49,7
Verkehrsberufe	256	6,7	19,8	15,1	1700	7,4	16,6
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	741	19,3	69,1	16,0	4621	20,0	66,6
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	41	1,1	19,1	13,2	308	1,3	19,6
Schriftwerkschaffende,- ordnende u. künstl. Berufe	30	0,8	48,5	15,1	196	0,8	46,0
Gesundheitsdienstberufe <sup>5)</sup>	206	5,3	84,7	15,1	1361	5,9	84,3
Sozial- und Erziehungsberufe	145	3,8	67,7	16,3	886	3,8	68,5
Allgemeine Dienstleistungsberufe <sup>6)</sup>	202	5,2	82,1	15,1	1340	5,8	79,7
Sonstige Berufe	9	0,2	30,6	19,4	46	0,2	28,9
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>3848</b>	<b>100</b>	<b>42,7</b>	<b>16,6</b>	<b>23123</b>	<b>100</b>	<b>42,2</b>

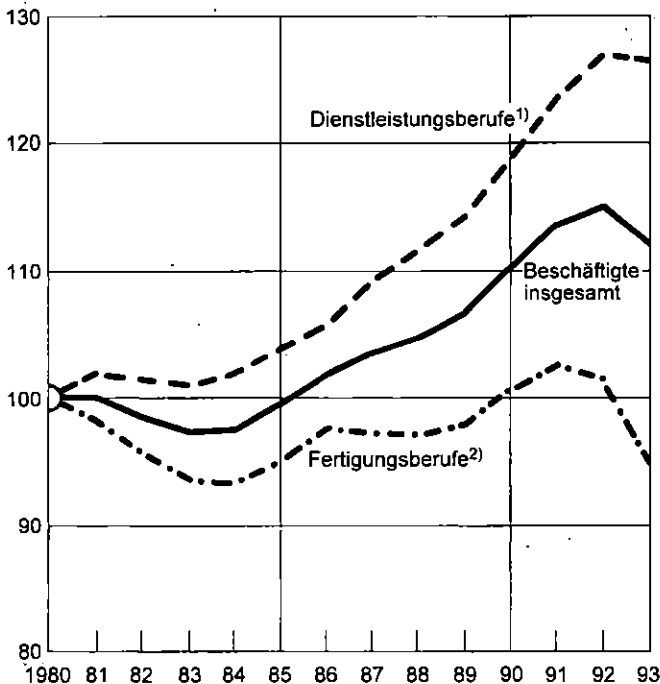
\*) Stand 30. Juni.- \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf.- 1) Anteile an den Beschäftigten insgesamt.- 2) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute.- 3) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe.- 4) Darunter Bank- und Versicherungskaufleute.- 5) Einschließlich anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe.- 6) Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Schaubild 6

### Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg nach ausgeübten Berufen seit 1980

1980 = 100



1) Im weiteren Sinne: einschließlich technischer Berufe. - 2) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

212 94

nehmen mit Schwerpunkt), sondern nach Tätigkeiten abgegrenzt. In der zunächst weiterhin heranzuziehenden Beschäftigtenstatistik werden hierzu die Berufe im Sinne der ausgeübten Tätigkeiten erfaßt. Diese Angaben beziehen sich auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Abschließend werden die beruflichen Tätigkeiten im Lichte des Mikrozensus betrachtet.

Im Jahr 1993 arbeiteten 62 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg in Dienstleistungsberufen (Tabelle 13). Selbst ohne Berücksichtigung der Selbständigen und Beamten ist damit der Anteil des Dienstleistungssektors in funktionaler Abgrenzung deutlich höher als bei institutioneller Betrachtung der Erwerbstätigen (54 %). Weniger als zwei Fünftel der Arbeitnehmer entfielen 1993 auf die Fertigungsberufe - hier zu verstehen als sekundärer Sektor unter Einschluß der land- und forstwirtschaftlichen Berufe. Während der Frauenanteil bei den Fertigungsberufen nur 21 % betrug, belief er sich bei den Dienstleistungsberufen auf 56 %. Die Spanne reichte allerdings von geringen 6 % bei den Ingenieuren<sup>31</sup> bis zu 85 % bei den Gesundheitsdienst-

berufen. Damit ist sowohl in institutioneller als auch in funktionaler Abgrenzung zu konstatieren, daß der Dienstleistungssektor mehrheitlich von der Frauen-Erwerbstätigkeit getragen wird.

Die mit Abstand stärkste Gruppe unter den Dienstleistungstätigkeiten bilden die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe mit einem Anteil von 19 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Diese funktionale Dienstleistungssparte zählt somit allein schon halb soviel Beschäftigte wie die Fertigungsberufe insgesamt. Es folgen, mit Anteilen von jeweils 5 bis knapp 8 % an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Warenkaufleute, die Verkehrsberufe, die Techniker, die Gesundheitsdienstberufe und die allgemeinen Dienstleistungsberufe. Insgesamt hat die Zahl der Dienstleistungsberufe von 1980 bis 1993 um 26 % zugenommen, während 1993 um 5 % weniger Fertigungsberufe als 1980 verzeichnet wurden (Schaubild 6). Über den gesamten Betrachtungszeitraum ist folglich der Stellenzuwachs ausschließlich auf die expandierenden Tertiärfunktionen zurückzuführen. Daß hierbei jedoch erhebliche Unterschiede in der Entwicklungsdynamik gegeben waren, wird aus Schaubild 7 ersichtlich. Mit weit über 60 % sind die Zahlen der Gesundheitsdienstberufe sowie der beschäftigten Ingenieure enorm gestiegen. Dahinter rangierten die Sozial- und Erziehungsberufe (+ 56 %) und die Dienstleistungskaufleute<sup>32</sup> (+ 41 %) mit ebenfalls beträchtlichen Steigerungsraten. Die Beschäftigten in allgemeinen Dienstleistungsberufen (+ 7 %) und in Verkehrsberufen (+ 6 %) haben demgegenüber nur relativ moderat zugenommen. Die übrigen tertiären Berufsgruppen wiesen Zuwachsraten in einer mittleren Größenordnung von 20 bis 26 % auf. Insgesamt ist festzustellen, daß neben den spezialisierten wirtschafts- und technikorientierten Dienstleistungsfunktionen insbesondere auch die Humandienste an Bedeutung gewonnen haben.

### Kein wesentlicher Rückstand im funktionalen Tertiärisierungsgrad

Der sich in der insgesamt kräftigen Zunahme tertiärer Tätigkeitsfelder manifestierende Strukturwandel vollzieht sich auf Landes- und Bundesebene weitgehend parallel und mit ähnlicher Intensität. Kennzeichnend für Baden-Württemberg ist allerdings ein stärkerer Komplementaritätsbezug zur Technik und Warenproduktion. So waren 1993 nicht weniger als 21 % der Ingenieure und 18 % der Techniker des westlichen Bundesgebiets im Südwesten beschäftigt. Die übrigen tertiären Berufsgruppen waren zumeist mit Anteilen von 15 bis 16 % und damit entsprechend dem Bevölkerungsgewicht (15,6 %) am westlichen Bundesgebiet beteiligt; hier macht sich das

31 Hier wie im folgenden: einschließlich Mathematiker, Chemiker, Physiker und anderer akademischer Berufe mit technischer Ausrichtung.

32 Hier wie im folgenden: einschließlich Bank- und Versicherungskaufleute.

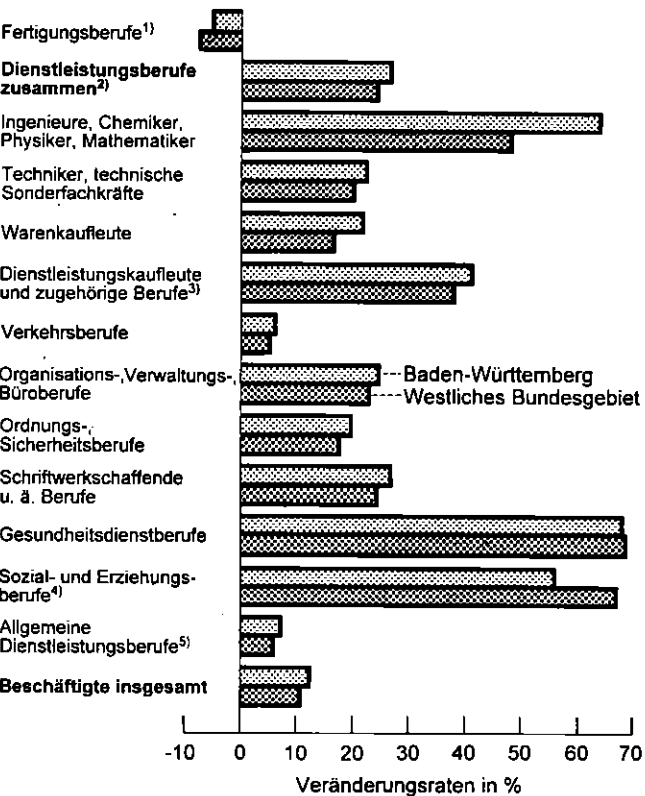
Fehlen einer überregionalen Dienstleistungsmetropole bemerkbar. Bezogen auf die Einwohnerzahl ist insgesamt die Dichte an tertiären Tätigkeiten zwar wesentlich niedriger als in Hessen, jedoch etwas höher als in Bayern sowie im westlichen Bundesdurchschnitt und sogar deutlich höher als in Nordrhein-Westfalen und in Niedersachsen (Tabelle 14). Noch erheblich ausgeprägter ist freilich der Vorsprung des Landes bei der Dichte an Fertigungsberufen. Dies schlägt sich in der strukturellen Gewichtung nieder. So ist der Beschäftigtenanteil der Dienstleistungsberufe bundesweit mit knapp 65 % doch höher als in Baden-Württemberg, wenngleich der Unterschied bei der funktionalen Sektorengewichtung wesentlich geringer ist als in der institutionellen. Der strukturelle Anteil der Dienstleistungsberufe ist in Bayern und Niedersachsen nur geringfügig höher, gegenüber Nordrhein-Westfalen ist die strukturelle Abweichung etwas auffälliger, wirklich signifikant ist sie indessen nur im Vergleich mit Hessen. Alles in allem läßt sich damit kein wesentlicher Rückstand des Landes im funktionalen Tertiarisierungsgrad gegenüber dem Bundesgebiet erkennen.

Bei den Veränderungsraten der Dienstleistungsberufe von 1980 bis 1993 konnte Bayern unter den ausgewählten Bundesländern die günstigste Entwicklung verzeichnen. Der deutliche Vorsprung gegenüber dem Verlauf auf Bundesebene wurde hier von einer überdurchschnittlichen Dynamik in sämtlichen tertiären Berufsgruppen, von den technischen Berufen über die Kaufleute und Verwaltungstätigkeiten bis hin zu den Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen, getragen (Anhangtabelle 5). Auch Baden-Württemberg konnte, allerdings nicht in diesem Ausmaß, überdurchschnittliche Expansionsraten bei den tertiären Tätigkeiten insgesamt und in den meisten der einzelnen Berufsgruppen verzeichnen; besonders ausgeprägt war der Vorsprung bei den zusätzlichen Stellen für Ingenieure. In der Entwicklung der Dienstleistungsberufe insgesamt lag Baden-Württemberg damit knapp hinter Hessen, das jedoch andererseits bei den Fertigungsberufen einen stärkeren Rückgang aufwies. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen nahm die tertiäre Beschäftigung zwar durchaus beträchtlich, im Vergleich zum Bundesgebiet gleichwohl unterdurchschnittlich zu.

### Tertiarisierung impliziert höhere Anforderungen an die berufliche Qualifikation

Der anhaltende Trend zur Rationalisierung und Automatisierung, der Einsatz modernster Technik in Verbindung mit neuen Formen der Arbeitsorganisation und das Anwachsen spezialisierter Dienstleistungsfunktionen in den diversen Unternehmensbereichen - all diese Entwicklungen gehen zu Lasten der Hilfs- und Anlern Tätigkeiten und führen zu einem höheren Bedarf an fachlich gut ausge-

Schaubild 7  
**Veränderung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1993 gegenüber 1980\*) nach ausgeübten Berufen**



\*) Stand jeweils 30. Juni. - 1) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute. - 2) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe. - 3) Darunter Bank- und Versicherungskaufleute. - 4) Einschließlich anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe. - 5) Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe.

bildeten und zum Teil hochqualifizierten Arbeitskräften.<sup>33</sup> Der beschleunigte Wandel von Arbeitsanforderungen und -inhalten erfordert nicht nur höhere berufliche Formalqualifikationen, sondern vor allem auch sogenannte Metaqualifikationen, wie die Fähigkeit zur Kommunikation und Teamarbeit sowie zur raschen und zielgerichteten Aneignung neuen Wissens und neuer Methoden. Dieser Prozeß geht einher mit dem an sich ohnehin vorhandenen Bildungsstreben der Bevölkerung als Ausdruck der Wohlstandsgesellschaft; wer an dieser Entwicklung nicht teilhaben kann oder will, läuft allerdings um so stärker Gefahr, in eine wirtschaftlich-soziale Außenseiterposition zu geraten.

33 Vgl. Qualifikationsbedarf 2000, Endbericht des Arbeitskreises beim Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart 1991, S. 27 ff. Zitierweise: Qualifikationsbedarf 2000...

Tabelle 14

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer 1980 bis 1993\*) nach Berufen\*\*) und ausgewählten Ländern**

Land/Bundesgebiet	Fertigungsberufe <sup>1)</sup>			Dienstleistungsberufe <sup>2)</sup>				
	Beschäftigte 1993	Veränderung gegen 1980	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Beschäftigte 1993	Veränderung gegen 1980	Beschäftigte je 1000 Einwohner	Anteil an den Beschäftigten insgesamt	
	1000	%	1993	1000	%	1993	1980	1993
Baden-Württemberg	1462	-4,8	143	2378	26,4	233	54,7	61,8
Bayern	1597	-3,1	135	2708	33,3	229	54,7	62,7
Hessen	690	-9,9	116	1515	27,7	255	60,2	68,6
Niedersachsen	897	-4,5	118	1513	23,3	199	56,3	62,7
Nordrhein-Westfalen	2147	-9,7	121	3845	19,1	217	57,2	64,1
<b>Bundesgebiet (West)</b>	<b>8145</b>	<b>-6,9</b>	<b>124</b>	<b>14931</b>	<b>23,9</b>	<b>228</b>	<b>57,5</b>	<b>64,6</b>

\*) Stand jeweils 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute. - 2) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Die Tendenz läßt sich anhand von Zahlen ersehen. Während 1980 37 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg über keine Berufsausbildung verfügten, so waren es 1993 nur noch 26 % (*Anhangstabelle 6*). In den Fertigungsberufen reduzierte sich der Anteil der Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung von 48 auf 37 %. Diese Quote ist freilich im Vergleich mit den Dienstleistungsbeschäftigten, von denen 1993 lediglich knapp jeder Fünfte keine Berufsausbildung vorweisen konnte (1980: 28 %), noch relativ hoch. Die Heterogenität der tertiären Tätigkeiten bedingt jedoch erhebliche Unterschiede in den Qualifikationsprofilen der einzelnen Berufsgruppen. So ist die Quote der Beschäftigten ohne Berufsausbildung bei den allgemeinen Dienstleistungsberufen und - in geringerem Umfang - bei den Verkehrsberufen überdurchschnittlich hoch. Diese Sparten konnten von 1980 bis 1993 unter allen tertiären Berufsgruppen auch die mit Abstand geringsten Beschäftigungszunahmen verbuchen. Die stark expandierenden Berufsgruppen, wie Ingenieure, Dienstleistungskaufleute, aber insbesondere auch die Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe, sind hingegen von einem relativ hohen bis sehr hohen Ausbildungsniveau gekennzeichnet. Insgesamt bewirkt die Tertiarisierung damit steigende Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten, wobei sich die Tendenz zu „höherwertigen“ Profilen gerade auch innerhalb der tertiären Tätigkeitsfelder vollzieht.

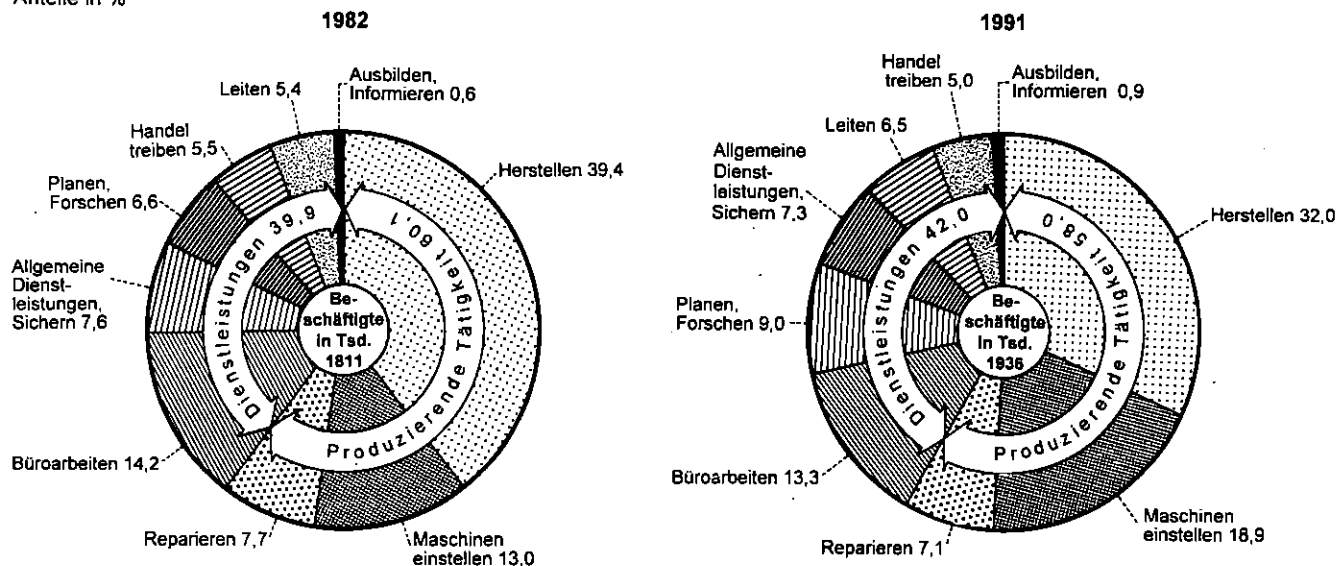
## Dienstleistungsberufe im Verarbeitenden Gewerbe

Während 1993 die Zahl der Fertigungsberufe im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs um fast 10 % unter dem Stand von 1980 lag, erhöhte sich das Personal in dienstleistenden Tätigkeiten um 8 %. Der Anteil der Dienstleistungsberufe stieg damit gemessen an der Gesamtbeschäftigung von knapp 36 auf annähernd 40 % (*Schaubild 8*). Auf Bundesebene war der Anteil der tertiären Berufe mit 39 % etwas geringer.

Wenn somit bereits zwei von fünf Industriebeschäftigten tertiäre Funktionen ausüben, so zeigt dies die Intensität der intra-industriellen Verflechtung von Dienstleistungen und eigentlicher Warenproduktion. Die Tertiarisierung äußert sich insbesondere auch an der unmittelbaren Verknüpfungsstelle zur Fertigung, nämlich im technischen Bereich. So hat von 1980 bis 1993 die Zahl der technischen Berufe insgesamt um 28 % und speziell der Ingenieure sogar um 65 % im Verarbeitenden Gewerbe des Landes zugenommen. Bei den Waren- und Dienstleistungskaufleuten belief sich die Steigerung auf 17 %, darüber hinaus wurden 1993 auch um 5 % mehr Beschäftigte mit Organisations-, Verwaltungs- und Bürotätigkeiten in den Gehaltslisten geführt. Gravierend rückläufig waren hingegen die Verkehrsberufe (- 13 %) und die son-

## Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1982 und 1991 nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit \*)

Anteile in %



\*) Ausführliche Beschreibung der Tätigkeiten siehe Fußnoten von Tabelle 17.

Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

229 84

stigen Dienstleistungsfunktionen (- 22 %), wie Lagerhaltung, Reinigung, Kantinen, Sicherungsdienste usw. Hier haben offensichtlich Rationalisierungen sowie ein erhöhter Fremdbezug massiv zu Buche geschlagen.

### Stark rückläufige Frauenbeschäftigung in der industriellen Fertigung

Die bereits festgestellte Abnahme des Frauenanteils im Produzierenden Gewerbe ist auf die Entwicklung im industriellen Bereich zurückzuführen. So sank der Anteil der beschäftigten Frauen im Verarbeitenden Gewerbe des Landes von 33 % im Jahr 1980 auf mittlerweile 30 %. Während der Frauenanteil bei den Dienstleistungstätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe bei 39 % konstant blieb - ausgehend von sehr niedrigem Niveau, hat sich speziell die Zahl der weiblichen Ingenieure seit 1980 immerhin mehr als vervierfacht -, ging der insgesamt eingetretene Rückgang bei den Fertigungsberufen in erster Linie zu Lasten der Frauen (Anhangtabelle 7). Die Zahl der weiblichen Beschäftigten in industriellen Fertigungsberufen ist von 1980 bis 1993 um 26 % und damit um gut ein Viertel geschrumpft; die männlichen Beschäftigten waren hingegen im selben Zeitraum nur zu 3 % von dem Stellenabbau in der Fertigung betroffen. Die Frauen profitierten damit zwar ebenso wie die Männer von der Aus-

weitung der Dienstleistungsberufe, was jedoch durch die stärkeren Arbeitsplatzverluste im Fertigungsbereich weit mehr als aufgezehrt wurde, so daß im Verarbeitenden Gewerbe 1993 um 12 % weniger Frauen als 1980 beschäftigt waren (Männer: + 0,3 %). Offensichtlich erstreckten sich die fertigungsspezifischen Rationalisierungseffekte, aber auch der industrielle Strukturwandel insgesamt (z.B. die abnehmende Bedeutung der Textil- und Bekleidungsindustrie) schwerpunktmäßig auf Arbeitsplätze, die bislang in relativ hohem Maße von Frauen wahrgenommen wurden.

Das Verhältnis zwischen interner Dienstleistungserstellung und externem Bezug - darunter auch von ausgegliederten Tochterfirmen oder von selbständigen Konzernsparten mit spezialisiertem Dienstleistungsangebot - kann anhand vorliegender Statistiken nicht exakt beleuchtet werden. Beide Aspekte, die interne Erstellung wie der externe Bezug, liefern jedoch erst zusammengekommen das richtige Maß für den Tertiarisierungsprozeß im unmittelbaren und weiteren Umfeld der Warenproduktion - dieser ist jedenfalls noch wesentlich intensiver als es in den internen Beschäftigtenzahlen zum Ausdruck kommt. So belegten die Ergebnisse der Input-Output-Rechnungen einen kräftigen Anteilsgewinn der Dienstleistungen an den Vorleistungsbezügen. Insgesamt lassen die Angaben auf eine tendenziell stärkere Präfe-



rierung des Fremdbezugs und damit der Inanspruchnahme spezialisierter Dienstleistungsfirmen außerhalb oder auch innerhalb des Konzernverbundes schließen. Als um so nachhaltiger ist folglich der Tertiarisierungstrend insgesamt zu bewerten, da trotz offensichtlich wachsender Externalisierung die internen Dienstleistungsfunktionen absolut und anteilig gegenüber 1980 spürbar zugenommen haben.

## Neben konjunkturellen auch strukturelle Einflüsse am aktuellen Rand

Insgesamt betrachtet, blieben die Dienstleistungsberufe zwar nicht von den konjunkturellen Beeinträchtigungen verschont, die kontraktiven Einflüsse hielten sich aber durchaus in engen Grenzen. Den merklichen Beschäftigungsrückgängen in einigen Berufsgruppen, wie etwa bei

den Verkehrsberufen und Technikern, standen 1992 bis 1993 (Datenstand: 30. Juni 1993) in anderen Sparten annähernd konstante oder gar weiterhin steigende Beschäftigtenzahlen, so bei den Dienstleistungskaufleuten und den Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufen, gegenüber (Tabelle 15). Die Beschäftigten sämtlicher Dienstleistungsberufe in Baden-Württemberg blieben damit immerhin nahezu konstant (- 0,4 %), während gleichzeitig die Stellen bei den Fertigungsberufen um 6 % verringert wurden. Dieser noch relativ günstige Verlauf bei den Dienstleistungstätigkeiten resultierte indes ausschließlich aus der - allerdings erheblich abgeschwächten - Zunahme in den tertiären Branchen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist hingegen die Beschäftigung in den Dienstleistungsberufen deutlich geschrumpft (- 5 %), wenn auch weniger gravierend als in den Fertigungsbereichen (- 8 %). Der Stellenabbau erstreckte sich dabei auf alle größeren Dienstleistungssparten, von den

Tabelle 15

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1991 bis 1993\*) nach Berufen\*\*) insgesamt und im Verarbeitenden Gewerbe**

Beruf	Wirtschaft insgesamt					Verarbeitendes Gewerbe				
	Veränderung			Struktur <sup>1)</sup>		Veränderung			Struktur <sup>1)</sup>	
	1993 gegen 1992	1992 gegen 1991	1993 gegen 1991	1991	1993	1993 gegen 1992	1992 gegen 1991	1993 gegen 1991	1991	1993
	%									
Fertigungsberufe <sup>2)</sup>	-6,1	-1,0	-7,1	40,3	38,0	-8,2	-2,6	-10,6	61,5	60,0
Dienstleistungsberufe <sup>3)</sup>	-0,4	2,8	2,4	59,4	61,8	-5,0	0,6	-4,5	38,0	39,6
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	-0,4	3,5	3,0	2,9	3,0	-2,8	2,9	0,0	4,1	4,4
Techniker, technische Sonderfachkräfte	-2,8	1,5	-1,4	5,3	5,3	-5,1	0,4	-4,7	7,8	8,2
Warenkaufleute	-0,7	1,9	1,2	7,3	7,5	-1,9	1,7	-0,3	4,2	4,6
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe <sup>4)</sup>	2,2	3,3	5,6	3,6	3,9	-3,8	0,0	-3,8	0,3	0,3
Verkehrsberufe	-3,8	1,5	-2,4	6,7	6,7	-8,1	-1,1	-9,1	4,8	4,7
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	-0,4	3,0	2,7	18,5	19,3	-4,9	0,8	-4,2	14,5	15,2
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	-2,2	0,7	-1,5	1,1	1,1	-12,1	-1,5	-13,4	0,4	0,4
Schriftwerkschaffende, - ordnende u. künstl. Berufe	-1,0	1,7	0,7	0,8	0,8	-8,6	0,0	-8,6	0,3	0,3
Gesundheitsdienstberufe	3,1	5,3	8,5	4,9	5,3	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Sozial- und Erziehungsberufe <sup>5)</sup>	4,6	6,1	10,9	3,3	3,8	-10,7	-1,3	-11,8	0,4	0,4
Allgemeine Dienstleistungsberufe <sup>6)</sup>	-1,3	1,7	0,3	5,2	5,2	-8,3	-5,0	-12,9	1,1	1,1
Sonstige Berufe	-8,2	-5,8	-13,6	0,3	0,2	-18,7	-8,5	-25,6	0,5	0,4
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>-2,7</b>	<b>1,2</b>	<b>-1,5</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>-7,0</b>	<b>-1,4</b>	<b>-8,3</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

\*) Stand jeweils 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Anteile an den Beschäftigten insgesamt. - 2) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute. - 3) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe. - 4) Darunter Bank- und Versicherungskaufleute. - 5) Einschließlich anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe. - 6) Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Ingenieuren und Technikern über die Kaufleute und Büroberufe bis zu den Verkehrs-, Sicherheits- und allgemeinen Dienstleistungsfunktionen. Betroffen waren folglich wohl auch sämtliche Qualifikations- und Hierarchiestufen.

Es stellt sich die Frage, ob eine tertiäre Stellenreduzierung innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes in diesem Ausmaß und vor allem auch in dieser Breite einzig auf die schwache Auftragslage zurückzuführen ist, zumal ein Minus in Auftragseingang und Produktion wohl allenfalls bei manchen tertiären Komplementärfunktionen einen entsprechend verminderten Arbeitsaufwand impliziert. Sicher ist, daß zahlreiche Industriebetriebe durch das Zusammenwirken von konjunkturellen und strukturellen Ursachen in eine Situation geraten sind, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit erhebliche Kosteneinsparungen und Produktivitätssteigerungen erforderlich macht. Größere Sprünge können hierbei nur erzielt werden, wenn die gesamte Wertschöpfungskette bis hin zum Kunden durchleuchtet und jeder einzelne Prozeß im Hinblick auf seinen Wertschöpfungsbeitrag oder gar grundsätzlich auf seine Notwendigkeit hin überprüft wird, wobei sich die Zielsetzung zumeist auf eine generell stärkere Kundenorientierung, den Abbau von Wertschöpfungs- und Hierarchieebenen sowie auf ein tendenzielles Zurückschrauben der Arbeitsteilung richtet. Eine solche, als Reengineering bezeichnete Vorgehensweise zur Neudefinition und Umgestaltung von Wertschöpfungsfunktionen erstreckt sich vor allem auch auf die Verwaltungs- und Dienstleistungsprozesse, da hier häufig noch größere Verbesserungspotentiale als im ohnehin schon streng rationalisierten Bereich der Fertigung gesehen werden.<sup>34</sup>

Der intra-industrielle Tertiarisierungstrend dürfte jedoch von dieser Entwicklung nicht in Frage gestellt oder gar umgekehrt werden. Es geht vielmehr darum, die längerfristig eher noch wachsenden Tertiäraufgaben effizienter zu gestalten und die Funktionen untereinander sowie mit den Fertigungsprozessen besser zu verzahnen. In manchen Fällen wird sich dabei der externe Bezug von spezialisierten Anbietern als vorteilhaft erweisen, so daß die Beschäftigung im Grunde nur institutionell von einem Sektor in den anderen verlagert wird. Andererseits dürften aber auch manche Arbeitsplätze zunächst ersatzlos der Rationalisierung zum Opfer fallen. Der sich international anbahnende Aufschwung der Industriekonjunktur wird indessen nur in dem Maße zu wiederum erweiterten Beschäftigungsspielräumen führen, als es den Industriebetrieben heute gelingt, die Weichen für eine längerfristige Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit zu stellen. Letzteres vorausgesetzt, so werden an den künftigen Chancen zuallererst die Dienstleistungsberufe partizipieren.

**Zur Bedeutung und Entwicklung der Informationsberufe**

Die Begriffe „Dienstleistungs- und Informationsökonomie“ werden häufig in einem Zug genannt. Darin kommt zum Ausdruck, daß dem Faktor „Information“ eine zentrale Bedeutung für den strukturellen Wandel von Wirtschaft und Arbeitswelt beigemessen wird. Der Tertiarisierungsprozeß, verstanden als institutionelle und vor allem als funktionale Gewichtsverschiebung zwischen sekundärem und tertiärem Sektor, bezieht seine hauptsächlichsten Schubkräfte aus dem Vordringen von Funktionen - und der hierzu eingesetzten Technologien - zur Informationsbeschaffung, -verarbeitung und -verteilung in allen Bereichen modernen Wirtschaftens. Schon in den 70er Jah-

**Übersicht 2**

**Zuordnungsschema für Informationsberufe**

Berufs-kennziffer	Bezeichnung
<b>I. Informationsberufe im engeren Sinne</b>	
60	Ingenieure
61	Naturwissenschaftler
635	Technische Zeichner
69	Bank- und Versicherungskaufleute
703	Werbefachleute
75	Geschäftsführer, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
76	Administrativ Entscheidende, Abgeordnete
77	Rechnungs-, DV-Kaufleute (ohne Kassierer -773-)
78	Bürokräfte
81	Rechtswahrer und -berater (ohne 814)
82	Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare
88	Geistes- und naturwiss. Berufe soweit anderweitig nicht genannt
<b>II. Informationsberufe im weiteren Sinne</b>	
03	Verwalter/Berater in der Landwirtschaft
052	Gartenarchitekten und -verwalter
621, 623, 624, 626	Maschinenbau-, Vermessungs-, Bau-, Chemie- und Physiko-Techniker
681	Groß- und Einzelhandelskaufleute
683	Verlagskaufleute, Buchhändler
687	Handelsvertreter, Reisende
70	Dienstleistungskaufleute (ohne Werbefachleute - 703 -)
83	Künstler (ohne Techniker - 835/836/838 -)
862, 863	Heimleiter, Sozialpädagogen, Arbeits-, Berufsberater
87	Lehrer (ohne Sportlehrer - 876 -)
891	Seelsorger
921, 922	Hauswirtschaftsverwalter, Verbrauchsberater
<b>III. Informationsinfrastrukturberufe</b>	
17	Drucker
73	Berufe des Nachrichtenverkehrs

34 Vgl. Simon, Heinz: Die Unternehmen brauchen eine Radikalkur..., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 284 vom 07.12.1993, S.23.

ren wurden zur deskriptiven und analytischen Erfassung dieses Phänomens die ersten Versuche unternommen, den Informationsbereich als zusätzlich quartären Sektor abzugrenzen.<sup>35</sup> Eine solche Betrachtung soll auch an dieser Stelle vorgenommen werden, wobei der Informationsbereich basierend auf der Beschäftigtenstatistik anhand der Berufsklassifizierungen dargestellt und im wesentlichen als Teilbereich des funktionalen Dienstleistungssektors definiert wird. Als Informationsberufe gelten diejenigen Tätigkeiten, die überwiegend mit der Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Informationen befaßt sind. Die hier gewählte Vorgehensweise erfolgte somit in Übereinstimmung mit der Abgrenzung in einer früheren Studie des Statistischen Landesamtes,<sup>36</sup> die in

Anlehnung an Arbeiten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und in Zusammenarbeit mit dem Geographischen Institut der Universität Tübingen vorgenommen wurde. Dabei wird unterschieden zwischen Informationsberufen im engeren und im weiteren Sinne sowie Berufen der Informationsinfrastruktur (*Übersicht 2*). Mit Ausnahme der Kennziffern 03, 052 und 17 zählen alle Informationsberufe zu den bisher betrachteten Dienstleistungsberufen.

Während, wie gezeigt, die Dienstleistungsberufe insgesamt im Land ein geringeres Strukturgewicht aufweisen als im westlichen Bundesgebiet (62 gegenüber 65 %), so trifft dies speziell für die Informationsberufe nicht zu. Landes- wie auch bundesweit übten 1993 35 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten überwiegend informationsbezogene Tätigkeiten aus; die Anteile der Informationsberufe im engeren Sinne beliefen sich jeweils auf 27 % (*Tabelle 16* und *Anhangtabelle 8*). Sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den Branchen des Dienstleistungssektors, wo die Mehrzahl der Informations-

35 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Strukturverschiebungen..., S. 106.

36 Vgl. Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87: Bedeutung des Informationssektors - Aspekte des beruflichen Strukturwandels, Hrsg: Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, Stuttgart 1987, S. 95 ff.

Tabelle 16

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1980 bis 1993\*) nach Informationsberufen\*\*)**

Wirtschaftsbereich	Dienstleistungsberufe <sup>1)</sup>			Informationsberufe i.e.S.		
	Beschäftigtenanteil <sup>3)</sup>		Veränderung 1993 gegen 1980	Beschäftigtenanteil <sup>3)</sup>		Veränderung 1993 gegen 1980
	1980	1993		1980	1993	
	%					
Land- und Forstwirtschaft	10,5	12,4	+21,1	4,0	6,0	+53,6
Produzierendes Gewerbe	33,4	37,2	+ 8,4	17,0	20,2	+15,7
davon						
Energie- und Wasserversorgung; Bergbau	49,2	52,1	+25,9	27,7	30,5	+30,8
Verarbeitendes Gewerbe	35,5	39,6	+ 7,7	17,8	21,2	+14,6
Baugewerbe	17,7	19,9	+12,0	10,4	12,9	+23,3
Dienstleistungssektor	86,4	88,4	+36,3	32,1	34,3	+42,4
davon						
Handel	83,7	85,5	+22,4	24,6	25,2	+22,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	80,6	85,1	+29,3	15,8	17,6	+35,8
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	98,1	99,1	+31,3	91,0	93,8	+34,0
Sonstige Dienstleistungsunternehmen	88,0	89,1	+55,8	22,6	27,5	+86,6
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	82,6	84,8	+12,9	46,7	49,4	+16,3
Organisationen o. Erwerbszweck und priv. Haushalte	93,4	93,9	+55,6	35,0	35,1	+54,9
Wirtschaft insgesamt	54,7	61,8	+26,3	23,0	26,9	+30,9

\*) Stand jeweils 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Im weiteren Sinne: einschließlich technische infrastrukturelle Berufe. - 3) Anteil der Berufsgruppe an den Beschäftigten insgesamt im jeweiligen Wirtschaftsbereich.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

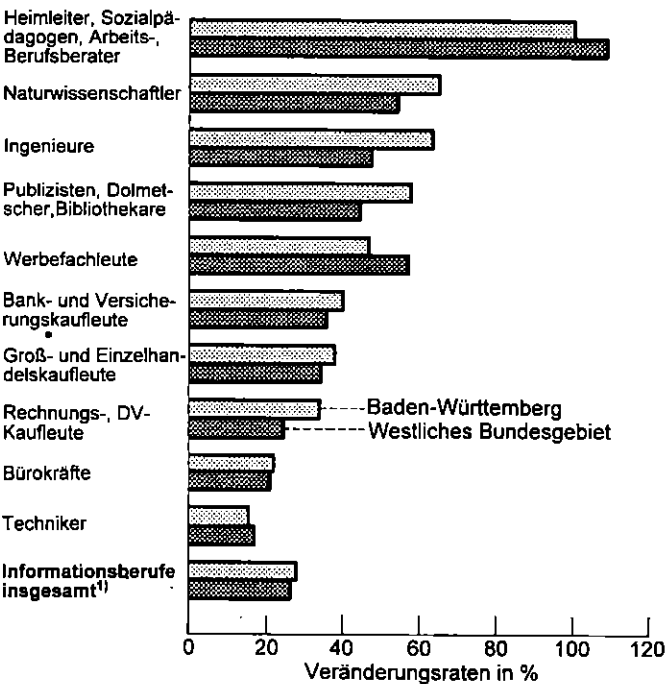
berufe angesiedelt sind, sind die entsprechenden Anteile in Baden-Württemberg etwas höher als im Durchschnitt der westlichen Bundesländer. Ein Rückstand gegenüber der Bundesentwicklung ist hier also keineswegs gegeben, zumal die Zahl der Informationsberufe auf Landesebene in der Wirtschaft insgesamt und insbesondere auch im Produzierenden Gewerbe von 1980 bis 1993 überdurchschnittlich zunahm. Mit einem Stellenzuwachs um insgesamt 29 %, dabei + 39 % in den Dienstleistungsbranchen und + 14 % im Produzierenden Gewerbe, erwiesen sich die Informationstätigkeiten als Antriebsfaktor der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung und als dynamischer Kern speziell unter den tertiären Berufen. Selbst in Branchen mit insgesamt rückläufiger Beschäftigtenzahl, wie im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe, wurden die informationsbezogenen Tätigkeiten deutlich ausgeweitet. Der Anteil der Informationsberufe ist damit branchenübergreifend gestiegen - gerade darin zeigt sich die grundlegende Bedeutung der informationsorientierten Funktionen für den Strukturwandel, wie auch die angewandten Informations- und Kommunikationsgüter als Schlüsseltechnologien gelten. Die Gewichte der

Wirtschaftsbereichen und nach Dienstleistungs-/

Informationsberufe insgesamt <sup>2)</sup>		Beschäftigte insgesamt	
Beschäftigtenanteil <sup>3)</sup>		Veränderung 1993 gegen 1980	
1980	1993		
%			
6,4	9,1	+46,5	+2,5
22,0	25,8	+14,1	- 2,8
33,2	35,8	+28,3	+18,9
23,3	27,3	+13,0	- 3,6
12,0	14,7	+22,7	- 0,5
43,2	45,2	+39,4	+33,3
37,2	39,4	+27,0	+19,9
37,1	42,0	+38,7	+22,4
92,1	94,7	+33,7	+30,0
33,9	36,5	+65,8	+53,8
53,5	55,4	+14,0	+10,0
50,2	51,7	+59,2	+54,8
30,5	35,1	+28,7	+11,9

Berufe.- 2) Einschließlich Informationsberufe im weiteren Sinne und Informations-

Schaubild 9  
Veränderung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1980 bis 1993<sup>1)</sup> nach ausgewählten Informationsberufen



<sup>1)</sup> Stand jeweils 30. Juni. - 1) Informationsberufe im engeren und im weiteren Sinne sowie Informationsinfrastrukturberufe.

Informationsberufe sind freilich branchenspezifisch sehr unterschiedlich. Sie reichten 1993 etwa von 15 % im Baugewerbe über 27 % im Verarbeitenden Gewerbe bis zu 45 % im Durchschnitt der tertiären Wirtschaftszweige und darunter bis zu 95 % bei den Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen.

Der Informationssektor erstreckt sich quer durch sämtliche Felder der Dienstleistungsökonomie, er betrifft - von der Bedarfsseite her betrachtet - sowohl die intern erbrachten und extern bezogenen Tertiärvorleistungen der Unternehmen als auch die haushalts- und humanorientierten Dienste, einschließlich der öffentlichen Verwaltung. Die Güte der Gewinnung, Verarbeitung und des Verteilungsflusses von Informationen ist mitentscheidend für die Fähigkeit der Unternehmen, sich auf nationalen und internationalen Märkten zu behaupten. Beratung und Information spielen jedoch auch bei den Dispositionen und Konsumbedürfnissen der privaten Haushalte eine ständig wachsende Rolle; dasselbe gilt für die Humandienstleistungen, zu deren zentralem Aufgabengebiet die Beratung und Wissensübermittlung zählt. Entsprechend

vielseitig ist die Liste der informationsbezogenen Berufssparten mit besonders hohen Veränderungsraten in der Beschäftigung. Unter den zahlenmäßig größeren Berufsgruppen finden sich darunter nicht nur unternehmensorientierte Tätigkeitsfelder, wie die der Ingenieure, Naturwissenschaftler, Werbe- und Datenverarbeitungsfachleute, sondern auch die Publizisten sowie die Heimleiter und Sozialpädagogen. Letztere sogar mit der höchsten Veränderungsrate von + 101 % gegenüber 1980 (*Schaubild 9*). Dennoch hat die Expansion gerade der unternehmensbezogenen Informationsfunktionen insgesamt wohl überwiegend zum Anstieg der Arbeitsplätze in Informationsberufen beigetragen.

## Funktionale Dienstleistungen nach dem Mikrozensus

Der Ausweis überwiegend ausgeübter Tätigkeiten im Mikrozensus erfolgt nach einer Systematik der Tätigkeiten an sich und nicht, wie in der Beschäftigtenstatistik, nach einer Systematik der Berufe. Die Angaben erstrecken sich nun auf die gesamte Erwerbstätigkeit, also einschließlich der Selbständigen und Beamten, sie basieren allerdings lediglich auf einer Stichprobenauswahl von 1 % der Bevölkerung. Die hier vorgenommene Untergliederung nach produzierenden Tätigkeiten (einschließlich landwirtschaftliche Produktion) und Dienstleistungen sollte mit der bisherigen Unterteilung nach Fertigungs- und Dienstleistungsberufen weitgehend übereinstimmen. Demnach werden „Maschinen einstellen“, „Herstellen“ und „Reparieren“ als produzierende Tätigkeiten aufgefaßt, während die übrigen Funktionen das Spektrum der Dienstleistungstätigkeiten bilden. Aufgrund der fließenden Übergänge lassen sich in der Abgrenzung gewisse Unschärfen nicht vermeiden. So haben auch die Funktionen „Maschinen einstellen“ und „Reparieren“ durchaus tertiäre Züge.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus für das Jahr 1991 haben 64 % der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg dienstleistende Tätigkeiten ausgeübt (*Tabelle 17*). Die restlichen 36 % der Erwerbstätigen gaben produzierende Funktionen an, wobei nur noch 21 % auf das „Herstellen“ entfielen. Damit ist insofern ein Maß für den bereits weit fortgeschrittenen Tertiarisierungsgrad gegeben, als nur noch etwa jeder fünfte Erwerbstätige in der Warenproduktion im engeren Sinne eingesetzt wird - 1982 haben immerhin noch 28 % der Erwerbstätigen in der „Herstellung“ gearbeitet (*Anhangtabelle 9*). Der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten hat insgesamt gegenüber 1982 um 5 Prozentpunkte zugenommen. Innerhalb der tertiären Funktionen haben die „Büroarbeiten“, 1991 mit einem Anteil von 17 % an den Erwerbstätigen insgesamt, das höchste Gewicht, gefolgt von der Sparte „Ausbilden, Informieren“ und den „allgemeinen Dienstleistungen“.

Im westlichen Bundesgebiet war der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten mit knapp 67 % etwas höher als im Land (*Anhangtabelle 10*). Bezogen auf die Einwohnerzahl ergibt sich hingegen wiederum eine mehr als durchschnittliche Dichte an tertiären Funktionen im Südwesten. Somit bestätigt sich die zuvor anhand der Beschäftigtenstatistik getroffene Aussage, wonach in funktionaler Abgrenzung kein gravierender Rückstand des Landes im Tertiarisierungsprozeß zu erkennen ist, zumal bei den tertiären Tätigkeiten auf Landesebene gegenüber 1982 auch eine überdurchschnittliche Zuwachsrates zu verzeichnen war. Einigermassen signifikante Gewichtsunterschiede - bei aller Vorsicht, die bei der Interpretation der Stichprobenergebnisse angebracht ist - sind lediglich für die Gebiete „Handel treiben“ und „Büroarbeiten“, die bundesweit stärker zu Buche schlagen, und für die Sparte „Planen, Forschen“, die indessen landesweit überproportional vertreten ist, zu konstatieren. Letzteres verweist wiederum auf die relativ hohe Technikorientierung der Dienstleistungsfunktionen in Baden-Württemberg und auf einen entsprechend engeren Komplementaritätsbezug zur Warenproduktion.

Der Zunahme bei den tertiären Tätigkeiten in Baden-Württemberg von 1982 bis 1991 um 22 % (Bund: + 19 %) stand ein Rückgang bei den produzierenden Tätigkeiten um 1 % (Bund: - 2 %) gegenüber. Innerhalb der produzierenden Tätigkeiten hat sich dabei eine beträchtliche Umschichtung zugunsten der Sparte „Maschinen einstellen“ (+ 47 %) und zu Lasten der Herstellungstätigkeiten im engeren Sinne (- 13 %) ergeben. Darin spiegeln sich vor allem die Effekte der Automatisierung wider. Während die hochtechnologisch rationalisierte Produktion mit immer weniger Arbeitskräften an den unmittelbaren Fertigungsabläufen auskommt, erfordert sie auf der anderen Seite - insbesondere bei wertschöpfungsintensiven Produkten mit eher kleineren Stückzahlen - einen vermehrten Einsatz von Tätigkeiten zur Einstellung (bzw. Programmierung) und Wartung der zumeist elektronisch gesteuerten Anlagen. Auch bei den noch direkt im Fertigungsprozeß verbleibenden Arbeitsplätzen werden die manuellen Betätigungen zunehmend von Steuerungs- und Überwachungsfunktionen ersetzt. Die Tertiarisierung der Arbeitswelt greift somit auch massiv in den Bereich der produzierenden Tätigkeiten und speziell auch in die unmittelbaren Fertigungsabläufe hinein. Die Arbeiten an computergestützten Produktionsanlagen haben nicht selten schon eher den Charakter von Informationsberufen als von Herstellungstätigkeiten im klassischen Sinne, wobei die zunehmend tertiarisierte Ausrichtung dieser Tätigkeiten wohl in der Regel mit erhöhten Qualifikationsanforderungen verbunden ist. Der Übergang zwischen produzierenden und tertiären Funktionen gestaltet sich damit im Hinblick auf die Anforderungsprofile ebenso wie auf die konkreten Arbeitsinhalte (etwa Arbeit am Bildschirm) weit fließender als in früheren Phasen der technologischen Entwicklung.

Tabelle 17

**Erwerbstätige in Baden-Württemberg 1982 bis 1991 nach Wirtschaftsbereichen und nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit**

Tätigkeit	Erwerbs- tätige insgesamt	Davon						
		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zierendes Gewerbe	darunter		Dienst- leistungs- sektor	davon	
				Verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe		Handel und Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen <sup>1)</sup>
2) Struktur 1991 in %								
Produzierende Tätigkeiten	35,7	90,4	60,1	58,0	74,0	8,7	11,5	7,5
davon								
Maschinen einstellen <sup>3)</sup>	9,0	0,7	17,1	18,9	5,4	1,7	2,8	1,3
Herstellen <sup>4)</sup>	21,4	89,1	34,5	32,0	51,9	4,4	4,3	4,4
Reparieren <sup>5)</sup>	5,3	0,6	8,6	7,1	16,7	2,6	4,4	1,8
Dienstleistungen	64,3	9,6	39,9	42,0	26,0	91,3	88,5	92,5
davon								
Handel treiben <sup>6)</sup>	9,9	1,8	4,6	5,0	2,1	15,6	40,3	4,7
Büroarbeiten <sup>7)</sup>	16,7	2,0	13,2	13,3	11,7	21,0	17,2	22,7
Planen, Forschen <sup>8)</sup>	6,1	0,9	8,2	9,0	3,3	4,4	1,9	5,4
Leiten <sup>9)</sup>	5,8	0,9	6,2	6,5	4,3	5,7	6,6	5,2
Allgemeine Dienstleistungen <sup>10)</sup>	11,0	2,3	6,1	6,4	3,8	16,4	19,4	15,1
Sichern <sup>11)</sup>	3,3		0,8	0,9		5,9	1,3	8,0
Ausbilden, Informieren <sup>12)</sup>	11,5	1,5	0,8	0,9		22,3	1,8	31,4
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung 1991 gegen 1982 in %								
Produzierende Tätigkeiten	-0,9		3,7	3,4	5,0	-4,8	-13,7	2,4
davon								
Maschinen einstellen <sup>3)</sup>	46,9		53,6	56,3	31,8	7,0	-4,3	20,6
Herstellen <sup>4)</sup>	-13,1	-27,2	-10,7	-13,2	-1,3	-7,3	-20,2	-0,5
Reparieren <sup>5)</sup>	1,2		3,8	-1,2	20,7	-7,2	-12,3	-1,0
Dienstleistungen	22,3		11,5	12,2	9,4	27,4	24,7	28,7
davon								
Handel treiben <sup>6)</sup>	22,0		-1,1	-2,5	21,8	30,6	26,2	50,0
Büroarbeiten <sup>7)</sup>	11,9		1,0	0,1	9,5	19,7	11,3	22,7
Planen, Forschen <sup>8)</sup>	40,8		43,5	46,0	32,9	35,5	107,4	28,5
Leiten <sup>9)</sup>	37,0		27,9	28,2	27,6	47,4	41,9	50,6
Allgemeine Dienstleistungen <sup>10)</sup>	10,6		-6,9	-3,6	-30,0	18,4	18,0	18,7
Sichern <sup>11)</sup>	21,2		72,1	81,3		16,3	81,1	13,3
Ausbilden, Informieren <sup>12)</sup>	38,7		54,5	51,3		38,5	103,2	37,4
Insgesamt	12,9	-23,9	6,6	6,9	5,7	23,8	18,6	26,2

1) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte. - 2) Anteile der überwiegend ausgeübten Tätigkeiten im Insgesamt. - 3) Maschinen einrichten/einstellen. - 4) Gewinnen/Herstellen. - 5) Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern. - 6) Kaufen/Verkaufen, Kassieren; Vermitteln, Kunden beraten, Verhandeln, Werben. - 7) Schreibarbeiten/ Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren/Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal/Bildschirm. - 8) Analysieren, Forschen, Erproben, Prüfen, Messen, Planen, Konstruieren; Entwerfen/Gestalten, Zeichnen. - 9) Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen/Leiten, Management. - 10) Bewirten, Beherbergen; Reinigen/Abfall beseitigen, Bügeln, Packen, Verladen, Transportieren/Zustellen, Fahrzeug steuern, Sortieren/Ablegen. - 11) Sichern, Bewachen, Gesetze/Vorschriften anwenden/auslegen, Beurkunden. - 12) Erziehen/Lehren/Ausbilden; beratend Helfen; Pflegen/Versorgen, medizinisch/kosmetisch Behandeln; Publizieren, Unterhalten, Vortragen, Informieren.

Quelle: Mikrozensus.

**Starke Zunahme bei den „höherwertigen“ Tertiärfunktionen**

Was die tertiären Tätigkeiten anbelangt, so lassen hier die Veränderungsraten wiederum einen deutlichen Trend zugunsten „höherwertiger“ Funktionen erkennen. Der höchste Anstieg der tertiären Erwerbstätigkeit wurde in Baden-Württemberg von 1982 bis 1991 in der funktionalen Sparte „Planen, Forschen“ mit 41 % ermittelt (im Bund lediglich + 24 %), dicht gefolgt von den Funktionen „Aus-

bilden, Informieren“ (+ 39 %) und „Leiten“ (+ 37 %). Die dynamische Ausweitung dieser Tätigkeiten erfolgte quer durch sämtliche Wirtschaftsbereiche und ist insofern als allgemeines Kennzeichen des Strukturwandels einzustufen. Bei den übrigen Dienstleistungstätigkeiten, „Büroarbeiten“ (+ 12 %), „allgemeine Dienstleistungen“ (+ 11 %), „Handel treiben“ (+ 22 %) und „Sichern“ (+ 21 %), waren die Steigerungsraten merklich geringer, wenngleich insgesamt durchaus beachtlich. Diese Funktionsfelder - mit Ausnahme der Sparte „Sichern“ - profitierten nicht von

einer branchenübergreifenden Expansion, sondern hauptsächlich von ihrer Ausweitung in den Dienstleistungsbranchen und damit letztlich auch von der strukturellen Gewichtszunahme des institutionellen Tertiärsektors an sich. Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes ist hingegen von 1982 bis 1991 die Beschäftigung in den Tätigkeitsgruppen „Handel treiben“ und „allgemeine Dienstleistungen“ gesunken, bei den Stellen für „Büroarbeiten“ ergab sich anhand dieser Vergleichsjahre eine Stagnation. Während also diejenigen Dienstleistungstätigkeiten, bei denen im allgemeinen höhere Qualifikationsprofile vorauszusetzen sind, grundlegend vom funktionalen Strukturwandel begünstigt werden, eröffnen sich für eher „einfachere“ Tertiärtätigkeiten allenfalls noch zusätzliche Beschäftigungspotentiale im Zuge des institutionellen Wandels. Darin kommt zum Ausdruck, daß generell auch die tertiären Funktionen dem Rationalisierungsdruck unterliegen.

Der Zwang zu ständigen Produktivitätssteigerungen betrifft keineswegs ausschließlich, aber doch insbesondere das Verarbeitende Gewerbe mit seiner auf die internationalen Märkte ausgerichteten Produktpalette. Von 1982 bis 1991 wurden die Dienstleistungstätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs nach Anzahl der Stellen um knapp 12 % erhöht (Bund: + 8 %). Damit waren 1991 42 % der industriellen Arbeitsplätze im Dienstleistungssegment angesiedelt - gegenüber 40 % im Jahr 1982 (*Schaubild 10*). Wie bereits erwähnt, waren dabei die Entwicklungen der einzelnen Tertiärfunktionen sehr differenziert. Eine erhebliche Gewichtszunahme ergab sich für den Bereich „Planen, Forschen“, daneben haben auch die Beschäftigtenanteile der Funktionen „Leiten“ und „Ausbilden, Informieren“ (hier allerdings von geringfügigem Niveau ausgehend) zugenommen. Die strukturellen Anteile der „Büroarbeiten“, der „allgemeinen Dienstleistungen“ und der Tätigkeit „Handel treiben“ sind demgegenüber geschrumpft. Die insgesamt markanteste Funktionsverlagerung war jedoch im Segment der produzierenden Tätigkeiten festzustellen. So sank der Anteil der Sparte „Herstellen“ von 39 auf 32 %, während im Gegenzug die Funktion „Maschinen einstellen“ von 13 auf 19 % der Arbeitsplätze ausgeweitet wurde. Gegenüber dem westlichen Bundesgebiet weist das Verarbeitende Gewerbe hierzulande etwas geringere Stellenanteile der „allgemeinen Dienstleistungen“ und der Funktion „Handel treiben“ auf, der Bereich „Planen, Forschen“ ist hingegen überproportional vertreten. Insgesamt ist damit der Anteil der Dienstleistungstätigkeiten im Verarbeitenden Gewerbe des Landes geringfügig höher als auf Bundesebene.

## Weitere Entwicklung der funktionalen Beschäftigung

Die Schwierigkeit hinsichtlich prognostischer Aussagen über die tätigkeitsspezifische Entwicklung der Beschäftigung besteht nicht zuletzt in der notwendigen Verknüp-

fung von Effekten des institutionellen und des funktionalen Strukturwandels. Im ganzen betrachtet, profitieren die Dienstleistungstätigkeiten zwar von beiden Aspekten der strukturellen Veränderung - für die einzelnen Tätigkeitsgruppen ergeben sich allerdings stark differenzierte Verläufe. Der funktionale Strukturwandel durchzieht sämtliche Branchen; er ist gekennzeichnet von anhaltendem Rationalisierungsdruck und der Tendenz zur Konzentration auf Tätigkeiten mit hoher Wertschöpfung unter Anwendung moderner Technologien. Diese Entwicklung betrifft grundsätzlich sowohl den Bereich der produzierenden als auch der tertiären Funktionen. Im Saldo der institutionellen und funktionalen Wirkungen dürften künftig nicht sämtliche Produktionstätigkeiten eingeschränkt und umgekehrt auch nicht sämtliche tertiären Arbeitsplatzefelder ausgeweitet werden. So wurde in der Studie Qualifikationsbedarf 2000 ein beträchtlicher Rückgang der Fertigungsstellen im engeren Sinne, aber andererseits auch eine weiterhin deutliche Zunahme der Einstellungs-, Wartungs- und Reparaturaufgaben bis zum Jahr 2000 veranschlagt.<sup>37</sup> Für den Bereich der Dienstleistungstätigkeiten wurden kräftige Impulse in den Funktionsgebieten Organisation und Management, Betreuung, Beratung und Ausbildung sowie Forschung und Entwicklung prognostiziert. Eine vergleichsweise moderate Steigerung der Arbeitsplätze wurde ferner in den Handelstätigkeiten für realistisch angesehen, während bei den allgemeinen Diensten eine leichte, bei den Bürotätigkeiten sogar eine erhebliche Stellenreduzierung unterstellt wurde.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen primären und sekundären Dienstleistungstätigkeiten.<sup>38</sup> Dabei werden als „primär“ solche Tertiärfunktionen verstanden, die der Produktion vor- oder nachgelagert sind oder direkt in den Konsum eingehen. Für diese primären Tätigkeiten - Büroarbeiten, allgemeine Dienste und Handel - wird alles in allem mit einer rückläufigen Beschäftigung bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus gerechnet. Dem gegenüber werden die sekundären Dienstleistungstätigkeiten als eigentliche Träger des insgesamt weiterhin wachsenden Bedarfs an tertiären Funktionen betrachtet. Das kennzeichnende Merkmal der sekundären Aufgaben, wie Management, Planung, Organisation, Forschung und Entwicklung, Beratung, Ausbildung und Information, wird darin gesehen, daß sie schwerpunktmäßig zur qualitativen Verbesserung des Produktionsprozesses über eine Intensivierung des Humankapitals beitragen. Es handelt sich im Kern um diese, hier als

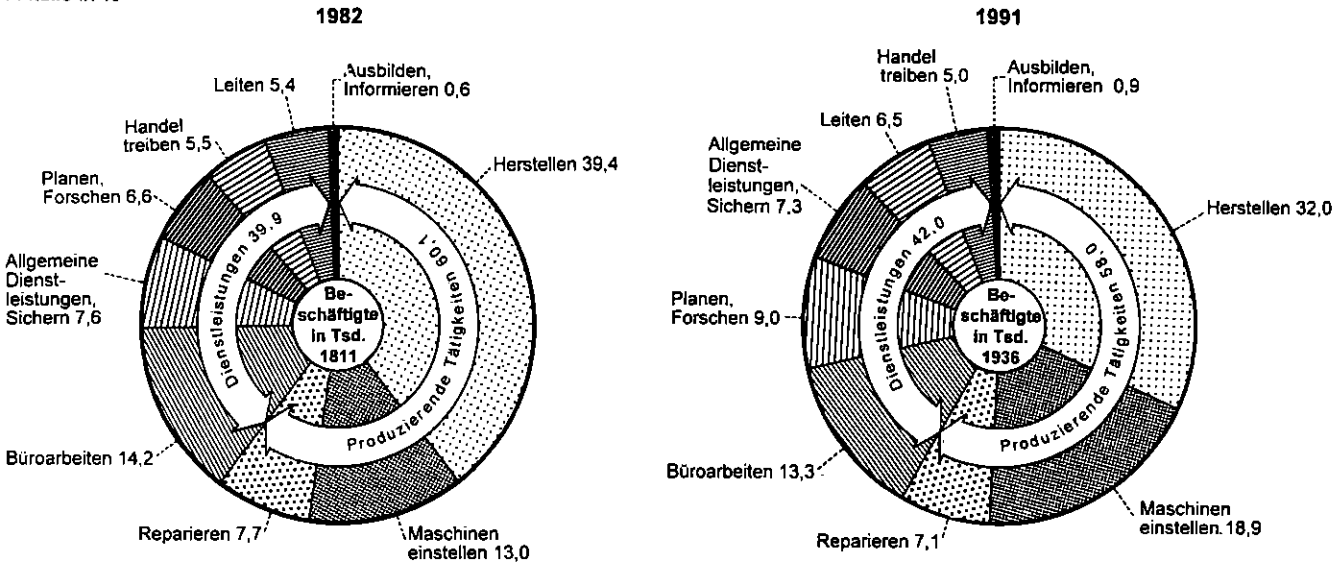
37 Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg: Qualifikationsbedarf 2000..., S. 30.

38 Vgl. Tessaring, Manfred: Tendenzen des Qualifikationsbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2010, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/1991, S. 45 ff.

Schaubild 10

Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1982 und 1991 nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit \*)

Anteile in %



\*) Ausführliche Beschreibung der Tätigkeiten siehe Fußnoten von Tabelle 17.

Statistisches Landesamt Baden · Württemberg

229 94

„sekundär“ deklarierten Dienste, die auch speziell für die modernen Formen der gesamtwirtschaftlichen und innerbetrieblichen Verflechtung zwischen Waren- und Dienstleistungsproduktion bestimmend sind und insgesamt den strukturellen Wandel prägen.

Die erkennbaren Tendenzen sowohl innerhalb der produzierenden wie auch innerhalb der tertiären Tätigkeitsfelder weisen im Grunde allesamt in Richtung eines weiterhin - und zwar eher forciert als verlangsamt - wachsenden Qualifikationsbedarfs. So ist mit einiger Sicherheit zu erwarten, daß die Chancen auf Erwerbsarbeit in Hilfs- und Anlerntätigkeiten erheblich schrumpfen werden. Wenngleich die Rationalisierung auch vor qualifizierteren Funktionen nicht haltmacht, so ist doch insgesamt ein steigender Bedarf an qualifizierten Fachtätigkeiten zu veranschlagen. Eine langfristig nachhaltige Zunahme ist jedoch insbesondere für die höherqualifizierten, zumeist akademische Ausbildungen voraussetzenden Tätigkeitssparten zu prognostizieren.

Schlußbemerkungen

Das im nationalen wie im internationalen Vergleich hohe Wohlstandsniveau Baden-Württembergs beruht in erster Linie auf einer speziellen „Cluster-Bildung“, das heißt

konkret, auf einer von vielfältigen Lieferverflechtungen gekennzeichneten Zusammenballung hochproduktiver Investitionsgüterindustrien mit globaler Marktausrichtung.<sup>39</sup> Als Kernbereiche fungieren der Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Elektrotechnik. Diese Stärken gilt es vor allem zu behaupten, wobei die Anstrengungen vermehrt auf die künftig entscheidenden Wachstumsfelder zu richten sind. Unter dieser Voraussetzung wird Baden-Württemberg in absehbarer Zukunft ein im wesentlichen von der Technik geprägter Standort mit internationaler Ausstrahlung bleiben.

Der erfolgreiche Weg in die Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft darf nicht grundsätzlich verstanden werden als Prozeß der Deindustrialisierung.<sup>40</sup> Dies würde verkennen, daß die Dienstleistungsökonomie an sich nur eine begrenzte Eigendynamik aufweist und als Basis für den Wohlstand keineswegs ausreicht. Kennzeichnend für den Strukturwandel moderner Volkswirtschaften ist vielmehr die wachsende Durchdringung der Warenpro-

39 Vgl. Bericht der Zukunftskommission Wirtschaft 2000: Aufbruch aus der Krise, erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1993, S. 10.

40 Vgl. Kaske, Karlheinz: Die Vision von der Dienstleistungsgesellschaft - ein gefährlicher Irrtum, in: Siemens-Zeitschrift, Heft 4/1991, S. 4 ff.



duktion mit komplementären Dienstleistungen, sei es in Form intern erstellter oder extern bezogener Vorleistungen oder in Form des kombinierten Absatzes von Waren und Dienstleistungen als ganze Systeme. Ein genereller Rückzug aus der Produktion, über die partielle Verlagerung besonders arbeitsintensiver Bestandteile hinaus, würde das gesamte Fundament ins Wanken bringen und hätte wohl unweigerlich einen zusätzlichen Verlust an tertiären Arbeitsplätzen zur Folge. Eine damit verbundene Passivierung der Handelsbilanz könnte etwa durch einen erhöhten Export von „Blaupausen“ bei weitem nicht ausgeglichen werden - auch weil zu befürchten wäre, daß bei einer Auflösung der „Cluster-Vorteile“ das Systemwissen und das technologische Know-how an sich beeinträchtigt würden.

Die Behauptung des Technologie-, aber auch speziell des Produktionsstandortes Baden-Württemberg im Rahmen eines international verschärften Innovations-, Qualitäts- und Kostenwettbewerbs ist damit für die weitere Entwicklung des Landes von entscheidender Bedeutung. Gerade hierzu bedarf es des Einsatzes qualifizierter Dienstleistungen, für die sich damit vielfältige Betätigungsfelder und - in Anbetracht einer insgesamt zukunftssträchtigen Unternehmens- und Wirtschaftsstruktur - günstige Entwicklungsperspektiven eröffnen. Durch die wachsende Verschmelzung speziell von Hard- und Software und allgemein von Waren- und Dienstleistungsproduktion, insbesondere in den technologieintensiven Industrien, entstehen neue Formen des funktionalen und institutionellen Zusammenwirkens, neue Produktions- und Unternehmenseinheiten, die mit der klassischen Trennung zwischen „sekundär“ und „tertiär“ nicht mehr charakteristisch zu beschreiben sind. Daraus ergeben sich auch neuartige Anforderungen an die Methoden und Systematiken der statistischen Erfassung.

Der tertiärorientierte Strukturwandel schlägt sich indes nicht nur im Zuwachs der unternehmensbezogenen Funktionen nieder. Im Zuge der zunehmenden Vermögenssubstanz und wohl künftig wieder steigender Einkommen ergeben sich auch für manche Haushalts- und Humandienstleistungen durchaus erhebliche Wachstumschancen. Ein vermehrter Bedarf ist zudem aufgrund der demographischen Entwicklung mit der wachsenden Anzahl älterer Menschen zu erwarten - so etwa im Gesundheitswesen, in Betreuung und Beratung sowie in der Unterhaltungs- und Freizeitökonomie. Manche dieser Leistungen befinden sich allerdings in Konkurrenz zur Eigenversorgung oder im Übergangsbereich zur ehrenamtlichen und karitativen Arbeit, so daß es im einzelnen nicht zwingend vorgegeben ist, in welcher Form diese Aufgaben künftig wirtschaftlich und gesellschaftlich organisiert und erbracht werden. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß für die marktwirtschaftliche Bereitstellung um so geringere Spielräume bestehen, je stärker die Tätigkeiten reglementiert und vermeintlich „unproduktive“ Dienste mit Steuern und Sozialabgaben belastet werden. So wird es nicht zuletzt von der politischen

Gestaltung der Rahmenbedingungen abhängen, ob und in welchem Maße die Haushalts- und insbesondere auch die Humandienstleistungen als dynamische Entwicklungsfelder zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen können.

Die Untersuchungen haben gezeigt, daß Baden-Württemberg im funktionalen Tertiärisierungsprozeß keinen signifikanten Rückstand gegenüber dem westlichen Bundesgebiet aufweist. Es liegt jedoch speziell ein Mangel an überregionalen Dienstleistungen und Dienstleistungszentren vor. Wenngleich sich die historisch gewachsenen Strukturen - auch in der Arbeitsteilung zwischen den deutschen Wirtschaftsregionen und Metropolen - nur bedingt beeinflussen lassen, so wären zumindest Teilerfolge bei der Hervorbringung und Ansiedlung überregional ausstrahlender Dienstleistungsfunktionen und -institutionen doch von erheblichem Vorteil für die langfristigen Wirtschaftsperspektiven des Landes. Zum einen werden in den Dienstleistungszentren außerordentlich hohe Wertschöpfungen erwirtschaftet, und zum anderen können überregionale Dienstleistungen wesentlich zur Standortattraktivität einer Region beitragen. Gerade im zusammenwachsenden Europa, aber auch weltweit, wird die Konzentration von hochwertigen Dienst- und insbesondere Finanzdienstleistungen auf urbane Ballungszentren mit entsprechendem Standortprofil eher noch weiter zunehmen, da die Fühlungsvorteile der Arbeitsteilung und der Ansammlung gleichartiger Unternehmen offensichtlich eine sich selbst verstärkende Kraft entfalten. Die Wachstumspotentiale Baden-Württembergs wären folglich noch günstiger und vor allem auf längere Sicht auch breiter fundiert, wenn es in der einen oder anderen Sparte gelänge, überregional markante Dienstleistungszentren herauszubilden. Mögliche Entwicklungsfelder sind insbesondere dort zu vermuten, wo sich die tertiären Leistungen mit der industriell-technologischen Kompetenz verknüpfen lassen. Aktivitäten und konkrete Projekte wurden hierzu von Seiten der Landesregierung bereits eingeleitet. Vielversprechende Ansätze dürften so etwa in der Vernetzung von Telekommunikation und Medienwirtschaft vorliegen.<sup>41</sup> Baden-Württemberg, mit Stärken in der informations- und kommunikationstechnischen Industrie sowie im Verlagsgewerbe und mit kreativem Potential in der Werbe- und Filmwirtschaft, bietet günstige Voraussetzungen für eine „Cluster-Bildung“ durch die enge Verzahnung zwischen industriellen Herstellern und den Anwendern im Medienbereich. Auch speziell durch offensive Modellprojekte zur Installierung zukunftssträchtiger Multimedia-Anwendungen könnte es gelingen, industrielle „Cluster-Vorteile“ in den Bereich der Dienstleistungsökonomie zu übertragen und damit die Basis für eigendynamische Entwicklungen in voraussichtlich prägenden Feldern des 21. Jahrhunderts zu schaffen.

41 Vgl. Aus Politik und Wirtschaft, Hrsg.: Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, Nr. 11/1993, Leitthema auf S. 1 ff.

## Zusammenfassung

- Der Dienstleistungssektor hat mittlerweile in allen modernen Volkswirtschaften eine führende Rolle in der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit übernommen. Institutionell betrachtet, hat er aber in der Bundesrepublik Deutschland ein geringeres Gewicht als in vergleichbaren Ländern. Im Zuge der zunehmenden Komplementarität von Waren- und Dienstleistungsproduktion kann dies jedoch nicht ohne weiteres als Rückstand im Tertiarisierungsprozeß interpretiert werden. So zeigt der Anteil von gut zwei Dritteln der Erwerbstätigen mit dienstleistenden Funktionen einen durchaus fortgeschrittenen Tertiarisierungsgrad. Der Einsatz qualifizierter und zum Teil hochspezialisierter Dienstleistungen greift mehr und mehr in das Produzierende Gewerbe hinein und trägt wesentlich zu dessen Wettbewerbsfähigkeit bei.
- Dasselbe gilt für die Position Baden-Württembergs innerhalb der Bundesrepublik. Während im westlichen Bundesgebiet 60 % der Erwerbstätigen im institutionellen Dienstleistungssektor arbeiten, sind es im Südwesten nur 54 %. Dies ergibt sich als Reflex eines sehr stark vertretenen Industriesektors, der seinerseits in wachsendem Umfang mit dienstleistenden Funktionen durchdrungen wird. Daneben schlägt die relativ schwache Präsenz überregionaler, nationaler und internationaler Dienstleistungen zu Buche.
- Dennoch ist der sektorale Strukturwandel in Baden-Württemberg als vergleichsweise intensiv einzustufen. Die Shift-Analyse für den Zeitraum von 1980 bis 1991 ergab für die südwestdeutsche Wirtschaft eine unter Wachstumsaspekten im Bundesvergleich „neutrale“ Branchenstruktur. Der Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt resultierte folglich nicht aus strukturellen Vorteilen, sondern aus einer insgesamt überdurchschnittlichen Entwicklung der einzelnen Branchen. Dieser Effekt wurde hauptsächlich von den tertiären Wirtschaftsbereichen getragen.
- Der Verlauf im Produzierenden Gewerbe war alles in allem keineswegs ungünstig, gleichwohl aber deutlich schwächer als speziell in Bayern. Die strukturellen Vorteile, über die Baden-Württemberg hier verfügt, kamen nur bedingt zum Tragen. Im Wachstum der einzelnen Dienstleistungsbranchen konnte hingegen Bayern übertroffen und sogar Anschluß an die Entwicklung im diesbezüglich strukturell begünstigten Hessen gefunden werden. Das überdurchschnittliche tertiäre Wachstum resultierte dabei nicht ausschließlich, aber doch wesentlich aus der Entwicklung in den vorwiegend unternehmensorientierten Dienstleistungen, die sich auch bundesweit als ausgesprochene Wachstumsträger erweisen.
- Landes- wie auch bundesweit entfällt rund die Hälfte der tertiären Produktion auf Dienste, die im wesentlichen von anderen Unternehmen als Vorleistungen bezogen werden. Beträchtliche Impulse strahlen insbesondere durch die wachsende Nachfrage der Industriebetriebe - bei erkennbarem Trend zum verstärkten Fremdbezug (Externalisierung) - auf den Dienstleistungssektor aus. So bestanden gegen Ende der 80er Jahre bereits 27 % der Vorleistungsbezüge im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs aus Dienstleistungen; der entsprechende Anteil an den regionalen Vorleistungsbezügen (nur Bezüge von Lieferanten aus Baden-Württemberg) belief sich sogar auf 41 %.
- Für die Dienstleistungsbranchen ergibt sich insgesamt eine eher überdurchschnittliche Arbeitsproduktivität, auch die erzielten Produktivitätsfortschritte seit 1980 waren etwas höher als im Verarbeitenden Gewerbe. Zwischen den einzelnen Branchen treten allerdings erhebliche Unterschiede in der Produktivität zutage. Den hochproduktiven Finanzdiensten und vorwiegend unternehmensbezogenen Sparten stehen geringe Produktivitätswerte etwa im Handel und in manchen Haushalts- und Humandienstleistungen gegenüber. Insgesamt ist der tertiärorientierte Strukturwandel keineswegs mit Einbußen an gesamtwirtschaftlicher Produktivität verbunden.
- Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken eröffnen erhebliche Rationalisierungspotentiale im Dienstleistungsbereich; sie tragen darüber hinaus zum stärkeren Zusammenwachsen der internationalen Dienstleistungsmärkte bei und erleichtern die Verlagerung von standardisierten, aber mitunter auch von anspruchsvollen Dienstleistungsfunktionen in Länder mit den jeweils günstigsten Standortbedingungen. Der internationale Kosten-, Qualitäts- und Innovationswettbewerb wird sich damit auch in manchen Dienstleistungssparten intensivieren, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß etwa aufgrund kultureller und sprachlicher Barrieren der grenzüberschreitende Austausch von Dienstleistungen auch künftig begrenzt und ein beträchtlicher Teil der erstellten Dienste mehr oder weniger ortsbunden bleiben wird.
- Der Dienstleistungssektor ist insgesamt geringeren Konjunkturschwankungen unterworfen als das Produzierende Gewerbe. Gleichwohl ist die Nachfrage in manchen Zweigen durchaus eng mit der allgemeinen Wirtschaftslage verbunden. Die im Anschluß an die einigungsbedingte Boomphase durch nachlassende Exporte und Investitionen eingeleitete IndustrieRezession hat sich im Zuge sinkender Realeinkommen und gravierender Stellenverluste erst mit Verzögerung auf Teile des tertiären Bereichs ausgeweitet. Diese Sparten, wie etwa der Einzelhandel und andere verbrauchernahe Branchen, dürften nun auch eher

verspätet von einer vorwiegend export- und sodann auch investitions gestützten Belebung profitieren.

- Während der Frauenanteil bei den Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe nur 27 % beträgt, wird die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu 59 % und damit mehrheitlich von den Frauen getragen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte). Der tertiär-orientierte Strukturwandel führt somit tendenziell zu verbesserten Erwerbschancen der Frauen. Andererseits sind jedoch Frauen auch weit überproportional von der Automatisierung und dem Stellenabbau in der industriellen Fertigung betroffen, so daß der Frauenanteil im Verarbeitenden Gewerbe 1993 merklich geringer war als 1980. In der Gesamtwirtschaft ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen hingegen von 40 auf knapp 43 % gestiegen.
- Nach wie vor werden über 90 % der Teilzeitarbeitsplätze von Frauen wahrgenommen. Die Teilzeitquote hat sich insgesamt seit 1980 zwar von 8 bis auf nunmehr 12 % der Arbeitsplätze erhöht, womit jedoch der grundsätzlich vorhandene Spielraum zur Einrichtung von vermehrten Teilzeitstellen sicherlich nicht annähernd ausgeschöpft wurde. Vorreiter sind einige Dienstleistungszweige, die bereits ein Viertel und mehr ihrer Arbeitsplätze auf Teilzeitbasis besetzen. Während der Dienstleistungssektor insgesamt immerhin 19 % der Stellen mit Teilzeitarbeitskräften belegt, sind es im Produzierenden Gewerbe lediglich 5 %.
- Wird der Dienstleistungssektor nicht institutionell, sondern funktional nach beruflichen Tätigkeiten abgegrenzt, so weist Baden-Württemberg keinen wesentlichen Rückstand im Tertiarisierungsgrad gegenüber dem westlichen Bundesgebiet auf. So ist fast ein Fünftel aller Ingenieure und Techniker der alten Bundesländer im Südwesten beschäftigt. Die übrigen tertiären Berufsgruppen sind mit Anteilen von 15 bis 16 % und damit entsprechend dem Bevölkerungsgewicht Baden-Württembergs am westlichen Bundesgebiet beteiligt. Baden-Württemberg weist je 1000 Einwohner mehr Dienstleistungstätigkeiten auf als Bayern und wesentlich mehr als Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Ein deutlicher Rückstand besteht hingegen gegenüber Hessen.
- Schon etwa zwei Drittel aller Erwerbstätigen üben tertiäre Funktionen in ihren Unternehmen und anderen Institutionen aus, und nur noch rund ein Drittel der Erwerbstätigen wird im Fertigungsprozeß im weiteren Sinne - neben „Herstellen“ auch „Reparieren“ und „Maschinen einstellen“ - beschäftigt (Mikrozensus). Im Verarbeitenden Gewerbe sind bereits mehr als zwei Fünftel der Erwerbstätigen im funktionalen Dienstleistungssegment angesiedelt. Der tätigkeits-spezifische Strukturwandel vollzieht sich hier auch durch eine erhebliche Umschichtung innerhalb der produzierenden Tätigkeiten. Während der Anteil der

Herstellungsfunktionen auf unter ein Drittel der Gesamtbeschäftigten schrumpfte, ist bereits jeder fünfte Erwerbstätige im Verarbeitenden Gewerbe mit der Einstellung und Wartung von maschinellen Anlagen betraut.

- Aufgrund der konjunkturell und darüber hinaus auch strukturell angelegten Absatz- und Ertragsschwäche durchläuft das Verarbeitende Gewerbe einen wohl seit Jahrzehnten einzigartigen Umstrukturierungs- und Verschlankungsprozeß. Im Zuge der Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Kosteneinsparung, etwa durch Neuorganisation der Wertschöpfungsabläufe bis hin zur Streichung von ganzen Funktionen und Hierarchieebenen, wurden 1993 auch zahlreiche Dienstleistungsstellen abgebaut - dies betraf mehr oder weniger sämtliche Qualifikations- und Berufssparten vom Kantinenpersonal bis zu den Ingenieuren. Der intra-industrielle Tertiarisierungstrend dürfte jedoch von diesen Anpassungen an die Nachfrage- und Wettbewerbssituation nicht grundsätzlich in Frage gestellt oder gar umgekehrt werden.
- Der institutionelle und funktionale Strukturwandel in Richtung Tertiarisierung verläuft parallel mit wechselseitiger Beziehung. Er führt zu neuen Formen des Zusammenwirkens von Dienstleistungs- und Warenerstellung und letztlich zu neuen Produktions- und Unternehmenseinheiten, die mit der traditionellen Trennung in „sekundär“ und „tertiär“ nicht mehr zutreffend zu beschreiben sind. Daraus ergeben sich auch neuartige Anforderungen an die Methode und Systematik der statistischen Erfassung.
- Ein Kennzeichen dieser Entwicklung ist die langfristige Zunahme der Tätigkeiten zur Produktion, Verarbeitung und Verteilung von Informationen in allen Bereichen modernen Wirtschaftens. Diese informationsbezogenen Funktionen bilden den dynamischen Kern der tertiären Berufe. Landes- wie auch bundesweit entfallen bereits 35 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die Informationsberufe. Der Anteil im Verarbeitenden Gewerbe ist mit 27 % im Land etwas höher als im westlichen Bundesgebiet (knapp 26 %).
- Im Gefolge des tertiärorientierten Strukturwandels verändern sich Arbeitsinhalte und -abläufe und damit auch die Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten. Der Trend zu höheren Qualifikationen (mit Betonung von sogenannten Metaqualifikationen, wie Fähigkeit zur Kommunikation, Teamarbeit und Aneignung von neuem Wissen) betrifft sowohl die Fertigungs- als auch die Dienstleistungsberufe - auch hier werden die Übergänge zunehmend fließend. Während in Funktionsfeldern, wie Management und Organisation, Betreuung, Beratung und Ausbildung

sowie Forschung und Entwicklung, aber auch bei anspruchsvollen Einstellungs-, Wartungs- und Reparaturaufgaben, weiterhin deutliche Wachstumspotentiale in der Beschäftigung zu erwarten sind, unterliegen insbesondere die Hilfs- und Anlern Tätigkeiten, und zwar sowohl in sekundären als auch in tertiären Funktionsbereichen, einem starken Rationalisierungsdruck.

- Baden-Württemberg verfügt für den weiteren Strukturwandel mit seinen ausgeprägten „Cluster-Vorteilen“ in hochwertigen Investitionsgüterindustrien keineswegs über eine schlechte Ausgangslage. In diesem Umfeld bieten sich günstige Entfaltungschancen gerade für unternehmensorientierte und damit für ausgesprochen produktive Dienstleistungen. Darüber hinaus dürfte die demographische Entwicklung in Verbindung mit der Weiterentwicklung von Einkommen und Vermögen auch nicht unerhebliche Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven für manche Haushalts- und Humandienstleistungen eröffnen. Hier wird die marktwirtschaftliche Ausschöpfung von Expansionsspielräumen allerdings nicht zuletzt von

der politischen Gestaltung der Rahmenbedingungen abhängen.

- Der Mangel an überregionalen Dienstleistungen hat historische Wurzeln und stellte bislang kein wesentliches Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes dar. Die nationale und internationale Konzentration wertschöpfungsintensiver Dienstleistungen auf urbane Ballungszentren mit entsprechendem Standortprofil dürfte jedoch weiter anhalten und birgt auch insofern strukturelle Risiken für den Südwesten, als andererseits die traditionellen Wachstumsstützen des industriellen Bereichs im Zuge internationaler Aufholprozesse voraussichtlich an Eigendynamik verlieren werden. Deshalb wäre es vorteilhaft für eine auch künftig stabile Wachstumsbasis, wenn das industriell-technologische Standbein vermehrt ergänzt werden könnte um überregional ausstrahlende Dienstleistungsschwerpunkte mit Anziehungskraft für weitere Ansiedlungen. Vielversprechende Ansätze könnten sich insbesondere durch die Vernetzung der vorhandenen technologischen Kompetenz mit zukunfts-trächtigen Feldern der Dienstleistungsökonomie eröffnen.



# Zur Investitionstätigkeit in den 80er Jahren

Die Investitionstätigkeit gewinnt zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Produktivitätssteigerung zunehmend an Bedeutung. So werden über die Investitionen neue Technologien in den Produktionsapparat eingeführt, also die Grundlage für die künftige Konkurrenzfähigkeit gebildet. In dieser Arbeit werden daher die Sachinvestitionen Baden-Württembergs seit 1970 betrachtet. Investitionen in Finanzanlagen wie auch immaterielle Investitionen bleiben außer Betracht.

1992 wurden in Baden-Württemberg 103 Mrd. DM für Sachinvestitionen eingesetzt. Das waren 47 Mrd. DM mehr als 1980. Dabei folgte das Investitionswachstum dem konjunkturellen Verlauf. Diese Konjunkturperioden bringt vor allem die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (*Schaubild 1*) zum Ausdruck. Hier können zwei Phasen unterschieden werden: Die Rezession Anfang der 80er Jahre und die anschließende Wachstumsphase ab 1983. Während die Ausrüstungsinvestitionen aber ab 1983 stiegen, nahmen die Bauinvestitionen erst ab 1985 merklich zu (*Schaubild 2*). Die Ersatzbeschaffung und vor allem die Rationalisierung - auch in Verbindung mit der Arbeitszeitverkürzung - war also frühzeitig erforderlich. Zur Kapazitätserweiterung kam es dagegen merklich erst nach 1985. So gingen die jahresdurchschnittlichen realen Veränderungsrate im Zeitraum 1980 bis 1985 bei den Bauten um 3,3 % zurück, während sie von 1985 bis 1990 um 4 % anstiegen. Bei den Ausrüstungen steht einem Anstieg von 1,5 % Anfang der 80er Jahre, eine Steigerung um 7,8 % in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gegenüber. Die Ausrüstungen - also die Einführung neuer Technologien in den Produktionsapparat - wurden ab 1983 sogar beachtlich gesteigert (*Tabelle 1*). Sie wurden im Durchschnitt der 80er Jahre auch deutlich stärker gesteigert als in den 70er Jahren, während die Bauinvestitionen vor allem im Zeitraum 1980 bis 1990 die starke Dynamik des vorangehenden Jahrzehnts nicht erreichten. Da aber zwischen der Investitionstätigkeit und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ein enger Zusammenhang besteht, muß die Entwicklung der Investitionen auch im Zusammenhang mit den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet werden.

## Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im Durchschnitt der 70er Jahre um 3,0 % und in den 80er Jahren um 2,6 %, wobei bis 1983 eine sehr verhaltene Entwicklung registriert werden kann, ab 1983 dann aber eine sich sogar verstärkende Wachstumsphase (*Schaubild 1, Tabelle 1*). Der Private Verbrauch, der volumenmäßig die Bedeutung der Investitionen weit übertrifft, folgte anders als die Investitionsentwicklung nahezu parallel; ab 1985 stiegen

beide bis 1990 um durchschnittlich jährlich jeweils 3,8 %, während die Anlageinvestitionen um 5,7 % zunahmen (*Tabelle 3*). Der konjunkturelle Aufschwung ab 1983

Schaubild 1

**Bruttoinlandsprodukt, Privater Verbrauch  
Bruttoanlageinvestitionen und Exporte  
Baden-Württembergs 1980 bis 1991**

Jeweils in Preisen von 1985

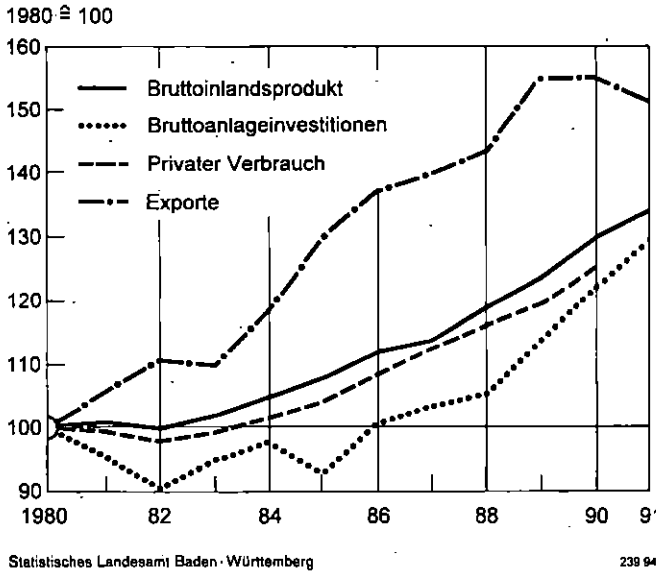


Schaubild 2

**Anlage-, Bau- und Ausrüstungsinvestitionen  
der Gesamtwirtschaft Baden-Württembergs  
1980 bis 1990**

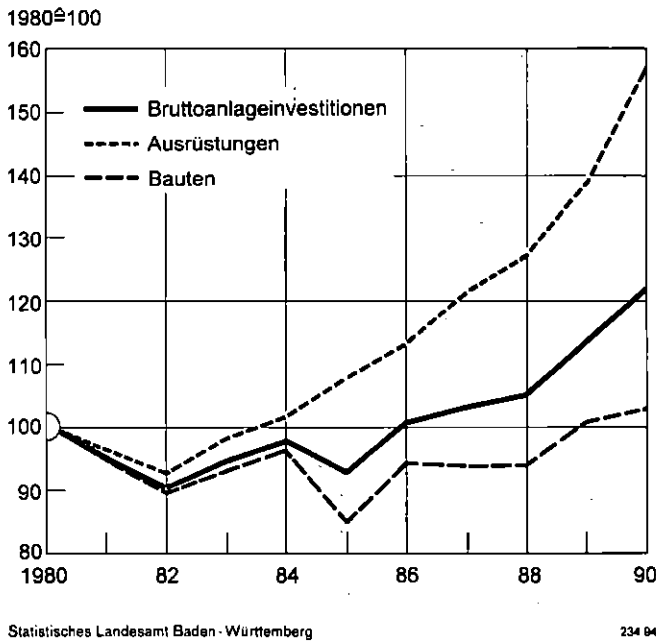


Tabelle 1

**Gesamtwirtschaftliche Rahmendaten des Bundesgebiets 1970 bis 1990**

Indikatoren	Jährliche durchschnittliche Veränderung in %				
	1970 bis 1980	1980 bis 1990	1980 bis 1983	1983 bis 1988	1988 bis 1990
Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen	8,3	5,6	4,2	5,6	7,6
Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen	3,0	2,6	0,6	3,1	4,5
Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen	7,6	4,5	1,3	3,7	11,2
Bruttoanlageinvestitionen in konstanten Preisen	2,1	2,0	-1,8	2,1	7,6
Ausrüstungen	2,9	4,6	-0,6	5,2	11,2
Bauten	1,7	0,3	-2,3	0,2	4,7
Privater Verbrauch in jeweiligen Preisen	8,9	5,0	4,7	4,4	7,1
Privater Verbrauch in konstanten Preisen	3,6	2,3	-0,3	3,1	4,1
Staatsverbrauch in jeweiligen Preisen	11,0	4,3	4,3	4,4	4,0
Staatsverbrauch in konstanten Preisen	3,7	1,5	0,6	2,5	0,4
Exporte in jeweiligen Preisen	10,1	6,5	7,2	6,6	5,4
Exporte in konstanten Preisen	4,9	4,4	3,1	5,5	3,9
Verfügbares Einkommen	8,6	5,3	4,2	4,9	8,0
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	9,6	4,9	3,8	4,7	6,9
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,3	7,9	4,1	9,5	9,5
Unternehmenseinkommen im Bundesgebiet	4,4	7,7	5,7	8,7	8,1
Vermögenseinkommen im Bundesgebiet	8,0	7,5	5,3	0,9	29,5
Unternehmensgewinne	4,8	8,0	6,5	9,6	6,3
Kapitalstock	4,2	3,1	3,3	2,9	3,1
Arbeitsproduktivität	2,7	1,8	1,1	0,1	7,0
Kapitalproduktivität	-1,2	-0,4	-2,5	0,2	1,3
Kapitalintensität	3,9	2,2	3,9	-0,1	5,6
Erwerbstätige	0,3	0,8	-0,5	3,0	-2,4
Arbeitslosenquote	27,7	6,0	36,1	-2,9	-9,4
Arbeitslose	26,1	7,8	41,6	-2,7	-7,6
Durchschnittlicher Diskontsatz	0,8	-1,9	-18,2	-4,1	35,9
Durchschnittlicher Lombardsatz	0,6	-0,6	-16,4	-1,0	30,4
Arbeitszeit	-0,4	-0,4	0,0	-0,5	-0,9

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Ifo - Instituts, der Deutschen Bundesbank, des Landesamtes für Statistik, des Statistischen Bundesamtes sowie der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder bzw. des Statistischen Landesamtes Baden-Württembergs (Statistische Berichte).

wurde vor allem von der Entwicklung der Exporte getragen, die real ab 1983 überproportional anstiegen (Tabelle 1); daran änderten auch die ab 1986 fallenden Dollarkurse nichts.

Die Entwicklung der Einkommensgrößen zeigt, daß das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ebenso wie das Einkommen aus unselbständiger Arbeit im Laufe der 80er Jahre im Vergleich zu den 70er Jahren moderat anstiegen. Die Zuwachsraten der 80er Jahre liegen deutlich unter dem Wachstumsniveau im vorhergehenden Jahrzehnt. Beide Einkommensgrößen sind ursächlich für die Entwicklung des privaten Verbrauchs. Weitaus stärker stiegen nach 1983 die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, wobei auf Bundesgebietsebene auch zwischen Einkommen aus Unter-

nehmertätigkeit und Vermögenseinkommen differenziert werden kann. Das Unternehmereinkommen wie auch die Unternehmensgewinne der Unternehmen mit und ohne eigene Rechtspersönlichkeit stiegen überproportional an. So haben sich die Unternehmensgewinne nach der Rezession Anfang der 80er Jahre außerordentlich günstig entwickelt, so daß sich auch der Anreiz für die Investitionstätigkeit entscheidend verbesserte. Bis 1988 wurde diese günstige Finanzlage der Unternehmen allerdings zur Reduzierung der Fremdmittel verwendet. Ende der 80er Jahre wurde zudem, angeregt durch die relativ hohen Verzinsungsraten auf den Europäischen Kapitalmärkten, auch vermehrt Geld in monetären Aktiva zu Ungunsten der Realinvestitionen angelegt. Die Vermögenseinkommen stiegen in den 80er Jahren, vor allem aber nach 1988, der Zeit der Hochzinspolitik, überproportional an.

Tabelle 2

## Bruttoanlageinvestitionen für Baden-Württemberg 1970 bis 1990 in jeweiligen Preisen

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck
		insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie, Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Wohnungsvermittlung	Dienstleistungen ohne Wohnungsvermittlungen	

Anlagen											
MILL. DM											
1970	27 289	21 572	933	1 155	6 782	836	1 238	1 710	7 274	1 645	5 718
1975	33 999	27 090	1 019	1 919	6 118	770	1 307	2 475	9 846	3 638	6 908
1980	56 920	46 772	1 292	2 662	11 240	1 229	2 031	3 180	16 312	8 825	10 148
1985	60 696	52 805	1 406	4 133	13 262	764	2 162	4 482	16 584	10 011	7 891
1986	66 790	58 024	1 411	3 825	14 864	906	2 478	4 758	18 051	11 730	8 766
1987	69 434	60 169	1 400	4 104	15 857	947	2 901	5 094	16 875	12 991	9 264
1988	71 959	62 435	1 516	3 367	16 250	1 046	3 624	4 927	17 455	14 250	9 524
1989	79 847	69 844	1 733	3 041	18 087	1 282	4 022	5 378	20 391	15 911	10 003
1990	89 015	78 839	1 834	3 296	20 957	1 477	4 507	5 102	21 814	19 852	10 176
durchschnittliche jährliche Veränderungsrate in %											
1970 - 75	4,50	4,66	1,78	10,69	-2,04	-1,63	1,09	7,68	6,24	17,20	3,85
1975 - 80	10,86	11,54	4,86	6,76	12,94	9,80	9,22	5,14	10,62	19,39	8,00
1980 - 85	1,29	2,46	1,71	9,20	3,36	-9,07	1,26	7,10	0,33	2,55	-4,91
1985 - 90	7,96	8,35	5,46	-4,42	9,58	14,09	15,83	2,63	5,64	14,67	5,22
1970 - 80	7,63	8,05	3,31	8,71	5,18	3,93	5,07	6,40	8,41	18,29	5,90
1980 - 90	4,57	5,36	3,57	2,16	6,43	1,86	8,30	4,84	2,95	8,44	0,03

Ausrüstungen											
MILL. DM											
1970	9 939	9 535	715	542	5 004	733	685	805	-	1 052	403
1975	11 766	11 112	782	1 010	4 930	608	778	1 154	-	1 850	654
1980	20 434	19 420	968	1 081	8 850	1 069	1 082	1 635	-	4 735	1 014
1985	26 161	25 089	1 091	2 409	11 288	642	1 215	2 477	-	5 967	1 072
1986	27 638	26 369	1 140	2 110	12 220	799	1 446	2 303	-	6 352	1 268
1987	29 829	28 432	1 146	2 364	12 921	858	1 744	2 491	-	6 908	1 397
1988	31 525	30 175	1 267	1 702	13 457	923	2 083	2 573	-	8 170	1 350
1989	35 246	33 741	1 445	1 389	14 918	1 101	2 365	3 033	-	9 489	1 505
1990	40 534	38 900	1 516	1 453	17 631	1 300	2 660	2 946	-	11 395	1 634
durchschnittliche jährliche Veränderungsrate in %											
1970 - 75	3,43	3,11	1,81	13,26	-0,30	-3,67	2,58	7,47	-	11,95	10,17
1975 - 80	11,67	11,81	4,36	1,37	12,41	11,95	6,82	7,22	-	20,68	9,17
1980 - 85	5,07	5,26	2,42	17,38	4,99	-9,70	2,35	8,66	-	4,73	1,12
1985 - 90	9,15	9,17	6,80	-9,62	9,33	15,15	16,97	3,53	-	13,81	8,80
1970 - 80	7,47	7,37	3,08	7,15	5,87	3,85	4,68	7,34	-	16,23	9,67
1980 - 90	7,09	7,19	4,59	3,00	7,14	1,98	9,41	6,06	-	9,18	4,89

Bauten											
MILL. DM											
1970	17 351	12 036	218	613	1 778	103	553	905	7 274	593	5 314
1975	22 233	15 978	237	909	1 188	182	528	1 321	9 846	1 787	6 255
1980	36 486	27 352	324	1 581	2 390	180	950	1 545	16 312	4 091	9 134
1985	34 535	27 716	315	1 723	1 974	122	947	2 005	16 584	4 045	6 819
1986	39 152	31 655	271	1 715	2 644	108	1 032	2 455	18 051	5 379	7 498
1987	39 604	31 737	254	1 739	2 936	89	1 158	2 603	16 875	6 082	7 867
1988	40 434	32 259	249	1 664	2 793	123	1 541	2 355	17 455	6 080	8 175
1989	44 601	36 104	288	1 652	3 169	181	1 656	2 345	20 391	6 422	8 498
1990	48 481	39 939	318	1 843	3 326	176	1 847	2 156	21 814	8 457	8 542
durchschnittliche jährliche Veränderungsrate in %											
1970 - 75	5,08	5,83	1,69	8,20	-7,75	9,48	-0,92	7,86	6,24	24,68	3,31
1975 - 80	10,41	11,35	6,45	11,71	15,00	-0,25	12,47	3,18	10,62	18,02	7,87
1980 - 85	-1,09	0,26	-0,56	1,74	-3,75	-5,28	-0,06	5,35	0,33	-0,23	-5,68
1985 - 90	7,02	7,58	0,19	1,36	11,00	7,60	14,29	1,46	5,64	15,89	4,61
1970 - 80	7,72	8,56	4,04	9,94	3,00	4,50	5,56	5,49	8,41	21,30	5,57
1980 - 90	2,88	3,86	-0,19	1,55	3,36	0,96	6,87	3,39	2,95	7,53	-0,67



Tabelle 3

**Bruttoanlageinvestitionen in Baden-Württemberg 1970 bis 1990 in Preisen von 1985**

Jahr	Alle Wirtschafts- bereiche	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zwecke
		ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermietung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermietung	
Anlagen											
Mili. DM											
1970	52.857	42.167	1.900	2.012	12.584	1.626	2.366	2.979	15.783	2.917	10.690
1975	50.524	40.350	1.517	2.580	8.735	1.141	1.922	3.367	15.821	5.268	10.174
1980	65.106	54.142	1.543	2.879	13.293	1.484	2.377	3.495	18.818	10.252	10.965
1985	60.696	52.805	1.406	4.133	13.262	764	2.162	4.482	16.584	10.011	7.891
1986	65.891	57.282	1.396	3.767	14.656	885	2.439	4.688	17.790	11.659	8.609
1987	67.692	58.728	1.378	4.014	15.480	902	2.812	4.991	16.309	12.841	8.964
1988	69.101	60.026	1.470	3.222	15.620	978	3.439	4.760	16.532	14.004	9.075
1989	74.573	65.320	1.642	2.839	16.946	1.168	3.710	5.108	18.658	15.249	9.253
1990	80.000	71.050	1.666	2.968	19.165	1.309	4.020	4.717	18.786	18.419	8.951
Jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %											
1970 - 75	-0,90	-0,88	-4,40	5,10	-7,04	-6,84	-4,07	2,48	0,05	12,55	-0,98
1975 - 80	5,20	6,06	0,34	2,22	8,76	5,40	4,34	0,75	3,53	14,24	1,51
1980 - 85	-1,39	-0,50	-1,84	7,50	-0,05	-12,43	-1,88	5,10	-2,50	-0,47	-6,37
1985 - 90	5,68	6,12	3,45	-6,41	7,64	11,37	13,21	1,03	2,52	12,97	2,55
1970 - 80	2,11	2,53	-2,06	3,65	0,55	-0,91	0,05	1,61	1,77	13,39	0,25
1980 - 90	2,08	2,76	0,77	0,30	3,73	-1,25	5,39	3,04	-0,02	6,03	-2,01
Ausrüstungen											
Mili. DM											
1970	18.216	17.449	1.450	966	9.186	1.435	1.257	1.459	—	1.695	767
1975	16.465	15.486	1.153	1.365	6.926	890	1.106	1.591	—	2.454	980
1980	24.348	23.118	1.183	1.255	10.607	1.301	1.297	1.906	—	5.569	1.230
1985	26.161	25.089	1.091	2.409	11.288	642	1.215	2.477	—	5.967	1.072
1986	27.382	26.122	1.128	2.090	12.048	780	1.425	2.288	—	6.363	1.260
1987	29.416	28.035	1.130	2.329	12.636	817	1.693	2.470	—	6.959	1.381
1988	30.763	29.455	1.233	1.642	12.980	861	1.976	2.527	—	8.236	1.308
1989	33.612	32.196	1.378	1.309	14.026	1.004	2.190	2.939	—	9.351	1.416
1990	38.050	36.514	1.396	1.347	16.272	1.156	2.421	2.826	—	11.095	1.536
Jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %											
1970 - 75	-2,00	-2,36	-4,48	7,16	-5,49	-9,11	-2,53	1,75	—	7,68	5,02
1975 - 80	8,14	8,34	0,52	-1,67	8,90	7,89	3,24	3,68	—	17,81	4,65
1980 - 85	1,45	1,65	-1,61	13,93	1,25	-13,17	-1,30	5,38	—	1,39	-2,71
1985 - 90	7,78	7,79	5,05	-10,98	7,59	12,48	14,78	2,67	—	13,21	7,46
1970 - 80	2,94	2,85	-2,01	2,65	1,45	-0,98	0,31	2,71	—	12,63	4,84
1980 - 90	4,57	4,68	1,67	0,71	4,37	-1,17	6,44	4,02	—	7,14	2,25
Bauten											
Mili. DM											
1970	34.642	24.718	450	1.046	3.398	192	1.108	1.520	15.783	1.221	9.924
1975	34.059	24.865	364	1.215	1.809	250	816	1.776	15.821	2.814	9.194
1980	40.759	31.024	360	1.623	2.686	183	1.080	1.589	18.818	4.683	9.735
1985	34.535	27.716	315	1.723	1.974	122	947	2.005	16.584	4.045	6.819
1986	38.509	31.160	268	1.677	2.608	106	1.014	2.400	17.790	5.296	7.349
1987	38.276	30.693	247	1.685	2.844	85	1.119	2.521	16.309	5.882	7.583
1988	38.338	30.571	237	1.580	2.640	117	1.463	2.233	16.532	5.769	7.767
1989	40.961	33.124	264	1.530	2.920	164	1.520	2.169	18.658	5.898	7.837
1990	41.951	34.536	271	1.621	2.893	153	1.598	1.891	18.786	7.323	7.415
Jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %											
1970 - 75	-0,34	0,12	-4,15	3,04	-11,85	5,42	-5,93	3,16	0,05	18,17	-1,52
1975 - 80	3,66	4,53	-0,22	5,96	8,23	-6,05	5,77	-2,20	3,53	10,72	1,15
1980 - 85	-3,26	-2,23	-2,64	1,20	-5,97	-7,79	-2,59	4,76	-2,50	-2,89	-6,87
1985 - 90	3,97	4,50	-2,96	-1,21	7,94	4,63	11,03	-1,16	2,52	12,60	1,69
1970 - 80	1,64	2,30	-2,21	4,49	-2,32	-0,48	-0,26	0,44	1,77	14,39	-0,19
1980 - 90	0,29	1,08	-2,80	-0,01	0,75	-1,77	4,00	1,76	-0,02	4,57	-2,69

Die Entwicklung der Unternehmensgewinne bzw. Unternehmenseinkommen hätte bei einem niedrigeren Zinsniveau als positiver Anreiz für die Investitionstätigkeit gesehen werden können.<sup>1</sup>

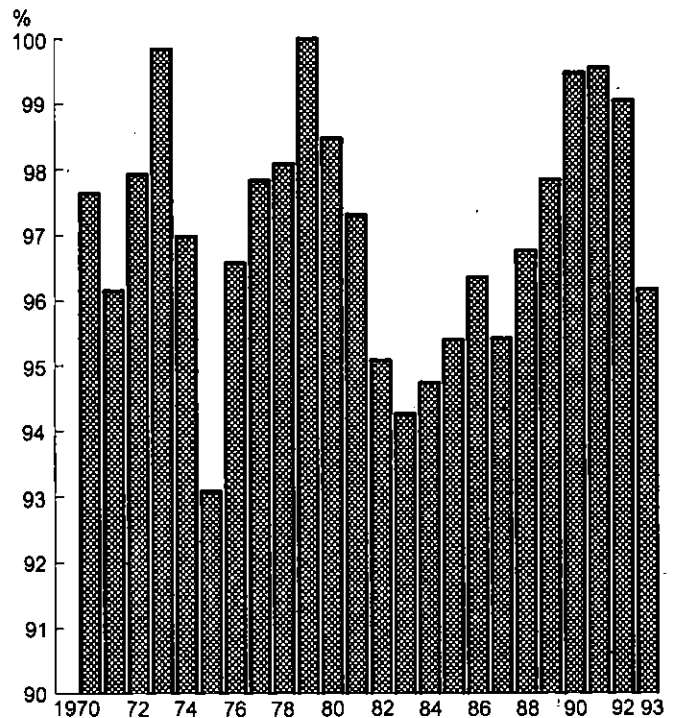
Zweifelloos war die wechselhafte Entwicklung der Investitionen in den 80er Jahren, vor allem aber die niedrigere Rate der Erweiterungsinvestitionen auch konjunkturell bedingt. Wie *Schaubild 3* zeigt, war das vorhandene Produktionspotential nur in den Jahren 1973, 1979 und 1991 voll ausgelastet, d.h. während der gesamten 80er Jahre hätte mit den bereits vorhandenen Produktionskapazitäten mehr produziert werden können, als nachgefragt wurde. Der Anreiz für Erweiterungsinvestitionen war im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt gering (*Schaubild 3*).

Soweit trotzdem Rationalisierungsinvestitionen getätigt wurden, dürften sie sich dadurch erklären lassen, daß die Belastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben sich zu Ungunsten des Faktors Arbeit entwickelte: Die Belastung des Faktors Kapital ging in den letzten 20 Jahren um etwa 4 Prozentpunkte zurück, die für den Faktor Arbeit stieg um etwa 3 Prozentpunkte an.<sup>2</sup>

Für das starke Wachstum im Jahr 1989 war ein starker Nachfragesog aus dem Ausland verantwortlich, der seinerseits durch eine anhaltende Wachstumsdynamik vor allem in den europäischen Partnerländern bedingt war. Von dieser Nachfragesteigerung gingen kräftige Impulse auf die inländische Investitionsbereitschaft aus. 1989 waren nämlich die Sachanlagen nahezu ausgelastet, so daß Erweiterungsinvestitionen dringlicher wurden. Modernisierungs- und Rationalisierungsinvestitionen verloren aber keineswegs an Bedeutung, weil die Arbeitszeit

Schaubild 3

### Auslastungsgrad des Produktionspotentials in Baden-Württemberg seit 1970



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

209 94

weiter verkürzt wurde und Fachkräfte am Arbeitsmarkt knapper wurden. Aber auch 1990 lief die Wirtschaft Baden-Württembergs auf vollen Touren. Abweichend von 1989 war aber die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Inlandsnachfrage verantwortlich nicht zuletzt auch infolge der Währungsumstellung in den neuen Bundesländern. Die Währungsumstellung zur Jahresmitte 1990 bewirkte einen kräftigen Nachfrageschub aus den neuen Bundesländern, der zudem durch umfangreiche staatliche Transferzahlungen gestützt wurde. Unter dem Eindruck rasch expandierender Inlandsbestellungen blieb die Investitionsbereitschaft der westdeutschen Länder außerordentlich hoch. Auch in der ersten Jahreshälfte 1991 führte die Vereinigung Deutschlands inmitten eines Umfelds internationaler Abwärtstendenzen in den alten Bundesländern zu einer ausgeprägten Hochkonjunkturphase. In der zweiten Jahreshälfte 1991 kam es dann aber bereits vor dem Hintergrund einer einsetzenden konjunkturellen Abkühlung zu einem Nachlassen der Investitionstätigkeit. So wurden beispielsweise in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1992 7,9 % weniger investiert als 1991.

Im früheren Bundesgebiet nahmen die Ausrüstungsinvestitionen 1992 um 3,9 % ab und 1993 um 15 %. Die Bauinvestitionen stiegen dagegen 1992 um 5,5 %, sta-

<sup>1</sup> Der Verlauf der Investitionstätigkeit spiegelt sich auch im Verlauf des Kapitalstocks und der Kapitalintensität wider, wenn auch etwas abgeflacht. Der Kapitalstock umfaßt alle in der Vergangenheit getätigten Investitionen abzüglich der physisch aus dem Bestand ausgeschiedenen Güter, während die Kapitalintensität den Kapitalstock je Erwerbstätigen bezeichnet. Im Zeitraum 1982 bis 1985 stieg die Kapitalintensität infolge des überproportionalen Anstiegs der Erwerbstätigen etwas stärker als der Kapitalstock an, doch flachte sie nach 1985 wieder ab.

Der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen nahm damit während der gesamten 80er Jahre zu, was die erhöhten Rationalisierungsinvestitionen in Form von modernen Maschinen bzw. Anlagen widerspiegelt.

Die Kapitalproduktivität - also das Bruttoinlandsprodukt je Kapitaleinheit - war demgegenüber bis 1987 etwas rückläufig und stieg danach schwach an. Hier kommt aber eine strukturelle Verschiebung zwischen dem Verarbeitenden Gewerbe und den Dienstleistungsunternehmen ohne Wohnungsvermietung zum Tragen. So gewinnt das Dienstleistungsgewerbe im Laufe der 80er Jahre deutlich an Gewicht, zugleich ist aber die Kapitalproduktivität in diesem Bereich etwas niedriger. Zudem trat Anfang der 80er Jahre hier auch die konjunkturelle Entwicklung zu Tage: die notwendigen Kapazitätserweiterungen wurden Ende der 70er Jahre getätigt, zugleich folgte Anfang der 80er Jahre eine Rezession.

Demgegenüber stieg die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen), im Laufe der 80er Jahre im Trend an, wobei sich aber kurzfristig die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl widerspiegelt.

<sup>2</sup> Veröffentlichungen des Instituts für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim 1993, Nr. 16: Belastung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital durch Steuern und Sozialversicherungsabgaben.

gnierten 1993 bereits wieder (- 0,5 %). Für 1994 prognostizieren die Forschungsinstitute eine Stagnation. So werden die Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich um 0,5 % zunehmen und die Bauinvestitionen um 1 %.

## Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Investitionen

In Baden-Württemberg wurden 1990 in Preisen von 1985 rund 80 Mrd. DM in neue Anlagen investiert.<sup>3</sup> Das waren deutlich mehr als 1980 (*Tabelle 3*). In den 70er Jahren wurden in Baden-Württemberg die Investitionen deutlich stärker gesteigert als im Bundesgebiet. Die neuen Anlagen nahmen im Zeitraum 1970 bis 1980 im Land real um 23,2 % und im früheren Bundesgebiet um 13,9 % zu. In den 80er Jahren liegt die Steigerungsrate für Baden-Württemberg mit 22,9 % nur noch knapp über dem früheren Bundesgebiet mit 20,7 %. Mit dieser Angleichung an den Bundesdurchschnitt war zwar ein Strukturwandel verbunden, der sich aber im Bundesdurchschnitt tendenziell in ähnlicher Weise vollzog. Stärker als im Bundesdurchschnitt waren allerdings in den 80er Jahren die Investitionseinbußen beim Sektor Staat und beim Baugewerbe, während sich das Verarbeitende Gewerbe nach wie vor im Land besser entwickelte. Im Dienstleistungsbereich näherten sich die Steigerungsraten entsprechend dem Gesamtergebnis an, gegenüber einem fast doppelt so starken Wachstum im Land in den 70er Jahren. Infolge des stärkeren Wachstums erhöhte sich der Anteil Baden-Württembergs an den Anlageinvestitionen des Bundesgebiets von 15,7 % (1970) auf 17,2 % (1990), während 1990 der Anteil des Landes am Bruttoinlandsprodukt 16,6 % und bei den Erwerbstätigen 16,5 % betrug.

Mit dieser Gesamtentwicklung waren aber im Zeitablauf unterschiedliche Wachstumsphasen verbunden (siehe *Schaubild 2*). Während die realen Investitionen im Zeitraum 1980 bis 1983 jahresdurchschnittlich um 1,8 % sanken, stiegen sie anschließend bis 1988 um 2,1 %. Ende der 80er Jahre folgte dann eine sehr dynamische Entwicklung mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate von 7,6 %.

In der Gliederung nach Anlagearten entfielen im Land von den Gesamtinvestitionen rund 38 Mrd. DM und damit 47,6 % auf Ausrüstungs- und entsprechend 42 Mrd. DM oder 52,6 % auf Bauinvestitionen (*Tabelle 3*). Demgegenüber waren 1990 von den gesamten Anlageinvestitionen des früheren Bundesgebiets 49,3 % Ausrüstungsgüter.

Jedoch nahmen die Ausrüstungsinvestitionen in den 80er Jahren in Baden-Württemberg mit 56,3 % deutlich stärker

zu als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets mit 47,7 %. Im Zeitraum 1970 bis 1980 stiegen die Ausrüstungen im Land um 33,6 % und 24,2 % im Bundesdurchschnitt. In den 80er Jahren war bei den Ausrüstungen die Wachstumsdynamik wesentlich stärker als in den 70er Jahren; die Investitionssteigerungen der vergangenen Jahre wurden also weitgehend von Ausrüstungen getragen. Da neue Technologien über die Ausrüstungen, die u.a. Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge und Büroeinrichtungen umfassen, in den Produktionsprozeß eingehen, ist die zeitliche Entwicklung dieser Größe von besonderer Bedeutung.

Bei den Bauten war die Investitionsdynamik deutlich schwächer. So nahmen die Bauinvestitionen im Laufe der 70er Jahre um jahresdurchschnittlich 1,6 % (früheres Bundesgebiet: 0,7 %) zu und im Zeitraum 1980 bis 1990 sogar nur um 0,3 % (Bundesgebiet: 0,2 %).<sup>4</sup>

In den 70er Jahren hatte die strukturelle Entwicklungskomponente ein hohes Gewicht. Insbesondere wurde die zunächst pessimistische und dann abwartende Haltung aus der Zeit der Investitionslücke 1974/75 abgelöst von dem durch technischen Wandel und internationale Konkurrenz verstärkt geforderten Investitionsanstrengungen. Anfang der 80er Jahre gewinnt dann die konjunkturelle Komponente, also die Orientierung an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wieder die Oberhand: Die Investitionen stagnieren, infolge der lang anhaltenden Rezession bis 1983. Hier machten sich Anfang der 80er Jahre sowohl die Spätfolgen der starken DM-Aufwertung in den Jahren 1978/79 als auch die verschärfte ausländische Konkurrenz bemerkbar. In den Jahren 1981/82 war daher die Kapazitätsauslastung besonders niedrig, so daß keine zusätzliche Nachfrage nach Investitionen bestand. Entsprechend waren die Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 1981 und 1982 gegenüber den Vorjahren sogar rückläufig. Nach 1983 war die Investitionsentwicklung dann wieder etwas günstiger. So war 1983 eine deutliche Nachfragesteigerung zu verzeichnen, die zu einer stärkeren Kapazitätsauslastung und damit zu einer Kostensenkung führte. Zudem war hier für die Belebung der Investitionstätigkeit auch die Gewährung einer 10 %igen Investitionszulage maßgebend.<sup>5</sup>

Mit der konjunkturellen Erholung in den Jahren nach 1983 setzte dann wieder eine verstärkte Investitionstätigkeit ein, die allerdings 1985 - bedingt durch die rückläufigen Bauinvestitionen - nochmals einbrach. Ab 1986 verstärkte sich die Investitionsbereitschaft erneut, da sich die importierten Vorleistungen infolge einer kräftigen Aufwertung der DM gegenüber dem amerikanischen Dollar und des weltweiten Verfalls der Rohölpreise stark verbillig-

3 Über die reale Entwicklung investiver Anstrengungen geben die Werte zu konstanten Preisen Auskunft, da hier alle Investitionsjahrgänge mit demselben Basiswert bewertet werden.

4 Bei einem Bundesvergleich ist stets das frühere Bundesgebiet in der Abgrenzung vor dem 3. Oktober 1990 dargestellt. Die realen Werte werden immer in Preisen von 1985 ausgewiesen.

5 Vgl: Einkommen- und Einkommensverwendung der Produktionsunternehmen seit Anfang der 80er Jahre, in: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Mai 1990.

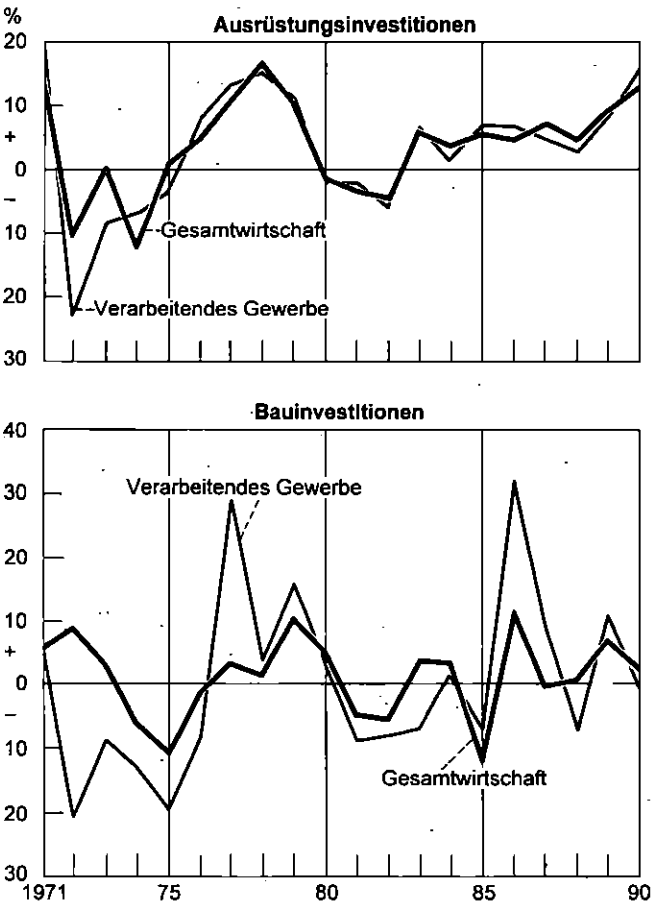
ten, was sich positiv auf die Unternehmensgewinne auswirkte. Auffallend hohe Steigerungsraten wurden aber erst wieder 1989 und 1990 erzielt. Dieses starke Wachstum hielt auch im 1. Halbjahr 1991 an, flachte danach aber wieder ab.

Von größerer Wichtigkeit ist aber das Wachstum der Ausrüstungen, da über diese Komponente neue Technologien in den Produktionsprozeß eingeführt werden. In den 80er Jahren war die Dynamik bei den Ausrüstungen stärker als in den 70er Jahren, während die Bauinvestitionen deutlich hinter dem Ergebnis der 70er Jahre zurückblieben (*Schaubild 4*). Dieses unterschiedliche Investitionsverhalten läßt darauf schließen, daß die Ausrüstungsinvestitionen zur Aufrechterhaltung der Kapazitäten sowie Effizienz und Modernität zumindest ab 1983 getätigt werden. Die Entwicklung der Bauinvestitionen zeigt, daß in erster Linie Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen getätigt werden. Auf den Verlauf wird weiter unten ausführlich eingegangen.

### Überdurchschnittliche Investitionstätigkeit in Baden-Württemberg

Einen weiteren Einblick und vor allem eine weitere Vergleichsmöglichkeit - auch mit den anderen Bundesländern - geben die Investitionen je Erwerbstätigen. Diese Größe wird Investitionsintensität genannt. Je Erwerbstätigen wurden real in Baden-Württemberg 1990 rund 16 670 DM in Bauten und Ausrüstungen investiert, gegenüber rund 15 990 DM im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets (*Tabelle 4*). Das waren im Land 34 % mehr als noch 1970, während im Bundesgebiet die Investitionen je Erwerbstätigen um 27 % stiegen. Hierbei ist auch zu beachten, daß im Gesamtzeitraum 1970 bis 1990 die Zahl der Erwerbstätigen im Land um 12 % stieg und im Bundesdurchschnitt um 7 %. Die Entwicklung im gesamten Zeitabschnitt verlief aber in zwei Phasen. Im Zeitraum 1970 bis 1980 stieg die Investitionsintensität um 20 % in Baden-Württemberg und um 12 % im Bundesdurchschnitt. Im Zeitraum 1980 bis 1990 stiegen die Investitionen je Erwerbstätigen in Baden-Württemberg um 11,8 % und um 13,3 % im früheren Bundesgebiet. Die Erwerbstätigen nahmen in den 70er Jahren um 3 % bzw. 2 % zu. 1991 wurden real in Baden-Württemberg schließlich 17 260 DM je Erwerbstätigen investiert, das sind 3,5 % mehr als im Vorjahr. Baden-Württemberg lag 1991 mit diesem Investitionsvolumen je Erwerbstätigen im Ländervergleich an dritter Stelle hinter Bayern (19 300 DM) und Rheinland-Pfalz (17 595 DM). Während Bayern aber durch ein starkes Wachstum Baden-Württemberg ab 1985 bleibend überholte, hatte Rheinland-Pfalz bereits 1970 ein höheres Investitionsniveau je Erwerbstätigen als Baden-Württemberg. Anfang der 70er Jahre konnten zudem höhere Werte für Hessen festgestellt werden. Hessen konnte jedoch seine ursprüngliche Position nicht halten.

Schaubild 4  
**Ausrüstungs- und Bauinvestitionen in der Gesamtwirtschaft und im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg 1971 bis 1990**  
In konstanten Preisen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 235 94

### Leasing nimmt an Bedeutung zu

Neben den eigentlichen Investitionen muß in diesem Zusammenhang aber auch die Anlagevermietung untersucht werden. So werden die gemieteten Anlagen in der Regel beim Vermieter aktiviert und nicht beim Anwender, also dem Mieter in dessen Produktionsprozeß sie eingehen. Da der Vermieter und Anwender unterschiedlichen Sektoren oder Branchen angehören können, kommt es oftmals zu einer Abweichung zwischen den getätigten (aktivierten) Investitionen und dem Einsatz dieser Investitionsgüter. Dies gilt insbesondere für die nachfolgende Betrachtung nach Wirtschaftsbereichen. Bei der Betrachtung der Investitionen in der Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen ist damit zu beachten, daß die Investitionen nach dem Eigentümerkonzept ausgewiesen werden. Das bedeutet, daß z.B. gemietete Anlagen in dem Bereich ausgewiesen werden, zu dem der Vermieter gehört. So werden Leasinggüter in der Regel beim Vermieter aktiviert und nicht beim Anwender, also dem Mieter, in dessen Produktionsprozeß sie eingehen.

Tabelle 4

**Investitionsintensität für die Gesamtwirtschaft des früheren Bundesgebiets 1970 bis 1991<sup>1</sup> nach Ländern**

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Nieder-Sachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin-West	Früheres Bundesgebiet
------	--------------------	---------	----------------	--------	---------------------	--------	-----------------	-------------------	--------	----------	-------------	-----------------------

**DM in jeweiligen Preisen**

1970	6 166	7 113	6 249	6 251	6 520	7 211	6 646	6 430	6 238	5 774	6 254	6 478
1975	8 625	7 606	8 002	7 711	7 967	8 579	8 269	8 060	7 881	7 696	8 005	8 048
1980	14 661	10 658	12 590	10 158	11 517	11 570	13 672	13 037	12 800	12 496	11 019	12 308
1985	12 467	11 446	11 646	11 356	13 049	13 428	13 943	13 794	14 994	13 906	14 310	13 432
1990	16 753	14 755	17 623	13 841	15 929	17 487	18 843	18 538	20 649	16 392	17 838	17 791
1991	18 300	16 344	19 321	15 076	17 284	19 218	20 535	20 071	22 623	17 845	17 553	19 339

**Bundesgebiet = 100**

1970	95	110	96	96	101	111	103	99	96	89	97	100
1975	107	95	99	96	99	107	103	100	98	96	99	100
1980	119	87	102	83	94	94	111	106	104	102	90	100
1985	93	85	87	85	97	100	104	103	112	104	107	100
1990	94	83	99	78	90	98	106	104	116	92	100	100
1991	95	85	100	78	89	99	106	104	117	92	91	100

**DM in Preisen von 1985.**

1970	12 030	13 333	12 100	11 777	12 548	13 949	12 877	12 446	12 195	11 067	13 621	12 577
1975	12 783	10 958	11 845	11 168	11 716	12 698	12 339	11 986	11 754	11 371	12 378	11 927
1980	16 773	12 195	14 431	11 575	13 184	13 222	15 651	14 905	14 652	14 326	13 459	14 114
1985	12 467	11 446	11 646	11 356	13 049	13 428	13 943	13 794	14 994	13 906	14 310	13 432
1990	15 078	13 552	15 862	12 565	14 391	15 766	16 879	16 669	18 451	14 777	15 528	15 988
1991	15 687	14 192	16 560	13 077	14 935	16 526	17 595	17 260	19 301	15 393	14 649	16 599

**Bundesgebiet = 100**

1970	96	106	96	94	100	111	102	99	97	88	108	100
1975	107	92	99	94	98	106	103	100	99	95	104	100
1980	119	86	102	82	93	94	111	106	104	102	95	100
1985	93	85	87	85	97	100	104	103	112	104	107	100
1990	94	85	99	79	90	99	106	104	115	92	97	100
1991	95	86	100	79	90	100	106	104	116	93	88	100

Während somit die Leasinggüter in der Summe der Investitionen enthalten sind, führen sie bei einem Nachweis nach dem Nutzerkonzept zu einer Verschiebung in der Bedeutung nach Bereichen. So zeigt der Vergleich der Anlagevermögensbestände - also der kumulierten Investitionen abzüglich der Abgänge - des Ifo-Instituts<sup>6</sup> für

das Jahr 1987 nach beiden Konzepten, daß im Verarbeitenden Gewerbe 9,3 % mehr Produktionsanlagen genutzt werden als Anlagen in den Jahren zuvor verbucht wurden. Im Baugewerbe wurden bereits 17,5 % mehr genutzt und im Handel sogar 34,5 %. Dagegen wurden im Bereich „Sonstige Dienstleistungen“ 38,8 % weniger Anlagen genutzt, als Investitionen getätigt werden. Wegen nur unzureichender Daten über das Ausmaß der Anlagevermietung, liegen entsprechende Angaben nach dem Nutzerkonzept in der amtlichen Statistik nicht vor (Tabelle 5).

<sup>6</sup> W. Gerstenberger, H. Heinze, M. Hummel, K. Vogler-Ludwig: Sektorale Kapitalbildung in der deutschen Wirtschaft nach dem Eigentümer- und Benutzerkonzept, in: Ifo-Studien zur Strukturforschung 12, 1989; vgl. auch Ifo-Studien zur Strukturforschung Band 6 und Band 10.

Bei der Beurteilung der Investitionstätigkeit in den Bereichen ist daher zu berücksichtigen, daß gemietete Anlagen ebenfalls in den Produktionsprozeß eingehen, aber die Investitionen teilweise im Wirtschaftsbereich Dienstleistungsunternehmen verbucht werden, obwohl die entsprechenden Investitionsgüter in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Beim Benutzer der Investitionsgüter treten an die Stelle der Anschaffungskosten, die beim Kauf von Maschinen, Fahrzeugen, Datenverarbeitungsanlagen, Betriebsgebäuden usw. zu aktivieren wären, die Leasingraten für die gemieteten Leasinggüter. Welche Bedeutung inzwischen das Leasinggeschäft erreicht hat, zeigt nicht zuletzt der Wert des Anlagebestandes. So addierten sich laut den Angaben des Ifo-Instituts<sup>7</sup> im Bundesgebiet zum 31.12.1992 die Anschaffungswerte der im Leasingverfahren vermieteten Wirtschaftsgüter auf 183 Milliarden DM, verteilt auf rund 3,2 Millionen Verträge. Davon entfielen auf die herstellernunabhängigen Vermieter 132

Milliarden DM aus 1,51 Millionen Verträgen. Bei der Herstellervermietung und -leasing kumulierten sich die effektiven Anschaffungswerte ohne Abschreibungen am 31.12.1992 zu einem Anlagevermögen von über 51 Milliarden DM, verteilt auf rund 1,68 Millionen Verträge.

Der Anteil der gemieteten Anlagen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen nach den Angaben des Ifo-Instituts nahm seit 1980 deutlich zu. So betrug der Anteil der gemieteten Anlagen an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen 1981 6,9 % und ab 1988 etwas über 10 %. Der Anteil des Mobilienleasings an den gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsinvestitionen betrug 1981 8,6 % und 1993 15,9 %. Damit entfallen über ein Sechstel der Ausrüstungsinvestitionen auf Maschinen und maschinellen Anlagen, die vermietet werden. Wie schon in den früheren Jahren ging auch 1992 nach den Ergebnissen des Ifo-Instituts<sup>7</sup> der größte Teil der Investitionen der Leasinggesellschaften in das Verarbeitende Gewerbe (29,3 %). Es folgt der Bereich sonstige Dienstleistungen, der seinen Anteil auf 19,6 % erhöhte und verwies damit den Handel auf den 3. Platz (19,3 %). In dem sehr heterogenen Bereich Dienstleistungen machen die besonders leasinggeeigneten Fahrzeuge und Büromaschinen ein-

7 Vgl. hierzu: A. Städler. Leasing wird konjunkturresistenter, in: Ifo-Schnelldienst 1-2/94 sowie entsprechende Veröffentlichungen der Vorjahre.

Tabelle 5  
**Abweichungen der Ergebnisse der Investitionsberechnungen nach dem Benutzerkonzept von denjenigen nach dem Eigentümerkonzept im Bundesgebiet 1960, 1980 und 1987 \*)**

Wirtschaftsbereich	Bruttoanlageinvestitionen			Bruttoanlagevermögen		
	1960	1980	1987	1960	1980	1987
	%					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 0,0	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4
Energie und Wasserversorgung	+ 0,7	+ 7,6	+ 2,1	+ 0,6	+ 2,9	+ 4,2
Bergbau	+ 0,2	+ 5,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 1,9	+ 2,7
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,7	+12,3	+15,4	+ 3,1	+ 6,4	+ 9,3
darunter						
Maschinenbau	-	+13,6	+14,9	-	+ 6,1	+ 8,9
Straßenfahrzeugbau	-	+13,8	+17,4	-	+10,7	+13,3
Elektrotechnik	-	+15,2	+14,5	-	+ 6,1	+10,5
Baugewerbe	+ 3,6	+14,2	+23,6	+ 8,3	+13,4	+17,5
Handel	+15,1	+36,6	+54,6	+21,1	+28,3	+34,5
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	+ 1,1	+ 5,4	+ 6,1	+ 0,6	+ 2,0	+ 2,7
Kreditinstitute, Versicherungen	+ 7,3	+29,9	+17,6	+ 5,7	+ 9,0	+10,5
Sonstige Dienstleistungen	-41,9	-41,5	-43,6	-48,6	-42,7	-38,8
Staat, private Organisationen o. E.	+ 0,8	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,0	+ 1,6	+ 2,3
Insgesamt	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0

\*) Nach Angaben des Ifo-Instituts. - Ein Plus vor den Zahlen bedeutet: Einsatz nach dem Benutzerkonzept ist größer als nach dem Eigentümerkonzept.

Quelle: Ifo-Institut, eigene Berechnungen aus Angaben des Ifo-Instituts.

schließlich EDV-Anlagen den größten Teil des Investitionsbedarfs aus. Danach folgen der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit rund 7,4 %, die privaten Haushalte als Nutzer des Autoleasings mit 9,7 %. Bedeutend sind aber auch die Kreditinstitute und Versicherungen (6,2 %), und das Baugewerbe (5,4 %). Beim Staat (2,0 %), in der Energie- und Wasserversorgung (0,6 %) sowie in der Land- und Forstwirtschaft (0,5 %) änderten sich die Anteile am gesamten Neugeschäft der Leasingbranche in den vergangenen Jahren nur unwesentlich.

Auch 1992 dominierten im Leasinggeschäft die Straßenfahrzeuge, die einen Anteil von 49,2 % an den gesamten Leasinginvestitionen ausmachten. Nimmt man zu den Straßenfahrzeugen noch die Luft- und Wasserfahrzeuge sowie Gabelstapler, Waggon, Loks, Container usw. zum Begriff Fahrzeuge zusammen, so entfallen auf diese Gütergruppe 54,2 % der gesamten Neuinvestitionen der Anlagenvermietung. Büromaschinen und EDV-Anlagen, die bis 1984 dominierten, hatten einen Anteil an den gesamten Investitionen von 16,4 %. Des weiteren folgen die Produktionsmaschinen und Anlagen mit 9,1 % sowie Nachrichtenanlagen, Medizintechnik und sonstige Ausrüstungsgüter mit 7 %. Damit entfiel auf das Mobilienleasing einschließlich Herstellerleasing im Jahre 1992 ein Anteil von rund 87 % an den gesamten Neuzugängen der Anlagevermietung.

### Gibt es entsprechende Hinweise für Baden-Württemberg?

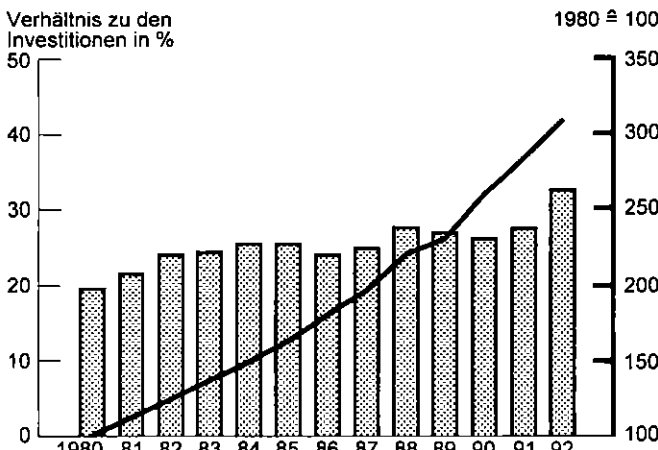
Bisher wurden bezüglich der Leasingaufwendungen und der Auswirkungen auf die sektorale Zuordnung bzw. Bedeutung der Investitionstätigkeit nur Daten für das Bun-

desgebiet betrachtet. Auf Landesebene gibt es lediglich einige Hinweise im Rahmen der Investitionserhebungen im Produzierenden Gewerbe. Im folgenden einige Daten zum Verarbeitenden Gewerbe: Hier wurden beispielsweise 1991 zu den aktivierten Sachanlagen in Höhe von 19,4 Milliarden DM erhebliche investive Leistungen erbracht, die sich in den Aufwendungen der Betriebe für gemietete und gepachtete Sachanlagen in Höhe von 5,36 Milliarden DM niederschlagen (*Schaubild 5*).<sup>8</sup> Die Relation zu den aktivierten Investitionen beträgt damit 27,6 %. Mit der Zunahme des Leasinggeschäfts sind die Aufwendungen für Leasing in den Aufschwungjahren 1983 bis 1991 deutlich stärker angestiegen als die aktivierten Investitionen. So betrug die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate in diesem Zeitabschnitt 9,5 % gegenüber 7,8 % bei den nominalen Investitionen.

Seit 1988 wurde in den Erhebungskatalog der Investitionserhebung ergänzend die Frage nach dem Wert der gemieteten neuen Anlagegüter aufgenommen. Da damit seit 1988 sowohl gemietete als auch vermietete Sachanlagen zur Verfügung stehen, können behelfsweise auch Investitionen nach dem Nutzerkonzept für Baden-Württemberg geschätzt werden. Dabei wird zu den Sachanlagen nach dem Eigentümerkonzept (ohne: Grundstücke, ohne Bauten) der Wert der neu gemieteten und gepachteten Sachanlagen addiert und der Wert der vermieteten aktivierten Sachanlagen abgezogen. Die hier ausgewiesenen Daten weichen jedoch von den Ergebnissen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) etwas ab. So müßten unter anderem die verwendeten Betriebsergebnisse, um vollständig mit den VGR-Ergebnissen vergleichbar zu sein, nach dem Schwerpunkt des jeweiligen Unternehmens zugeordnet werden. Weiterhin beziehen sich die Investitionsausgaben im Verarbeitenden Gewerbe auf Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Um Ergebnisse für alle Betriebe zu erhalten, müssen die Investitionsdaten des Verarbeitenden Gewerbes hochgerechnet werden. Trotzdem gibt die in Tabelle 6 dargestellte grobe Schätzung einen Einblick in das Ausmaß der Abweichung zwischen dem Eigentümer und Benutzerkonzept für die großen Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes (*Tabelle 6*). So liegen im Jahr 1991 die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach dem Nutzerkonzept um rund 9 % höher als die aktivierten Investitionen.

Schaubild 5

#### Aufwendungen für gemietete und gepachtete Anlagen in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes Baden-Württembergs 1980 bis 1992



Statistisches Landesamt Baden - Württemberg

249 94

### Entwicklung der Investitionstätigkeit in den Wirtschaftsbereichen differenziert

Die Differenzierung nach Wirtschaftsbereichen zeigt, daß die Entwicklung der Investitionstätigkeit in den 80er Jah-

<sup>8</sup> Vgl. zu folgendem: Joachim Werner, Deutlicher Anstieg der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe seit Mitte der 80er Jahre, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 1/1993; Jürgen Kotter, Konjunkturreinbruch beendet 1992 die mehrjährige Investitionsdynamik im Verarbeitenden Gewerbe; in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 2/1994.

Tabelle 6

**Abweichungen der Ergebnisse der Investitionsberechnungen nach dem Benutzerkonzept von denjenigen nach dem Eigentümerkonzept im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1990 bis 1992 \*)**

Bereiche	Investitionen		
	1990	1991	1992
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 5,65	+ 8,86	+ 8,28
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 10,38	+ 14,83	+ 18,30
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,72	+ 5,00	+ 3,75
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 15,67	+ 18,69	+ 15,07
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+ 1,29	+ 9,90	+ 8,47

\*) Ein Plus vor den Zahlen bedeutet: Einsatz nach dem Benutzerkonzept ist größer als nach dem Eigentümerkonzept.

ren nicht in allen Wirtschaftsbereichen gleichförmig verlief. So gab es sowohl Bereiche, deren Investitionstätigkeit dynamisch war, als auch Bereiche mit Investitionseinbrüchen. Von den gesamten Anlageinvestitionen entfiel 1990 ein gutes Fünftel jeweils auf den Bereich Wohnungsvermietung (23,5 %) und auf das Verarbeitende Gewerbe (23,9 %). Während es sich bei der Wohnungsvermietung ausschließlich um Bauinvestitionen handelt, bestehen die Anlageinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe zu vier Fünfteln (84,9 %) aus Ausrüstungen, wobei dieser Anteil gegenüber 1970 (73 %) deutlich zugenommen hat. Auf den drittgrößten Bereich, nämlich die Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung, entfallen 23 % der Investitionen. Davon sind rund drei Fünftel Ausrüstungen. Der Anteil der Dienstleistungen an den Investitionen insgesamt betrug 1980 lediglich 15,7 %. Die restlichen Investitionen verteilen sich auf die Unternehmensbereiche Verkehr- und Nachrichtenübermittlung (5,9 %), Handel (5,0 %), Energiewirtschaft und Bergbau (3,7 %), Land- und Forstwirtschaft (2 %) sowie das Baugewerbe (1,6 %). Weiterhin entfällt über ein Zehntel der gesamtwirtschaftlichen Investitionen auf den Sektor Staat einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (11,2 %). 1980 trug der Sektor Staat noch 16,8 % zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionen bei. Dies zeigt, daß es eine Verschiebung in der Bedeutung einzelner Bereiche im Laufe der 80er Jahre gab, wobei allerdings das Verarbeitende Gewerbe seinen Bereichsanteil noch steigern konnte.

Im Verarbeitenden Gewerbe wurden die Investitionen in den 80er Jahren stärker gesteigert als in den 70er Jahren und auch stärker als in der Gesamtwirtschaft sowie im Bundesgebiet. So betrugen die durchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten der Ausrüstungsinvestitionen in den 80er Jahren 4,4 % und in den 70er Jahren 1,5 %. Die Bauinvestitionen wurden dagegen in den 80er Jahren zwar nur schwach gesteigert mit durchschnittlich jährlich 0,8 %, sie sanken aber im Durchschnitt der 70er Jahre um 2,3 % jährlich. Im einzelnen ist der Investitionsverlauf in Schaubild 4 dargestellt. Es zeigt, daß nach 1976 eine zunehmende Investitionstätigkeit zu verzeichnen war. Die zu diesem Zeitpunkt in Gang gekommene Investitionsgüterkonjunktur schwächte sich aber nach 1979 bei den Ausrüstungen und schließlich nach 1980 auch bei den Bauten wieder deutlich ab. Während aber die nachlassende Investitionstätigkeit bei den Bauten bis 1985 anhielt, war bei den Ausrüstungen diese Schwäche bereits 1983 überwunden. Im Verlauf der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes kommt die konjunkturelle Komponente deutlich zum Ausdruck (Schaubild 4).

Im Bereich Wohnungsvermietung wurden in konstanten Preisen 1990 zwar 19 % mehr als 1970 investiert, das waren allerdings 0,2 % weniger als 1980 (Bundesgebiet: - 0,9). Im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung wurden die Ausrüstungsinvestitionen jahresdurchschnittlich um 7,1 % in den 80er Jahren gesteigert



und in den 70er um 12,7 %. Die Bauinvestitionen stiegen gleichzeitig um 4,6 % (80er Jahre) bzw. 14,4 %. Im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung können infolge eines kontinuierlichen Anstiegs seit 1970 die höchsten Wachstumsraten verzeichnet werden, wofür die starke Ausweitung der Leasingunternehmen, die hier verbucht werden, mitverantwortlich ist. Allerdings hat sich die Investitionsdynamik im Vergleich zu den 70er Jahren deutlich abgeschwächt. Während die Anlageinvestitionen in den 70er Jahren um 251 % im Land stiegen und im Bundesgebiet um 140 %, nahmen sie in den 80er Jahren mit 80 % nur noch wenig mehr zu als im Bundesdurchschnitt (+ 71 %).

In den Bereichen Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung und Handel fällt auf, daß sowohl die Ausrüstungs- als auch Bauinvestitionen stärker gesteigert wurden als in den 70er Jahren. Hier wechseln sich aber investitionsstarke Jahre mit deutlich abgeschwächter Investitionstätigkeit ab, beim Handel vor allem bis 1985. Im Handel wurden die Investitionen zudem deutlich stärker gesteigert als im Bundesdurchschnitt.

Während sich weiterhin in der Land- und Forstwirtschaft die Ausrüstungsinvestitionen im Laufe der 80er Jahre dynamischer entwickelten als im vorhergehenden Jahrzehnt, war in den restlichen Unternehmensbereichen sowohl bei den Ausrüstungen als auch Bauten die Investitionsentwicklung im Vergleich zu den 70er Jahren recht moderat.

Für das Baugewerbe sowie für die Land- und Forstwirtschaft kann insbesondere Anfang der 80er Jahre eine deutlich abgeschwächte Investitionstätigkeit verzeichnet werden (*Tabelle 3*), wobei das Baugewerbe allerdings in der 2. Hälfte der 80er Jahre sowohl die Bau- als auch Ausrüstungsinvestitionen steigerte.

Von besonderer Bedeutung ist die Investitionstätigkeit im Sektor Staat, da die Investitionen Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen einschließen. Im Sektor Staat wurden die Investitionsausgaben im Laufe der 80er Jahre deutlich reduziert. Während aber die Ausrüstungsinvestitionen in den 80er Jahren noch jahresdurchschnittlich um 2,3 % gesteigert wurden, sanken die Bauinvestitionen jährlich um 2,7 %. In den 70er Jahren betrugen die durchschnittlichen jährlichen Veränderungsraten dagegen 4,9 % bei den Ausrüstungen und - 0,2 % bei den Bauten. Im Sektor Staat einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck Baden-Württembergs wurden damit 1990 in konstanten Preisen nur gut vier Fünftel des Betrages von 1970 für Investitionen eingesetzt.

Die gesamten Anlageinvestitionen des Staates waren damit 1990 im Vergleich zu 1980 um 18,4 % niedriger. Demgegenüber lagen 1980 die öffentlichen Investitionen in Baden-Württemberg noch um 2,6 % höher als 1970. Im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets sanken die Investitionen des Staates im Laufe der 80er Jahre um

10,3 % und in den 70er Jahre um 3 %. In Baden-Württemberg wurden die Investitionen des Staates damit überdurchschnittlich reduziert. Das zeigt auch der Ländervergleich: Nur in Rheinland-Pfalz war die Investitionsminderung im Laufe der 80er Jahre mit - 24,8 % größer als in Baden-Württemberg. Außer Bayern, das seine staatlichen Investitionen um 8,2 % steigerte, verminderten aber alle Länder die staatlichen Investitionen.

## Differenzierte Entwicklung in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes

Bedenkt man, daß knapp zwei Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung Baden-Württembergs im Verarbeitenden Gewerbe erwirtschaftet werden, erscheint es zweckmäßig, diesen Bereich etwas differenzierter nach einzelnen Branchen zu betrachten. Auch hierzu liegen Daten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vor, wobei die zusammengefaßten Wirtschaftsbereiche zusätzlich aus den vorhandenen Daten berechnet wurden.

Wie *Schaubild 4* zeigt, flachten die Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach einem Investitionsboom in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Anfang der 80er Jahre ab. Nach 1983 hat sich dann die Investitionstätigkeit bis 1987/88 in eindrucksvoller Weise fortgesetzt, wobei die Tempoverlangsamung 1987 beim Investitionswachstum vor allem auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe zurückgeht, das einen Rückgang von 3,6 % verzeichnete. In den restlichen Bereichen waren noch deutliche Anstiege zu verzeichnen.

Ab 1989 kam es dann wiederum zu einer Steigerung der Investitionstätigkeit. Hier hat eine Zunahme der Nachfrage nach Industrieprodukten, eine anziehende Produktion und im Laufe des Jahres zunehmende Kapazitätsengpässe die Investitionstätigkeit nach zwei Jahren relativ moderater Entwicklung merklich belebt. 1990 wurden im Verarbeitenden Gewerbe dann schließlich (in jeweiligen Preisen) rund 21 Mrd. DM investiert (*Tabelle 7*).<sup>9</sup> Davon entfielen rund zwei Drittel auf den zusammengefaßten Bereich Investitionsgütergewerbe. Weiterhin entfiel ein Siebtel auf das Verbrauchsgütergewerbe und gut ein Siebtel auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Der Rest entfällt schließlich noch auf das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe.

Entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung waren das Investitionsgütergewerbe, dieser Bereich hat traditionell die stärksten zyklischen Bewegungen, und das Ver-

<sup>9</sup> Die großen Bereiche werden zu jeweiligen Preisen betrachtet. Dadurch ist ein direkter Vergleich zur Fachstatistik möglich, in der die Investitionen ebenfalls in jeweiligen Preisen ausgewiesen werden.

Tabelle 7

**Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1970 bis 1990 \*)**

- In jeweiligen Preisen -

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe	Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	Investitions-güter-gewerbe	Verbrauchs-güter-gewerbe	Nahrungs- und Genuß-mittelgewerbe
<b>Mill. DM</b>					
1970	6 782	1 417	3 663	1 158	545
1975	6 118	1 266	3 447	929	476
1980	11 240	1 853	6 839	1 815	732
1985	13 262	2 059	8 561	1 830	812
1990	20 957	3 037	13 821	2 962	1 136

**jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %**

1970 - 75	-2,04	-2,23	-1,21	-4,31	-2,67
1975 - 80	12,94	7,92	14,69	14,33	8,99
1980 - 85	3,36	2,13	4,59	0,16	2,10
1985 - 90	9,58	8,08	10,05	10,11	6,95
1970 - 80	5,18	2,72	6,44	4,60	2,99
1980 - 90	6,43	5,06	7,29	5,02	4,49

\*) VGR-Daten.

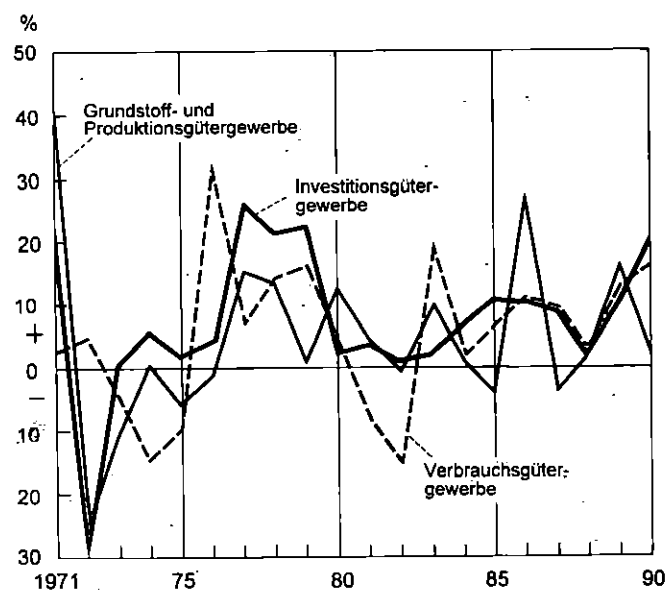
brauchsgütergewerbe für die gesamte Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes (insgesamt) bestimmend.

Im Verbrauchsgütergewerbe kam es Anfang der 80er Jahre zu einem deutlichen Investitionseinbruch bis 1983. Danach ist eine moderate Entwicklung festzustellen. Zu einer deutlichen Erholung kam es erst 1990 (Schaubild 6). Insgesamt wurden hier die Investitionen in den 80er Jahren aber stärker gesteigert als in den 70er Jahren.

Im Investitionsgütergewerbe wird erwartungsgemäß der Verlauf des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt nachgezeichnet:

Verhaltene Investitionstätigkeit Anfang der 80er Jahre, stärkere Investitionstätigkeit im Zeitraum 1984 bis 1987. 1988 nimmt das Wachstumstempo mit einem Plus der wertmäßigen Investitionen von 2 % deutlich ab. Hier ist allerdings neben dem erreichten hohen Vorjahresniveau der Investitionstätigkeit auch die leichte konjunkturelle Abschwächung, die sich 1987 in rückläufigem Auftrags-eingang und Produktionszahlen niederschlug, ursächlich. Das Investitionswachstum beschleunigte sich bereits aber 1989 wieder mit einem deutlichen Boom im Jahr 1990. Im Durchschnitt der 80er Jahre werden die Investitionen in diesem Bereich nominal jährlich um 7,3 % gesteigert, in den 70er Jahren waren es 6,4 %.

Schaubild 6

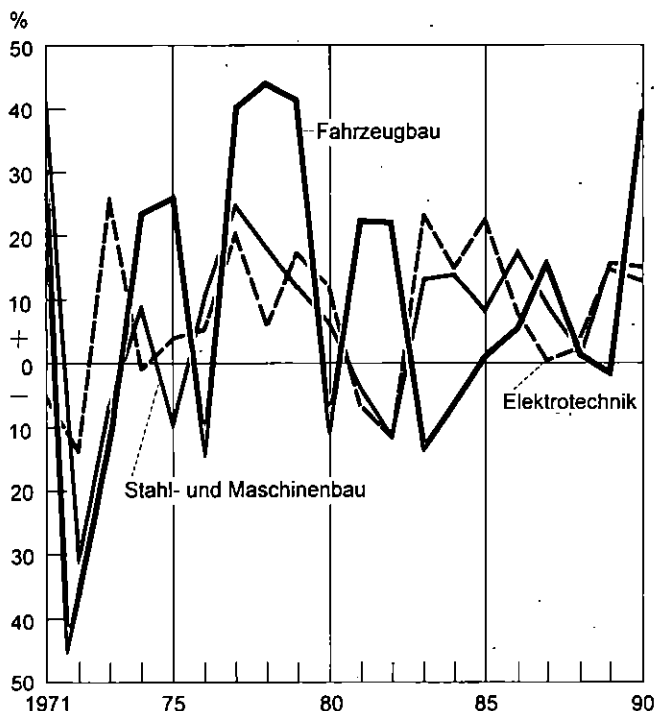
**Anlageinvestitionen in zusammengefaßten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1971 bis 1990**

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

233 94

Schaubild 7

## Anlageinvestitionen Baden-Württembergs 1971 bis 1990 nach ausgewählten Branchen



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

238 94

Rund ein Drittel der Anlageinvestitionen des Investitionsgütergewerbes entfallen auf den Bereich Stahl- und Maschinenbau, knapp weniger als ein Drittel auf den Fahrzeugbau und ein Viertel auf den Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren (Tabelle 8). Hierin zeigt sich die starke sektorale Konzentration des Investitionsgeschehens. So entfallen zwei Drittel aller Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe auf das Investitionsgütergewerbe, wovon über neun Zehntel auf die Bereiche Stahl- und Maschinenbau; Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik und Uhren entfallen:

Im Stahl- und Maschinenbau kam es nach dem Investitionsboom in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre zu einem deutlichen Einbruch (Schaubild 7, Tabelle 8). Jedoch waren diese Schwächen bei den Ausrüstungen schneller überwunden, so daß die Verluste ab 1983 wieder ausgeglichen wurden. Bei den Bauten lösten sich demgegenüber Investitionssteigerungen und deutliche Rückgänge weiterhin ab. Ein Teil der Investitionen dürfte zweifellos auch in Rationalisierungsinvestitionen bestanden haben. Die eigentliche Investitionslücke bestand demnach bei den Erweiterungsinvestitionen.

Einen beachtlichen Investitionsschub gab es vor allem bei den Ausrüstungen erst in den Jahren 1989 und 1990 mit einer jährlichen realen Wachstumsrate von 15,8 % bzw. 14,9 %. Diese in Gang gekommene Investitionsgüterkonjunktur schwächte sich aber nach 1992 wieder deutlich ab. Allerdings wurden sowohl die Ausrüstungs- als auch die Bauinvestitionen in den 80er Jahren stärker gesteigert als in den 70er Jahren.

Im Bereich Fahrzeugbau gab es 1980 sowohl bei den Bauten als auch bei den Ausrüstungen eine deutliche Abnahme der Investitionsneigung. Bei den Ausrüstungsinvestitionen folgten aber 2 Jahre mit steigenden Investitionsausgaben, während für die Bauten bereits ab 1981 für 3 Jahre eine verringerte Investitionsleistung zu verzeichnen war. Bei den Ausrüstungsgütern wechseln sich in den folgenden Jahren Investitionsschübe mit Investitionseinbrüchen ab. Erst 1990 kann dann eine starke Erholung verzeichnet werden. Bei den Bauten setzt die Erholung dagegen schon 1985 ein. 1990 wurden die Bauinvestitionen gegenüber dem Vorjahr aber wieder um 11,8 % vermindert. Auch hier ist die reale Investitionssteigerung im Zeitraum 1980 bis 1990 höher als im vorhergehenden Jahrzehnt.

Im zusammengefaßten Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren kam es in den Jahren 1980 und 1983 bis 1987 zu einem deutlichen Investitionsschub, während für 1988 die Investitionsneigung deutlich nachließ. Ab 1989 nahmen die Ausrüstungsinvestitionen dann wieder deutlich zu. Im Durchschnitt der 80er Jahre betrug die reale jährliche Steigerungsrate 4,9 % bei den Ausrüstungen und 2,1 % bei den Bauten, gegenüber 3,9 % und - 5,4 % in den 70er Jahren.

Generell kann damit festgehalten werden, daß es nach einem heterogenen Investitionsverlauf in den 80er Jahren erst 1990 zu Investitionszuwächsen auf breiter Front kam. 1991 kam es dagegen bereits wieder in allen drei Bereichen zu einer Wachstumsabschwächung. Dabei ist zu beachten, daß in den beiden investitionsstarken Jahren 1989 und 1990 im wesentlichen der Investitionsbedarf bereits befriedigt worden sein dürfte. Auch nach bedeutenden Zuwächsen in der Mitte der 80er Jahre folgten Jahre nur moderaten Investitionswachstums. Hier könnte aber bereits die nachlassende Konjunktur-entwicklung im zweiten Halbjahr 1991 eine Rolle gespielt haben. In den hier betrachteten zusammengefaßten Branchen war die Investitionsdynamik in den 80er Jahren - wie auch beim Verarbeitenden Gewerbe insgesamt - stärker als im vorhergehenden Jahrzehnt.

## Ausrüstungsinvestitionen gestiegen - Bauinvestitionen gesunken

1990 wurde etwa ein Fünftel (20,7 %) des gesamten nominalen Bruttosozialprodukts für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung des Anlagebestandes verwendet

Tabelle 8

**Investitionen in ausgewählten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg  
1970 bis 1990**

Jahr	Stahl- und Maschinenbau		Fahrzeugbau		Elektrotechnik <sup>1)</sup>	
	Ausrüstungen	Bauten	Ausrüstungen	Bauten	Ausrüstungen	Bauten

**Mill. DM in jeweiligen Preisen**

1970	1 023	330	710	303	614	302
1975	915	285	872	126	759	204
1980	1 790	517	1 669	530	1 392	296
1985	2 327	378	2 201	469	2 092	315
1990	3 873	731	3 691	781	2 940	470

**jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %**

1970 - 75	-2,21	-2,89	4,20	-16,10	4,33	-7,55
1975 - 80	14,36	12,65	13,86	33,28	12,90	7,73
1980 - 85	5,39	-6,07	5,69	-2,42	8,49	1,25
1985 - 90	10,73	14,10	10,89	10,74	7,04	8,33
1970 - 80	5,75	4,59	8,92	5,75	8,53	-0,20
1980 - 90	8,02	3,52	8,26	3,95	7,76	4,73

**Mill. DM in Preisen von 1985**

1970	1 686	637	1 270	577	1 132	572
1975	1 211	437	1 205	190	1 069	308
1980	2 128	583	1 979	596	1 660	330
1985	2 327	378	2 201	469	2 092	315
1990	3 751	638	3 414	678	2 666	408

**jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %**

1970 - 75	-6,40	-7,26	-1,05	-19,92	-1,14	-11,65
1975 - 80	11,93	5,93	10,43	25,69	9,20	1,39
1980 - 85	1,80	-8,30	2,15	-4,68	4,73	-0,93
1985 - 90	10,02	11,04	9,18	7,65	4,97	5,31
1970 - 80	2,36	-0,88	4,54	0,32	3,90	-5,35
1980 - 90	5,83	0,91	5,60	1,30	4,85	2,14

1) Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren.

(Tabelle 7). Dieser Anteil liegt unbedeutend unter der Bundesquote (früheres Bundesgebiet) von 20,8 %. 1991 wurden in Baden-Württemberg 21,2 % des Bruttosozialprodukts investiert, gegenüber 21,5 % im früheren Bundesgebiet. Dieser Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttosozialprodukt wird üblicherweise als Investitionsquote bezeichnet. Diese Quote sagt somit aus, wieviel

von der wirtschaftlichen Gesamtleistung innerhalb eines Jahres zum Ersatz, zur Vermehrung und damit zur Steigerung der Modernität der Volkswirtschaftlichen Produktionsmittel verwendet werden.

Sowohl in Baden-Württemberg wie auch im Bundesgebiet wurde 1990 weniger als 1970 aber auch weniger als

1980 vom Bruttosozialprodukt zum Ersatz und zur Verwendung der Volkswirtschaftlichen Produktionsmittel verwendet. Während 1970 mit 25,1 % und 1980 mit 23,6 % in Baden-Württemberg gut bzw. knapp ein Viertel des Bruttosozialprodukts investiert wurde, lag dieser Anteil anfangs der 80er Jahre auch konjunkturbedingt später auch durch langfristig wirksame Faktoren unter diesen Quoten. Jedoch ist die Investitionsquote ab 1989 wieder etwas gestiegen (*Schaubild 8*).

Der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttosozialprodukt stieg demgegenüber im Laufe der 70er Jahre deutlich von 51,8 % im Jahr 1970 auf 55,1 % im Jahr 1980 an. Danach ging aber diese Quote wieder etwas zurück. Eine entsprechende Entwicklung kann auch für den Staatsverbrauch festgestellt werden. Im Jahr 1990 betrug hier der Anteil am Bruttosozialprodukt 16 %. Deutlich stieg allerdings im Laufe der 80er Jahre der Restposten, der vor allem den Außenbeitrag enthält.

Bei der Beurteilung der Investitionsquoten ist aber zu beachten, daß der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Bruttosozialprodukt in den 80er Jahren wesentlich höher ist als in den 70er Jahren. Hier wurde in Baden-Württemberg 1970 8,8 % des Bruttosozialprodukts für neue Ausrüstungen eingesetzt, 1990 waren es 10,3 %. 1980 betrug diese Quote 8,7 %. Auch für das frühere Bundesgebiet liegt die Quote 1990 mit 10,7 % über dem Wert von 1970 (9,5 %) und 1980 (9,0 %). Es wurde also

für Ersatz, Erneuerung und Erweiterung der Maschinen, maschinelle Anlagen, Büroeinrichtungen und Geschäftsausstattungen mehr vom Bruttosozialprodukt eingesetzt als im Zeitraum 1970 bis 1980. Auch hier kommt zum Ausdruck, daß die modernitätsfördernden Investitionen in den 80er Jahren überdurchschnittlich stark getätigt wurden. Anders war die Entwicklung bei den Bauinvestitionen, die vor allem ein Indikator für Erweiterungsinvestitionen darstellen.

Die Höhe der Investitionsquote der Wirtschaftsbereiche ist stark abhängig von der Zusammensetzung der Investitionen nach Bauten und Ausrüstungen und gibt somit allein noch keinen Hinweis auf die Intensität investiver Anstrengung. Ein Indikator hierfür ist allerdings die Entwicklung dieser Quote.

Im Verarbeitenden Gewerbe wurden 1990 13,7 % der Bruttowertschöpfung für die Erhaltung, Erneuerung und Erweiterung der Anlagen eingesetzt (*Schaubild 8* und *Tabelle 9*). Damit liegt im Verarbeitenden Gewerbe der Anteil der Anlageinvestitionen an der Bruttowertschöpfung strukturell, also durch den hohen Anteil an Ausrüstungen, bedingt deutlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft mit 20,7 %. Auch liegt die Quote wirklich merklich unter dem Wert von 1970 (14,1 %). So nahmen auch hier die Investitionsquoten konjunkturbedingt nach 1971 stetig ab bis 1976. Der besonders in Baden-Württemberg scharfe Investitionseinbruch von 1971/72 sowie die bis zum Jahre 1975 rückläufigen Investitionen führten dazu, daß 1975 nur noch 9,1 % der Bruttowertschöpfung in diesem Bereich investiert wurde. Ab 1976 wurde zwar von der Bruttowertschöpfung eines Jahres wieder deutlich mehr für den Ersatz und die Erweiterung der Produktionsmittel verwendet, auch war die Erholung stärker als im Bund, der Stand von Anfang der 70er Jahre wurde jedoch nicht mehr erreicht. Ab 1980 gehen die Investitionsquoten wieder leicht zurück. Ab 1983 wurde aber wieder deutlich mehr investiert, jedoch wurden die Quoten, die anfangs der 70er Jahre erreicht wurden, nicht wieder errechnet.

Eine entsprechende rückläufige Entwicklung der Investitionsintensität zeigen diese Quoten für nahezu sämtliche Wirtschaftsbereiche (*Tabelle 9*). So wurden beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft 1990 27,6 % investiert, gegenüber 29,1 % im Jahr 1980. In der Energiewirtschaft einschließlich Bergbau wurden 39 % der Bruttowertschöpfung investiert, 1980 waren es 52,3 %. Im Baugewerbe ging die Quote von 7,2 % (1980) auf 6,5 % (1990) zurück. Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung ging die Quote auf 29,3 % zurück (1980 : 30,9 %), während in der Wohnungsvermietung der Anteil an der Bruttowertschöpfung von einem Investitionsüberschuß von 27 % auf 84,8 % zurückging. Aber auch bei den Dienstleistungen und beim Staat waren die Investitionsquoten deutlich niedriger als 1980. Beim Handel stieg der Anteil an der Bruttowertschöpfung, der für Investitionen eingesetzt wird, von 11,4 % im Jahr 1980 auf 15,1 % im Jahr 1990 an.

Schaubild 8

#### Investitionsquote der Gesamtwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1970 bis 1991

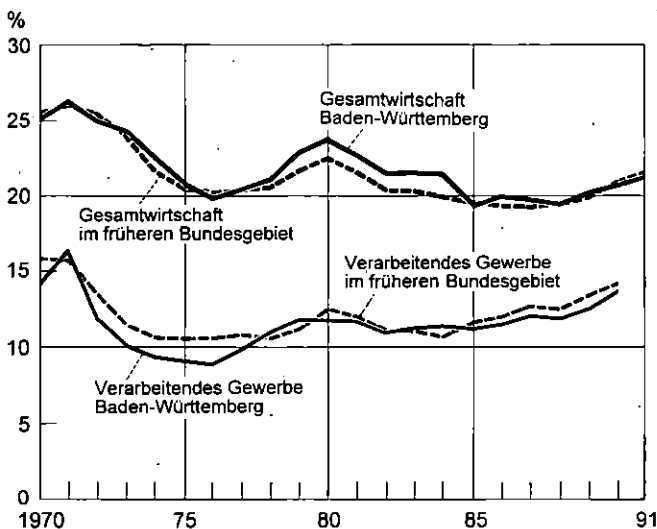


Tabelle 9

Investitionsquoten für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet 1970 bis 1990

Jahr	Alle Wirtschafts- bereiche 1)	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck
		ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermittlung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermittlung	
Baden-Württemberg											
1970	25,1	23,5	30,2	54,8	14,1	9,9	13,5	38,0	145,0	14,5	60,3
1975	20,8	19,7	25,4	50,0	9,1	7,1	9,8	34,2	106,7	16,7	35,8
1980	23,6	23,7	29,1	52,3	11,7	7,2	11,4	30,9	127,3	25,9	35,9
1981	22,7	22,9	27,4	51,1	11,7	5,1	10,2	30,8	120,0	23,8	31,6
1982	21,4	21,8	23,6	52,8	11,0	4,6	9,9	30,1	108,2	21,6	27,5
1983	21,4	22,5	29,5	48,8	11,2	4,9	10,3	31,0	109,5	21,8	24,7
1984	21,3	22,8	26,9	58,0	11,3	4,6	9,9	28,1	104,9	23,6	24,5
1985	19,3	20,8	31,2	52,2	11,1	4,6	9,9	33,6	86,3	19,6	22,5
1986	19,8	21,4	27,1	46,8	11,5	5,1	11,1	34,8	88,0	21,6	23,7
1987	19,7	21,4	28,8	48,9	12,0	5,2	12,5	35,9	78,8	22,0	24,0
1988	19,4	20,9	27,0	38,7	11,9	5,4	14,6	33,0	76,7	21,6	23,7
1989	20,2	22,0	28,0	36,0	12,6	6,2	15,2	33,3	84,0	22,0	24,1
1990	20,7	22,8	27,6	39,0	13,7	6,5	15,1	29,3	84,8	24,3	23,0
Früheres Bundesgebiet											
1970	25,5	24,6	26,3	36,2	15,8	8,4	13,2	41,4	126,8	17,6	45,5
1975	20,4	20,1	24,0	45,0	10,5	5,3	9,5	31,9	87,5	15,4	28,9
1980	22,5	23,1	30,7	39,0	12,5	6,2	10,8	30,6	103,4	21,5	27,1
1981	21,5	22,4	27,4	38,2	12,0	5,0	9,7	31,3	96,8	20,8	24,3
1982	20,3	21,2	24,9	39,6	11,1	4,4	9,4	29,4	86,6	18,7	21,7
1983	20,3	21,6	31,6	37,1	11,1	4,8	9,7	31,2	84,8	19,3	19,6
1984	19,9	21,2	28,6	36,9	10,7	4,5	9,2	30,7	82,6	19,5	19,2
1985	19,4	20,7	31,0	35,0	11,6	4,5	9,6	33,2	70,9	18,9	18,6
1986	19,3	20,5	28,6	36,5	12,0	4,7	10,5	33,7	67,1	18,4	19,4
1987	19,3	20,7	32,2	34,1	12,7	4,9	11,7	32,4	65,1	18,5	18,9
1988	19,4	20,9	30,5	34,4	12,5	5,0	13,5	31,1	65,1	19,3	18,9
1989	19,9	21,6	30,4	32,8	13,4	5,6	14,1	31,2	66,5	20,0	19,7
1990	20,8	22,6	33,2	32,0	14,2	6,1	14,1	31,3	72,4	21,3	19,7

1) Einschließlich Saldo.

Investitionsintensität des Landes im Vergleich mit den alten Bundesländern und dem Ausland

Der Vergleich mit den alten Bundesländern, dem europäischen Ausland sowie den Vereinigten Staaten und Japan gibt einen weiteren Einblick über die Intensität der Investitionstätigkeit. Von den alten Bundesländern setzte Bayern 1990 und 1991 den größten Anteil am Brutto-sozialprodukt zur Erneuerung und Erweiterung des Anlagebestandes ein (1991: 26,7 %; *Anhangtabelle 1*). Baden-Württemberg investierte deutlich weniger von der gesamtwirtschaftlichen Leistung (1991: 21,5 %). Einen höheren Anteil des Sozialprodukts als Baden-Württemberg investierten auch das Saarland (23,6 %), Niedersachsen (22,6 %), Rheinland-Pfalz (22,1 %), Bremen (21,7 %). Niedere Quoten als für Baden-Württemberg waren dagegen für Hessen (21,3 %), für Schleswig-Holstein (20,1 %), Berlin (19,7 %), Nordrhein-Westfalen (19,2 %) und Hamburg (17,9 %) zu verzeichnen. In allen

Ländern wurde aber 1990 bzw. 1991 weniger vom Brutto-sozialprodukt für Investitionszwecke eingesetzt als 1970.

Betrachtet man demgegenüber die Ausrüstungsinvestitionen allein, so liegt für fast alle Länder 1990 der Anteil der Ausrüstungen am Brutto-sozialprodukt höher als 1970. Ausnahmen sind hier lediglich Bremen und Rheinland-Pfalz. Der höchste anteilmäßige Einsatz für Ausrüstungen war 1990 für das Saarland (13 %) festzustellen, gefolgt von Bremen (11,8 %), Hamburg und Niedersachsen (beide 11,3 %) sowie Bayern (11,1 %). Nordrhein-Westfalen liegt mit 10,7 % im Bundesdurchschnitt, Rheinland-Pfalz (10,4 %) und Baden-Württemberg (10,3 %) liegen knapp darunter.

Die Betrachtung der EG-Ländern sowie USA und Japan gibt zusätzliche Informationen über die Investitionsintensität (*Anhangtabelle 2*). Hier ist allerdings zu beachten, daß in den internationalen Statistiken nicht der An-

teil am Bruttosozialprodukt nachgewiesen wird, sondern der Anteil am Bruttoinlandsprodukt. Die Ergebnisse zeigen, daß Baden-Württemberg deutlich über dem Durchschnitt der EG-Länder liegt. Höhere Investitionsquoten als Baden-Württemberg haben unter den EG-Ländern nur Luxemburg (1991: 28,7 %), Portugal (28,7 %) und Spanien (26,6 %), wobei Portugal und Luxemburg schon 1980 höhere Quoten hatten.

Besonders hohe Investitionsquoten können für Japan registriert werden, hier wurde gut ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts für die Erweiterung, den Ersatz und die Erneuerung der Produktionsanlagen eingesetzt. Generell kann man damit festhalten: Baden-Württemberg investiert mehr vom Bruttoinlandsprodukt als dies im Durchschnitt des früheren Bundesgebiet und der EG-Länder der Fall ist. Im Land wurde aber 1990/91 deutlich weniger investiert als in Bayern, zudem bei Betrachtung des europäischen Auslands weniger als in Luxemburg, Portugal und Spanien und vor allem wesentlich weniger als in Japan mit einem Einsatz von über einem Drittel des Bruttoinlandsprodukts für Investitionszwecke.

## Niedrigere Nettoinvestitionsquoten

Wie oben bereits dargestellt, wurden 1990 20,7 % des Bruttosozialprodukts für Investitionen eingesetzt. Bei dieser Quote wird die Wertminderung der vorhandenen Anlagen durch Verschleiß und Veralten aber nicht berück-

sichtigt. Diese Wertminderung kann jedoch über die Abschreibungen in Rechnung gestellt werden. Während nämlich die Investitionsquote den Teil des Sozialprodukts angibt, der sowohl der Reinvestition wie dem Ausbau des Sachanlagenbestandes dient, gibt die Nettoinvestitionsquote Auskunft über die Bedeutung des Teils, der für die Erweiterungsinvestitionen eingesetzt wird. So wurden 1990 (in jeweiligen Preisen) in der Gesamtwirtschaft 89 Mrd. DM investiert, während die bereits im Bestand befindlichen Anlagen um 49 Mrd. DM abgeschrieben wurden.

Stellt man die Abschreibungen in Rechnung, wurden 1990 in Baden-Württemberg im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft rund ein Zehntel (9,1 %) des Bruttosozialprodukts für Investitionen, die über den Ersatzbedarf hinausgehen, verwendet, gegenüber rund 15,7 % im Jahr 1970 und 12,3 % im Jahr 1980 (Tabelle 10). Im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets wurden 1990 sogar nur 8,5 % des Sozialprodukts für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt, gegenüber 15,4 % im Jahr 1970 und 10,6 % im Jahr 1980.

Die Nettoinvestitionsquote nahm seit 1970 stetig ab und erreichte im Jahr 1985 den tiefsten Wert, es wurden in diesem Bereich also immer weniger Erweiterungsinvestitionen getätigt. Ende der 80er Jahre stieg die Quote wieder an, erreicht das Niveau von 1970 aber nicht wieder (Schaubild 9). Die abnehmenden Quoten sind auf die verhaltene Entwicklung bei den Bauinvestitionen zurückzuführen.

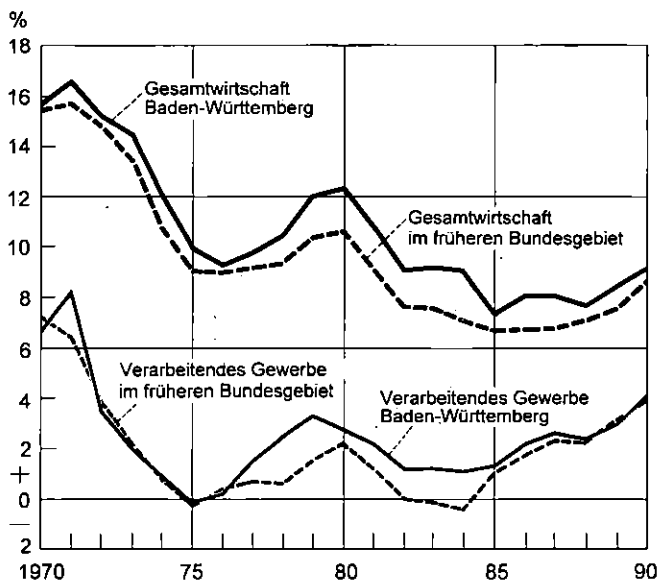
Durch den höheren Ausrüstungsanteil bedingt sind die Nettoinvestitionsquoten in den gewerblichen Bereichen niedriger. So wurden im *Verarbeitenden Gewerbe* 1970 rund 6,6 % der Bruttowertschöpfung für Erweiterungsinvestitionen verwendet (Schaubild 9). In den folgenden Jahren ist hier eine gravierende Abnahme dieser Quote zu verzeichnen bis schließlich im Jahr 1975 die Abschreibungen sogar etwas höher waren als die Investitionen des Jahres. Der Anlagebestand wurde also nicht nur nicht erweitert, sondern sogar etwas abgebaut. Anschließend nimmt der Anteil der Investitionen, die über den Ersatzbedarf hinausgehen, wieder zu. 1980 wurden 2,8 % für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt, bis 1990 erhöhte sich dieser Anteil wieder auf 4,1 % (früheres Bundesgebiet: 4 %).

Der Vergleich mit den entsprechenden Bundeswerten für das Verarbeitende Gewerbe zeigt aber, daß in Baden-Württemberg jeweils in Aufschwungsphasen mehr investiert wurde als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets.

Im Baugewerbe waren 1974 bis 1977 und 1981 bis 1987 die Abschreibungen höher als die Investitionen. 1982 und 1985 wurden sogar 1,8 % der Bruttowertschöpfung weniger investiert als für die Ersatzbeschaffung nötig gewesen wäre. 1970 wurden in diesem Bereich demgegen-

Schaubild 9

### Nettoinvestitionsquote der Gesamtwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1970 bis 1990



Statisches Landesamt Baden-Württemberg

231 94

Tabelle 10

## Nettoinvestitionsquoten für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet 1970 bis 1990

Jahr	Alle Wirtschafts- bereiche <sup>1)</sup>	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck
		ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermietung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermietung	
Baden-Württemberg											
1970	15,7	13,2	10,1	29,5	6,6	3,0	6,8	19,8	105,1	8,7	53,7
1975	9,9	7,7	0,7	24,1	-0,1	-0,9	2,2	13,6	68,3	10,1	30,1
1980	12,3	11,0	-1,4	24,2	2,8	1,3	3,4	9,3	80,7	16,8	29,3
1981	10,8	9,6	-3,7	22,8	2,2	-1,0	2,0	8,5	72,8	14,3	24,9
1982	9,0	8,1	-3,1	25,3	1,2	-1,8	1,5	7,7	62,4	11,3	20,5
1983	9,1	8,7	-0,5	21,5	1,2	-1,3	2,2	8,9	65,6	11,2	17,6
1984	9,0	9,0	-3,7	31,2	1,1	-1,5	2,1	6,4	61,3	12,8	17,2
1985	7,2	7,1	-5,1	26,1	1,3	-1,8	2,1	11,8	43,6	8,4	15,3
1986	8,0	8,0	-4,4	19,9	2,2	-0,7	3,3	12,3	46,2	10,4	16,7
1987	8,0	7,9	-4,9	21,3	2,6	-0,4	4,8	13,3	36,7	11,0	17,0
1988	7,6	7,6	-2,3	10,3	2,4	0,2	7,0	10,3	35,3	11,0	16,7
1989	8,4	8,6	0,9	4,9	3,0	1,3	7,6	11,0	42,7	11,2	16,8
1990	9,1	9,6	1,2	6,5	4,1	1,8	7,8	7,5	42,4	13,8	15,7
Früheres Bundesgebiet											
1970	15,4	13,5	5,5	15,8	7,2	2,9	6,0	22,3	89,7	11,6	39,7
1975	9,0	7,2	0,0	23,1	-0,2	-1,6	1,9	9,6	53,2	8,7	23,6
1980	10,6	9,7	0,7	14,8	2,2	1,1	3,2	7,7	62,9	12,7	21,1
1981	9,1	8,4	-3,0	14,1	1,2	-0,4	1,7	7,7	55,8	11,4	18,1
1982	7,5	6,8	-3,1	16,3	0,0	-1,3	1,2	5,5	47,0	8,9	15,2
1983	7,5	7,2	-0,1	13,8	-0,1	-0,7	1,6	7,0	46,6	9,3	13,1
1984	7,0	6,8	-2,8	13,4	-0,4	-1,0	1,4	6,7	44,7	9,1	12,5
1985	6,6	6,3	-3,3	11,2	1,0	-1,2	1,7	9,0	33,6	8,2	12,0
1986	6,7	6,4	-3,7	11,5	1,8	-0,6	2,8	8,8	30,5	7,7	12,9
1987	6,7	6,5	-3,9	9,3	2,3	-0,3	4,0	7,6	28,2	7,9	12,4
1988	7,0	6,9	-2,1	8,2	2,3	0,1	5,9	6,6	28,4	8,9	12,4
1989	7,5	7,6	0,3	5,7	3,1	1,0	6,3	7,3	30,0	9,5	13,0
1990	8,5	8,7	2,0	3,9	4,0	1,8	6,7	7,6	34,6	10,9	13,0

1) Einschließlich Saldo.

über noch 3 % für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt. 1990 wurden ebenfalls 1,8 % für Erweiterungsinvestitionen ausgegeben (Tabelle 10).

Die höchste Nettoinvestitionsquote kann für den Bereich Wohnungsvermietung festgestellt werden, da die Wohnungsvermietung ausschließlich aus Bauten besteht und hier die Abschreibungen relativ gering sind. In diesem Bereich wurden 1990 zwei Fünftel der Bruttowertschöpfung für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt. Jedoch lag auch hier die Quote im Jahr 1990 deutlich unter dem Wert des Jahres 1970. Auffallend ist hier, daß die Investitionen bis 1973 über dem Wert der Bruttowertschöpfung liegen. Danach sinkt diese Quote aber und erreicht im Jahr 1990 noch 42,4 % der Bruttowertschöpfung.

Ein gutes Achtel (13,8 %) der Bruttowertschöpfung wurde 1990 im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt. 1970 betrug diese Quote 8,7 %. Hier spielt neben dem stärkeren Wachstum und höheren Anteil der Bauinvestitionen auch die Tatsache eine Rolle, daß in dem Dienstleistungsbereich die Leasing-Unternehmen eingehen und

hier in den vergangenen Jahren viel investiert wurde. Jedoch ging auch hier die Quote gegenüber 1980 etwas zurück (1980 : 16,8 %).

Generell zeigt sich, daß in den ausrüstungsintensiven Wirtschaftsbereichen im Vergleich zu den bauintensiven Bereichen der jeweils kleinere Teil der Investitionen zur Erweiterung verwandt wird, da hier wegen der schnelleren Wertminderung der Anlagen die Ersatzinvestitionen und damit die Abschreibungen höher sind.

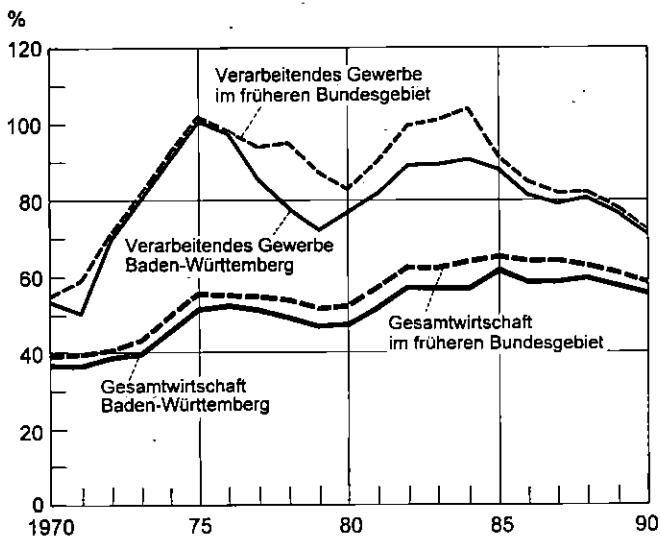
### Ersatzquote steigt

Weiteren Einblick in den Zusammenhang von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen gibt die Ersatzquote. Diese Quote ist definiert als Verhältnis von Abschreibungen zu den Investitionen. Der Ersatzbedarf für verbrauchte Anlagen wird dabei über Abschreibungen gemessen. Die Ersatzquote gibt also Auskunft darüber, wie groß der Anteil der Ersatzinvestitionen für verbrauchte Anlagen an den gesamten Investitionen ist.



Schaubild 10

# **Ersatzquote der Gesamtwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg und im früheren Bundesgebiet 1970 bis 1990**



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

237 94

Die in dieser Weise ermittelte Ersatzquote (Anteil der Abschreibungen an den Investitionen) belief sich 1990 für die Gesamtwirtschaft auf rund 55,1 % in Baden-Württemberg und 58 % im früheren Bundesgebiet (Tabelle 11). Diese Quote war Anfang der 70er Jahre deutlich niedriger. Sie betrug im Land 36,9 % (1970; 1980: 47,3 %). 1990 wurden damit über die Hälfte der Investitionen benötigt, um durch Verschleiß oder Veralten beeinträchtigte Anlagen zu ersetzen. Aber auch hier ist die höhere Quote durch die Entwicklung der Bauten mitbestimmt. Betrachtet man die Ausrüstungen getrennt, was allerdings nur schätzungsweise möglich ist, liegt die „Ersatzquote“ 1990 unter dem Wert von 1980.

Als Folge der allgemeinen Nachfrageschwäche und der niedrigen Kapazitätsauslastungen sind nach 1973 in der gesamten Wirtschaft Erweiterungsbestrebungen deutlich in den Hintergrund getreten, was auch der Verlauf der Bauinvestitionen zum Ausdruck bringt. Bei den Investitionen dominieren seither die Ersatzbeschaffung und die Rationalisierung, für die die Gesichtspunkte der Kostensenkung und Modernisierung des Produktionsapparats ausschlaggebend sind.

Wie das Schaubild 10 zeigt, ist die Ersatzquote Ende der 70er Jahre wieder gesunken. In den Jahren 1977/78 hat der Zwang zur Umsetzung technischer Neuerungen und zur Anpassung der Produktionskapazitäten an den weltweit geltenden technologischen Standard stark diesen Investitionsschub bestimmt, und dies besonders stark in Baden-Württemberg. Für den Zeitraum 1978 bis 1980 konnte ein Wert unter 50 % festgestellt werden. In den

80er Jahren sind diese Bemühungen aber wieder erlahmt. Die getätigten Investitionen dienten also Anfang der 80er Jahre überwiegend zum Ausgleich der verschleiß- und altersbedingten Wertminderung der Anlagen. In den Jahren nach 1985 wird der Anteil der Investitionen, der für die Ersatzbeschaffung eingesetzt wird, wieder geringer, wobei jedoch die Wachstumsabschwächung von 1988 zum Tragen kommt.

Eine relativ niedrigere Ersatzquote ist für die Bereiche festzustellen, in denen Bauten den überwiegenden Anteil haben, da hier die Abschreibungen wesentlich geringer sind. Dies sind die Bereiche Wohnungsvermietung, Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung, der Sektor Staat und die Energiewirtschaft einschließlich Bergbau bis 1987, die auch die Quote für die Gesamtwirtschaft bestimmen. Im Bereich Wohnungsvermietung betrug die Ersatzquote 1990 50 % (früheres Bundesgebiet: 52,3 %), beim Staat sogar nur 31,9 % (früheres Bundesgebiet: 34,1 %) und bei den sonstigen Dienstleistungen 43,3 %. Ein unterdurchschnittlicher Wert war auch für den Handel (48,7 %) festzustellen.

Eine relativ höhere Ersatzquote ist für die Bereiche festzustellen, in denen Ausrüstungen den überwiegenden Anteil haben, da hier die Abschreibungen wesentlich höher sind als bei den Bauten. Das sind im wesentlichen die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und Verkehr und Nachrichtenübermittlung, aber auch die Land- und Forstwirtschaft.

So wurde im Verarbeitenden Gewerbe 1990 70,3 % der Investitionen für den Ersatz verbrauchter Anlagen eingesetzt. 1971 wurden im Verarbeitenden Gewerbe dagegen lediglich die Hälfte der Investitionen für den Ersatz verbrauchter Anlagen eingesetzt. Demgegenüber waren 1975 die Abschreibungen sogar höher als die Zugänge zum Anlagenbestand. Der zeitliche Verlauf dieser Quoten zeigt, daß sich die Ersatz- bzw. Rationalisierungsinvestitionen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht haben (Schaubild 10). Den getätigten Investitionen lag damit zunehmend das Motiv der Ersatzbeschaffung oder Rationalisierung zugrunde, die Unternehmen waren insbesondere daran interessiert, die Kosten zu senken.

Im Baugewerbe wurde dagegen im Zeitraum 1974 bis 1977 und 1981 bis 1987 ausschließlich zum Ausgleich verschleiß- und altersbedingter Wertminderung der Anlagen investiert und selbst hierfür reichten die Werte nicht einmal aus. So betrug hier 1987 die Ersatzquote 107 %, das bedeutet, die Abschreibungen lagen um 7 % über den Investitionen. Ähnlich ist dies von 1980 bis 1988 in der Land- und Forstwirtschaft mit einer Ersatzquote von 108,7 im Jahr 1988. Auch hier waren die Abschreibungen um 8,7 % höher als die Investitionen. 1990 betrug hier die Ersatzquote dann wieder 95,5 %. Die getätigten Investitionen dienten also zu über neun Zehntel zum Ausgleich der verschleiß- und altersbedingten Wertminderung der Anlagen.

Tabelle 11

**Ersatzquote für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet 1970 bis 1990**

Jahr	Alle Wirtschafts- bereiche <sup>1)</sup>	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck
		Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermietung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermietung	
Baden-Württemberg											
1970	36,9	43,8	66,4	46,2	53,3	69,5	50,1	47,9	27,5	40,2	10,8
1975	51,8	60,9	97,1	51,8	100,9	112,1	77,3	60,2	35,9	39,6	16,1
1980	47,3	53,6	104,7	53,6	76,0	82,4	69,8	70,0	36,6	35,2	18,3
1981	51,7	57,8	113,5	55,4	81,1	119,8	80,3	72,4	39,4	39,7	21,4
1982	56,9	62,7	113,1	52,1	88,9	137,8	85,1	74,3	42,4	47,8	25,4
1983	56,7	61,1	101,9	55,9	89,0	126,5	78,8	71,1	40,1	48,5	28,7
1984	56,7	60,8	113,7	46,2	90,3	132,2	79,2	77,0	41,5	45,9	29,6
1985	61,7	66,2	116,4	50,1	87,9	138,1	78,8	64,8	49,5	57,1	32,0
1986	58,4	62,7	116,4	57,6	81,0	113,4	69,9	64,6	47,5	52,0	29,6
1987	58,5	63,1	117,0	56,5	78,5	107,5	61,7	62,9	53,3	50,2	29,1
1988	59,3	63,8	108,7	73,5	80,0	96,5	52,0	68,7	54,0	49,1	29,8
1989	57,1	61,0	96,9	86,5	76,5	79,5	50,3	66,8	49,1	48,9	30,2
1990	55,1	58,1	95,5	83,2	70,3	72,1	48,7	74,6	50,0	43,3	31,9
Früheres Bundesgebiet											
1970	39,1	45,2	79,0	56,4	54,5	65,5	54,3	46,1	29,3	34,2	12,8
1975	55,1	64,0	99,9	48,8	101,7	130,9	79,9	69,8	39,1	43,6	18,1
1980	52,1	58,0	97,9	62,0	82,3	82,6	70,5	74,9	39,2	40,8	22,2
1981	56,7	62,5	110,8	63,1	89,8	108,9	82,3	75,5	42,4	44,9	25,5
1982	62,1	67,7	112,5	58,7	99,7	130,3	87,8	81,4	45,8	52,5	29,7
1983	62,1	66,5	100,4	62,7	100,6	115,2	83,2	77,5	45,0	52,0	33,3
1984	63,5	67,8	109,9	63,8	103,8	123,0	84,8	78,3	45,9	53,2	34,8
1985	65,0	69,4	110,7	68,0	91,5	126,3	82,4	72,9	52,6	56,5	35,6
1986	64,0	68,8	112,8	68,6	84,9	112,1	73,6	73,8	54,6	57,9	33,5
1987	64,1	68,6	112,2	72,8	81,7	105,2	65,7	76,5	56,7	57,4	34,1
1988	62,8	67,0	106,9	76,1	81,8	98,1	56,4	78,8	56,3	53,8	34,4
1989	60,9	64,7	99,0	82,8	77,0	81,3	55,3	76,5	54,9	52,3	34,0
1990	58,0	61,2	94,1	87,8	71,7	70,0	52,5	75,8	52,3	48,7	34,1

1) Einschließlich Saldo.

Aber auch bei den Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung war eine deutlich unterdurchschnittliche Ersatzquote festzustellen, obwohl hier gut drei Fünftel der gesamten Investitionen auf die Ausrüstungen entfallen (Ersatzquote 1990 Land 43,3 %; Bundesgebiet 48,7 %). Dies ist auf die wachsende Bedeutung des Leasings zurückzuführen, das seinerseits eine Konsequenz der Unternehmen um Kostensenkung und Flexibilität ist.

Vergleicht man die baden-württembergischen Werte mit denen des Bundesgebiets, so war der Ersatzbedarf im Land nahezu ausnahmslos deutlich niedriger als im Bundesdurchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe lag die Ersatzquote seit 1976 sogar deutlich unter den Werten für das Bundesgebiet, es wurden also mehr Erweiterungsinvestitionen getätigt als im Bundesdurchschnitt.

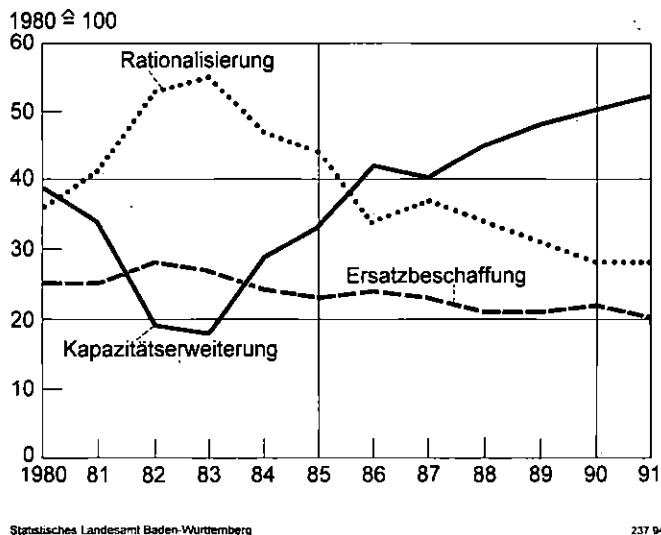
## Zielsetzung der Investitionen

Das Ifo-Institut<sup>10</sup> erhebt zweimal jährlich Daten zur Investitionsentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe. Dabei werden die Unternehmen auch nach dem Hauptziel ihrer Investitionen gefragt. 1990 nannten beispielsweise 50 % der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe die Kapazitätserweiterung als Ziel ihrer Investitionstätigkeit, 28 % nannten die Rationalisierung und 22 % die bloße Ersatzbeschaffung. Im Jahr 1980 nannten dagegen lediglich 39 % der Unternehmen die Kapazitätser-

<sup>10</sup> Vgl. hierzu: A. Weichselberger: Westdeutsche Industrie: 1994 nur noch leichter Investitionsrückgang, in: Ifo-Schnelldienst 33/93; dies.: Westdeutsche Industrie: Massiver Investitionsrückgang, in: Ifo-Schnelldienst 19/93; siehe auch: Ifo-Schnelldienste: 32/89; 33/90; 33/91; 33/92; 16/82; 31/82; 32/84; 18/87; 31/87; 17-18/89; 18/90; 32/88; 18/91.

Schaubild 11

### Kapazitätserweiterung, Rationalisierung und Ersatzbeschaffung im Verarbeitenden Gewerbe des früheren Bundesgebiets 1980 bis 1991



weiterung als ihr Hauptziel, 36 % nannten das Rationalisierungsmotiv und 25 % die Ersatzbeschaffung.

Die graphische Darstellung der Daten des Ifo-Instituts zeigt zudem, daß 1980/81 die Erweiterungsinvestitionen eine etwas größere Rolle spielten, als in den Jahren 1983/84 (Schaubild 11). Ab 1984/85 und vor allem 1987 bis 1991 nahm der Anteil der Erweiterungsinvestitionen wieder deutlich zu. Hier wurden anfangs der 90er Jahre nahezu 50 % für Erweiterungsinvestitionen ausgegeben. Außerdem zeigt das Schaubild 11, daß Rationalisierungsinvestitionen sowohl während der 70er Jahre als auch 80er Jahre eine bedeutende Rolle spielten. Demgegenüber nahm der Anteil der Ersatzbeschaffung im Laufe der 80er Jahre ab.

Im Rahmen der zweiten Investitionserhebung im Herbst wird weiterhin vom Ifo-Institut seit 1989 die Struktur der Gesamtinvestitionen im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe näher ausgewertet. Nach dieser Fragestellung können mehrere Investitionskategorien unterschieden werden. Hiernach hatte 1990 die reine Kapazitätserweiterung einen Anteil von 26,3 % an den Gesamtinvestitionen, für die Umstrukturierung wurden 11,9 %, für reine Rationalisierung wurden 24 % der gesamten Investitionen eingesetzt (Tabelle 12). Auf die Ersatzbeschaffung entfielen 24,6 % der gesamten Investitionen. Weiterhin entfielen auf andere Investitionsvorhaben 13,2 %. Diese Vorhaben beinhalten Investitionen für Umweltzwecke, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für Forschung und Entwicklung sowie für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung usw..

### Ende der 80er Jahre Verbesserung der Altersstruktur

Investitionen und Bestand an Produktionsmitteln stehen in unmittelbarer Beziehung, da das Anlagevermögen eines Jahres aus den aufkumulierten Investitionen aller früheren Jahre - bereinigt um die Abgänge - besteht. Das Bruttoanlagevermögen gibt an, wieviel Ausrüstungen und Bauten für Produktionszwecke zur Verfügung stehen. Da die Bruttogröße alle an einem Stichtag noch in Betrieb befindlichen dauerhaften Produktionsmittel unabhängig von ihrem Alter enthält, ist sie ein Indikator für die Kapazität des Kapitalstocks im Sinne des physischen Leistungspotentials des Anlagevermögens.

Das gesamte Bruttoanlagevermögen Baden-Württembergs (ohne öffentlichen Tiefbau) betrug (in konstanten Preisen von 1985) Anfang 1991 rund 1 545,3 Mrd. DM. Das Bruttoanlagevermögen hat damit gegenüber 1970 um 113 % zugenommen (Tabelle 13, früheres Bundesgebiet: 90 %). Seit 1980 stieg es um 40,3 % (früheres Bundesgebiet: 34,2 %).

Im einzelnen wurden in den 70er Jahren rund 550 Mrd. DM in Ausrüstungen und Bauten investiert, von 1980 bis 1990 rund 640 Mrd. DM. Diesen Zugängen standen durch Überalterung, ausscheidende Investitionsgüter in Höhe von rund 170 Mrd. DM bzw. 230 Mrd. DM gegenüber. Für die Beurteilung der Effektivität des Produktivvermögens spielt neben dem Kapitalniveau insbesondere der Altersaufbau eine Rolle. Jüngere Anlagen enthalten in der Regel den jeweils neuesten Stand der Technik sowohl im Hinblick auf das Produktionsverfahren wie auch mit Blick auf das herzustellende Produkt. Von Bedeutung ist daher die Frage, in welchem Maße sich die Investitionstätigkeit auf die Altersstruktur des Anlagevermögens in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ausgewirkt hat. So spielt für die Beurteilung der Effektivität des Produktivvermögens nicht nur das Kapitalniveau eine wichtige Rolle, sondern auch der Altersaufbau.

Der Anlagevermögensbestand in den einzelnen Wirtschaftsbereichen setzt sich zu jedem Zeitpunkt aus einer Anzahl von Anlagevermögensteilen verschiedener Investitionsjahrgänge zusammen. Die Größe dieser Investitionsjahrgänge und die Nutzungsdauer der jeweils investierten Gütergruppen bestimmen dabei den Altersaufbau. So erlaubt u.a. die Kenntnis des Altersaufbaus des Anlagevermögens Rückschlüsse auf die Effizienz des Produktionsapparates und auf die Notwendigkeit von Ersatzinvestitionen.

Im einzelnen läßt die Darstellung der Altersstruktur erkennen, wieviel Prozent des im Berichtsjahr vorhandenen Anlagevermögens beispielsweise vor 1960, zwischen 1960 und 1990 oder im Jahr 1970 investiert wurden bzw. wieviel Prozent des Anlagevermögens im Berichtsjahr beispielsweise 5 Jahre, 10 Jahre alt oder älter sind. Der Verlauf der Investitionstätigkeit nach 1980, der bereits

Tabelle 12

## Struktur der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe seit 1989

Investitionskategorien	Anteil an den Gesamtinvestitionen in % <sup>1)</sup>				
	1989	1990	1991	1992	1993
Kapazitätserweiterung	24,9	26,3	27,4	23,0	20,0
Umstrukturierung	13,2	11,9	14,0	15,2	15,4
Rationalisierung	23,1	24,0	20,7	21,0	22,8
Ersatzbeschaffung	26,3	24,6	25,6	26,8	27,2
Andere Investitionsvorhaben <sup>2)</sup>	12,5	13,2	12,3	14,0	14,6
Investitionen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Hochgerechnete, strukturbereinigte Anteilswerte.- 2) Investitionen für Umweltschutzzwecke, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für Forschung und Entwicklung sowie für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung u.a.m.

Tabelle 13

## Brutto- und Nettoanlagevermögen in Baden-Württemberg 1970 bis 1991

- In Preisen von 1985 -

Jahr	Bruttoanlagevermögen			Nettoanlagevermögen		
	Anlagen	Ausrüstungen	Bauten	Anlagen	Ausrüstungen	Bauten

Mrd. DM

1970	724,1	154,0	570,1	506,4	87,6	418,8
1975	923,9	201,8	722,0	645,8	113,4	532,4
1980	1 101,4	240,8	860,6	754,6	132,3	622,3
1985	1 295,8	281,2	1 014,6	870,2	151,6	718,6
1990	1 495,1	331,8	1 163,3	981,7	180,8	800,9
1991	1 545,3	348,4	1 196,9	1 012,3	192,0	820,3

1970 = 100

1975	128	131	127	128	129	127
1980	152	156	151	149	151	149
1985	179	183	178	172	173	172
1990	206	215	204	194	206	191
1991	213	226	210	200	219	196

jährliche durchschnittliche Veränderungsrate in %

1970 - 75	4,99	5,56	4,84	4,98	5,30	4,92
1975 - 80	3,58	3,60	3,57	3,16	3,13	3,17
1980 - 85	3,30	3,15	3,35	2,89	2,76	2,92
1985 - 90	2,90	3,36	2,77	2,44	3,59	2,19
1991	3,36	5,00	2,89	3,12	6,19	2,42
1970 - 80	4,28	4,57	4,20	4,07	4,21	4,04
1980 - 90	3,10	3,26	3,06	2,67	3,17	2,56

dargestellt wurde, überträgt sich erwartungsgemäß auf die Altersstruktur des Anlagevermögens. Dies kommt vor allem bei der Darstellung der Alterspyramiden des Jahres 1991 für die Ausrüstungen zum Ausdruck (*Schaubild 12*), in denen der Beitrag der einzelnen Investitionsjahrgänge zum gesamten Anlagebestand seit 1960 wieder gegeben wird.

Nach einer kontinuierlichen Investitionstätigkeit bis Mitte der 60er Jahre sind, wie die Alterspyramide für die Ausrüstungen der Gesamtwirtschaft zeigt, erstmalig in den Jahren 1966/67 und dann 1973/74 nach Expansionsperioden, Phasen stagnierender Modernisierung zu erkennen. Dies waren Jahre niedriger Investitionsbereitschaft. Ebenso kommt in den Jahren 1980 bis 1983 die oben dargestellte geringe Investitionstätigkeit zum Ausdruck. Die asymptotische Pyramide als Ausdruck einer möglichst günstigeren Zusammensetzung des Produktionskapitals - da hier die aktuellsten Jahrgänge ein hohes Gewicht haben - zeigt somit in den Phasen stagnierenden und rückläufigen Investitionswachstums eine stagnierende Modernisierung. Ende der 80er Jahre wird aber wieder eine günstigere Entwicklung des Altersaufbaus ersichtlich.

Eine entsprechende Form hat auch die Alterspyramide für das Verarbeitende Gewerbe, jedoch kommen hier die Phasen stagnierender Modernisierung deutlicher zum Ausdruck. Bei den Ausrüstungen des Verarbeitenden Ge-

werbes sind sowohl die Phasen rückläufiger Investitionstätigkeit als auch der Expansion deutlicher zu erkennen.

Insbesondere fällt auf, daß die Alterspyramide der Gesamtwirtschaft einen günstigeren Altersaufbau zum Ausdruck bringt, als die des Verarbeitenden Gewerbes. Ursächlich hierfür ist der große Anteil moderner Ausrüstungsgüter im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung, zu dem auch die Leasing-Gesellschaften gezählt werden. So ist hier zu beachten, daß im Verarbeitenden Gewerbe auch Maschinen und maschinelle Anlagen eingesetzt werden, die im Dienstleistungsbereich gekauft und als Investitionen aktiviert werden. Während nämlich die Leasinggüter in den gesamtwirtschaftlichen Investitionen enthalten sind, gibt es bei der sektoralen Betrachtung eine Abweichung zwischen der Ausweisung der Investitionen und der Nutzung der Investitionen.

### Alter der Anlagen nach dem Zeitpunkt der Anschaffung

Die Entwicklung des Altersaufbaus des Anlagevermögens läßt sich auch nach dem Alter der Anlagen darstellen (*Tabelle 14*). So lassen die Ergebnisse auch erkennen, daß ein Teil des Anlagevermögens vor 1960 investiert wurde. So bestand Anfang 1991 noch ein beachtlicher Teil des Anlagevermögens aus Investitionsgütern vor 1960, die z.T. sogar noch vor dem 2. Weltkrieg investiert worden sein dürften. Dies gilt allerdings in erster Linie für das Bauvermögen, da Bauten eine wesentlich längere ökonomische Nutzungsdauer haben als die Ausrüstungen. Anfang 1991 standen in Baden-Württemberg Gebäude und sonstige Bauten mit einem Wert von 1 196,9 Mrd. DM zur Verfügung. Davon wurden über ein Fünftel (20,6 %) vor 1960 erstellt. In der Land- und Forstwirtschaft wurden sogar über die Hälfte (54,1 %) aller Gebäude vor 1960 erstellt. Im Bereich Wohnungsvermietung stammen ebenfalls noch 22,7 % aus der Zeit vor 1960, wobei das Bauvermögen Anfang 1991 rund 683 Mrd. DM betrug. In den übrigen Wirtschaftsbereichen ist die Altersstruktur des Bauvermögens günstiger.

Im Verarbeitenden Gewerbe beträgt der Anteil der vor 1960 erstellten Bauten 15 %, in der Energiewirtschaft einschließlich Bergbau 15,5 % und im Handel 16,7 %. In den übrigen Unternehmensbereichen beträgt dieser Anteil 11,2 % (Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung) oder aber weniger, während im Bereich Staat etwa über ein Fünftel (22,4 %) aller Gebäude vor 1960 erstellt wurden.

Weiterhin wurden in den 60er Jahren 20,2 % und in den 70er Jahren 25,2 % des gesamtwirtschaftlichen Bauvermögens erstellt. Demgegenüber wurden nach 1980 34,1 % des gesamten Bauvermögens gebildet. Deutlich über diesem Durchschnitt liegt hier mit 53,3 % der Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung, gefolgt vom Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, in dem über zwei Fünftel (44,1 %) des Bauvermögens

Schaubild 12

#### Altersaufbau des Ausrüstungsvermögens der Gesamtwirtschaft und des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1991

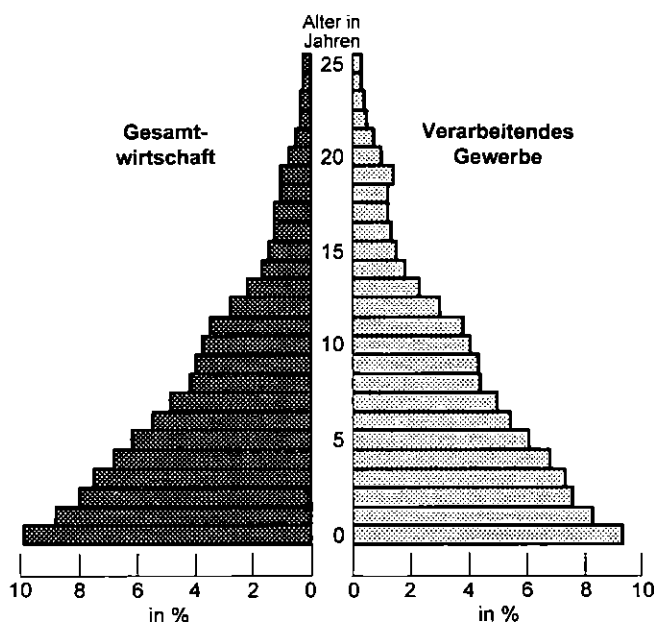


Tabelle 14

**Altersaufbau des Bruttoausrüstungs- und -bauvermögens in Baden-Württemberg Anfang 1980 und 1991 nach dem Zeitraum der Anschaffung**

Zeitraum der Anschaffung der Ausrüstungen und Bauten	Alle Wirtschaftsbereiche	Unternehmen									Staat, einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck
		Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie, Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Wohnungsvermittlung	Dienstleistungen ohne Wohnungsvermittlung	
Bruttoausrüstungsvermögen											
Bestand Anfang 1980 in Mrd. DM											
	240,8	227,2	19,4	18,7	114,3	10,6	12,9	22,3	—	29,1	13,5
In % des Bestandes Anfang 1980											
vor 1960	5,3	5,3	5,0	7,5	5,9	1,3	1,9	10,7	—	0,8	5,4
1960 - 1965	7,3	7,2	9,9	11,9	7,4	2,5	4,4	10,4	—	2,2	10,5
1965 - 1970	16,2	16,2	20,7	16,8	18,4	11,2	12,6	15,7	—	8,6	17,0
1970 - 1975	29,4	29,1	29,4	35,2	28,4	35,4	32,6	30,4	—	24,1	30,3
1975 - 1980	41,8	42,2	35,0	28,6	39,9	49,6	48,5	32,8	—	64,3	36,8
Bestand Anfang 1991 in Mrd. DM											
	348,4	330,8	18,9	27,8	155,2	7,8	15,8	30,5	—	74,9	17,6
In % des Bestandes Anfang 1991											
vor 1960	0,7	0,7	0,4	1,2	0,8	0,2	0,2	1,8	—	0,1	0,8
1960 - 1965	0,7	0,6	0,8	1,4	0,6	0,1	0,3	2,0	—	0,1	1,5
1965 - 1970	2,0	1,9	2,6	2,8	2,3	0,4	1,1	3,0	—	0,5	3,7
1970 - 1975	5,6	5,4	7,3	9,5	6,0	1,9	3,8	7,5	—	2,1	8,9
1975 - 1980	11,6	11,5	17,5	13,4	12,4	7,0	9,1	11,1	—	8,8	14,0
1980 - 1985	22,4	22,5	25,5	28,6	23,2	20,5	18,8	20,6	—	20,2	20,5
1985 - 1990	37,2	37,4	30,9	34,7	36,2	43,0	42,5	35,1	—	41,7	34,0
1990 - 1991	19,9	20,1	15,0	8,6	18,6	27,0	26,4	18,9	—	26,5	16,7
Bruttobauvermögen											
Bestand Anfang 1980 in Mrd. DM											
	860,6	754,6	26,2	29,4	71,1	6,7	28,5	35,0	499,5	58,2	106,1
In % des Bestandes Anfang 1980											
vor 1960	34,4	34,4	66,4	27,4	33,0	16,0	28,9	23,9	35,9	25,3	34,7
1960 - 1965	14,2	14,1	9,6	14,8	15,8	26,9	14,9	12,5	14,0	13,6	14,8
1965 - 1970	15,4	15,3	10,3	16,3	18,2	19,3	18,2	15,6	15,1	13,2	16,1
1970 - 1975	18,2	18,3	6,6	19,8	17,9	24,2	18,7	24,9	18,0	19,8	17,3
1975 - 1980	17,8	17,9	7,1	21,7	15,1	13,6	19,3	23,1	17,0	28,1	17,1
Bestand Anfang 1991 in Mrd. DM											
	1.196,9	1.054,9	27,1	45,7	86,0	7,9	39,8	50,9	683,2	114,3	142,0
In % des Bestandes Anfang 1991											
vor 1960	20,6	20,3	54,1	15,5	15,0	8,9	16,7	10,2	22,7	11,2	22,4
1960 - 1965	9,2	9,2	9,1	8,0	9,8	18,3	9,8	6,7	9,7	6,3	9,7
1965 - 1970	11,0	10,8	10,1	10,8	13,1	18,3	12,2	8,2	11,1	7,5	12,1
1970 - 1975	13,0	13,0	6,6	12,6	15,6	20,0	14,0	15,5	13,3	9,0	13,3
1975 - 1980	12,2	12,1	7,0	13,0	11,5	12,6	12,8	15,4	12,0	12,5	12,9
1980 - 1985	13,9	14,0	6,0	16,4	13,3	9,7	11,9	14,9	13,2	20,5	12,9
1985 - 1990	13,9	14,1	4,9	17,4	15,0	7,5	14,7	21,5	12,2	22,2	12,0
1990 - 1991	6,3	6,5	2,2	6,6	7,0	4,7	7,7	7,7	5,7	10,6	4,8

nach 1980 erstellt wurde. Gleichzeitig stellt man für den Bereich Land- und Forstwirtschaft den niedrigsten Anteil (13,1 %) fest. Die restlichen Bereiche liegen um den Durchschnitt.

Da Ausrüstungen eine wesentlich kürzere Nutzungsdauer haben, ist auch der Altersaufbau der Ausrüstungen günstiger. Vom Ausrüstungsvermögen insgesamt wurden nur noch 0,7 % des gesamten Bestandes an Ausrüstungsgütern vor 1960 beschafft. Die Bereiche Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung (0,1 %), Handel (0,2 %), Baugewerbe (0,2 %), Land- und Forstwirtschaft (0,4 %) haben kaum noch Ausrüstungsvermögen aus der Zeit vor 1960. Deutlich über dem Durchschnitt liegt dagegen der Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1,8 %), die Energiewirtschaft einschließlich Bergbau (1,2%) und das Verarbeitende Gewerbe sowie der Staat einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck mit jeweils 0,8 %.

Zwischen 1960 und 1970 wurden im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft 2,7 % des Ausrüstungsvermögens gebildet und in den 70er Jahren 17,2 %. Damit wurden fast vier Fünftel der gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsgütern (79,5 %) nach 1980 beschafft. In den einzelnen Wirtschaftsbereichen errechnen sich aber vom gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt merklich abweichende Werte. So wurden im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietungen (88,4 %) und in dem Bereich Baugewerbe (90,5 %) nahezu neun Zehntel aller Ausrüstungen nach 1980 beschafft, während im Handel 85,7 % nach 1980 gekauft wurden. Im Verarbeitenden Gewerbe wurden rund 4 Fünftel des Ausrüstungsvermögens in den Jahren nach 1980 gebildet (78 %). Unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegen die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft einschließlich Bergbau, Staat einschließlich private Organisation ohne Erwerbszweck sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung; hier wurde etwas über sieben Zehntel nach 1980 beschafft.

### **Anteil der jüngeren Anlagen nimmt wieder zu**

Die Entwicklung des Altersaufbaus des Anlagevermögens läßt sich besonders anschaulich bei Betrachtung des Alters der Anlagen darstellen (*Tabelle 15*). Das Bruttoausrüstungsvermögen insgesamt bestand Anfang 1991 zu 44,1 % aus Gütern mit einem Alter bis zu 5 Jahren, 27,6 % waren zwischen 5 und 10 Jahre alt und 24,3 % waren über 10 Jahre alt. Damit war die Altersstruktur des gesamtwirtschaftlichen Ausrüstungsvermögens deutlich günstiger als 1980. So waren 1980 lediglich 41,8 % der Ausrüstungen bis 5 Jahre alt, aber 29,4 % zwischen 5 und 10 Jahre alt und über 28,8 % über zehn Jahre alt. Der Vergleich mit dem früheren Bundesgebiet zeigt hier eine günstigere Altersstruktur in Baden-Württemberg. So waren im Bundesdurchschnitt 1980 39 % der Ausrüstungen bis 5 Jahre alt und 1991 42,1 %.

Eine Verjüngung des Altersaufbaus gegenüber 1980 kommt auch im Verarbeitenden Gewerbe zum Ausdruck. Im Verarbeitenden Gewerbe bestand das Bruttoausrüstungsvermögen Anfang 1991 zu über zwei Fünftel (41,8 %) aus Gütern mit einem Alter bis zu 5 Jahren, 27,7 % waren zwischen 5 und 10 Jahre alt und 26,1 % waren über 10 Jahre alt. Damit waren die Ausrüstungen im Verarbeitenden Gewerbe Anfang 1991 geringfügig moderner als 1980. Der Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungen lag hier 1980 bei 39,9 %, während der Anteil der über 10 Jahre alten Ausrüstungen 31,7 % betrug. Allerdings war hier die Altersstruktur 1991 ungünstiger als 1970.

Eine Verbesserung der Altersstruktur gegenüber 1980 kann weiterhin, außer in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft einschließlich Bergbau und Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung in allen weiteren Bereichen festgestellt werden, was besonders deutlich bei einer getrennten Betrachtung der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter zum Ausdruck kommt. So betrug der Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungen in der Land- und Forstwirtschaft 34,6 %, gegenüber 35 % im Jahr 1980. Für die Energiewirtschaft einschließlich Bergbau wurden entsprechend 27,4 % (1991), gegenüber 28,6 % (1980) festgestellt. Deutlich verschlechterte sich die Altersstruktur im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung. Während hier 1980 fast zwei Drittel (64,3 %) der Ausrüstungsgüter unter 5 Jahre im Bestand waren, ging dieser Anteil bis 1991 auf 55,2 % zurück. Aber nach wie vor haben hier die bis 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter einen hohen Anteil. Hier sind die neuesten Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeuge, Büroeinrichtungen und sonstige Geschäftsausstattung von besonderer Bedeutung, da in diesem Bereich der größte Teil der Leasinggüter als Investition verbucht wird.

Im Baugewerbe waren 1991 56,3 % der Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeuge, Büroeinrichtungen und Geschäftsausstattungen unter 5 Jahre alt, gegenüber 49,6 % im Jahr 1980. Aber auch im Handel und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie im Sektor Staat einschließlich private Organisation ohne Erwerbszweck konnten deutliche Verbesserungen des Altersaufbaus gegenüber 1980 festgestellt werden.

Da Bauten eine längerer Nutzungsdauer haben, ist beim Bauvermögen die Entwicklung der Altersstruktur von der bisherigen Betrachtung deutlich abweichend. So bestand Anfang 1991 das gesamtwirtschaftliche Bauvermögen nur zu 14,8 % aus Bauten mit einem Alter bis zu 5 Jahren, 13,6 % waren zwischen 5 und 10 Jahre und 68,8 % über zehn Jahre alt. Die differenzierte Betrachtung der über 10 Jahre alten Gruppe zeigt außerdem, daß fast ein Drittel (32,1 %) der Gebäude und sonstigen Bauten sogar über 25 Jahre alt ist. Im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets waren dagegen 1991 13,6 % der Bauten bis zu 5 Jahre, 13,1 % zwischen 5 und 10 Jahre und 73,3 % über 10 Jahre alt. Günstiger war diese Struktur im Jahr

Tabelle 15

**Altersaufbau des Bruttoausrüstungs- und -bauvermögens in Baden-Württemberg Anfang 1980 und 1991 nach dem Alter der Anlagen**

Brutto- ausrüstungs- und -bau- vermögen im Alter von ... bis ... Jahren	Alle Wirtschafts- bereiche	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck
		ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Bau - gewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermietung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermietung	
Bruttoausrüstungsvermögen											
Bestand Anfang 1980 in Mrd. DM											
	240,8	227,2	19,4	18,7	114,3	10,6	12,9	22,3	-	29,1	13,5
in % des Bestandes Anfang 1980											
bis 5	41,8	42,2	35,0	28,6	39,9	49,6	48,5	32,8	-	64,3	36,8
5 - 10	29,4	29,1	29,4	35,2	28,4	35,4	32,6	30,4	-	24,1	30,3
10 - 15	16,2	16,2	20,7	16,8	18,4	11,2	12,6	15,7	-	8,6	17,0
15 - 20	7,3	7,2	9,9	11,9	7,4	2,5	4,4	10,4	-	2,2	10,5
über 10	28,8	28,7	35,6	36,2	31,7	15,0	18,9	36,8	-	11,6	32,9
über 15	12,6	12,5	14,9	19,4	13,3	3,8	6,3	21,1	-	3,0	15,9
über 20	5,3	5,3	5,0	7,5	5,9	1,3	1,9	10,7	-	0,8	5,4
Bestand Anfang 1991 in Mrd. DM											
	348,4	330,8	18,9	27,8	155,2	7,8	15,8	30,5	-	74,9	17,6
in % des Bestandes Anfang 1991											
bis 5	44,1	44,4	34,6	27,4	41,8	56,3	56,6	41,4	-	55,2	38,7
5 - 10	27,6	27,7	28,0	36,6	27,7	27,2	23,6	26,4	-	26,0	24,6
10 - 15	16,2	16,1	21,5	16,1	17,5	12,6	12,1	14,3	-	14,0	17,3
15 - 20	6,9	6,7	9,9	12,2	7,0	2,8	5,2	8,5	-	3,5	10,6
20 - 25	3,3	3,2	4,1	4,2	4,0	0,8	1,8	4,7	-	1,0	5,3
25 - 30	1,1	1,0	1,3	2,1	1,1	0,2	0,5	2,4	-	0,2	2,4
über 10	24,3	23,9	32,9	31,9	26,1	13,4	17,1	28,6	-	15,1	32,9
über 15	10,4	10,0	13,2	17,6	11,1	3,2	6,3	16,1	-	3,6	17,2
über 20	4,2	4,0	4,9	6,4	4,6	0,9	1,9	8,0	-	0,9	7,3
über 25	1,7	1,6	1,5	3,1	1,7	0,4	0,6	4,3	-	0,2	2,9
Bruttobauvermögen											
Bestand Anfang 1980 in Mrd. DM											
	860,6	754,6	26,2	29,4	71,1	6,7	28,5	35,0	499,5	58,2	106,1
in % des Bestandes Anfang 1980											
bis 5	17,8	17,9	7,1	21,7	15,1	13,6	19,3	23,1	17,0	28,1	17,1
5 - 10	18,2	18,3	6,6	19,8	17,9	24,2	18,7	24,9	18,0	19,8	17,3
10 - 15	15,4	15,3	10,3	16,3	18,2	19,3	18,2	15,6	15,1	13,2	16,1
15 - 20	14,2	14,1	9,6	14,8	15,8	26,9	14,9	12,5	14,0	13,6	14,8
über 10	64,0	63,8	86,3	58,5	67,0	62,2	62,0	52,0	65,0	52,1	65,6
über 15	48,6	48,5	76,0	42,2	48,8	42,9	43,8	36,4	49,9	38,9	49,5
über 20	34,4	34,4	66,4	27,4	33,0	16,0	28,9	23,9	35,9	25,3	34,7
Bestand Anfang 1991 in Mrd. DM											
	1.196,9	1.054,9	27,1	45,7	86,0	7,9	39,8	50,9	683,2	114,3	142,0
in % des Bestandes Anfang 1991											
bis 5	14,8	15,2	4,9	16,7	16,7	9,4	17,7	20,8	13,1	25,2	12,2
5 - 10	13,6	13,8	5,7	16,8	12,7	8,2	11,8	17,5	12,9	20,4	11,8
10 - 15	13,2	13,1	6,8	14,8	13,6	11,3	13,0	14,7	12,6	15,9	13,3
15 - 20	12,9	12,8	6,3	12,6	11,9	19,4	13,1	16,3	13,2	11,3	13,1
20 - 25	11,1	11,0	9,2	11,2	15,3	15,1	13,2	11,1	11,1	6,0	12,2
25 - 30	10,5	10,3	9,3	10,4	11,2	22,3	10,6	7,0	10,8	7,7	11,8
über 10	68,8	68,2	88,2	63,2	68,0	80,3	68,0	59,0	71,5	50,4	73,2
über 15	56,1	55,5	81,2	49,3	55,5	68,6	54,6	43,8	59,1	36,3	60,3
über 20	43,1	42,5	75,0	36,4	41,7	47,8	41,3	27,7	45,8	26,0	47,1
über 25	32,1	31,7	65,1	25,8	27,7	32,3	28,6	18,2	34,7	19,3	34,9



1980, in dem in Baden-Württemberg immerhin 17,8 % bis 5 Jahre alt waren. Weitere 18,2 % waren 5 bis 10 Jahre alt und lediglich 64 % über zehn Jahre alt.

## Die Entwicklung der modernsten Ausrüstungen

Der Anteilsverlauf der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter, also des Anteils der neuesten Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeugen, Büroeinrichtungen und sonstige Geschäftsausstattungen zeigt die Entwicklung der Altersstruktur noch deutlicher. Diese Anteile wurden für die Bereiche Gesamtwirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe und Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung für den Zeitraum 1965 bis 1991 in *Schaubild 13* dargestellt.

Auffallend ist bei der Gesamtwirtschaft, daß das Anteilsniveau, das Anfang der 70er Jahre üblich war, erst wieder Anfang der 90er Jahre angenähert wird. So wurde sowohl in den Erholungsphasen Ende der 70er Jahre als auch in der Wachstumsphase der 80er Jahre die ursprüngliche Anteilshöhe der modernen Ausrüstungen nicht wieder erreicht. So zeigt das *Schaubild 13*, daß sich die Altersstruktur der Ausrüstungen der Gesamtwirtschaft nach einer günstigen Entwicklung Anfang der 70er Jahre in den Jahren danach trotz Erholungsphasen verschlechterte, entsprechend dem Verlauf der Investitionstätigkeit. Anfang 1981 betrug der Anteil der neuesten Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeuge, Büroeinrichtungen und Geschäftsausstattungen 42,8 %. In den Jahren 1981 bis 1984 ist infolge der geringen Investitionstätigkeit eine erneute Abnahme auf 39,6 % Anfang 1985 zu verzeichnen. Erst ab 1988 steigt der Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter wieder an.

Eine entsprechende Entwicklung war auch im Verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm der Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter bis 1972 stufenförmig zu und betrug Anfang 1972 46,9 %. In den Jahren nach 1972 ging auch im Verarbeitenden Gewerbe der Anteil der modernen Anlagen bis auf 34,8 % im Jahre 1977 zurück; also um über 12 Prozentpunkte. In den Jahren ab 1978 bis Anfang 1982 wird konjunkturbedingt das Ausrüstungsvermögen wieder modernisiert, so daß im Jahr 1982 der Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter am gesamten Ausrüstungsvermögen des Verarbeitenden Gewerbes 41,5 % betrug. Gegenüber der konjunkturellen Hochphase im Jahr 1972 war damit 1982 aber ein um rund 5 Prozentpunkte niedrigerer Wert zu verzeichnen. Nach 1982 trat eine erneute Überalterung ein, so daß dieser Anteil sogar auf 38 % im Jahr 1985 sank. Danach nahm der Anteil der modernen Ausrüstungen aber wieder zu.

Etwas überraschend geht aber der Anteil der modernen Ausrüstungen nach 1980 auch bei den Dienstleistungen

ohne Wohnungsvermietung zurück (*Schaubild 13*). 1987 waren nur noch gut die Hälfte (50,7 %) der hier verbuchten Ausrüstungsgüter unter 5 Jahre alt. 1970 traf dies bei über drei Fünftel (61,4 %) der Ausrüstungsgüter dieses Bereichs zu.

## Modernitätsgrad höher als im Bundesdurchschnitt

Über den Alterungsprozeß der Anlagen gibt auch der Vergleich zwischen Brutto- und Nettoanlagevermögen Auskunft. Während nämlich im Bruttoanlagevermögen alle Anlagebestände unabhängig von ihrem Alter erfaßt werden, ist beim Nettoanlagevermögen die ökonomische Wertminderung durch Verschleiß und Veralten berücksichtigt. Dies erfolgt über kalkulatorische Abschreibungen, die unter Wirtschaftlichkeits- und Bewertungsgesichtspunkten den Werteverzehr der Ausrüstungen und Bauten durch Nutzung und Alterung berücksichtigen. Das Nettoanlagevermögen ist daher stets niedriger als das Bruttoanlagevermögen. Dies ist um so mehr der Fall, je länger sich die Anlagen im Bestand befinden. Das Verhältnis von Netto- zum Bruttoanlagevermögen drückt damit aus, wieviel Prozent des Vermögens noch nicht durch Verschleiß im Wert gemindert sind bzw. noch nicht abgeschrieben sind. Ein hoher Anteil des Nettoanlagevermögens am Bruttoanlagevermögen ist danach ein Indikator für die zeitnahe Zusammensetzung des Produktivvermögens. Diese Kennziffer wird Modernitätsgrad oder Gütegrad genannt.

Das Bruttoanlagevermögen der Gesamtwirtschaft betrug Anfang 1991 1 545,3 Milliarden DM, während sich das Nettoanlagevermögen auf 1 012,3 Milliarden DM belief. Wie die Tabelle 13 zeigt, stieg das Nettoanlagevermögen bis 1975 gleich stark wie das Bruttoanlagevermögen. In den Jahren danach stieg dann aber das Bruttoanlagevermögen stärker. Entsprechend nahm der Modernitätsgrad des Anlagevermögens der Gesamtwirtschaft seit 1974 fortwährend ab (*Tabelle 16*).

Insbesondere kann bei den Bauten eine fortwährende Verschlechterung des Modernitätsgrades festgestellt werden. Für die Gesamtwirtschaft betrugen die Werte für das Jahre 1970 73,5 %, für 1980 72,3 % und für 1991 68,5 %. Betrachtet man die Wirtschaftsbereiche, so kann man für die Bauten festhalten, daß für sämtliche Bereiche im Jahr 1991 ein niedriger Modernitätsgrad festgestellt werden kann als für 1980. Der höchste Modernitätsgrad wurde 1991 bei den Bauten im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung (76,1 %) festgestellt. Im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung werden auch die zur Vermietung vorgesehenen gewerblich genutzten Bauten verbucht. Diese Projekte dürften aber überwiegend in den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Baugewerbe und Energiewirtschaft genutzt werden.

Schaubild 13

Prozentualer Anteil der bis zu 5 Jahre alten Ausrüstungsgüter in Baden-Württemberg  
1965 bis 1991

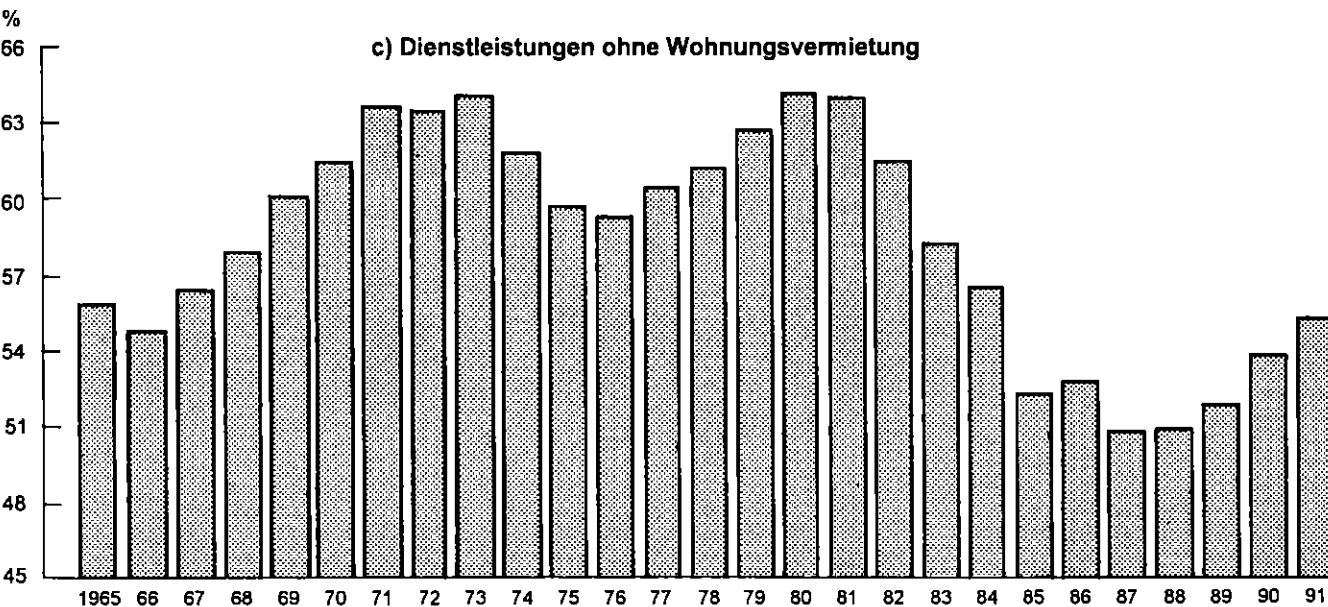
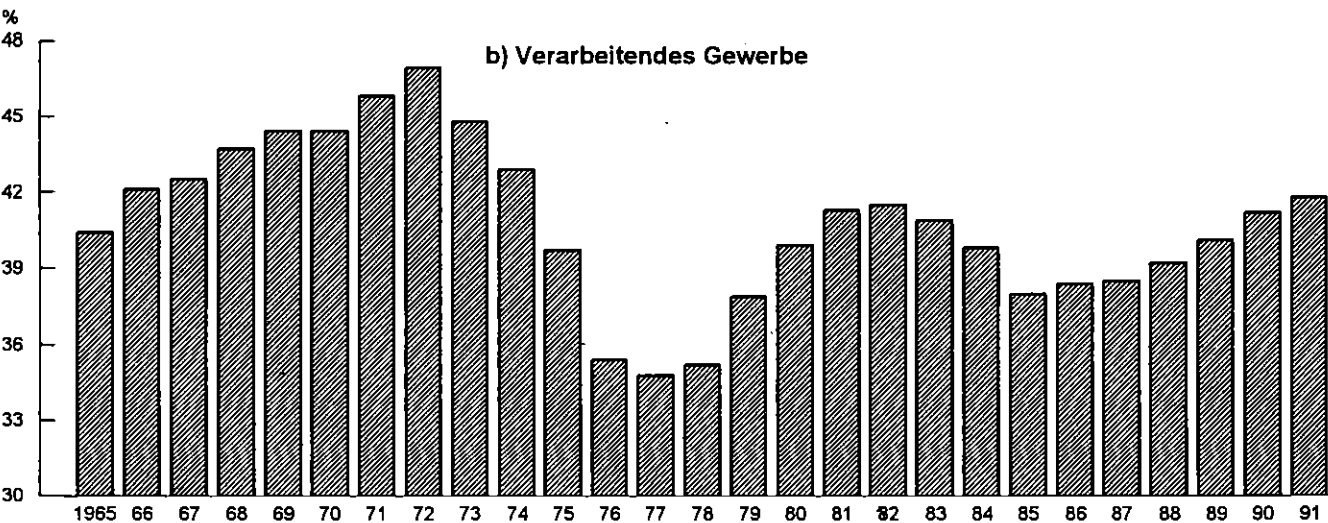
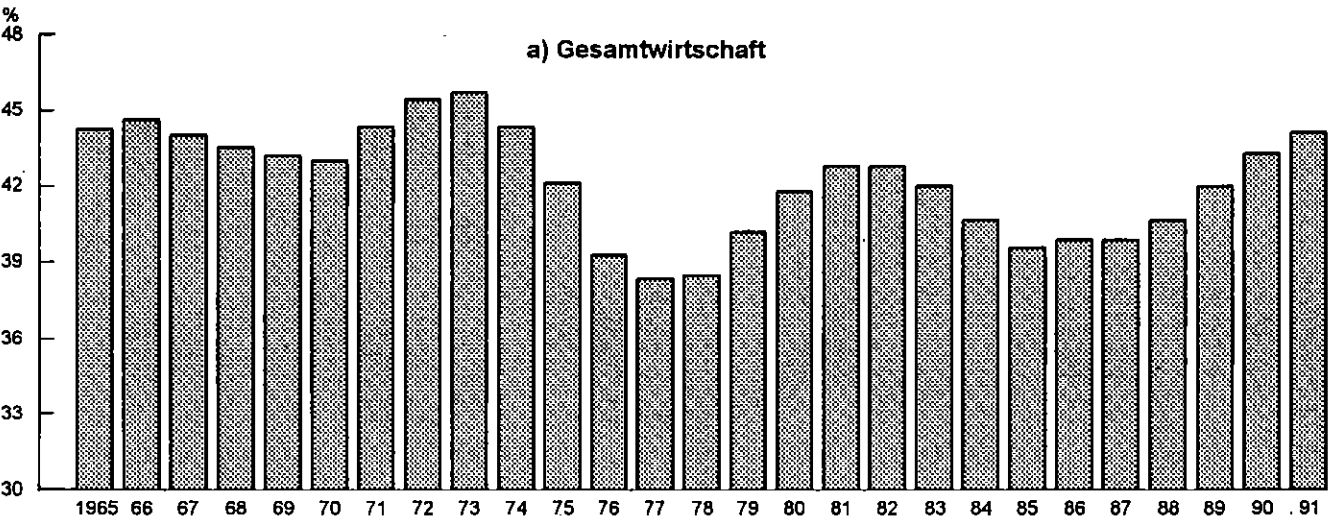


Tabelle 16

## Modernitätsgrad für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet 1970 bis 1991

Jahr	Alle Wirtschafts- bereiche	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck
		ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermietung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermietung	
Baden-Württemberg											
Ausrüstungen											
1970	56,9	56,8	55,4	59,0	57,6	50,5	54,4	54,0	---	64,7	59,8
1975	56,2	56,0	53,0	59,7	55,5	49,9	54,3	56,5	---	64,0	59,6
1980	54,9	54,8	51,5	54,7	53,5	48,5	52,9	54,5	---	65,8	56,4
1981	55,1	55,0	50,8	54,1	53,8	49,7	52,4	54,4	---	65,6	56,0
1982	54,9	54,9	50,1	53,8	53,8	48,8	51,5	54,4	---	64,6	55,0
1983	54,5	54,5	49,6	54,6	53,6	47,2	50,3	54,3	---	62,8	53,7
1984	54,1	54,2	49,5	54,9	53,4	46,2	49,7	54,3	---	61,2	52,4
1985	53,9	54,1	49,1	56,3	53,3	44,8	49,2	54,1	---	60,0	51,6
1986	53,9	54,0	48,7	57,0	53,4	43,8	49,1	54,5	---	58,9	51,0
1987	53,8	54,0	48,6	57,0	53,5	44,0	49,7	54,4	---	58,1	51,2
1988	54,0	54,1	48,6	57,1	53,6	44,7	51,1	54,5	---	57,6	51,6
1989	54,1	54,3	49,0	56,1	53,6	45,8	53,0	54,5	---	57,8	51,8
1990	54,5	54,6	49,7	54,7	53,8	47,8	54,8	54,9	---	58,2	52,2
1991	55,1	55,2	50,5	53,2	54,3	50,5	56,7	55,6	---	59,1	52,8
Bauten											
1970	73,5	73,5	56,0	77,9	67,2	81,6	77,1	65,8	75,2	78,0	73,3
1975	73,7	73,7	55,4	76,9	64,9	77,7	76,2	68,1	75,7	77,5	74,2
1980	72,3	72,1	54,8	74,9	60,1	71,2	73,8	65,9	74,4	77,0	73,5
1981	72,1	71,9	54,7	74,7	59,5	70,0	73,2	65,1	74,2	77,3	73,4
1982	71,8	71,6	54,4	74,4	58,9	68,6	72,5	64,2	73,9	77,4	73,2
1983	71,5	71,3	54,1	73,9	58,2	67,3	71,8	63,3	73,5	77,4	72,9
1984	71,1	70,9	53,8	73,5	57,3	65,8	71,2	62,5	73,2	77,3	72,5
1985	70,8	70,7	53,6	73,2	56,7	64,7	70,5	61,6	72,9	77,5	72,1
1986	70,4	70,2	53,3	72,8	55,8	63,3	69,8	61,1	72,4	77,0	71,6
1987	70,0	69,8	52,9	72,5	55,4	61,9	69,2	60,9	72,0	76,8	71,2
1988	69,6	69,5	52,5	72,0	55,1	60,5	68,7	60,7	71,5	76,7	70,8
1989	69,2	69,0	52,1	71,5	54,6	59,4	68,4	60,2	71,1	76,5	70,3
1990	68,9	68,7	51,8	71,0	54,3	58,4	68,2	59,7	70,7	76,3	69,9
1991	68,5	68,4	51,4	70,4	54,0	57,7	67,9	59,0	70,3	76,1	69,4
Früheres Bundesgebiet											
Ausrüstungen											
1970	56,8	56,6	55,2	55,3	57,9	52,0	53,8	54,5	---	65,1	59,8
1975	56,0	55,7	51,5	57,7	55,3	50,7	53,4	57,0	---	63,2	60,0
1980	54,3	54,2	51,0	54,7	52,0	48,7	53,0	54,1	---	65,2	56,2
1981	54,4	54,3	50,7	53,9	52,3	49,7	52,8	53,8	---	65,1	55,6
1982	54,2	54,2	50,2	53,4	52,3	49,0	51,9	53,7	---	64,2	54,6
1983	53,7	53,7	49,6	53,7	52,0	47,4	50,9	53,3	---	62,4	53,3
1984	53,3	53,4	49,4	53,8	51,8	46,4	50,2	53,2	---	60,8	52,0
1985	52,9	53,0	49,1	53,9	51,6	45,2	49,6	53,0	---	59,6	51,0
1986	52,8	53,0	48,8	53,8	51,8	44,4	49,3	53,2	---	58,5	50,6
1987	52,8	53,0	48,6	53,6	52,1	44,4	49,8	53,2	---	57,7	50,5
1988	52,9	53,1	48,6	53,5	52,4	44,8	50,9	53,0	---	57,2	50,7
1989	53,2	53,3	48,8	53,1	52,6	45,6	52,5	52,8	---	57,4	50,9
1990	53,6	53,8	49,3	52,5	53,1	47,5	54,0	53,0	---	57,8	51,3
1991	54,3	54,5	49,9	51,8	53,7	50,0	55,7	53,5	---	58,6	52,0
Bauten											
1970	73,0	72,9	56,9	75,3	67,1	80,1	76,7	65,8	74,4	78,8	73,3
1975	73,0	72,9	56,1	74,8	63,5	76,7	75,5	68,3	74,6	78,8	74,2
1980	71,5	71,2	55,3	73,7	57,6	70,9	72,9	65,6	73,3	77,4	73,6
1981	71,2	70,9	55,0	73,5	56,8	69,9	72,3	64,9	73,0	77,2	73,4
1982	70,9	70,6	54,7	73,1	55,9	68,9	71,6	64,1	72,7	77,0	73,1
1983	70,5	70,2	54,4	72,7	54,9	67,7	70,8	63,2	72,4	76,7	72,8
1984	70,1	69,8	54,2	72,2	53,8	66,7	70,1	62,4	72,0	76,6	72,4
1985	69,7	69,4	53,9	71,8	52,9	65,7	69,4	61,8	71,7	76,3	71,9
1986	69,3	69,0	53,6	71,3	52,1	64,4	68,7	61,2	71,2	76,0	71,4
1987	68,8	68,5	53,3	70,8	51,5	63,1	68,1	60,7	70,8	75,6	71,0
1988	68,4	68,1	52,9	70,2	51,0	61,9	67,5	60,3	70,3	75,2	70,5
1989	68,0	67,7	52,5	69,6	50,5	60,8	67,3	59,7	69,8	74,9	70,1
1990	67,6	67,3	52,2	69,2	50,2	59,8	67,0	59,2	69,4	74,5	69,6
1991	67,2	67,0	51,9	68,7	50,0	59,0	66,7	58,5	69,0	74,2	69,2

Generell kann man für die Bauten festhalten, daß nahezu ausnahmslos für sämtliche Wirtschaftsbereiche ab Anfang der siebziger Jahre ein kontinuierliches Absinken des Modernitätsgrades festgestellt werden kann, wobei sich der Beginn der Überalterung beim Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung, der Wohnungsvermietung und dem Staat einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck auf Mitte der siebziger Jahre verschiebt. Nur im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung stellt sich ab 1980 wieder eine Verjüngung ein, so daß Anfang 1985 das Niveau von 1971 erreicht wird (77,5 %), danach geht der Gütegrad der Bauten aber auch hier zurück.

Da technologische Innovationen vornehmlich über die Ausrüstungen in den Produktionsprozeß eingeführt werden, ist der Gütegrad für Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Büroeinrichtungen und sonstige Geschäftsausstattungen von besonderem Interesse. Für das gesamtwirtschaftliche Ausrüstungsvermögen kann ab 1979 eine Verjüngung des Ausrüstungsvermögens bis Anfang 1981 auf 55,1 % festgestellt werden, wobei allerdings der Gütegrad Anfang der 70er Jahre nicht wieder erreicht wird. Nach 1981 ist eine erneute Abnahme des Modernitätsgrades bis auf 53,8 % Anfang 1987 zu verzeichnen. Dies zeigt, daß die getätigten Investitionen nicht ausreichen, um durch technische und wirtschaftliche Alterung im Wert geminderte Anlagen auszugleichen. Nach 1987 ist wieder eine leichte Erholung festzustellen, so daß 1991 der Modernitätsgrad 55,1 % beträgt (1970: 56,9 %).

Für das Ausrüstungsvermögen des Verarbeitenden Gewerbes ist ebenfalls ab 1979 eine Verjüngung des Ausrüstungsvermögens bis 1981 zu verzeichnen, wobei allerdings auch hier der Gütegrad der siebziger Jahre nicht wieder erreicht wird. Nach 1981 verschlechterte sich der Modernitätsgrad erneut. Aufgrund der stärkeren Investitionstätigkeit in den Jahren nach 1985 ging der Modernitätsgrad dann aber nicht weiter zurück, sondern stieg sogar etwas an.

Eine relativ günstige Entwicklung kann dagegen bei den Ausrüstungen im Bereich Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung festgestellt werden. Hier wurde Anfang der achtziger Jahre nach einem vorübergehenden Absinken wieder das Niveau von 1971 erreicht (65,8 %). Danach sank der Gütegrad auch in diesem Bereich auf 57,6 % Anfang 1988 ab und stieg anschließend bis auf 59,1 % wieder an. Eine Verbesserung des Modernitätsgrades des Ausrüstungsvermögens in den Jahren 1987 bis 1991 kann auch in den Bereichen Baugewerbe, Handel sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung festgestellt werden. Aber auch im Bereich Staat zeichnet sich wieder eine Verjüngung des Ausrüstungsvermögens ab.

Der Vergleich mit den Ergebnissen des früheren Bundesgebietes zeigt, daß insbesondere auch das Ausrüstungsvermögen des Landes jünger ist als im Bundes-

durchschnitt. So wird für das Ausrüstungsvermögen der Gesamtwirtschaft Baden-Württembergs Anfang 1991 ein Modernitätsgrad von 55,1 % ermittelt und für das Bundesgebiet von 54,3 %. Dies gilt aber auch für alle betrachteten Wirtschaftsbereiche.

Für das Bauvermögen kann im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 1991 ebenfalls ein höherer Modernitätsgrad für das Land festgestellt werden (Land: 68,5 %; Bundesgebiet: 67,2 %). Ursächlich sind hier die Bereiche Energiewirtschaft einschließlich Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Wohnungsvermietung, Dienstleistung ohne Wohnungsvermietung sowie der Staat einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. Höher liegt der Gütegrad der Bauten des Bundesgebiets in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und Baugewerbe.

## Steigende Kapitalintensität

Für die Beurteilung der Entwicklung des Produktivkapitals spielt aber auch das Verhältnis dieser Größe zum Produktionsergebnis und zum Produktionsfaktor Arbeit sowie die Entwicklung der entsprechenden Kennziffern eine Rolle. Bei Analysen der Produktionstätigkeit wird daher vielfach das Produktionsergebnis den eingesetzten Produktionsfaktoren gegenübergestellt bzw. die beiden Produktionsfaktoren einander gegenübergestellt.

Das Verhältnis, in dem die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Produktionsprozeß kombiniert werden, also das Verhältnis von Kapitalstock zu Erwerbstätigen, wird als Kapitalintensität bezeichnet. Sie mißt den durchschnittlichen Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen und ist mitbestimmend für die Höhe des Anlagevermögens in den Bereichen. Es handelt sich hier um eine Kennziffer für die Kapitalisierung und damit Technisierung des Produktionsprozesses. Dabei ist eine höhere Kapitalintensität keineswegs identisch mit einer höheren technischen oder gar ökonomischen Effizienz des Produktionsprozesses. Die Höhe der Kapitalintensität ist vielmehr mit abhängig von der Art des erstellten Produkts und von der Leistungsfähigkeit der verwendeten Produktionsfaktoren.

Der Kapitalstock - also das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen - ohne öffentlichen Tiefbau belief sich 1990 auf 1 520,2 Milliarden DM, die Zahl der Erwerbstätigen im Inland auf rund 4,7 Millionen. Der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen betrug damit 1990 im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft Baden-Württembergs rund 323 300 DM (Tabelle 17). Seit 1970 ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen mit 82,7 % etwas weniger gestiegen als der Kapitalstock, der sich verdoppelte (+ 104 %), während die Erwerbstätigen um 12 % stiegen. Für das frühere Bundesgebiet wurde im Jahr 1990 je Arbeitsplatz im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt rund 322 900 DM ein-

Tabelle 17

**Kapitalstock, Kapitalkoeffizient sowie Kapitalintensität für Baden-Württemberg und das frühere Bundesgebiet 1970 bis 1990**

Jahr	Alle Wirtschafts- bereiche	Unternehmen									Staat, einschließlich private Organisa- tionen ohne Erwerbs- zweck
		Ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerel	Energie, Wasser- versorgung, Bergbau	Verarbei- tendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nach- richten- über- mittlung	Wohnungs- vermietung	Dienst- leistungen ohne Wohnungs- vermietung	
Baden-Württemberg											
Kapitalstock in Mrd. DM											
1970	742,9	662,4	40,1	30,2	131,6	14,7	27,8	37,0	339,3	41,6	80,5
1975	940,0	838,4	43,3	40,6	165,2	17,2	35,4	48,5	428,0	60,3	101,6
1980	1 122,6	1 000,8	45,7	49,2	188,2	17,4	41,9	58,2	508,4	91,7	121,9
1985	1 313,3	1 173,1	46,1	61,7	208,1	16,3	46,2	67,3	594,0	133,6	140,2
1990	1 520,2	1 362,4	45,9	72,7	237,1	15,5	54,3	80,1	674,0	182,7	157,8
Kapitalkoeffizient											
1970	3,65	3,84	10,68	7,53	1,52	0,95	1,69	4,85	31,49	1,51	3,72
1975	4,07	4,34	10,57	7,66	1,77	1,07	1,93	5,87	31,47	1,76	3,67
1980	4,11	4,32	11,41	7,26	1,67	0,96	2,06	5,20	31,62	2,17	3,78
1985	4,46	4,63	10,24	7,79	1,75	0,99	2,13	5,04	30,92	2,62	4,00
1990	4,29	4,41	6,75	8,53	1,76	0,84	2,06	4,66	29,99	2,47	4,12
Kapitalintensität											
1970	176 981	178 029	106 313	897 422	68 985	40 271	62 708	207 758	—	100 036	168 800
1975	226 100	235 861	156 831	1 270 760	93 872	52 623	76 256	248 913	—	120 021	168 548
1980	259 763	275 837	215 182	1 468 538	105 471	52 571	86 982	288 653	—	157 394	175 693
1985	303 596	329 164	260 911	1 710 113	122 305	53 032	95 690	333 306	—	202 812	183 986
1990	323 314	352 205	306 804	1 935 724	130 469	50 910	99 584	374 313	—	228 495	189 265
Früheres Bundesgebiet											
Kapitalstock in Mrd. DM											
1970	4 801,5	4 340,5	272,8	239,8	794,4	68,5	202,3	311,1	2 154,2	297,3	461,0
1975	5 998,3	5 413,2	289,3	310,1	982,5	81,4	249,3	407,7	2 655,7	437,2	585,0
1980	7 074,3	6 371,2	303,8	377,0	1 080,5	83,0	291,7	479,7	3 113,2	642,3	703,2
1985	8 106,0	7 304,7	305,8	449,2	1 133,8	78,2	318,5	545,6	3 579,4	894,2	801,3
1990	9 188,7	8 304,1	303,5	505,9	1 248,0	73,8	367,4	624,2	4 004,6	1 176,6	894,6
Kapitalkoeffizient											
1970	3,63	3,97	10,59	4,37	1,71	0,72	1,71	4,85	29,41	1,52	2,78
1975	4,08	4,50	10,07	5,53	2,01	0,86	1,91	5,80	28,21	1,82	2,86
1980	4,10	4,45	10,37	5,64	1,93	0,78	1,91	5,11	27,68	2,09	3,03
1985	4,45	4,79	9,58	6,75	1,96	0,83	2,04	5,19	27,23	2,49	3,21
1990	4,32	4,60	7,99	7,10	1,95	0,72	1,96	4,75	26,93	2,42	3,31
Kapitalintensität											
1970	180 778	189 234	120 597	435 207	78 520	29 549	60 418	221 141	—	101 376	127 241
1975	230 525	249 814	165 403	616 458	108 007	40 235	73 988	271 251	—	127 684	134 459
1980	262 207	287 949	216 547	764 615	118 812	38 904	83 044	315 598	—	161 787	144 866
1985	306 014	342 848	255 644	912 939	134 262	41 978	92 869	366 411	—	203 650	154 598
1990	322 910	362 309	305 035	1 085 644	139 600	38 619	98 536	393 321	—	222 378	160 697

gesetzt. Im Zeitraum 1980 bis 1990 stieg die Kapitalintensität in Baden-Württemberg um 24,5 %, während der Kapitalstock um 35,4 % anstieg (Bundesgebiet: 23,2 %; bzw. 30 %). Es wurden also neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Kapitalintensität wird sowohl von dem Bereich Wohnungsvermietung als auch generell von den Bereichen bestimmt, in denen Bauten

eine größere Rolle spielen als die Ausrüstungen. Dies ist vor allem im Bereich Wohnungsvermietung, der nur aus Bauten besteht, der Fall.

Aber auch in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung einschließlich Bergbau steht ein großer Teil des Anlagevermögens aus Bauten (62 %). So beträgt der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen 1990 in der Energiewirt-

schaft einschließlich Bergbau 1 935 720 DM. Dieser Wert liegt wesentlich höher als im (früheren) Bundesgebiet (1 085 644 DM), da in Baden-Württemberg der Anteil der Energiewirtschaft überwiegt, die sehr kapitalintensiv ist. Hierzu gehören die Betriebe der Elektrizität-, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung. In den Ländern mit relativ viel Bergbau errechnen sich niedrigere Kapitalintensitäten, da dort relativ mehr Erwerbstätige gezählt werden. Eine wesentlich niedrige Kapitalintensität berechnet sich in den ausrüstungsintensiven Bereichen. So wurde im Jahr 1990 für das Verarbeitende Gewerbe ein Wert in Höhe von 130 470 DM (früheres Bundesgebiet: 139 600 DM) errechnet, das sind 89,1 % mehr als 1970 und 23,7 % mehr als 1980. Im Zeitraum 1970 bis 1990 stieg im Land der Kapitalstock um 80,2 % und im Zeitraum 1980 bis 1990 um 26,0 %. Der Vergleich der Wachstumsraten der Kapitalintensität und des Kapitalstocks zeigt, daß in den 80er Jahren neue Arbeitsplätze eingerichtet wurden. So nahmen die Erwerbstätigen gegenüber 1970 um 4,8 % ab und gegenüber 1980 um 1,8 % zu.

Den niedrigsten Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen erhält man für das Baugewerbe (50 900 DM). Hier nahm die Kapitalintensität seit 1970 um 26,4 % zu, während sie gegenüber 1980 um 3,2 % gesunken ist. Der Kapitalstock ist seit 1980 um 11 % gesunken, was darauf hindeutet, daß im Baugewerbe Arbeitsplätze abgebaut wurden.

Das Verhältnis von Kapitalstock zur Bruttowertschöpfung bzw. Bruttoinlandsprodukt wird als Kapitalkoeffizient bezeichnet. Der Kapitalkoeffizient gibt den Wert der eingesetzten Produktionsanlagen im Verhältnis zum Produktionsergebnis an. Der Kapitalkoeffizient für die Gesamtwirtschaft (ohne öffentlichen Tiefbau) betrug sowohl im Land als auch im Bundesgebiet 1990 rund 4,3 %. Der Kapitalstock Baden-Württembergs in Höhe von 1 520,2 Milliarden DM war damit über viermal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt mit 354,6 Milliarden DM. Um also eine Produktionseinheit herzustellen, wurde im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft sowohl im Land als auch im Bundesdurchschnitt viermal so viel Kapital eingesetzt.

Beim gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ist aber auch hier zu beachten, daß die Höhe des Kapitalkoeffizienten von den bauintensiven Bereichen bestimmt wird. So beträgt beispielsweise im Bereich Wohnungsvermietung der Kapitalstock fast das 30fache der Bruttowertschöpfung. Aber auch in der Energie- und Wasserversorgung einschließlich Bergbau kann das 8,5fache festgestellt werden und in der Land- und Forstwirtschaft das 6,7fache, in der das Anlagevermögen ebenfalls zu drei Fünftel aus Bauten besteht. Für das Verarbeitende Gewerbe errechnet sich demgegenüber ein wesentlich geringerer Wert. So betrug der Kapitalkoeffizient Baden-Württembergs in diesem Bereich 1990 rund 1,8, während er noch 1970 bei 1,5 lag und 1980 bei 1,7. Im Bundesdurchschnitt betrug der entsprechende Koeffizient 1990 rund 2 % (1970: 1,7 %).

Daß im Verarbeitenden Gewerbe für eine Produktionseinheit, im Gegensatz zu anderen Bereichen, nur etwa ein doppelt so hoher Kapitaleinsatz zu leisten ist, bringt die Effektivität des in diesem Bereich eingesetzten Produktionsvermögens zum Ausdruck. Der niedrigste Kapitalkoeffizient kann wiederum für das Baugewerbe festgestellt werden. Er betrug hier in Baden-Württemberg rund 0,8, während für den Bereich Handel 2,1, für die Dienstleistungen ohne Wohnungsvermietung 2,5 und für den Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung 4,7 verzeichnet werden konnten. Für die Höhe des Kapitalkoeffizienten ist auch hier der Anteil des Bauvermögens am gesamten Anlagevermögen verantwortlich. Dies trifft auch für den Sektor Staat einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck zu, für den im Jahr 1990 ein Kapitalkoeffizient in Höhe von 4,1 ermittelt wurde.

## Zusammenfassung

- Die Entwicklung der Investitionstätigkeit gewinnt im Hinblick auf die Zuführung neuer Technologien in den Produktionsapparat zur Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft angesichts einer auf dem Binnen- und Außenmarkt verschärften Konkurrenz zunehmend an Bedeutung. So fiel das gesamtwirtschaftliche Wachstum Baden-Württembergs in den 80er Jahren geringer aus als in den 70er Jahren. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im Durchschnitt der 70er Jahre jährlich noch um 3 % zu, in den 80er Jahren um 2,6 %. Ein geringeres Wachstum kann in den 80er Jahren außer für die Unternehmenseinkommen für alle Wirtschaftsindikatoren festgestellt werden.
- Die Bruttoanlageinvestitionen sind in konstanten Preisen in den 70er Jahren um jahresdurchschnittlich 2,1 % gestiegen und in den 80er Jahren nur wenig schwächer mit 2,0 %. Da aber die überdurchschnittliche Wachstumsrate der Unternehmenseinkommen als Anreiz für die Investitionstätigkeit gesehen werden kann, ist die niedrigere Steigerung etwas überraschend. Allerdings war das vorhandene Produktionspotential während der gesamten 80er Jahre nie voll ausgelastet, d.h. es hätte während der gesamten 80er Jahre mit den bereits vorhandenen Produktionskapazitäten mehr produziert werden können. Ein Anreiz für Erweiterungsinvestitionen war daher zumindest im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nicht vorhanden. Zudem konnten in den 80er Jahren keine Wachstumsspitzen wie in den 70er Jahren erzielt werden, die eine Erweiterung des Produktionspotentials initiiert hätten.
- Da in den 80er Jahren aber stärker in Ausrüstungen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Geschäftsausstat-

tungen, Fahrzeuge usw.) investiert wurde als in den 70er Jahren, muß das schwächere Investitions- wachstum keine Einschränkungen der Wettbewerbs- fähigkeit zur Folge haben. Neue Technologien wer- den über die Ausrüstungen in den Produktionspro- zeß zugeführt. Diese Komponente ist zur Beibehal- tung der Wettbewerbsfähigkeit und Produktivitätsstei- gerung daher von größerer Bedeutung als die Bauin- vestitionen, die sich sehr verhalten entwickelten.

- In den 70er Jahren wurden in Baden-Württemberg die Investitionen deutlich stärker gesteigert als im Bun- desgebiet. Die Bruttoanlageinvestitionen nahmen im Zeitraum 1970 bis 1980 im Land real um 23,2 % zu und im früheren Bundesgebiet um 13,9 %. In den 80er Jahren liegt die Steigerungsrate für Baden-Württem- berg mit 22,9 % nur noch knapp über dem Durch- schnitt des früheren Bundesgebiets mit 20,7 %. Baden-Württemberg hat somit die überragende Stel- lung unter den Bundesländern im Laufe der 80er Jah- re etwas eingebüßt.
- Je Erwerbstätigen wurden real 1990 16 670 DM in Bauten und Ausrüstungen investiert, gegenüber 15 990 DM im Durchschnitt des früheren Bundesge- biets. Aber auch bei der Investitionsintensität wird der Vorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt ge- ringer. So sind die Investitionen je Erwerbstätigen im Zeit- raum 1980 bis 1990 in Baden-Württemberg um 11,8 % gestiegen und im früheren Bundesgebiet um 13,3 %. Im Ländervergleich liegt Baden-Württemberg an drit- ter Stelle hinter Bayern und Rheinland-Pfalz. Wäh- rend Bayern aber durch ein starkes Wachstum Baden- Württemberg ab 1985 bleibend überholte, hatte Rhein- land-Pfalz bereits 1970 ein höheres Investitionsniveau je Erwerbstätigen.
- Im Laufe der 80er Jahre können drei Investitions- phasen unterschieden werden: Die Rezession bis 1983, eine verhaltene Entwicklung bis 1988 und eine starke Wachstumsphase ab 1988. Das bedeutet, na- hezu in den gesamten 80er Jahren sind die realen Investitionen nur moderat gestiegen, erst Ende der 80er Jahre war ein Investitionsboom zu verzeichnen. Dieser Verlauf ist jedoch auf die schwache Bautätigkeit zurückzuführen, die Ausrüstungen wurden deutlich stärker gesteigert. Dies zeigt aber auch, daß wenig Erweiterungsinvestitionen getätigt wurden, sondern lediglich rationalisiert bzw. veraltete Anlagen ersetzt wurden.
- Fast ein Viertel (23,9 %) der Anlageinvestitionen ent- fallen auf das Verarbeitende Gewerbe. In diesem Be- reich wurden sowohl die Ausrüstungen als auch Bau- investitionen im Zeitraum 1980 bis 1990 stärker ge- steigert als in den 70er Jahren. Damit dürften sowohl Erweiterungsinvestitionen getätigt worden sein, als auch neue Technologien in den Produktionsprozeß zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eingeführt

worden sein. Dies traf auch für die Bereiche Verkehr einschließlich Nachrichtenübermittlung und Handel zu (Bereichsanteil: 5,9 % bzw. 5 %).

- Bei den betrachteten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes kam es zu einer differenzierten Entwick- lung, wobei rund 3 Fünftel auf die Bereiche Stahl- und Maschinenbau, Fahrzeugbau und Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren entfal- len. Die Investitionsentwicklung dieser Bereiche ist zwar differenziert, jedoch wurden in diesen Branchen sowohl die realen Ausrüstungs- als auch Bauinvesti- tionen im Laufe der 80er Jahren gesteigert und zwar stärker als in den 70er Jahren.
- 1990 wurde etwa ein Fünftel (20,7 %) des gesamten nominalen Bruttosozialprodukts für die Erhaltung, Er- neuerung und Erweiterung des Sachanlagenbestan- des investiert. Dieser Anteil liegt unbedeutend unter der Bundesquote von 20,8 %. 1980 betrug die Investi- tionsquote 23,6 %. Von der wirtschaftlichen Gesamt- leistung wurde also 1990 weniger zum Ersatz und zur Vermehrung der volkswirtschaftlichen Produktionsmit- tel verwendet. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen am Bruttosozialprodukt ist aber in den 80er Jahren wesentlich höher, als im vorhergehenden Jahrzehnt. Es wurde also zum Ersatz, Erneuerung und Erweite- rung der Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeu- ge, Geschäftsausstattungen usw. mehr vom Brutto- sozialprodukt eingesetzt als in den 70er Jahren. Das zeigt, daß die Ersatzbeschaffung und vor allem auch Rationalisierung - auch im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung - im Vordergrund stand. Durch den hohen Anteil an Ausrüstungen liegt diese Investitionsquote im Verarbeitenden Gewerbe niedri- ger. Der Anteil der Investitionen an Bruttowert- schöpfung betrug 13,7 % im Jahr 1990 gegenüber 14,1 % im Jahr 1970.
- Die sogenannte Nettoinvestitionsquote ermittelt den Investitionsanteil im Verhältnis zur gesamtwirtschaft- lichen Leistung, der zur Erweiterung des Anlagen- bestandes verwendet wird. Bei dieser Quote bleibt der durch die Wertminderung der vorhandenen Anlagen durch Verschleiß und Veralten getätigte Ersatz damit unberücksichtigt. 1990 wurden nur noch knapp ein Zehntel des Bruttosozialprodukts für Investitionen ein- gesetzt, die über den Ersatzbedarf hinausgehen, ge- genüber 12,3 % im Jahr 1980 und 15,7 % im Jahr 1970. Der Anteil des Sozialprodukts der für Erweite- rungen ausgegeben wird, wird zunehmend geringer. Die niedrige Quote ist auf die Investitionsausfälle bei den Bauten zurückzuführen. Im Durchschnitt des frü- heren Bundesgebiets wurden 1990 sogar nur 8,5 % des Sozialprodukts für Erweiterungsinvestitionen ein- gesetzt. Besondere Einbußen verzeichnete das Ver- arbeitende Gewerbe. Hier wurden 1990 4,1 % für die Erweiterung des Anlagebestandes ausgegeben, ge- genüber 6,6 % im Jahr 1970.

- Die Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen gewannen demgegenüber an Bedeutung. So nimmt der Anteil der Ersatzinvestitionen für verbrauchte Anlagen an den gesamten Investitionen (Ersatzquote) von einem guten Drittel im Jahr 1970 auf über die Hälfte im Jahr 1990 zu. Das bedeutet ein immer größerer Anteil der gesamten Investitionen wird für die Ersatzbeschaffung durch Verschleiß oder Veralten ausscheidender Güter eingesetzt.
- Wegen der starken Verschleiß- und altersbedingten Wertminderung von Ausrüstungen liegt die Ersatzquote im Verarbeitenden Gewerbe deutlich höher. 1990 wurden 70,3 % der Investitionen für den Ersatz von verbrauchten Anlagen eingesetzt. Im Jahr 1971 waren es nur die Hälfte der gesamten Investitionen und 1980 jedoch gut drei Viertel der eingesetzten Sachanlagen. Zunehmend spielte das Motiv der Ersatzbeschaffung oder Rationalisierung eine Rolle, die Unternehmen waren insbesondere daran interessiert, die Kosten zu senken.
- Durch die starke Nachfragesteigerung ab 1989 wurde auch wieder mehr für Erweiterungsinvestitionen eingesetzt. 1990 nannten nach den Ergebnissen des IFO-Instituts 50 % der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe die Kapazitätserweiterung als Ziel ihrer Investitionstätigkeit, 28 % nannten das Rationalisierungsmotiv und 22 % die bloße Ersatzbeschaffung. Im Jahr 1980 nannten dagegen lediglich 39 % der Unternehmen die Kapazitätserweiterung, 36 % die Rationalisierung und 25 % die Ersatzbeschaffung als Motiv.
- Zur Beurteilung der Effizienz des Produktionsvermögens spielt der Altersaufbau eine wichtige Rolle, wobei der Altersaufbau die Investitionstätigkeit der vorhergehenden Jahre widerspiegelt. Die nicht nur technische sondern auch ökonomische Effizienz hängt vom möglichst hohen Anteil moderner Anlagen ab. Anfang 1991 bestand das Bruttoausrüstungsvermögen zu 44,1 % aus Gütern mit einem Alter bis zu 5 Jahren, 27,6 % zwischen 5 und 10 Jahren, und 24 % waren über 10 Jahre alt; 1980 betrugen die entsprechenden Anteile 41,8 %, 29,4 % bzw. 28,8 %. Infolge der starken Steigerung der Ausrüstungsinvestitionen waren also die Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeuge usw. 1991 moderner als 1980.
- Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich der Altersaufbau im Laufe der 80er Jahre ebenfalls etwas verbessert. So stieg der Anteil der bis 5 Jahre alten Ausrüstungen von 39,9 % (1980) auf 41,8 % (1991), umgekehrt nahm der Anteil der über zehn Jahre alten Ausrüstungen von 31,7 % im Jahr 1970 auf 26,1 % ab.
- Der Modernitätsgrad - ein weiterer Indikator für die zeitnahe Zusammensetzung des Produktivkapitals (ergibt das Verhältnis von Netto- zu Bruttoanlagevermögen an) - weist zudem 1991 aus, daß das Ausrüstungsvermögen Baden-Württembergs günstiger zusammengesetzt ist (55,1 %) als im Durchschnitt des früheren Bundesgebiets (54,3 %). Das Ausrüstungsvermögen des Landes ist somit etwas jünger als im Bundesdurchschnitt. Im Verarbeitenden Gewerbe ist das Ausrüstungsvermögen ebenfalls etwas günstiger zusammengesetzt. Ausgehend von einem Modernitätsgrad von 53,5 % im Jahr 1980 stieg dieser in Baden-Württemberg auf 54,3 % und im Bundesgebiet von 52 % auf 53,7 %. Auch hier kommt die Zuführung moderner Anlagen in den 80er Jahren zum Ausdruck.
- Für die Beurteilung der Entwicklung des Produktionskapitals spielt auch das Verhältnis dieser Größe zum Produktionsergebnis und zum Produktionsfaktor Arbeit eine Rolle. Je Erwerbstätigen wurden 1990 im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft 323 300 DM eingesetzt und damit 24,5 % mehr als 1980 (früheres Bundesgebiet: 322 900 DM; + 23,2 %). Gleichzeitig stieg der Kapitalstock um 35,4 % (Bundesgebiet: 30 %). Es wurden also neue Arbeitsplätze geschaffen, was auch der Anstieg der Erwerbstätigen um 8,8 % zeigt. Der Kapitalkoeffizient, das Verhältnis von Kapitalstock und Bruttoinlandsprodukt, beträgt 1990 sowohl im Land als auch im früheren Bundesgebiet 4,3 %. Um also eine Produktionseinheit zu erstellen, war im Durchschnitt ein über 4 mal höherer Kapitaleinsatz erforderlich.
- Neben den eigentlichen Investitionen, die sich als aktivierte Bruttozugänge auf Sachanlagekonten niederschlagen, gewinnen gemietete und gepachtete Sachanlagen in den vergangenen Jahren an Bedeutung. Während diese Leasinggüter in der Summe der Investitionen enthalten sind, führen sie zu einer Verschiebung in der Bedeutung der Bereiche. Damit entsprechen die ausgewiesenen Investitionen und Anlagevermögensgrößen nicht den tatsächlich eingesetzten Produktionsanlagen. So ergeben sich nach den Berechnungen des Ifo-Instituts einige sektorale Verschiebungen. 1987 wurden im Verarbeitenden Gewerbe des Bundesgebiets beispielsweise 9,3 % der Produktionsanlagen genutzt als Anlagen verbucht wurden.





## **Anhang**



**Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des  
Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiter beteiligt:**

**Dipl.- Volkswirt Roland Brecht**

**Dipl.- Volkswirt Reinhard Burkard**

**Dr. Ilse Anette Walter**

**Dr. Rainer Wolf**

## Struktur- und Standortfaktor

$$RF = \frac{\sum g_o^i \cdot B_t^i}{\sum g_o^i \cdot B_o^i} : \frac{\sum B_t^i}{\sum B_o^i} = \frac{\sum g_t^i \cdot B_t^i}{\sum g_o^i \cdot B_t^i}$$

Strukturfaktor                      Standortfaktor

$$RF = \frac{b_t}{b_0} : \frac{B_t}{B_0} \cdot 100$$

$B_{t,0}^i =$  Bruttowertschöpfung des Wirtschaftszweiges i im Bundesgebiet in den entsprechenden Jahren

## Zur Interpretation

106

sächlich eingetreten ist, entwickelt hätte. Es wird damit rechnerisch unterstellt, die Länderanteile an der bundesweiten Bruttowertschöpfung seien in allen Branchen im Untersuchungszeitraum konstant geblieben. Folglich bedeutet ein Strukturfaktor  $> 100$  eine für die Wachstumsdifferenz zum Bundesgebiet günstige, einer von  $= 100$  eine gleichwertige und einer von  $< 100$  eine ungünstige Ausgangsstruktur der Wirtschaft des jeweiligen Landes.

Der Standortfaktor ist hingegen schwieriger zu interpretieren. Er ist rechnerisch die Restgröße, die den Zusammenhang zwischen dem Regionalfaktor und dem Strukturfaktor, also zwischen der tatsächlichen und der fiktiven Wachstumsdifferenz des jeweiligen Landes gegenüber dem Bundesgebiet, herstellt. Der Standortfaktor zeigt an, ob das betreffende Land in der Summe der Wirtschaftszweige Anteile am Bundesgebiet gewonnen ( $> 100$ ) oder verloren ( $< 100$ ) hat, oder ob die Anteile insgesamt konstant geblieben sind ( $= 100$ ). Mit anderen Worten: Er beschreibt, ob sich die Wirtschaftszweige des Landes alles in allem überdurchschnittlich, durchschnittlich oder unterdurchschnittlich entwickelt haben. Die mathematische Darstellung könnte nun eine Interpretation nahelegen, den Standortfaktor als Gesamtausdruck aller standortspezifischen Wachstumseinflüsse (immer im Vergleich zum Bundesgebiet), die nicht strukturbedingt sind, zu betrachten. Dem widersprechen indessen die realen ökonomischen Zusammenhänge. So ist im allgemeinen zu unterstellen, daß die vorhandene Branchenstruktur auf das Wachstumspotential der einzelnen Wirtschaftszweige in einer Region ausstrahlt. Es ist wohl der Regelfall, wenngleich nicht zwingend, daß eine wachstumsträchtige Wirtschaftsstruktur relativ hohe Einkommenszunahmen und entsprechende Nachfrageeffekte induziert, daß von einer starken Präsenz von Wachstumsbranchen allgemein die wirtschaftliche Tätigkeit im Umfeld stimuliert wird und Anreize für Neuansiedlungen etwa von Vorleistungsanbietern und von Abnehmern ausgehen. Es ist insofern anzunehmen, daß Regionen mit positivem Strukturfaktor häufig auch einen positiven Standortfaktor und einen dementsprechend hohen Regionalfaktor aufweisen - und umgekehrt.

Über die direkten und - wie eben skizziert - indirekten Effekte der Branchenstruktur hinaus (nur die direkten schlagen sich in fiktiver Weise im Strukturfaktor nieder), gibt es freilich noch vielfältige Einflußfaktoren auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Zu nennen ist

der politische Gestaltungsraum von der Infrastruktur über die Wirtschafts- und Forschungspolitik bis hin zur Bildungspolitik und anderen Feldern mit wirtschaftlicher Relevanz. Andere Faktoren, wie die geographische Lage, die Mentalität der Bevölkerung, das Auftreten großer Erfindungen oder die Ansammlung überregionaler Institutionen (Bundesbehörden, Konzernzentralen usw.), lassen sich nur teilweise beeinflussen, spielen aber ebenfalls eine beachtliche Rolle. Darüber hinaus sind marktwirtschaftliche Ausgleichsmechanismen in Betracht zu ziehen. So führen hohe Grundstückspreise, Wohnungsmieten und Arbeitskosten in den Wachstumszentren im Gegenzug zu einer höheren Standortattraktivität bislang eher benachteiligter Wirtschaftsräume. Analytisch interessant sind insbesondere die Fälle einer signifikanten Abweichung zwischen Struktur- und Standortfaktor. Ein beispielsweise positiver Standortfaktor ( $> 100$ ) kann bei gleichzeitig negativem Strukturfaktor ( $< 100$ ) dahingehend interpretiert werden, daß es dem betreffenden Land - trotz struktureller Nachteile - gelungen ist, von der Gunst und aktiven Gestaltung anderer, d.h. nicht strukturspezifischer Rahmenbedingungen zu profitieren. Je nach Gewicht der Teilfaktoren kann in diesem Fall der Regionalfaktor, als gesamtwirtschaftliche (oder sektorale) Wachstumsdifferenz zum Bundesgebiet, sowohl positiv als auch negativ sein.

Die Shift-Analyse kann die Frage nach den Ursachen unterschiedlicher Wachstumsraten der untersuchten Gebietseinheiten nicht abschließend und erschöpfend beantworten. Sie ermöglicht jedoch eine mathematisch konsistente Strukturierung der Problemstellung in zwei Faktorenbündel, die allerdings, wie gezeigt, nicht rein schematisch - hier die Strukturkomponente, dort ausschließlich die "Standorteinflüsse" - zu interpretieren sind. Entscheidend ist vielmehr das Zusammenwirken beider Aspekte. Die Einblicke schärfen und vertiefen sich, wenn im Anschluß an die Berechnung der Gesamt- und Teilfaktoren die zugrundeliegenden Branchendaten detailliert im Hinblick auf Anteilswerte und Veränderungsraten im Land-Bund-Vergleich analysiert werden. Dabei ist zu untersuchen, welche Branchen mit ihrem gesamtwirtschaftlichen Gewicht und mit ihren Entwicklungsverläufen wesentlichen oder gar herausragenden Einfluß auf das Niveau des Standort- und des Strukturfaktors hatten. Damit kann die Shift-Analyse doch wichtige Anhaltspunkte über die strukturellen und standortspezifischen Wachstumsverhältnisse liefern.

# Zu S. 25 ff.: Struktur und Entwicklung des Dienstleistungssektors

## Anhangtabelle 1

### Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit im Ländervergleich 1970 bis 1993 nach Wirtschafts- abteilungen

Land / Bundesgebiet	Bruttowertschöpfung <sup>1)</sup>			Erwerbstätige			Erwerbs- tätig- dichte 1993 <sup>3)</sup>	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen 1993		
	Struktur 1993	Veränderung in %		Struktur 1993	Veränderung in %			1980=100	Bund=100	
		1980	1993		1980	1993				
		gegen 1970	gegen 1980		gegen 1970	gegen 1980				
Land- u. Forstwirtschaft, Fischerei										
Baden-Württemberg	1,3	9,5	34,4	2,7	-43,8	-38,2	13	217	102	
Bayern	1,6	19,7	11,2	5,2	-35,2	-38,7	25	181	64	
Hessen	0,7	-6,2	9,8	1,8	-45,7	-48,9	8	215	94	
Niedersachsen	3,5	37,8	23,5	4,4	-37,6	-39,7	18	205	154	
Nordrhein-Westfalen	1,0	13,1	33,6	1,9	-32,0	-26,7	8	182	113	
Bundesgebiet ( West )	1,4	15,9	22,5	3,0	-38,0	-37,3	13	195	100	
Produzierendes Gewerbe										
Baden-Württemberg	43,6	28,1	14,1	43,6	-6,8	-3,4	204	118	101	
Bayern	37,7	27,3	24,7	40,4	-2,2	1,3	190	123	92	
Hessen	29,1	24,7	12,0	34,8	-13,0	-8,3	157	122	99	
Niedersachsen	35,9	23,5	8,4	33,7	-11,4	-8,3	139	118	98	
Nordrhein-Westfalen	38,7	9,2	-0,4	38,0	-12,8	-14,7	159	117	100	
Bundesgebiet ( West )	37,0	19,1	9,2	37,3	-9,7	-7,7	165	118	100	
Dienstleistungssektor										
Baden-Württemberg	55,1	44,8	62,5	53,7	29,5	30,6	251	124	100	
Bayern	60,7	57,3	60,2	54,4	25,8	31,9	256	121	105	
Hessen	70,2	55,0	68,6	63,4	25,0	25,8	287	134	126	
Niedersachsen	60,6	43,8	45,2	61,8	19,4	23,6	256	117	86	
Nordrhein-Westfalen	60,3	42,8	37,2	60,2	25,6	21,9	251	113	94	
Bundesgebiet ( West )	61,6	45,3	49,8	59,6	22,5	24,8	264	120	100	
davon										
Handel und Verkehr										
Baden-Württemberg	12,0	30,6	43,3	16,7	10,1	16,5	78	123	95	
Bayern	13,2	51,0	42,4	16,9	12,3	13,3	79	126	100	
Hessen	15,8	54,2	43,7	21,5	11,3	13,1	97	127	114	
Niedersachsen	13,7	34,9	35,1	20,1	3,6	16,1	83	116	82	
Nordrhein-Westfalen	15,2	27,8	28,8	20,3	8,3	8,4	85	119	96	
Bundesgebiet ( West )	14,6	34,5	36,1	19,3	5,8	11,0	85	123	100	
Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>										
Baden-Württemberg	31,2	50,9	92,7	18,7	40,1	53,0	87	126	103	
Bayern	35,0	72,2	84,3	19,2	36,7	63,3	91	113	109	
Hessen	43,6	62,0	100,8	23,5	32,9	51,7	106	132	135	
Niedersachsen	29,9	51,0	68,3	19,5	29,9	52,2	81	111	86	
Nordrhein-Westfalen	31,0	52,8	52,0	20,4	39,7	43,1	85	106	91	
Bundesgebiet ( West )	33,4	55,4	73,3	20,6	35,4	50,3	91	115	100	
Staat <sup>5)</sup>										
Baden-Württemberg	11,9	49,0	27,4	18,3	45,5	25,6	85	101	95	
Bayern	12,6	39,3	29,7	18,3	33,4	25,6	86	103	97	
Hessen	10,8	40,9	21,1	18,4	37,3	15,9	83	104	101	
Niedersachsen	17,0	41,9	23,1	22,2	29,9	11,7	92	110	101	
Nordrhein-Westfalen	14,1	43,3	20,0	19,5	38,8	19,0	81	101	102	
Bundesgebiet ( West )	13,6	40,4	22,5	19,8	34,0	18,1	87	104	100	
Wirtschaft insgesamt										
Baden-Württemberg	100	35,1	36,8	100	3,0	10,3	467	124	100	
Bayern	100	41,9	43,8	100	3,4	11,5	471	129	97	
Hessen	100	41,1	46,5	100	1,6	8,9	452	135	118	
Niedersachsen	100	34,2	28,7	100	-1,2	6,3	414	121	91	
Nordrhein-Westfalen	100	24,7	19,7	100	2,5	3,7	418	115	97	
Bundesgebiet ( West )	100	31,9	31,4	100	1,6	7,4	442	122	100	

1) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991.- 2) Anteile an der Bruttowertschöpfung und an der Erwerbstätigkeit.- 3) Erwerbstätige je 1000 Einwohner.- 4) Kreditinstitute, Versicherungs-  
unternehmen und sonstige Dienstleistungsunternehmen.- 5) Einschließlich private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

## Anhangtabelle 2

**Bruttowertschöpfung\*) in Baden-Württemberg und im westlichen Bundesgebiet 1970 bis 1991 nach Wirtschaftszweigen**

Wirtschafts- zweig <sup>2)</sup>	Veränderung				Struktur <sup>1)</sup>					
	1980 gegen 1970		1991 gegen 1980		1970		1980		1991	
	Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund	Land	Bund
	%									
111	7,9	11,7	24,5	16,5	1,3	1,5	1,0	1,2	0,9	1,1
112	14,8	41,3	-5,5	11,1	0,4	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
211	77,1	84,5	35,7	29,0	1,6	1,8	2,1	2,5	2,1	2,4
212	-15,2	-36,0	-11,4	-27,1	0,1	1,8	0,0	0,9	0,0	0,5
221	16,6	28,0	29,4	0,0	4,5	5,5	3,9	5,4	3,6	4,1
222	34,2	42,7	65,0	57,8	1,3	1,0	1,2	1,1	1,5	1,3
223	18,9	20,1	15,4	4,8	1,5	1,7	1,3	1,5	1,1	1,2
224	14,5	5,4	21,3	19,1	2,3	3,0	1,9	2,4	1,7	2,2
225	21,5	12,4	36,9	18,9	9,4	6,5	8,5	5,5	8,4	5,0
226	80,1	36,6	36,0	42,5	5,1	3,8	6,8	3,9	6,7	4,3
227	66,0	57,0	40,7	50,7	5,8	3,4	7,1	4,1	7,2	4,7
228	7,4	3,3	26,4	32,6	2,7	1,8	2,1	1,4	2,0	1,4
229	18,6	19,9	-9,3	-4,9	2,1	1,6	1,9	1,4	1,2	1,0
230	13,5	7,3	20,8	30,6	2,5	1,8	2,1	1,5	1,8	1,5
231	-6,2	-13,4	-12,1	-9,9	3,6	2,5	2,5	1,6	1,6	1,1
232	8,9	16,8	-12,0	6,2	3,8	4,6	3,0	4,1	1,9	3,3
241	11,5	6,6	-0,4	-2,4	5,6	5,4	4,6	4,4	3,3	3,3
242	26,3	19,4	17,1	9,5	3,4	3,1	3,1	2,8	2,7	2,4
311	11,9	19,5	39,8	31,1	4,6	5,3	3,8	4,8	3,8	4,8
312	38,1	40,7	35,8	34,3	3,8	4,0	3,9	4,3	3,8	4,4
321	-12,5	-15,7	-4,4	-5,1	1,0	1,1	0,6	0,7	0,4	0,5
322	-42,9	32,2	-5,3	-19,4	0,1	0,4	0,0	0,4	0,0	0,2
323	103,6	91,8	66,8	63,0	1,1	1,3	1,7	1,8	2,1	2,3
324	46,2	56,8	91,2	63,5	1,3	1,8	1,4	2,1	1,9	2,6
411	74,1	74,3	62,7	53,5	2,5	2,7	3,2	3,6	3,7	4,2
412	46,2	51,3	39,9	40,5	0,8	0,9	0,9	1,1	0,9	1,1
42	49,2	53,4	48,6	39,1	5,6	5,9	6,2	6,8	6,6	7,2
431	11,1	14,7	25,4	14,3	1,7	1,8	1,4	1,5	1,2	1,3
432	20,8	24,9	57,2	41,3	1,6	1,7	1,5	1,6	1,7	1,8
433	64,2	62,2	38,1	37,7	1,8	1,8	2,2	2,2	2,2	2,3
434	59,1	66,8	148,1	104,9	5,8	6,7	6,9	8,4	12,3	13,1
611	47,4	38,3	15,9	13,3	9,4	11,1	10,2	11,6	8,6	10,0
612	49,3	41,9	38,4	31,2	0,5	0,6	0,6	0,7	0,6	0,7
621	8,8	2,2	-22,1	-12,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
622	64,0	57,6	52,9	47,1	1,5	1,8	1,9	2,2	2,1	2,4
Insgesamt	35,1	31,9	38,3	31,5	100	100	100	100	100	100

\*) Bruttowertschöpfung in Preisen von 1991.- 1) Anteile an der Bruttowertschöpfung insgesamt.- 2) Zur Bezeichnung der Wirtschaftszweige siehe Übersicht 1 im Textteil.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.



## Anhangtabelle 3

Vorleistungsstruktur ausgewählter Bereiche des Produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet  
1978 und 1988

- Technologische Verflechtung -

Input-Gütergruppen	Verarbeitendes Gewerbe	Darunter						Baugewerbe
		Elektrotechnik <sup>1)</sup>	Stahl-, Maschinenbau, ADV <sup>2)</sup>	Fahrzeuge	Chemie, Mineralöl	Nahrungsmittel, Tabak	Nahrungsmittel, Tabak	
%								
1978								
Landwirtschaft, Energie, Bergbau	15,9	1,7	1,6	1,7	25,9	45,0	7,6	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	65,1	72,1	76,4	77,5	55,5	41,2	72,2	69,2
Baugewerbe	0,3	0,1	0,5	0,4	0,2	0,2	0,3	3,7
Dienstleistungen	18,6	26,1	21,6	20,3	18,5	13,7	19,9	26,5
davon								
-Handel	6,4	8,0	5,1	9,3	5,1	4,8	7,5	8,5
-Verkehr	3,2	2,7	2,4	2,2	3,7	3,5	2,0	4,7
-Post, Kreditinstitute, Versicherungen	1,0	1,7	1,7	0,7	1,1	0,5	1,5	2,4
-Immobilienvermietung, Gastgewerbe	1,2	2,9	2,4	0,6	0,9	0,5	1,5	0,6
-Wissenschaft, Bildung, Verlage, Gesundheitswesen <sup>3)</sup>	0,4	0,6	0,6	0,4	0,3	0,3	0,5	0,3
-Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	5,8	9,4	8,5	6,5	6,4	3,4	6,4	9,2
-Staat, private Organisationen o.E.	0,7	0,9	0,9	0,8	1,1	0,7	0,5	0,8
Vorleistungen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Vorleistungsquote <sup>5)</sup>	62,0	45,8	55,8	59,1	65,8	69,6	59,5	47,7
1988								
Landwirtschaft, Energie, Bergbau	11,9	2,0	1,8	1,7	17,4	38,9	6,8	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	60,9	62,6	66,4	72,2	55,3	37,2	64,5	62,2
Baugewerbe	0,5	0,2	0,8	0,6	0,3	0,4	0,5	3,1
Dienstleistungen	26,7	35,3	30,9	25,4	27,0	23,5	28,2	34,2
davon								
-Handel	6,4	7,3	5,3	8,0	5,3	5,5	7,1	8,3
-Verkehr	3,6	2,7	2,7	1,9	4,2	5,6	2,2	3,8
-Post, Kreditinstitute, Versicherungen	1,3	2,0	2,0	0,9	1,4	0,8	2,0	2,8
-Immobilienvermietung, Gastgewerbe	1,8	3,4	3,0	1,3	1,2	1,0	2,5	0,9
-Wissenschaft, Bildung, Verlage, Gesundheitswesen <sup>3)</sup>	0,6	0,7	0,8	0,6	0,4	0,6	0,9	0,5
-Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	12,1	18,2	16,1	12,0	13,1	8,8	12,9	17,1
-Staat, private Organisationen o.E.	0,9	0,8	1,0	0,8	1,4	1,1	0,7	0,8
Vorleistungen insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Vorleistungsquote <sup>5)</sup>	61,9	48,2	57,6	65,1	62,9	68,8	63,5	50,2

1) Einschließlich Feinmechanik/Optik, Herst. v. Uhren.- 2) Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen.- 3) Angegebene Dienstleistungsbereiche, soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.- 4) Unter anderem: Rechtsberatung, Wirtschaftsberatung, Architektur- und Ingenieurbüros, technische Beratung, Datenverarbeitung, Werbung, Effektenbörsen und Vermittlung von Bank- und Versicherungsgeschäften, Vermögensverwaltung, Vermietung beweglicher Sachen, Wirtschaftsverbände, Wäscherei und Reinigung.- 5) Anteil der Vorleistungsbezüge am Bruttoproduktionswert.

Quelle: Input-Output-Rechnung Statistisches Bundesamt.

## Anhangtabelle 4

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1980 bis 1993\*) nach Wirtschaftszweigen, Arbeitern/Angestellten, Voll-/ Teilzeitbeschäftigten und nach Geschlecht**

- Anteile und Veränderungsraten in % -

Wirtschaftszweig	Anteile <sup>1)</sup> 1993				Anteile <sup>1)</sup> 1980			Veränderung 1993 gegen 1980	
	Ange- stellte	Frauen	Teilzeitbe- schäftigte	Frauen an den Teilzeitbe- schäftigten	Ange- stellte	Frauen	Teilzeitbe- schäftigte	Ange- stellte	Arbeiter
Land- und Forstwirtschaft	11,7	29,8	5,8	77,4	8,9	26,6	4,2	34,0	-0,6
Produzierendes Gewerbe	34,0	27,2	5,2	92,9	28,4	29,2	4,1	16,3	-10,3
davon									
Energiewirtschaft, Wasserversorgung,									
Bergbau	49,8	19,0	5,0	95,3	44,9	16,6	4,1	31,9	8,3
Verarbeitendes Gewerbe	36,0	29,9	5,5	93,1	30,0	32,6	4,5	16,0	-11,8
Baugewerbe	18,7	11,1	3,3	90,5	16,0	8,4	1,7	16,0	-3,6
Dienstleistungssektor	69,8	59,1	19,4	92,3	65,2	56,4	14,2	42,6	15,5
Handel	74,5	56,0	18,7	95,4	71,5	54,6	13,6	25,0	7,0
davon									
Großhandel	65,7	37,4	8,8	92,6	65,1	36,2	7,7	8,7	5,7
Handelsvermittlung	74,9	41,0	11,6	90,5	68,3	40,9	8,9	153,2	82,8
Einzelhandel	79,8	70,6	26,4	96,5	76,0	68,2	18,0	21,3	-3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	33,0	32,1	14,2	90,1	28,5	28,3	12,9	41,7	14,7
Kreditinstitute	94,9	58,6	15,7	97,0	93,0	55,3	11,7	33,6	-4,3
Versicherungsgewerbe	97,0	46,8	10,8	96,8	95,8	43,5	7,4	29,1	-10,4
Gaststätten und Beherbergung	37,9	69,0	15,6	89,3	28,8	67,8	7,2	101,4	33,5
Reinigung und Körperpflege	11,2	76,8	22,9	93,7	10,0	81,1	11,0	43,0	22,4
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	81,3	62,8	29,5	82,5	77,7	61,7	28,9	29,4	4,0
Gesundheits- und Veterinärwesen	84,1	82,4	21,8	96,3	77,6	81,7	11,5	65,2	8,3
Rechts- und Wirtschaftsberatung usw. <sup>2)</sup>	90,6	53,9	12,7	93,3	86,5	52,4	9,1	105,2	36,6
Sonstige Dienstleistungen <sup>3)</sup>	37,8	32,7	9,1	67,5	39,2	29,2	5,0	107,8	119,8
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte	81,1	67,2	29,8	90,1	73,3	67,4	18,2	71,3	9,4
darunter									
Kirchen, religiöse u. weltanschauliche Vereinigungen	81,3	72,3	46,0	91,8	78,5	67,1	29,8	60,3	34,6
Organisationen des Wirtschaftslebens und übrige	86,2	61,7	20,5	87,5	81,7	60,1	12,4	85,9	32,8
Gebietskörperschaften	61,5	55,1	25,2	93,0	57,4	47,3	18,3	15,3	-2,7
Sozialversicherung	93,7	69,1	15,8	97,1	91,5	61,2	10,1	31,8	-3,5
<b>Beschäftigte insgesamt <sup>4)</sup></b>	<b>49,8</b>	<b>42,7</b>	<b>12,1</b>	<b>92,4</b>	<b>43,2</b>	<b>40,3</b>	<b>8,2</b>	<b>32,5</b>	<b>-3,7</b>

\*) Stand jeweils 30. Juni. - 1) Anteile an den Beschäftigten im jeweiligen Wirtschaftszweig. - 2) Einschließlich Architektur- und Ingenieurbüros, Laboratorien und ähnliche Institute, Wirtschaftswerbung, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Vermögensverwaltung. - 3) Ausstellungs- und Messwesen, Schaustellung, Wett- und Lotteriewesen, Leihhäuser und Versteigerungsgewerbe, Vermietung beweglicher Sachen, Bewachung, Aufbewahrung, Botendienste, Auskunfts-, Schreib- und Übersetzungsbüros, Stellen- und Ehevermittlung, fotografisches Gewerbe, Abfüll- und Verpackungsgewerbe sowie hygienische Einrichtungen. - 4) Einschließlich Beschäftigte ohne Angabe des Wirtschaftszweigs.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Anhangtabelle 5

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Ländervergleich 1980 bis 1993\*) nach**

- Anteile und Veränderungsrate in % -

Beruf	Baden-Württemberg		Bayern	
	Struktur 1993 <sup>1)</sup>	Veränderung 1993 gegen 1980	Struktur 1993 <sup>1)</sup>	Veränderung 1993 gegen 1980
Fertigungsberufe <sup>2)</sup>	38,0	- 4,8	37,0	- 3,1
Dienstleistungsberufe <sup>3)</sup>	61,8	+26,4	62,7	+33,3
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	3,0	+63,7	2,5	+61,8
Techniker, technische Sonderfachkräfte	5,3	+22,0	4,6	+35,1
Warenkaufleute	7,5	+21,6	7,9	+25,3
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe <sup>4)</sup>	3,9	+40,7	4,3	+47,4
Verkehrsberufe	6,7	+ 5,9	7,1	+13,5
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	19,3	+24,2	19,3	+31,2
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	1,1	+19,8	1,3	+22,9
Schriftwerkschaffende, - ordnende u. künstlerische Berufe	0,8	+26,4	0,8	+25,4
Gesundheitsdienstberufe	5,3	+67,7	5,4	+90,4
Sozial- und Erziehungsberufe <sup>5)</sup>	3,8	+55,7	3,4	+81,9
Allgemeine Dienstleistungsberufe <sup>6)</sup>	5,2	+ 6,9	6,0	+10,2
Sonstige Berufe	0,2	- 14,3	0,3	- 13,5
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>+11,9</b>	<b>100</b>	<b>+16,1</b>

\*) Stand: 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Anteile an den Beschäftigten insgesamt. - 2) Einschließ-  
 leute. - 5) Einschließlich anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe. - 6) Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und  
 Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Anhangtabelle 6

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer in Baden-Württemberg 1980 und 1993\*) nach**- Anteile in % <sup>1)</sup> -

Beruf	Beschäftigte...			
	ohne Berufsausbildung		mit Berufsausbildung <sup>2)</sup>	
	1980	1993	1980	1993
Fertigungsberufe <sup>4)</sup>	48,2	37,4	46,8	57,7
Dienstleistungsberufe <sup>5)</sup>	27,7	19,0	68,5	76,6
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	1,8	2,4	97,4	96,4
Techniker, technische Sonderfachkräfte	10,4	6,9	88,3	91,4
Warenkaufleute	25,4	17,3	71,5	78,8
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe <sup>6)</sup>	21,7	15,8	76,7	82,6
Verkehrsberufe	45,7	35,0	47,6	57,1
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	21,5	13,6	75,6	83,2
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	33,3	24,1	57,8	67,3
Schriftwerkschaffende, - ordnende u. künstlerische Berufe	15,5	11,1	76,3	80,0
Gesundheitsdienstberufe	22,2	14,9	76,5	83,2
Sozial- und Erziehungsberufe <sup>7)</sup>	15,0	12,5	82,9	85,0
Allgemeine Dienstleistungsberufe <sup>8)</sup>	66,2	54,1	24,7	31,6
Sonstige Berufe	72,6	66,8	22,1	23,6
<b>Beschäftigte insgesamt</b>	<b>37,0</b>	<b>26,1</b>	<b>68,5</b>	<b>69,3</b>

\*) Stand jeweils 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Anteile an den Gesamtbeschäftigten der jeweili-  
 schen an einer höheren Fach- Fachhochschule oder Universität. - 3) Es zählt jeweils der höchste Abschluß. - 4) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Be-  
 nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe. - 8) Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe.

Quelle: Beschäftigtenstatistik

## Berufen\*\*)

Hessen		Niedersachsen		Nordrhein-Westfalen	
Struktur 1993 <sup>1)</sup>	Verände- rung 1993 gegen 1980	Struktur 1993 <sup>1)</sup>	Verände- rung 1993 gegen 1980	Struktur 1993 <sup>1)</sup>	Verände- rung 1993 gegen 1980
31,2	- 9,9	37,2	- 4,5	35,8	- 9,7
68,6	+27,7	62,7	+23,3	64,1	+19,1
2,8	+47,5	1,9	+50,2	2,2	+32,4
5,3	+23,6	4,1	+20,6	5,1	+10,0
7,9	+18,0	8,5	+16,1	8,3	+12,2
5,7	+51,1	3,7	+27,0	3,8	+30,7
7,2	+ 8,9	7,7	+ 6,4	7,3	+ 2,2
22,6	+25,3	18,0	+21,5	20,0	+17,2
1,4	+27,4	1,3	+14,0	1,3	+14,7
0,8	+17,9	0,6	+22,8	0,8	+23,1
5,5	+61,8	6,4	+72,5	6,1	+66,6
3,6	+68,1	4,2	+61,2	3,8	+60,4
5,8	+13,5	6,2	+ 5,6	5,3	+ 3,4
0,1	-13,9	0,1	-36,5	0,2	-32,4
100	+12,1	100	+10,6	100	+ 6,3

lich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute.- 3) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe.- 4) Darunter Bank- und Versicherungskauf-  
Reinigungsberufe.

## Berufen\*\*) und Ausbildung

Beschäftigte mit ... <sup>3)</sup>					
Volks-/Hauptschul- abschluß, Mittlere Reife		Abitur		Abschluß an höherer Fach-/Fachhochschule, Universität	
1980	1993	1980	1993	1980	1993
94,5	93,9	0,4	0,9	0,1	0,3
85,8	79,4	2,7	5,5	7,7	10,6
21,6	15,3	4,4	6,8	73,2	76,7
92,2	85,6	2,5	5,5	4,0	7,3
93,5	90,1	1,9	3,4	1,4	2,7
89,5	78,7	5,8	14,6	3,0	5,1
92,3	90,8	0,8	1,0	0,1	0,3
89,3	82,9	3,3	6,2	4,4	7,7
86,1	84,0	0,8	1,8	4,3	5,5
65,0	53,2	10,4	13,3	16,3	24,6
85,1	81,3	3,0	6,4	10,5	10,4
56,1	58,2	4,9	8,1	36,9	31,1
90,2	84,1	0,5	1,3	0,1	0,3
77,3	68,6	15,3	16,3	2,1	5,5
89,5	84,9	1,7	3,8	4,3	6,7

gen Berufsgruppe; die Abweichungen von 100% in der Summe ergeben sich durch Beschäftigungsfälle ohne entsprechende Angaben.- 2) Einschließlich Ab-  
rufe sowie Bergleute.- 5) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe.- 6) Darunter Bank- und Versicherungskaufleute.- 7) Einschließlich anderweitig

## Anhangtabelle 7

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs 1980 bis 1993\*) nach Berufen\*\*) und nach Geschlecht**

Beruf	Beschäftigte 1993		Anteil 1993		Veränderung			
					1993 gegen 1991		1993 gegen 1980	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	1000		%					
Fertigungsberufe <sup>1)</sup>	751,7	239,9	75,8	24,2	-9,1	-15,0	-2,7	-25,6
Dienstleistungsberufe <sup>2)</sup>	401,5	253,1	61,3	38,7	-4,8	-3,9	7,5	7,9
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	70,5	2,7	96,3	3,7	-0,4	11,5	59,1	316,7
Techniker, technische Sonderfachkräfte	113,1	21,6	84,0	16,0	-4,9	-3,5	12,3	28,9
Warenkaufleute	36,6	39,7	48,0	52,0	-1,8	1,1	5,4	32,4
Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe <sup>3)</sup>	3,7	1,3	74,0	26,0	-5,5	1,4	-5,9	36,4
Verkehrsberufe	65,1	12,8	83,6	16,4	-8,7	-10,8	-13,6	-9,2
Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe	94,1	156,4	37,6	62,4	-4,5	-3,9	0,9	7,3
Ordnungs-, Sicherheitsberufe	5,2	0,6	89,7	10,3	-14,4	-8,3	-22,1	0,5
Schriftwerkschaffende,- ordnende u. künstl. Berufe	3,2	2,2	60,4	41,5	-5,9	-7,5	-12,9	9,7
Gesundheitsdienstberufe	0,7	1,0	43,8	62,5	1,3	10,4	19,5	33,3
Sozial- und Erziehungsberufe <sup>4)</sup>	4,8	1,9	71,6	28,4	-11,7	-13,0	32,2	-20,7
Allgemeine Dienstleistungsberufe <sup>5)</sup>	4,5	13,1	25,6	74,4	-15,1	-11,0	-31,0	-36,3
Sonstige Berufe	4,6	1,5	75,4	24,6	-23,6	-30,2	-37,4	-40,5
Beschäftigte insgesamt	1157,7	494,5	70,1	29,9	-7,7	-9,7	0,3	-11,6

\*) Stand jeweils 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Einschließlich land- und forstwirtschaftliche Berufe sowie Bergleute. - 2) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe. - 3) Darunter Bank- und Versicherungskaufleute. - 4) Einschließlich anderweitig nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe. - 5) Körperpfleger, Gästebetreuer, hauswirtschaftliche Berufe und Reinigungsberufe.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Anhangtabelle 8

**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer im westlichen Bundesgebiet 1980 bis 1993\*)  
nach Wirtschaftsbereichen und nach Dienstleistungs-/Informationsberufen\*\*)**

Wirtschaftsbereich	Dienstleistungsberufe <sup>1)</sup>			Informationsberufe i.e.S.			Informationsberufe insgesamt <sup>2)</sup>		Beschäftigte insgesamt	
	Beschäftigten- anteil <sup>3)</sup>		Veränderung 1993 gegen 1980	Beschäftigten- anteil <sup>3)</sup>		Veränderung 1993 gegen 1980	Beschäftigten- anteil <sup>3)</sup>		Veränderung 1993 gegen 1980	
	1980	1993		1980	1993		1980	1993		
	%									
Land- und Forstwirtschaft	15,3	16,4	+ 6,4	5,3	7,2	+35,2	8,4	10,7	+26,7	- 0,7
Produzierendes Gewerbe	32,4	36,0	+ 3,9	15,9	18,9	+10,8	20,4	24,0	+ 9,9	- 6,5
davon										
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	38,6	44,4	+ 0,4	18,5	23,7	+11,9	21,8	28,2	+12,6	-12,7
Verarbeitendes Gewerbe	35,0	38,8	+ 3,8	16,9	19,8	+10,0	22,0	25,7	+ 9,1	- 6,3
Baugewerbe	17,1	19,6	+ 7,5	10,1	12,6	+17,4	11,7	14,6	+16,4	- 6,3
Dienstleistungssektor	85,9	88,0	+32,2	32,0	33,7	+36,1	41,9	44,0	+35,4	+29,0
davon										
Handel	83,3	85,4	+16,5	24,0	24,6	+16,3	35,3	37,5	+20,9	+13,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	80,0	84,3	+24,6	16,7	17,8	+26,2	35,1	38,8	+30,6	+18,2
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen	98,0	99,1	+28,0	90,4	93,6	+30,9	91,7	94,7	+30,7	+38,0
Sonstige Dienstleistungsunter- nehmen	87,6	88,8	+52,1	22,9	26,7	+74,9	32,5	35,4	+62,9	+50,0
Gebietskörperschaften und Sozial- versicherung	82,8	85,0	+11,7	49,7	52,5	+15,2	55,5	58,2	+14,3	+ 8,9
Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte	93,1	92,2	+57,2	38,0	35,3	+47,8	51,3	51,0	+57,8	+58,8
Wirtschaft insgesamt	57,5	64,6	+23,9	23,4	27,0	+27,2	30,5	35,0	+26,6	+10,3

\*) Stand jeweils 30. Juni. - \*\*) Maßgebend ist allein die ausgeübte Tätigkeit und nicht etwa der erlernte Beruf. - 1) Im weiteren Sinne: einschließlich technische Berufe. - 2) Einschließlich Informationsberufe im weiteren Sinne und Informationsinfrastrukturberufe. - 3) Anteil der Berufsgruppe an den Beschäftigten insgesamt im jeweiligen Wirtschaftsbereich.

Quelle: Beschäftigtenstatistik.

Anhangtabelle 9

**Erwerbstätige in Baden-Württemberg 1982 und 1991 nach Wirtschaftsbereichen und nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit**

Tätigkeit	Erwerbs- tätige insgesamt	Davon						
		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zierendes Gewerbe	darunter		Dienst- leistungs- sektor	davon	
				Verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe		Handel und Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen <sup>1)</sup>
Erwerbstätige 1991 in 1000								
Produzierende Tätigkeiten	1726	144	1374	1124	232	208	84	124
davon								
Maschinen einstellen <sup>2)</sup>	433	1	391	367	17	41	20	21
Herstellen <sup>3)</sup>	1035	142	788	619	163	105	31	74
Reparieren <sup>4)</sup>	258	1	196	138	53	62	32	30
Dienstleistungen	3105	15	912	812	82	2177	645	1532
davon								
Handel treiben <sup>5)</sup>	479	3	104	97	7	372	294	78
Büroarbeiten <sup>6)</sup>	806	3	303	258	37	500	125	375
Planen, Forschen <sup>7)</sup>	292	1	187	173	11	104	14	90
Leiten <sup>8)</sup>	279	2	142	126	13	135	48	87
Allgemeine Dienstleistungen <sup>9)</sup>	533	4	139	125	12	391	142	250
Sichern <sup>10)</sup>	161	0	19	17	1	141	10	132
Ausbilden, Informieren <sup>11)</sup>	554	2	19	17	1	533	13	520
Insgesamt	4831	160	2286	1936	314	2385	729	1656
Erwerbstätige 1982 in 1000								
Produzierende Tätigkeiten	1741		1325	1087	221	218	97	121
davon								
Maschinen einstellen <sup>2)</sup>	295		255	235	13	39	21	18
Herstellen <sup>3)</sup>	1191	196	882	713	165	113	39	74
Reparieren <sup>4)</sup>	255		188	139	44	66	37	30
Dienstleistungen	2539		818	724	75	1708	518	1191
davon								
Handel treiben <sup>5)</sup>	393		106	99	6	285	233	52
Büroarbeiten <sup>6)</sup>	721		300	258	34	418	112	306
Planen, Forschen <sup>7)</sup>	208		130	119	8	77	7	70
Leiten <sup>8)</sup>	203		111	98	11	92	34	58
Allgemeine Dienstleistungen <sup>9)</sup>	482		149	129	17	330	120	210
Sichern <sup>10)</sup>	133		11	9		122	5	116
Ausbilden, Informieren <sup>11)</sup>	400		12	12		385	6	379
Insgesamt	4280	210	2144	1811	297	1926	614	1312
Struktur 1982 in % <sup>12)</sup>								
Produzierende Tätigkeiten	40,7		61,8	60,1	74,5	11,3	15,8	9,2
davon								
Maschinen einstellen <sup>2)</sup>	6,9		11,9	13,0	4,3	2,0	3,4	1,3
Herstellen <sup>3)</sup>	27,8	93,2	41,2	39,4	55,6	5,9	6,4	5,6
Reparieren <sup>4)</sup>	6,0		8,8	7,7	14,6	3,4	6,0	2,3
Dienstleistungen	59,3		38,2	39,9	25,3	88,7	84,4	90,8
davon								
Handel treiben <sup>5)</sup>	9,2		4,9	5,5	1,9	14,8	37,9	4,0
Büroarbeiten <sup>6)</sup>	16,8		14,0	14,2	11,3	21,7	18,3	23,3
Planen, Forschen <sup>7)</sup>	4,9		6,1	6,6	2,7	4,0	1,1	5,3
Leiten <sup>8)</sup>	4,7		5,2	5,4	3,5	4,8	5,5	4,4
Allgemeine Dienstleistungen <sup>9)</sup>	11,3		6,9	7,1	5,7	17,1	19,5	16,0
Sichern <sup>10)</sup>	3,1		0,5	0,5		6,3	0,9	8,9
Ausbilden, Informieren <sup>11)</sup>	9,3		0,6	0,6		20,0	1,0	28,8
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.- 2) Maschinen einrichten/einstellen.- 3) Gewinnen/Herstellen.- 4) Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern.- 5) Kaufen/Verkaufen, Kassieren; Vermitteln; Kunden beraten, Verhandeln, Werben.- 6) Schreibarbeiten/Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren/Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal/Bildschirm.- 7) Analysieren, Forschen, Erproben, Prüfen, Messen, Planen, Konstruieren; Entwerfen/Gestalten, Zeichnen.- 8) Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen/Leiten, Management.- 9) Bewirten, Beherbergen; Reinigen/Abfall beseitigen, Bügeln, Packen, Verladen, Transportieren/Zustellen, Fahrzeug steuern, Sortieren/Ablegen.- 10) Sichern, Bewachen, Gesetze/Vorschriften anwenden/auslegen, Beurkunden.- 11) Erziehen/Lehren/Ausbilden; beratend Helfen; Pflegen/Versorgen, medizinisch/kosmetisch behandeln; Publizieren, Unterhalten, Vortragen; Informieren.- 12) Anteile der überwiegend ausgeübten Tätigkeiten am Insgesamt.

Quelle: Mikrozensus.

## Anhangtabelle 10

**Erwerbstätige im westlichen Bundesgebiet 1982 bis 1991 nach Wirtschaftsbereichen und nach überwiegend ausgeübter Tätigkeit**

Tätigkeit	Erwerbs- tätige insgesamt	Davon						
		Land- und Forstwirt- schaft	Produ- zierendes Gewerbe	darunter		Dienst- leistungs- sektor	davon	
				Verarbei- tendes Gewerbe	Bau- gewerbe		Handel und Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen <sup>1)</sup>
<sup>2)</sup> Struktur 1991 in %								
Produzierende Tätigkeiten	33,4	90,2	61,2	58,5	73,9	9,7	12,5	8,3
davon								
Maschinen einstellen <sup>3)</sup>	8,2	1,3	16,6	18,8	6,3	2,3	3,5	1,7
Herstellen <sup>4)</sup>	18,9	88,1	33,4	30,4	47,5	4,3	4,1	4,4
Reparieren <sup>5)</sup>	6,3	0,8	11,2	9,3	20,1	3,0	4,9	2,2
Dienstleistungen	66,6	9,8	38,8	41,5	26,1	90,3	87,5	91,7
davon								
Handel treiben <sup>6)</sup>	10,8	2,1	5,0	5,7	1,9	15,6	38,5	4,9
Büroarbeiten <sup>7)</sup>	17,6	2,0	12,7	13,1	10,8	22,1	17,9	24,1
Planen, Forschen <sup>8)</sup>	5,0	0,7	6,9	7,7	3,5	3,8	2,0	4,7
Leiten <sup>9)</sup>	6,1	1,2	6,2	6,5	4,9	6,4	7,0	6,1
Allgemeine Dienstleistungen <sup>10)</sup>	11,4	2,5	6,4	6,8	4,4	15,7	19,1	14,0
Sichern <sup>11)</sup>	3,8		0,6	0,7	0,3	6,3	1,1	8,7
Ausbilden, Informieren <sup>12)</sup>	11,9	1,3	0,9	1,1	0,4	20,5	1,9	29,2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
<sup>2)</sup> Struktur 1982 in %								
Produzierende Tätigkeiten	37,8	94,8	63,0	60,0	77,5	10,7	15,1	8,3
davon								
Maschinen einstellen <sup>3)</sup>	6,5	1,0	11,8	12,9	5,4	2,4	3,9	1,6
Herstellen <sup>4)</sup>	24,2	93,7	39,3	36,8	53,6	4,6	4,9	4,4
Reparieren <sup>5)</sup>	7,1		11,9	10,3	18,5	3,7	6,3	2,3
Dienstleistungen	62,2	5,2	37,0	40,0	22,5	89,3	84,9	91,7
davon								
Handel treiben <sup>6)</sup>	10,3	1,3	4,9	5,8	1,5	15,8	38,1	4,0
Büroarbeiten <sup>7)</sup>	17,4	1,2	13,1	13,6	9,8	22,8	18,9	24,8
Planen, Forschen <sup>8)</sup>	4,5		5,8	6,5	2,3	3,7	1,5	4,9
Leiten <sup>9)</sup>	4,8	0,5	4,8	5,0	3,7	5,2	5,7	4,9
Allgemeine Dienstleistungen <sup>10)</sup>	11,7	1,6	7,2	7,7	5,2	16,5	18,4	15,4
Sichern <sup>11)</sup>	4,0		0,6	0,6		7,3	1,1	10,6
Ausbilden, Informieren <sup>12)</sup>	9,6	0,5	0,6	0,7		18,1	1,2	27,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
Veränderung 1991 gegen 1982 in %								
Produzierende Tätigkeiten	- 1,9	-25,8	- 3,6	+ 0,8	+ 2,4	+ 9,9	- 7,1	+26,2
davon								
Maschinen einstellen <sup>3)</sup>	+40,2	0,0	+39,8	+51,6	+24,5	+16,4	+ 1,1	+36,1
Herstellen <sup>4)</sup>	- 13,3	-26,8	-15,7	-14,7	- 4,9	+14,9	- 5,2	+26,7
Reparieren <sup>5)</sup>	- 1,3		- 6,6	- 7,0	+17,0	- 0,6	-13,7	+18,3
Dienstleistungen	+19,0	+45,7	+ 4,1	+ 7,5	+25,1	+22,7	+15,6	+26,2
davon								
Handel treiben <sup>6)</sup>	+16,5	+22,2	+ 0,9	+ 0,6	+34,5	+20,1	+13,4	+53,9
Büroarbeiten <sup>7)</sup>	+12,4	+31,3	- 3,3	- 0,2	+18,5	+17,6	+ 5,9	+22,3
Planen, Forschen <sup>8)</sup>	+24,2		+17,7	+21,7	+62,8	+26,3	+50,7	+22,5
Leiten <sup>9)</sup>	+43,5	+71,4	+28,9	+34,7	+42,0	+50,1	+39,2	+56,9
Allgemeine Dienstleistungen <sup>10)</sup>	+ 8,8	+18,2	-12,1	- 8,4	- 9,3	+15,5	+16,6	+14,9
Sichern <sup>11)</sup>	+ 4,4		+ 6,1	+16,4		+ 3,9	+ 5,6	+ 3,8
Ausbilden, Informieren <sup>12)</sup>	+37,7	+100,0	+52,8	+55,4		+37,0	+81,8	+36,0
Insgesamt	+11,1	-22,1	- 0,7	+ 3,5	+ 7,5	+21,3	+12,2	+26,2

1) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung sowie Organisationen ohne Erwerbszweck und private Haushalte.- 2) Anteile der überwiegend ausgeübten Tätigkeiten am Insgesamt.- 3) Maschinen einrichten/einstellen.- 4) Gewinnen/Herstellen.- 5) Reparieren, Ausbessern, Restaurieren, Erneuern.- 6) Kaufen/Verkaufen, Kassieren; Vermitteln, Kunden beraten, Verhandeln, Werben.- 7) Schreibarbeiten/Schriftwechsel, Formulararbeiten, Kalkulieren/Berechnen, Buchen, Programmieren, Arbeiten am Terminal/Bildschirm.- 8) Analysieren, Forschen, Erproben, Prüfen, Messen, Planen, Konstruieren; Entwerfen/Gestalten, Zeichnen.- 9) Disponieren, Koordinieren, Organisieren, Führen/Leiten, Management.- 10) Bewirten, Beherbergen; Reinigen/Abfall beseitigen, Bügeln, Packen, Verladen, Transportieren/Zustellen, Fahrzeug steuern, Sortieren/Ablegen.- 11) Sichern, Bewachen, Gesetze/Vorschriften anwenden/auslegen, Beurkunden.- 12) Erziehen/Lehren/Ausbilden; beratend Helfen; Pflegen/Versorgen, medizinisch/kosmetisch Behandeln; Publizieren, Unterhalten; Vortragen, Informieren.

Quelle: Mikrozensus.



**Zu S. 67 ff.: Zur Investitionstätigkeit in den achtziger Jahren**

**Anhangtabelle 1**

**Investitionsquoten für die alten Länder 1970 bis 1991**

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin-West	Früheres Bundesgebiet
<b>Anteil am Bruttosozialprodukt in %</b>												
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>												
1970	23,6	22,9	26,4	24,5	23,2	26,8	27,4	25,2	27,7	23,7	25,5	25,3
1980	24,9	17,0	23,1	21,1	19,5	20,6	23,8	23,1	24,7	24,3	20,5	22,0
1990	19,4	17,2	21,7	21,1	18,8	20,5	21,6	21,1	25,8	22,9	20,2	21,2
1991	20,1	17,9	22,6	21,7	19,2	21,3	22,1	21,5	26,7	23,6	19,7	21,8
<b>Ausrüstungen</b>												
1970	8,1	11,2	9,4	12,6	9,9	8,7	10,5	8,8	9,4	9,5	8,3	9,5
1980	9,1	10,0	9,4	10,8	8,6	8,5	9,1	8,7	9,3	10,5	7,9	9,0
1990	9,6	11,3	11,3	11,8	10,7	10,5	10,4	10,3	11,1	13,0	9,3	10,7
<b>Anteil am Bruttoinlandsprodukt in %</b>												
<b>Bruttoanlageinvestitionen</b>												
1970	25,3	20,0	27,5	21,0	22,8	27,8	28,0	25,6	28,2	23,8	24,2	25,3
1980	28,0	14,4	24,7	16,7	19,8	19,3	25,6	23,6	24,9	24,4	19,1	22,0
1990	21,8	13,2	23,6	16,0	19,4	18,3	23,7	22,1	26,3	21,2	18,5	21,4
1991	22,5	13,6	24,3	16,5	20,0	18,9	24,4	22,8	27,1	21,9	17,5	21,9
<b>Ausrüstungen</b>												
1970	8,7	9,8	9,8	10,8	9,7	9,1	10,7	8,9	9,6	9,5	7,9	9,5
1980	10,2	8,4	10,0	8,5	8,7	7,9	9,8	8,9	9,4	10,6	7,3	9,0
1990	10,8	8,7	12,2	9,0	11,1	9,3	11,4	10,7	11,3	12,0	8,6	10,8

**Anhangtabelle 2**

**Investitionsquoten in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, den Vereinigten Staaten und Japan 1980, 1990 und 1991**

Land	1980	1990	1991
Deutschland / früheres Bundesgebiet	22,0	21,4	21,9
Belgien	20,1	21,0	20,7
Dänemark	19,1	18,1	17,4
Frankreich	22,0	22,1	21,5
Griechenland	22,9	19,8	19,0
Großbritannien und Nordirland	16,6	19,3	17,8
Irland	25,0	18,2	16,5
Italien	23,2	22,0	21,9
Luxemburg	27,2	27,0	28,7
Niederlande	21,0	21,2	20,7
Portugal	28,5	28,6	28,7
Spanien	22,1	26,8	26,6
EG-Länder insgesamt	21,3	21,7	21,4
Vereinigte Staaten	17,9	18,9	17,5
Japan	29,6	33,8	33,4

- Zeichenerklärung:**
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
  - nichts vorhanden (genau null)
  - . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
  - X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
  - ... Angabe fällt später an
  - / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
  - ( ) Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann